





Merc.  
22 af

Beer



<36636718710014



<36636718710014

Bayer. Staatsbibliothek







DIE HANDELSPOLITISCHEN  
BEZIEHUNGEN ÖSTERREICHS

ZU DEN

DEUTSCHEN STAATEN

UNTER MARIA THERESIA.

VON

ADOLF BEER,

WIRKL. MITGLIEDE DER KAIS. AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN.

---

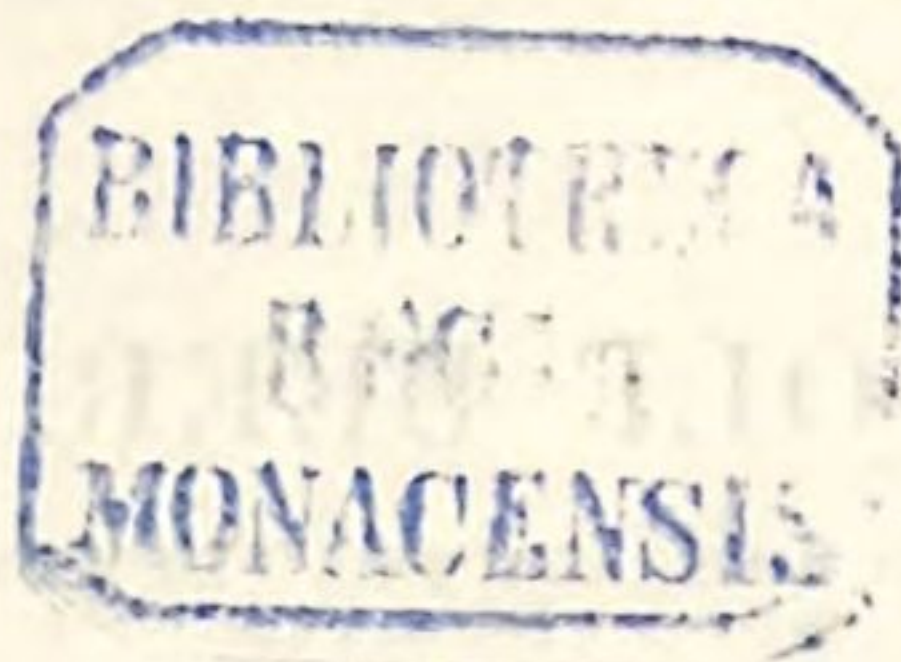
WIEN, 1893.

IN COMMISSION BEI F. TEMPSKY

BUCHHÄNDLER DER KAIS. AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN



Aus dem Archiv für österr. Geschichte (Bd. LXXIX, II. Hälfte, Seite 401)  
separat abgedruckt.



Druck von Adolf Holzhausen,  
k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchdrucker.



## I.

Die Abtretung Schlesiens an Preussen bedeutete für Oesterreich nicht blos den Verlust von Land und Leuten, sondern auf die in wirthschaftlicher Beziehung fortgeschrittenste Provinz wurde Verzicht geleistet, der namentlich die Regierung des letzten Habsburgers grosse Sorgfalt zugewendet hatte. Die Wünsche schlesischer Kaufleute fanden in Wien stets Beachtung, und so weit immer möglich, zeigte man sich bereit, denselben Rechnung zu tragen. Als der im Jahre 1718 erlassene Zolltarif in Breslau mannigfache Klagen hervorrief, suchte man in den nächsten Jahren Abhilfe zu schaffen, und der nach eingehenden, sorgfältigen Untersuchungen über die Bedürfnisse Schlesiens erlassene Zolltarif vom Jahre 1739 gewährte dem Lande im Vergleiche mit den anderen Provinzen grosse Begünstigungen. Eine grosse Anzahl Waaren wurde bei der Einfuhr zollfrei erklärt, der Verkehr mit den Nachbarländern zu fördern gesucht. Aus den Weisungen und Entschliessungen Karls VI. ist ersichtlich, wie bereit er war, die wirthschaftliche Entwicklung des Landes möglichst zu fördern und wie freudig er auf die Anträge der Behörden einging.

Die österreichischen Länder standen in einer gewissen Abhängigkeit von Schlesien. Namentlich Böhmens Industrie hatte den Breslauer Kaufleuten ausserordentlich viel zu danken. Eine Verständigung bei dem Friedensschlusse über Handel und Verkehr zwischen Preussen und Oesterreich lag daher im Interesse beider Staaten. In Breslau war die einfache Bestimmung in den Vertrag aufgenommen worden, dass Alles, was den Handel zwischen den wechselseitigen Staaten und Unterthanen anbelangt, in dem künftigen Friedenstractate oder durch eine von beiden Theilen einzusetzende Commission geregelt werden solle; bis dies geschieht, sollen die Dinge auf dem Fusse ver-



bleiben, auf dem sie vor dem gegenwärtigen Kriege sich befanden. Die möglichste Erhaltung des Status quo lag auch in dem Wunsche der Breslauer Kaufmannschaft. Als nach einigen Wochen, am 28. Juli 1742, zu Berlin der endgiltige Friedensvertrag abgeschlossen wurde, fand der wesentliche Inhalt des auf den Handel bezüglichen Artikels der Friedenspräliminarien in dem Friedensinstrumente Aufnahme. ‚Zur Befestigung der Freundschaft zwischen den beiden contrahirenden Mächten,‘ so lautet der Artikel, ‚sollen unverzüglich von beiden Theilen Commissäre ernannt werden, um den Handel zwischen den wechselseitigen Staaten und Unterthanen zu regeln, daher die Dinge auf dem Fusse bleiben, auf dem sie vor dem gegenwärtigen Kriege sich befanden, bis man anderweitig darüber übereingekommen ist, und die alten Abmachungen (accords) über den Handel und Alles, was auf ihn Bezug hat, sollen gewissenhaft von beiden Seiten beobachtet und ausgeführt werden.‘ Also nicht blos der Verkehr zwischen Schlesien und den österreichischen Ländern, sondern zwischen allen beiderseitigen Staaten sollte künftig geregelt werden. Denn war auch der Handel zwischen Oesterreich und den übrigen Ländern der preussischen Monarchie nicht stark entwickelt, unter der Regierung Karls VI. waren dennoch zweimal Abmachungen getroffen worden, die allerdings nur den Verkehr auf der Oder betrafen. Dagegen erhielt der Dresdener Friede in dem 6. Artikel folgende Fassung: ‚Beide Souveräne verpflichten sich gegenseitig, soweit es möglich, den Handel zwischen den Staaten, Ländern und Unterthanen zu begünstigen, Hindernisse und Belästigungen nicht zu dulden, sondern sich zu bestreben, ihn aufzumuntern und demselben allen Vorschub zu leisten zum Wohle der beiderseitigen Staaten und Unterthanen.‘<sup>1</sup>

Vergleicht man diese beiden Artikel mit einander, so leuchtet ein grosser Unterschied zwischen denselben hervor. In Berlin wurde die Erhaltung des Status quo vereinbart, dessen Abänderung nur in Folge einer neuen vertragsmässigen Abmachung platzgreifen sollte, während hievon in dem Dresdener Verträge keine Erwähnung gemacht wird und nur die allgemeine Formel der gegenseitigen Begünstigung des Verkehrs darin Platz gefunden hat.

Die in dem Berliner Frieden getroffene Vereinbarung über die Erhaltung des Status quo war eine schwerwiegende



Bestimmung. Keineswegs konnte man eine dauernde, sondern nur eine provisorische Regelung beabsichtigt und erwartet haben, dass bald Commissarien zusammentreten würden, um in endgiltiger Weise die handelspolitischen Verhältnisse festzustellen, denn für längere Zeit liess sich der Status quo nicht aufrecht erhalten. Nicht blos der Verkehr zwischen den beiden Schlesien musste in diesem Falle frei von jeder Zollschränke bleiben, sondern den Kaufleuten und Industriellen des nunmehrigen preussischen Gebietes in den übrigen österreichischen Ländern eine Reihe von Begünstigungen eingeräumt werden, und zwar auf Grund der bestehenden Zollordnungen, an deren Abänderung, so lange der Status quo erhalten blieb, Oesterreich nicht schreiten konnte. Die für die einzelnen österreichischen Länder erlassenen Zolltarife machten nämlich einen Unterschied zwischen erbländischen und ausländischen Waaren, und da ein jedes Erbland ein selbstständiges Zollgebiet bildete, hatten die inländischen, aus einem Erblande in ein anderes gebrachten Waaren eine beträchtlich geringere Zollgebühr zu entrichten. Der Verkehr zwischen Schlesien und den übrigen Erbländern war überdies durch die im Jahre 1739 erlassene Zollordnung vielfach begünstigt. Da auch Glatz an Preussen abgetreten worden war, so besagte die Erhaltung des Status quo auch vollkommen freien Verkehr zwischen diesem Lande und Böhmen, mit dem es erst seit 1737 zu einem Zollgebiete vereinigt gewesen war.

Dazu kam, dass der Status quo, wie er vor dem Kriege gewesen, eigentlich nicht mehr bestand. Noch vor der förmlichen Abtretung Schlesiens an Preussen wurde am 31. August 1741 die Accise daselbst wie in den übrigen preussischen Provinzen geregelt und dadurch die österreichischen und ungarischen Weine in herber Weise getroffen. Einige Wochen später wurde von Preussen eine Zollherabsetzung für Zucker, Fische und Fettwaaren vorgenommen, womit beabsichtigt wurde, den Handel mit diesen Artikeln nach Oesterreich ausschliesslich über Breslau zu leiten. Diese Waaren konnten sodann, da eine Zolllinie zwischen dem österreichischen und preussischen Schlesien nicht bestand, zollfrei in das österreichische Gebiet eingehen. Nun wurden bisher nicht unbeträchtliche Mengen auch über Böhmen eingeführt, und es stand daher zu befürchten, dass durch die Zunahme des Verkehrs über Breslau in Folge der preussischen Zollherabsetzung den österreichischen Zollcassen



eine Einnahmsquelle entzogen würde. In Glatz stellte Preussen 1742 durch Verordnung vom 4. Februar die alte Zollverfassung wieder her und errichtete mehrere Zollämter. Auch von österreichischer Seite waren, aber später als von Preussen, einige Aenderungen, wenn auch nicht so einschneidende, getroffen worden. So war die von Oesterreich eingeführte Accise auf Zucker, Fett- und Fischwaaren nur eine Folge der Impostenherabsetzung auf diese Artikel in Preussen, damit die Einfuhr nicht ausschliesslich über Breslau stattfinde.

Am 25. December 1745 wurde der Dresdener Friede geschlossen; am 11. März 1746 langte der neue Vertreter Preussens, Johann Friedrich von Graeve, in Wien an. Den ihm ertheilten Weisungen entsprechend, beschwerte er sich am 18. April 1746 über die höhere Verzollung der glatzischen und schlesischen Tücher in Böhmen, sowie darüber, dass man in Mähren nicht mehr so viele Stücke Leinwand und Schleier auf ein Schock passiren lasse, was den Verträgen zuwiderlaufe. Eine Denkschrift — Anmerkungen über das preussische Promemoria vom 18. April 1746 — liegt vor, die unmittelbar nach der Uebergabe des preussischen Schriftstückes geschrieben wurde. Preussen verlange, heisst es daselbst, dass die schlesische Waare auf dem nämlichen Fusse wie früher behandelt und als erbländisch angesehen werden solle. Der Vortheil läge auf preussischer Seite, da mehr Waaren aus Preussen in die Erblände gehen als umgekehrt. Der schlesische Tarif mache keinen beträchtlichen Unterschied zwischen inländischen und ausländischen Waaren, und den erbländischen Erzeugnissen würde daher bei der Einfuhr nach Schlesien keine oder nur eine geringe Begünstigung zu Theil werden. Diesen Inconvenienzen vorzubeugen und dem König keinen so namhaften Vortheil zu lassen, sei man auf den Gedanken verfallen, dem Berliner Frieden eine andere, jedoch mit den Worten übereinstimmende Deutung zu geben; entweder von dem Grundsätze auszugehen, dass Schlesien nach dem Frieden als eine preussische Provinz anzusehen sei und daher zwischen Preussisch-Schlesien und den Erblanden die Verzollung der Waaren in ähnlicher Weise wie bei dem Verkehr zwischen den übrigen preussischen Provinzen und den Erblanden platzgreifen zu lassen, oder aber den Friedensvertrag so auszulegen, dass die Zollfreiheit blos zwischen den beiden Schlesien stattzufinden habe und Waaren, die weitergeführt werden, als fremde



zu behandeln seien. Mit dieser Interpretation sei jedoch nicht fortzukommen. Bereits am 12. April 1743 sei in Folge der von dem Grafen Dohna gemachten Schritte von der Ministerial-Bancodeputation an die Aemter in Böhmen, Mähren und Schlesien der Befehl ergangen, dass die aus Preussisch-Schlesien und der Grafschaft Glatz kommenden, daselbst fabricirten Waaren, ‚wenn dieselben nach Böhmen, Mähren und Oberschlesien eingeführt und daselbst consumirt werden‘, wie früher behandelt, keineswegs mit einem höheren Zolle oder Aufschlage belegt, sondern als inländisch angesehen werden sollen. Auch sei es zweifelhaft, ob es für den österreichischen Handel nach Ungarn erspriesslich sein würde, die aus Preussisch-Schlesien kommenden Tuche und Leinwände mit einem höheren Zolle zu belegen. Nur die Forderung müsse an Preussen gestellt werden, alle Neuerungen aufzuheben.

Es verging nahezu ein Jahr, ehe der mittlerweile zum Gesandten ernannte Graf Podewils auf das am 18. April überreichte Schriftstück eine Antwort erhielt. Graf Kinsky, der am 6. April 1746 zum Präsidenten des Commerzoberdirectoriums ernannt worden war, musste sich nämlich erst mit den Handelsangelegenheiten vertraut machen und wendete sich deshalb mit Anfragen an die Länderstellen, deren Antworten vielfach erst nach Monaten einliefen. Auch aus seinem Gespräche mit Graeve geht hervor, dass er über die Regelung der Beziehungen zu Preussen unklare Vorstellungen hatte.<sup>2</sup> Das Ergebniss der angestellten Untersuchungen war jedoch, dass Oesterreich die Wiederherstellung des Status quo ante anzustreben sich entschloss. Bei den stattgefundenen Berathungen scheint man sich nicht mit der Frage beschäftigt zu haben, ob es überhaupt künftighin möglich sei, den Verkehr zwischen den beiden Schlesien ganz frei zu lassen; in erster Linie wurde erörtert, wie es mit jenen Waaren zu halten wäre, die aus dem preussischen Antheile Schlesiens nach dem österreichischen abgabenfrei eingeführt werden, wenn deren Weitersendung nach einem anderen Erblande stattfände.

Man sei bereit, Alles abzustellen, hiess es in dem Pro memoria vom 1. März 1747, was etwa gegen die Tractate unternommen worden sei, wenn auch von preussischer Seite die vorgenommenen Neuerungen beseitigt würden. In dem Friedensvertrage sei vereinbart worden, dass in Bezug auf den



Handel Alles auf dem nämlichen Fusse zu bleiben habe wie vor dem Kriege. Hieraus folge, dass es in der Verzollung nicht anders als vor dem Kriege gehalten, daher weder eine höhere, noch eine mindere Gebühr eingeführt werden solle. Der Verkehr zwischen den beiden Schlesien müsse von jeder Abgabe frei sein, ‚was einmal in Böhmischeschlesien vergeben, müsse in Preussisch-Schlesien frey einpassiret werden und umgekehrt‘. Die preussischen Zollbeamten haben dawidergehandelt, was durch verschiedene Beispiele bewiesen werden könne. Ungarische, österreichische und mährische Weine, wofür in Böhmischeschlesien Mauth und Impost bereits entrichtet worden seien, werden in dem preussischen Antheile mit einer unerträglichen Accise von 3 Thalern per Eimer belegt, da sie doch in Preussisch-Schlesien frei sein müssten. Das Briefporto sei erhöht worden; da die Correspondenz vornehmlich Einfluss auf den Handel habe, so müsse dieses als eine Neuerung des Status quo angesehen werden. Die österreichischen Handelsleute müssen auf den schlesischen Jahrmärkten von ihren Waaren einen guten Groschen Losungsaccise entrichten. Waaren, die von Breslau in die Erblande eingeführt werden, haben eine sogenannte Lastmauth von  $22\frac{1}{2}$  Kreuzer vom Pferde zu bezahlen, die aus Preussisch-Schlesien nach dem österreichischen Schlesien gebrachten Consumtibilien haben 10 Procent Ausfuhrzoll zu entrichten; auf jeden Stein Wolle sei bei der Ausfuhr ein Zoll von 1 Reichsthaler gelegt; in Löwenberg werde bei den aus Sachsen nach dem österreichischen Schlesien geführten Gütern ein Transitzoll gefordert, auch müssen daselbst die Waaren zum Nachtheile der Händler ausgepackt werden; die böhmischen Krämer haben auf den preussisch-schlesischen Jahrmärkten Licenzzettel von 5, 4 oder 2 Thaler 18 Groschen zu lösen, wodurch sie eigentlich von denselben ausgeschlossen würden; das böhmische Scheibenglas und das gezogene Blei dürfen bei Confiscation nach Preussisch-Schlesien nicht eingeführt werden, und was dergleichen Störungen mehr seien, die man nicht habe in Erfahrung bringen können.

Dass man in Wien an dem Status quo festzuhalten entschlossen war, geht auch aus späteren Schriftstücken hervor.<sup>3</sup> Auf das österreichische Schriftstück vom 1. März 1747 gab Preussen  $2\frac{1}{2}$  Jahre lang keine Antwort. Erst am 10. December 1749 überreichte Podewils eine vom Tage vorher datirte Denk-



schrift, worin die von Preussen ergriffenen Massnahmen zu rechtfertigen der Versuch gemacht wurde. In einer am 8. Januar 1750 abgehaltenen Conferenz bildete dieselbe den Gegenstand sorgfältiger Berathung. In dem preussischen Schriftstücke war hervorgehoben: Wenn auch eine Erhöhung der Zölle in den beiderseitigen Schlesien wider den Friedensschluss laufe, so müsse eine Verminderung derselben jedem Theile freistehen. Diese Ansicht wurde von dem Commerzdirectorium bestritten, denn nach dem trockenen Buchstaben des Vertrages sollte Alles in dem Status quo wie vor dem Kriege bleiben. In dem Dresdener Frieden sei vereinbart, dass der gegenseitige Verkehr nach Möglichkeit zu fördern und demselben keine Hindernisse in den Weg zu legen seien, woraus folge, dass auch eine Verminderung der Zölle nicht zuzulassen sei, umsoweniger, da eine Alterirung des Status quo den erbländischen Handel benachtheiligen würde. Eine Herabsetzung der Weinaccise erschwerte dem österreichischen Gewächse nach der in Wien herrschenden Annahme die Concurrenz mit dem französischen Erzeugnisse. Dieses habe vordem an Accise 2 fl., an Vermögenssteuer 1 fl. und an Mauth 36 kr., zusammen 3 fl. 36 kr. entrichtet, nunmehr aber blos 2 fl. 47 kr., während erbländische Weine in den schlesischen Städten preussischen Anthells 4 fl. 30 kr. zahlen, aus keiner anderen Ursache, „als den französischen Wein den Consumenten angenehmer, den Verschleiss des erbländischen aber beschwerlicher zu machen“. Auch wurde bemängelt, dass in Preussen neue Zollstationen errichtet und die Abgaben vermindert worden seien, was die Folge habe, „dass von den diesseitigen Ländern das commercium abgeleitet und das Aerar geschädigt werde“, während doch in dem Berliner Vertrage die Festhaltung des Status quo in allen Handelsangelegenheiten bestimmt worden sei, damit jeder Theil bei seinem früher getriebenen Handel und Wandel erhalten werden möge. Auch sei in dem Dresdener Vertrage hierüber die weitere Bestimmung vereinbart worden, dass beide Theile den gegenseitigen Verkehr befördern und demselben keine Hindernisse in den Weg legen sollen. Preussen hatte ferner dargelegt, dass Waaren, welche aus Böhmischeschlesien, so lautet die officielle Bezeichnung in den österreichischen Schriftstücken damaliger Tage, nach Preussisch-Schlesien gebracht werden, keiner Verzollung unterworfen sein sollen, diese Zollfreiheit sei



jedoch nicht anwendbar bei Waaren, welche an der Grenze für einen bestimmten Ort des anderen Theiles angesagt werden; dies stünde mit dem Zollmandate nicht im Einklange, indem der 19. Paragraph bestimme, dass der Consum- oder Einfuhrzoll in dem Consumtionsorte zu entrichten sei, während der Ausfuhrzoll in dem Absendungsorte und der Durchfuhrzoll an dem ersten Grenzorte zur Erhebung zu kommen habe. Diese Ansicht wurde als vollkommen begründet anerkannt. Bei der Conferenzberathung wurde zwar versucht, den Vertragsbestimmungen eine Auslegung zu geben, um für Oesterreich die Berechtigung herzuleiten, andere Verfügungen in dieser Beziehung zu treffen, da die Festhaltung an den mandatmässigen Bestimmungen für Oesterreich einen Verlust an Einnahmen nach sich zog, weil Alles, was durch Oesterreichisch-Schlesien ins Preussische ging, bisher in der österreichischen Grenzzollstation verzollt worden sei. Es könnte mit einigem Schein bemäntelt werden, dass man früher in Breslau und an anderen Zollstädten den Einfuhrzoll eingehoben habe, weil man daselbst wohleingerichtete Zollämter gehabt; allein hiedurch würde der Status quo verletzt und wider das Zollmandat gehandelt. Die Majorität des Commerzdirectoriums war daher der Ansicht, dass, 'wie man sich in dem einen Punkte nach dem Buchstaben des Mandates halte, man auch den preussischen Wünschen nicht entgegen sein könne'. Der Vorthail war, wie nicht zu verkennen ist, ausschliesslich auf preussischer Seite, und man erörterte, was zu thun sei, damit derselbe kein allzu grosser sei. In der Beantwortung des preussischen Promemoria sollte daher zum Schlusse dargelegt werden, dass, nachdem preussischerseits der Status quo zuerst alterirt worden sei, nunmehr nichts übrig bleibe, als über die in dem Friedenstractate vorbehaltene gemeinschaftliche Convention zu verhandeln, 'um dadurch den allseitigen Gravaminibus' abzuhelfen, wozu man von österreichischer Seite sich bereit erklären solle. Hiedurch erreiche man die Gelegenheit, heisst es in einem Vortrage, die Sache nach der Convenienz und Billigkeit, ohne Jemandem einen allzu grossen Vorthail zukommen zu lassen, auseinanderzusetzen oder aber bei nicht erfolgtem Abkommen sodann dasjenige vorzunehmen, was die Anständigkeit und das Beste dieser Länder erheischen.'<sup>4</sup>

Wenn Chotek, der 1749 mit der Leitung des Commerzdirectoriums betraut wurde, in einem Gespräche mit dem



preussischen Gesandten die Bemerkung machte, der Wiener Hof werde sich damit zufrieden geben, wenn Alles auf den alten Fuss gesetzt würde,<sup>5</sup> so entsprach dieses der damals vorwaltenden Absicht. Die Versicherung Chotek's, er werde alles Mögliche thun, um dies zu erreichen, muss als eine glaubhafte bezeichnet werden. Er besass noch keinen klaren Einblick in die handelspolitischen Angelegenheiten und hat sich überhaupt erst tastend und tappend zurechtgefunden. Mit den Verhältnissen der Industrie und des Handels in den verschiedenen österreichischen Ländern wenig vertraut, hat er erst durch Reisen die wirthschaftlichen Verhältnisse kennen gelernt und konnte daher beim Beginne seiner Wirksamkeit als Präsident des Commerzdirectoriums ein fest umschriebenes handelspolitisches Programm nicht sein Eigen nennen. Gleichzeitig Banco-deputations-Präsident, erstrebte er in der ersten Zeit eine Steigerung der Zölle zur Vermehrung der Staatseinnahmen und wurde erst später ein energischer Vertreter prohibitiver Massnahmen zum Schutze der Industrie.<sup>6</sup>

Preussen gegenüber befürwortete Chotek in der ersten Zeit wie sein Vorgänger den strictesten Status quo, aber unmittelbar nach Uebernahme seines Amtes wurde eine Revision der Zollordnungen angeordnet, und hiebei gelangte er zur Ueberzeugung, dass eine vollständige Umarbeitung derselben erforderlich sei. In ähnlicher Weise, wie bisher für jedes Land ein besonderer Tarif erlassen worden war, sollte auch künftighin die Regelung erfolgen; ein gemeinsamer Tarif für die böhmischen Länder Böhmen, Mähren und Schlesien wurde anfangs nicht geplant. Im November 1749 war der Entwurf eines Tarifes für Mähren von B. Neffzer, der den grössten Einfluss auf die Zollfragen nahm, fertiggestellt, jener für Böhmen befand sich in Ausarbeitung, und da die gleichzeitige Regelung des Zollwesens in Schlesien als nothwendig erkannt wurde, ‚wenn ein vollständiges Werk entstehen und der Einfuhr der schädlichen Feilschaften gesteuert werden sollte‘, erörterte man die Frage, ob man dazu berechtigt sei, auch für Schlesien eine Zollordnung zu erlassen, ohne gegen die Verträge zu verstossen. Die Commerzbehörde sprach sich bejahend aus mit dem Hinweise auf die von Preussen eingeführte Accise, welche ‚nichts Anderes als eine Consumo- und Essitomauth‘ sei.<sup>7</sup> Der Antrag ging dahin, Preussisch-Schlesien ‚wie ein anderes, jedoch separirtes Erbland anzusehen,



die preussischen Unterthanen jedoch nicht schwerer als die eigenen zu belasten, woraus zu ersehen, dass, eine solche Accise oder Zoll einzuführen keineswegs gegen den Friedensschluss verstosse; mit anderen Worten: die Waaren aus dem preussischen Antheile Schlesiens sollten bei der Einfuhr nach Oesterreich ebenso behandelt werden wie erbländische Waaren, wenn sie aus einem erbländischen Erzeugungslande in ein anderes Erbland gebracht wurden.

Die Staatskanzlei wurde befragt, ob sie ein Bedenken habe.<sup>8</sup> Die Angelegenheit wurde in einer Conferenz mündlich vorgetragen, wie aus einer Bemerkung auf der Rückseite des Schriftstückes hervorgeht. Welcher Beschluss gefasst wurde, wird nicht ersichtlich gemacht; es scheint, dass derselbe damals nicht im Sinne der Commerzbehörde lautete, denn nur der Tarif für Mähren und später jener für Böhmen erhielten die kaiserliche Genehmigung, in Schlesien blieb vorläufig die alte Ordnung in Kraft.

Durch die Beschäftigung mit der Neuordnung der Tarife hatte Chotek erst volle Klarheit über die Tragweite der in dem Berliner Frieden aufgenommenen, den Handel betreffenden Bestimmung gewonnen, und er konnte sich der grossen Bedenken nicht entschlagen, auf das preussische Promemoria vom 9. December 1749 in dem Sinne zu antworten, wie in der Conferenz vom 8. Januar 1750 beschlossen worden war. Während er damals dem Grafen Otto Podewils eine baldige Antwort in Aussicht stellte, erklärte er einige Wochen darauf, im Februar, dass noch einige Monate verstreichen würden, ehe dieselbe erfolgen dürfte, allein das Jahr verging mit Tarifstudien, und erst im November waren dieselben zu einem gewissen Abschlusse gediehen. Von Preussen wurde nun auf eine Entscheidung Oesterreichs in der Handelsfrage gedrängt. Ueber Anregung der preussischen Regierung war Koch im December nach Berlin gesendet worden, um über die schlesische Schuldsache, worüber bisher in Breslau ohne Erfolg verhandelt worden war, ein endgiltiges Abkommen zu treffen.<sup>9</sup> Die ihm ertheilten, von Bartenstein verfassten Weisungen beschränkten sich ausschliesslich auf die Schuldangelegenheit. Seine Ankunft in Berlin erfolgte in der Nacht vom 19. auf den 20. December. Bei der ersten Vorstellung durch den Grafen Puebla am 21. December richtete Podewils an Koch



die Frage, ob er bevollmächtigt sei, gleichzeitig auch über die Handelsfrage ein Abkommen zu treffen, was er mit der Bemerkung verneinte, nichts von dem Handel zu verstehen. Auch der König berührte bei der Audienz am 22. die Handelsangelegenheit und sprach den Wunsch aus, beide Fragen, die Schuld- und die Handelsfrage, gleichzeitig beendet zu sehen.<sup>10</sup> Nach der Audienz sagte Podewils, es sei nicht des Königs Verlangen, dass die Commerzangelegenheit ,unter einsten solle geschlichtet werden, sondern der König wünsche eine Declaration nach Artikel VIII des Berliner Vertrages, demgemäss Alles auf den alten Stand gesetzt und ein Termin festgestellt werden möge, inner welchem die beiderseits vorgekommenen Klagen abgethan und beigelegt werden sollen; neue Tractate und Tarife abzufassen, sei in der kurzen Zeit, die Koch hier zubringen werde, nicht möglich‘.

Koch überreichte am 28. December ein vom 25. datirtes, blos auf die Schuldangelegenheit bezügliches Promemoria. Die ihm bereits am 29. December ertheilte Antwort wies darauf hin, dass die Beschleunigung des zu treffenden Abkommens ungemein gefördert würde, wenn sich Oesterreich auch über die Wiederherstellung des im Berliner Vertrage stipulirten Status quo des Handels zwischen den beiderseitigen Staaten mit gleicher Deutlichkeit wie über das Schuldenwesen aussprechen würde.<sup>11</sup> Die preussischen Minister lehnten es ab, dem Könige über die in dem Koch'schen Schriftstück enthaltene Materie ,Rapport zu thun‘, erklärten jedoch ihre Bereitwilligkeit, die Angelegenheit rasch zu erledigen, und empfahlen, die Bewerbung um baldige Instruction über die Commerzangelegenheit‘.

Koch erwiderte in einem Promemoria vom 31. December 1750, dass er über die Handelsfrage keine Instruction besitze; er habe schon dem König bei der Audienz diese Antwort auf eine Anfrage gegeben, dieselbe auch dem Grafen Podewils wiederholt und zugesichert, dass er hierüber Befehl einzuholen nicht unterlassen werde und einer Antwort entgegensehe. Dieselbe könnte ,bei jetzigen Betrübissen an dem kaiserl. Hof und vorkommenden anderen allwichtigsten Geschäften‘ später, als gewünscht werde, folgen; er hätte daher geglaubt, dass man mittlerweile über das Schuldenwesen verhandeln könne, bis über die Handelsangelegenheit die kaiserliche Entschliessung einlange. Man würde nur Zeit gewinnen, da es bezüglich des



Handels bloß darauf ankomme, „sich *ratione termini*, wann die Anstössigkeiten beiderseits gehoben werden sollen, einzuverstehen, welches ein Werk sein sollte, so keiner langen Uebersetzung und Behandlung unterliege“.

Die Berichte Koch's über die ihm vom Könige ertheilte Audienz, sowie über seine Besprechung mit Podewils, worin eine gleichzeitige Regelung der schwebenden Frage über die Schuldsachen und über die Handelsangelegenheit gefordert wurde, berührten in Wien unangenehm. In dem preussischen, an Puebla übermittelten Schriftstücke vom 23. October 1750, welches den Anlass zur Sendung Koch's nach Berlin gegeben hatte, war der Commercialangelegenheit keine Erwähnung geschehen, und in einem früheren Schriftstücke vom 6. Januar 1750 war ausdrücklich gesagt worden, dass „sothane Angelegenheiten“ — d. h. die auf den Handel bezüglichen — „nirgend füglicher als zu Wien tractirt werden können“, und man hatte deshalb Koch wie erwähnt nur mit Weisungen versehen, welche die Schuldangelegenheit betrafen.<sup>12</sup> Bei dem Misstrauen, mit dem man in Wien gegen Preussen erfüllt war, witterte Bartenstein in der nunmehrigen, von der früheren abweichenden Forderung einer gleichzeitigen Erledigung der Schuld- und Handelsfrage, „dass darunter ein sehr feiner Fallstrick, ein grosses Gift verborgen stecke“. In Berlin sei man wahrscheinlich in Sorgen, dass, nachdem der sechste Artikel des Dresdner Friedens von dem achten Artikel des Berliner Vertrages abweiche, man in Wien, „wie man es zu thun befugt wäre“, sich an die Bestimmung des Berliner Vertrages nicht mehr gebunden erachten werde, auch wolle man den Artikel in Berlin anders auslegen, „als deren Wörter natürlicher Verstand mit sich bringe“, wodurch Oesterreich nur Schaden, Preussen jedoch Vortheil erwüchse. Ferner fallen dem preussischen Staatsschatze die durch das schlesische Schuldwesen übernommenen Lasten schwer, „man möchte aber der durch den Verzug entspringenden Gehässigkeit, sowie der Schuld über des Tractats Unerfüllung gerne ausweichen, bereite sich daher auf neue Ausflüchte vor und sei auf die eine weitschichtige Untersuchung erheischende, und wenn man wolle, leicht ins weite Feld hinausgespielt werden könnende Commercialangelegenheit verfallen“. Endlich gehen die unermüdeten preussischen Bestrebungen dahin, dem französischen Hofe Misstrauen gegen Oesterreich beizubringen, was ihm bisher gelungen sei;



nun sei aber Preussen ein Vorwand entzogen worden, indem man sich in der Reichsgarantie willfährig gezeigt habe, es suche daher nach einem neuen Vorwande, „um das Blendwerk bei Frankreich länger unterhalten zu können“. In allen diesen Stücken müsse man dem König von Preussen „durch den Sinn fahren“. Aus diesem Grunde hielt man es in Wien für nothwendig, die von Puebla und Koch zu überreichende Declaration auszuarbeiten, so umfassend als möglich, um den Beweis zu liefern, dass Oesterreich „in Uebermass Alles erschöpfe“, wozu es durch die Tractate verbunden sei.<sup>13</sup>

In dem Koch übersendeten und von demselben übergebenen Schriftstücke wird eine Uebersicht über den bisherigen Gang der Verhandlung gegeben und zugestanden, dass dieselbe mit dem preussischen Vertreter in Wien, dem Grafen Podewils, nicht fortgeschritten sei, allein das Wiener Cabinet trage nicht die Schuld. Von Preussen sei mehrmalen erklärt worden, dass, wenn Oesterreich sich anschicken würde, die Reichsgarantie auszuwirken, Preussen sodann in den anderen Punkten der Kaiserin um die Hälfte des Weges entgegenkommen würde. Nun habe man die Reichsgarantie ausgewirkt und erkläre sich bereit, mit demjenigen in Wien zu verhandeln, den der König hiezu bestimmen würde, zumalen vorlängst Graf Rudolf Chotek damit betraut worden sei. Eine bestimmte Zeit, innerhalb deren man zum Abschluss kommen werde, könne füglich nicht festgesetzt werden, aber man dürfe in Berlin überzeugt sein, dass man Alles zur Beschleunigung thun werde.

Eine allerdings nicht geschickt abgefasste Stelle des österreichischen Schriftstückes wurde von dem preussischen Minister bemängelt, und erst das Promemoria vom 26. Januar 1751, welches am 10. Februar überreicht wurde, befriedigte.<sup>14</sup> Podewils äusserte sich bei Uebergabe desselben dahin, er habe schon seit einiger Zeit dem Promemoria mit Begierde entgegenge-  
sehen, er werde dasselbe an Münchow senden, um vor dessen Abreise nach Schlesien mit ihm zusammenzutreten. Sonntag den 14. Februar hatten Koch und Puebla in Erfahrung gebracht, dass Münchow abgereist sei, und machten dem preussischen Minister einen Besuch. Graf Podewils bemerkte, die Antwort sei in des Königs Händen, er hoffe, sie morgen übergeben zu können; im Vertrauen theilte er jedoch mit, des Königs Meinung sei, einen Mann von Rang und Condition nach Wien



zu senden, und fragte, ob dies genehm sei. Koch antwortete: Gewiss, und erkundigte sich, ob Klinggraeffen unpässlich sei. Nein, der werde in Wien bleiben, lautete die Antwort. Am 15. Februar erhielten die Oesterreicher die preussische Erklärung. Sie sei, schrieben sie nach Wien, ‚in substantiali mit deme gleichlautend, was Podewils mündlich gesagt, einige Ausdrückungen jedoch seynd der Vockeroth’schen Schreibart gemäss und hätten annehmlicher lauten können. Hiemit sei die Hauptsache jedoch nicht gerichtet, sie müssen aber Freude bezeugen, dass sich nach dieser Erklärung äussere, wie man mit ganz anderer Ehrfurcht der Kaiserin anjetzo als vorhin begegne, und da die Sachen unter den Allerhöchsten Augen geschlichtet werden, so werde man sich dem gerechtesten Ansinnen ganz anderst fügen‘.<sup>15</sup>

## II.

Koch und Puebla erfuhren von Podewils, dass Dewitz nach Wien gesendet werden solle, und noch vor seiner Ankunft wurden über die demselben gegenüber einzunehmende Haltung Berathungen gepflogen. Eine Denkschrift liegt vor, in welcher die Grundsätze für die bevorstehende Verhandlung dargelegt sind. Man glaube, heisst es daselbst, sich vorzüglich an den Dresdner Frieden halten und denselben zur Grundlage nehmen zu sollen, um den Handel zu gegenseitiger Convenienz der beiderseitigen Unterthanen und Staaten einzurichten. Dewitz werde zweifellos mit hinlänglichen Weisungen versehen sein und hoffentlich seine Instructionen mitzutheilen kein Bedenken tragen, ‚woraus man den Antrag des Königs, mithin jenes Beste, so ein- wie anderseits zum Vorthail der Staaten gereichen soll, werde abnehmen, überlegen und darüber übereinkommen können‘. Man glaube die richtige Ansicht zu haben, dass es jedem Souverän zu allen Zeiten freigestanden habe, nach Erforderniss und Gutbefund in seinem Gebiete auch die in den Consum übergehenden Waaren einem neuen Zolle zu unterwerfen oder den alten zu erhöhen oder auch zu mindern. Man hoffe, dass diesfalls von Seiten Preussens so wenig eine Frage aufgeworfen werde, so wenig man hierorts eine daraus zu machen gedenke. Es komme demnach darauf an, was aus dem einen oder dem anderen Staate durch die beiderseitigen Länder



theils ausgeführt werde und mit zu hohen Zöllen oder auch mit Privatgebühren belegt sei.

Nach Aufzählung der verschiedenen Richtungen, welche der preussische Waarenzug durch die Erblande nahm, wurde hervorgehoben, dass bisher die Durchfuhrzölle, sowie die Privatmauthen sehr hoch, mithin ein Hinderniss des Durchfuhrhandels gewesen seien, indess habe man Abhilfe zu schaffen gesucht, indem man den Beschluss gefasst habe, dass von fremden Gütern nicht mehr als  $\frac{1}{2}$  Procent in jedem deutschen Erblande, durch welches sie geführt werden, dagegen von jenen Waaren, die nach und von Triest gebracht wurden, nichts zur Erhebung gelange, jene Abgaben ausgenommen, die in den Zollstationen Laibach und Graz zu entrichten seien. Die Bestimmungen des mährischen Zollpatents vom 12. August 1750 sollten hiefür als Norm gelten. Zur Erleichterung des Durchfuhrverkehrs sollten die Abgaben bei den verschiedenen Mauthen ebenfalls herabgesetzt werden. In welchem Lande daher, heisst es wörtlich, der König von Preussen irgend eine Erleichterung verlangen möchte, hätte sich Herr Dewitz zu äussern, worüber man sich endlich nicht schwer finden zu lassen gedenke. Was die österreichische Ausfuhr anbelangt, so gehe diese über Preussisch-Schlesien und Glatz, und man sei gewillt, „nur jenes Tractament, so in den böhmischen Landen bereits wirklich respectu deren Fremden pro Cynosura genommen worden sei, zu fordern“. Bei den bezüglich der Ausfuhr zu ergreifenden Massnahmen hatte man nämlich die Absicht, im Allgemeinen als Grundsatz aufzustellen, dass keine höhere Abgabe als  $\frac{1}{4}$  Procent zur Erhebung kommen solle, nur einige wenige Waaren sollten mit 1 bis 2 Procent belastet bleiben, je nachdem sie im Lande mehr oder weniger bereits verarbeitet werden. Hierüber sollte nun Dewitz keine Mittheilung gemacht werden; da sich bisher der Ausfuhrzoll auf 3 bis 6 Procent belaufen hatte, so sollte die allerdings schon beschlossene, aber noch nicht durchgeführte Zollherabminderung bei den Verhandlungen bestens geltend gemacht werden und als Compensationsobject dienen; wenn aber Preussen hinsichtlich der Ausfuhr aus Oesterreich irgend eine Herabsetzung erlangen wollte, so würde man ein Gleiches für diejenigen Waaren aus den preussischen Ländern fordern, welche den kaiserlichen Unterthanen am fürträglichsten seien. Diese lassen sich jedoch nicht eher specificiren, als bis man die Gegen-



wünsche kenne und in der Lage sei, eines gegen das Andere zu halten und sich darüber schlüssig zu machen.

Was die jüngst erlassenen Verbote anbelangt, so wurde hervorgehoben, dass dieselben Preussen beschwerlich fallen, aber bei dem Consum wollte man sich die Hände nicht binden.<sup>16</sup> Nach Mähren allein werde aus den preussischen Staaten ein Namhaftes mehr eingeführt als von da ausgeführt, und zwar Gegenstände, welche in den kaiserlichen Landen entweder selbst erzeugt werden, oder die entbehrlich, daher schädlich seien. Dasselbe könne von Böhmen gesagt werden, allein man könne dieses nicht erweisen, weil die Zollamtirung daselbst noch nicht recht eingerichtet, auch kein verlässliches Landesgewerbe- und Fabrikeninventarium vorhanden sei. Hinsichtlich der verbotenen Waaren sei bekannt, dass Preussen in seinen Erblanden eine weit rigorosere Polizei- und Trachtordnung besitze und die Verbote schärfer durchführe. Warum soll derartige Verbote zu erlassen nicht auch der Kaiserin in ihren Staaten freistehen? Wolle aber Preussen, dass man diesfalls von etwas abgehe, so werde sich der König auch wiederum gefallen lassen müssen, etwas Anderes für die kaiserlichen Unterthanen zu thun, mit einem Worte, das ganze Werk bestehe sodann in dem *facio ut facias*.<sup>17</sup>

Nach der Ankunft der preussischen Unterhändler gab die Kaiserin den Befehl, in einer Conferenz in Berathung zu ziehen, nach welchen Grundsätzen ,bei Ausgleichung des schlesischen Schuldwesens und Regulirung des gegenseitigen Handels bei den bevorstehenden Verhandlungen mit dem nach Wien kommenden Dewitz vorzugehen sei'. Man einigte sich auf Grund der erwähnten Denkschrift über folgende Punkte: Als Hauptregel sollte gelten hinsichtlich der inneren Consumption für jeden Theil freie Hand zu behalten, die für den Verbrauch eingeführten Waaren nach eigener Convenienz mit einem Aufschlag oder einer Accise zu belegen, bei der Ausfuhr und Durchfuhr jede ,Facilität', jedoch nur bei gleicher Reciprocität angedeihen zu lassen. Im ähnlichen Sinne habe man sich bereits in zwei nach Berlin gesendeten Schriftstücken ausgesprochen. Sollte Dewitz auf ein ,Interimale' den Antrag stellen und für den Transit und die Ausfuhr den in den Friedensschlüssen festgesetzten Status quo beantragen, so walte dagegen kein Bedenken ob, wenn bei der Consumo-Abgabe jeder Theil ungebundene



Hände behalte. Vor dem Kriege seien Ausfuhr und Durchfuhr höher belegt gewesen, als künftighin beabsichtigt sei. Mit der Führung der Verhandlungen wurde Chotek betraut und ihm seinem Wunsche gemäss Neffzer und Kannegiesser beigegeben, doch wurde bestimmt, dass alle an Dewitz zu übergebenden Schriftstücke der Billigung der Conferenz unterliegen sollen. Mit der Führung der auf das Schuldwesen bezüglichen Verhandlungen wollte sich Chotek nicht beladen. Prandau und Koch wurden damit beauftragt.<sup>18</sup>

Die Verschiedenheit der Standpunkte zwischen Oesterreich und Preussen trat bei der ersten Conferenz zwischen Dewitz und Chotek hervor. Während der preussische Unterhändler die Herstellung des Status quo auch bei dem Consumo den ihm ertheilten Weisungen gemäss forderte und erklärte, zur Schliessung eines Commerztractates keine Instruction zu besitzen, bemerkte Chotek, die Kaiserin sei zwar geneigt, den Status quo von einem bestimmten Tage an feststellen zu lassen, aber nicht auf lange Zeit; es müsse auch der Termin festgestellt werden, bis zu welchem der Handelsvertrag geschlossen sein müsse, der Status quo könne doch nur so lange gelten, bis man anderweitig ein Uebereinkommen getroffen habe, keineswegs aber ins Unbestimmte.<sup>19</sup> Der Handel Schlesiens sei nicht das alleinige Object der Unterhandlung, sondern der aller Länder des Königs, besonders der am Oderstromen gelegenen. Am liebsten wäre es der Kaiserin, ‚wenn ohne durch eine Interimshandlung die Zeit zu verlieren‘ allsogleich der Anfang gemacht würde sich über einen Vertrag zu verständigen, ‚dieweil allemal es dahin kommen oder gar nichts aus der Sache werden müsste‘. In dem am 1. Mai 1751 von Dewitz überreichten Promemoria wird mit Bezug auf das mit Chotek geführte Gespräch bemerkt, dass der 1. Juni als Termin für die Herstellung des Status quo in Aussicht genommen werden könne. Die Feststellung eines bestimmten Zeitpunktes für den Abschluss einer neuen Vereinbarung wurde jedoch von Dewitz abgelehnt mit dem Hinweise auf die Bestimmung des Berliner Vertrages, wonach der Status quo insolange in Kraft zu bleiben habe, bis eine neue Abmachung getroffen sei. Zu einem Handelsvertrage sei er nicht instruiert, der überdies ‚besser im Lande selbst als ausserhalb desselben verhandelt werden könne‘, zu welchem Zwecke der sonderbare Vorschlag gemacht wurde, dass eine



besondere Commission ernannt werden möge, welche ,die Hälfte der erforderlichen Zeit an einem beliebigen Orte in dem österreichischen und die andere Hälfte in dem preussischen Schlesien anwenden solle‘.

Was die Grundsätze bezüglich des Status quo anbelangt, so müssten das schlesische Zollmandat vom Jahre 1739, das böhmische vom Jahre 1737, das mährische vom Jahre 1731 mit Einschluss etwaiger vor dem Kriege erlassener Aenderungen als Norm dienen, derart, dass all dasjenige, was früher bei der Einfuhr nach Schlesien aus Böhmen, Mähren, Ungarn und Oesterreich zollfrei gewesen, die Zollfreiheit auch künftighin behalten müsse; ferner müssten die schlesischen Waaren, sie mögen im Lande selbst erzeugt und fabricirt oder fremde, in Schlesien verzollte Waaren sein, nach den früheren erbländischen Zollsätzen der verschiedenen Länder unverändert behandelt werden. Ueber die Accise und die Consumo-Aufschläge oder andere Imposten, welchen Namen sie auch haben mögen, könne kein besseres Princip festgesetzt werden als in den Zolltarifen für Böhmen, Mähren und Schlesien enthalten sei.<sup>20</sup> Von den Kaufleuten dürfe nicht mehr gefordert werden, als von den eigenen Unterthanen, wobei es jedoch jedem Landesherrn frei bleibe, die eigenen Unterthanen zur Aufnahme der Manufacturen von diesem oder jenem Impost ganz zu befreien oder denselben andere Vorthelle zuzugestehen, insoferne nur die Fabrikanten und Negocianten auch des anderen Theiles ihre Abgaben nach dem geringsten Satze entrichten dürfen. Bei dem Transito werde es bei derjenigen Verfassung vermuthlich sein Bewenden haben, wie sie in den Zollordnungen und Tarifen jeder Provinz vor der Separation eingeführt gewesen. Da es sich um Cultivirung eines freien Verkehrs handle, werde nicht bezweifelt, dass auch die Ausfuhr des Geldes von beiden Seiten nicht verboten werde.

Das preussische Promemoria vom 1. Mai bildete am 4. Mai Gegenstand der Berathung. An der Sitzung nahmen die meisten Mitglieder theil wie am 21. April. Haugwitz fehlte, der überhaupt an den Berathungen über die Preussen gegenüber einzunehmende Haltung nicht jenen thätigen Antheil nahm, der ihm zugeschrieben wird. Das einige Tage darauf, am 8. Mai, übergebene Promemoria wurde zum Beschlusse erhoben und der Monarchin vorgelegt. In der Einbegleitung an dieselbe



wurde gesagt, man glaube den ungereimten preussischen Anträgen in der Antwort solchergestalt begegnet zu sein, dass daraus die ganze unparteiische Welt werde anerkennen müssen, dass man mehr thue, als man zu thun schuldig sei, und da der französische Botschafter über die Angelegenheit schon mit dem Grafen von Chotek zu reden Gelegenheit genommen habe, so glaube man, dass es nicht allein unbedenklich, sondern auch von guter Wirkung sein werde, wenn sowohl das Promemoria des preussischen Commissärs, als die Rückantwort in das Französische übersetzt und dem Botschafter übergeben werde.<sup>21</sup> Oesterreich, lautete die vom 5. Mai datirte Antwort, sei bereit, den Tractaten von 1742 und 1745 getreulich nachzukommen; man habe sich gleich nach dem ersten Frieden in Bezug auf den Handel an den beliebten Status quo streng gehalten und könne sich mit den im Jahre 1743 erlassenen Verordnungen genau ausweisen, dass in jenen Orten und bei jenen Gegenständen, wo sich ein Anstand hervorgethan habe, die genauesten Befehle gegeben worden, sich an die vor dem Kriege eingeführt gewesene Einrichtung zu binden, mithin die preussisch-schlesischen, in die diesseitigen Lande eingeführten Producte und Artefacte als erbländisch anzusehen, während Preussen Neuerungen vorgenommen habe; in dieser Hinsicht könne man auf das Promemoria, welches Graf von Podewils unter dem 9. December 1749 übergeben habe, hinweisen, der den von Oesterreich aufgestellten Behauptungen nicht widersprochen habe. Bei diesen so bewandten Umständen, da nicht der hiesige, sondern der preussische Hof den Status quo alterirt habe, sollte billig von demselben dermalen umsoweniger mehr die Rede sein, sondern sogleich über jene Massregeln eine Vereinbarung getroffen werden, nach welcher man künftig beiderseits das Zollwesen einzurichten gedenke, umsomehr, da in dem im Jahre 1745 geschlossenen Dresdener Frieden, wo der Status quo bereits geändert war, davon weiter keine Meldung gemacht, sondern eine andere Bestimmung in Folge der geänderten Umstände getroffen worden sei. Da es hienach schon vorlängst von diesem Status quo ‚durch die preussischen Instanzen‘ abgekommen, sollte man sich jetzt über jene Grundsätze und recipirlichen Vortheile, wonach das commercium der beiden Staaten einzuleiten sei, einverstehen; weil aber preussischerseits so stark auf den Status quo gedrungen worden sei, habe man



nichts dagegen, denselben herzustellen, aber unter folgenden Bedingungen: Vor Einführung desselben sollen jene Generalmassregeln festgestellt werden, nach welchen man künftig in dauernder Weise die Sache gehalten haben will; dieser Status quo solle in einer so weit als immer nur thunlichen recipirlichen Gleichheit bestehen, am 1. Juli anfangen und längstens sechs Monate dauern; innerhalb dieser Zeit möge man ‚das Specifum und die Modalitäten der vor Einführung des Status quo festgesetzten Generalmassregeln ausarbeiten‘; wenn man sich innerhalb dieser Frist nicht einige, müsste jeder Theil ungebundene Hände behalten, nach eigener Convenienz das Commerciale in seinen Staaten einzurichten; übrigens sei man vollkommen einverstanden, dass in dem mittlerweile beliebten Status quo die früheren Zollmandate und Verordnungen als Grundlage genommen werden, wenn anders diesfalls die in der natürlichen Billigkeit und in dem Friedensschlusse gegründete recipirliche Gleichheit beobachtet wird; in Bezug auf die freie Einfuhr und Ausfuhr der Münze könne man jedoch dem preussischen Commissär umsoweniger willfahren, als alle anderen Mächte, wenn sie auch noch so enge und feierliche Commerztractate errichtet haben, diesfalls nichts Anderes, als was das Wohl ihrer Staaten erheische, zu beobachten pflegen, anderntheils auch der König den ehemals in der Breslauer Münzbank gehaltenen Münzfuss dergestalt alterirt habe, dass der Status quo nicht mehr hergestellt werden könne. Schliesslich wurde bemerkt, dass die Ansicht eine irrige sei, wenn der erste Friedensschluss von dem preussischen Commissär dahin gedeutet werde, dass der Status quo illimitirt herzustellen sei, bis eine dauernde Abmachung zu Stande gekommen sei, da man dadurch diesorts aus aller in dem Dresdener Tractat vorgesehenen ‚recipirlichen Favorisirung‘ sich für alle Zeit ausgeschlossen sehen müsste; man hege das zuversichtliche Vertrauen, dass der preussische Commissär dieser Darlegung geneigten Beifall zollen und mithin mit einer willfährigen Gegenerklärung sich äussern werde, obgleich man aus seinem Promemoria bedauerlich sehen müsste, dass er zum Abschlusse eines dauernden Tractates nicht bevollmächtigt sei.

Wie ersichtlich, hatte sich in den Wiener Kreisen eine Wandlung bezüglich der handelspolitischen Beziehungen zu dem Nachbarstaate vollzogen, indem man in Folge der Tarifstudien



zur Ueberzeugung gelangt war, dass der Zustand vor dem Kriege nur zum Nachtheile des österreichischen Handels, namentlich aber der österreichischen Industrie, deren Entwicklung in dem Programme des Leiters des Handelsamtes in erster Linie stand, gereichen müsste. Schon bei Kinsky dämmerte die Ansicht auf, bei Chotek musste sie sich zur vollsten Klarheit durchringen, dass Preussisch-Schlesien nicht jene Begünstigungen gewährt werden können, welche das Land unter österreichischer Herrschaft in commercieller Beziehung besessen, der Abschluss einer neuen Convention daher nothwendig sei. Früher hatte man darauf hingewiesen, dass Preussen von dem Status quo zuerst abgewichen und sich zur Herstellung desselben von österreichischer Seite anerbieten, wenn auch Preussen seine Bereitwilligkeit bekunde, alle Neuerungen abzustellen. Wie, wenn Preussen in der That die Accise beseitigte, wozu bekanntlich zeitweilig auch preussische Beamte riethen, um Oesterreich jede Handhabe zur Klage zu benehmen? Chotek fürchtete diese seiner Ansicht nach Oesterreich drohende Gefahr, und um diese abzuwenden, gelangte er zu einer von der bisherigen verschiedenen Auslegung der in den Verträgen zu Berlin und Dresden vereinbarten Bestimmungen. Während noch am Schlusse des Jahres 1749 die Ansicht vorwaltete, dass die Bestimmungen des Dresdener Friedens über den Handel jene in dem Berliner Vertrag nicht aufheben, ein Standpunkt, der in den für den heimischen Gebrauch bestimmten Schriftstücken sich vorfindet, während man noch später die Herstellung des Status quo nicht abgewiesen und nur gleichzeitig die Einleitung von Verhandlungen gewünscht hatte, um an die Stelle eines provisorischen Zustandes einen definitiven zu setzen, erstrebte Chotek nun überhaupt von dem Status quo Umgang nehmen zu können und allsogleich eine neue Convention abzuschliessen. Die Rechtsauffassung wurde vertreten, dass durch den Dresdner Frieden die den Handel betreffende Bestimmung des Berliner Vertrages beseitigt worden sei. Wohl sei der Berliner Friede in dem zweiten Artikel des Dresdener Vertrages bestätigt worden, allein nur hinsichtlich jener Materien, worüber in Dresden eine neue Vereinbarung nicht erzielt worden sei. Bei Abschluss des Dresdener Friedens habe man sich in Folge des bereits geänderten Status quo in solchen Umständen befunden, dass man in Bezug auf den Handel eine andere Vereinbarung habe



eingehen müssen; indem es nothwendig gewesen sei, den achten Artikel des Berliner Tractats ausdrücklich zu aboliren, habe man denselben nicht wörtlich wiederholt, sondern etwas davon Verschiedenes vereinbart. Würde in dem Dresdener Tractat der sechste, den Handel betreffende Artikel keine Aufnahme gefunden haben, dann wäre man vermöge der darin enthaltenen Generalclausel zum achten Artikel des Berliner Friedens unstreitig verbunden gewesen, denn die Abmachungen in Berlin behalten nur insofern Giltigkeit, als in Dresden keine neue Vereinbarung getroffen worden sei.

Es scheint, dass Koch auf diese Wandlung nicht ohne Einfluss gewesen ist. Von Berlin aus erstattete er am 10. Januar 1751 einen interessanten Bericht über die industriellen Verhältnisse der preussischen Hauptstadt und Preussens. Man werde von preussischer Seite, schrieb er, die Forderung stellen, dass jene Waaren, deren Einfuhr vor dem Kriege zollfrei war, es auch künftig bleiben sollen, was anscheinend der Billigkeit entspräche und wogegen sich nichts einwenden liesse, wenn nicht so viele Waaren in Preussen erzeugt würden, die in Oesterreich verboten seien. Da aber nunmehr Schlesien unter preussischer Herrschaft stehe, die Versendung der Waaren von Berlin nach Breslau wenig Kosten verursache, könnten leicht preussische Waaren als schlesische in die österreichischen Erbländer eingeführt werden.<sup>22</sup>

Von Preussen wurden begreiflicher Weise die in der Note vom 5. Mai niedergelegten Ansichten bestritten. Die Behauptung, dass in Dresden eine von dem Berliner Frieden verschiedene Abmachung getroffen worden sei und dieselbe den Ausgangspunkt der Verhandlungen zu bilden habe, musste von den preussischen Staatsmännern zurückgewiesen werden, denn nur der Berliner Vertrag bot eine Handhabe auf Herstellung des Status quo zu dringen. Bei dem gegenseitig herrschenden Misstrauen erblickte man preussischerseits in der österreichischen Forderung, sich zunächst über Generalmassregeln zu einigen, ehe der Status quo für einige Zeit platzgreifen solle, eine Falle; ehe man stillschweigend in die Aufhebung des Status quo willige, sollten die Verhandlungen lieber unter irgend einem Vorwande abgebrochen werden, denn der Status quo galt nach der Auffassung Münchow's, der in schlesischen Handelsverhältnissen tonangebend war, ohne Einschränkung; bis zum



Abschlusse eines Vertrages werde sich der König den Status quo nicht entwinden lassen.<sup>23</sup>

Dewitz führte in seinem Schriftstück vom 6. Juni 1751 die Neuerungen an, welche von österreichischer Seite seit Herstellung des Friedens in dem Zollwesen vorgenommen worden seien. Der Wiener Hof, behauptete der preussische Unterhändler, habe den Anfang gemacht.<sup>24</sup> Bezüglich des Weines erklärte sich Preussen bereit, den Accisesatz von österreichischen, ungarischen und mährischen Weinen auf den früheren Satz von 1 Thaler 15 Silbergroschen herabzusetzen, „wenn dieselben gegen schlesische Manufacturwaaren barattirt werden“. Geschickt wies er auf das österreichische Schriftstück vom Jahre 1747 hin und betonte, dass die Friedenstractate der Jahre 1742 und 1745 die Aufrechterhaltung des Status quo verlangen, bis eine andere Vereinbarung getroffen worden sei, denn mit keinem Worte stehe darin, dass, wenn eine solche nicht zu Stande käme, die Bindungen des Friedens aufhören und eine jede Macht nach eigener Convenienz vorgehen könne; das Alte müsse daher wieder hergestellt werden, bevor etwas Neues verabredet werde. Die österreichische Gegenantwort vom 1. Juli erhob Widerspruch, dass der Status quo von Oesterreich zuerst abgeändert worden sei, was auch insoferne richtig war, als die Weinaccise bereits vor der Breslauer Abmachung eingeführt worden war, während Oesterreich erst seit 1743 eine Erhöhung der Zölle für Zucker, Fische und Oel vorgenommen hatte. Chotek stellte nicht in Abrede, dass auch von österreichischer Seite Aenderungen vorgenommen worden seien, aber erst nachdem Preussen begonnen, zugleich wies er darauf hin, dass Oesterreich des Weingravamens bereits beim Abschlusse des Berliner Friedens Erwähnung gemacht habe. Nochmals wurde hervorgehoben, dass der Status quo nicht mehr bestehe und deshalb in dem Dresdener Frieden eine andere Vereinbarung getroffen worden sei, allein man erklärte sich, um Bereitwilligkeit zu bekunden, geneigt, den Status quo in Bezug auf die Durchfuhr und Ausfuhr wieder herzustellen, hinsichtlich des inneren Consumo aber, welcher zur inneren Polizei gehöre, wollte man freie Hand behalten.

Dass Zweifel über die Absicht Oesterreichs, einen Handelsvertrag abzuschliessen, vorhanden waren, ist erklärlich. Zwischenträger haben damals und später vielfach Misstrauen zwischen Berlin und Wien zu säen gesucht und die Stimmung hüben



und drüben verbittert. Dewitz berichtete von einer Aeussung Chotek's zu einem vertrauten Freunde, es sei die Zeit noch nicht gekommen, um mit dem König etwas in der Handelssache zu Stande zu bringen; Alles geschehe, um ihn zu amusiren, und in Wien glaubte man, dass es dem König Friedrich nicht ernst sei, über das Schuldenwesen und die Handelsfrage sich zu verständigen, und stützte sich zur Erhärtung dieser Ansicht auf einen aus Berlin erhaltenen Bericht, der unmittelbar vor der Ankunft von Dewitz eingelangt war.<sup>25</sup> Auch hatte man durch den kurpfälzischen Secretär Bossart die Mittheilung erhalten, dass Dewitz mit einer solchen Anweisung versehen sich befinde, ‚wornach dem hiesigen Hofe zum Schlusse zu kommen unmöglich sein werde‘.<sup>26</sup>

Den beiderseitigen Standpunkt lernen wir am besten aus zwei Schriftstücken kennen: das eine ist eine an Klinggräfen gerichtete Depesche vom 31. Juli 1751, welche von der Wiener Regierung intercipirt worden war und die dem Grafen Rudolf Chotek zu einem ausführlichen Memoire Anlass gab. Als die österreichische Denkschrift vom 1. Juli 1751 dem Könige vorgelegt wurde, beauftragte er den Minister Podewils, ‚die chicanöse Interpretation der Oesterreicher über den Dresdener Frieden sehr solide und convenable zu refutiren‘, damit die Arbeit Frankreich und anderen Höfen mitgetheilt werden könne. Das Berliner Cabinet bezeichnete die in den österreichischen Denkschriften niedergelegten Ansichten als längst überholte alte Sophismen, woraus die bestimmte Absicht zu entnehmen sei, zur Wiederherstellung des Verkehres auf dem alten Fusse die Hand nicht bieten zu wollen. Es sei falsch, wurde ferner bemerkt, dass Preussen zuerst den achten Artikel des Friedensvertrages verletzt habe. Die Weinaccise, worauf Oesterreich hinweise, sei während des ersten Krieges eingeführt worden und dem Handel nicht nachtheilig. Während der Friedensverhandlung zu Breslau sei diese Massregel, welche die Unterthanen der Kaiserin in keiner Weise beeinträchtige, nicht zur Sprache gekommen. Auch habe der König zu wiederholten Malen sich zur Abhilfe bereit erklärt. Die von Oesterreich vorgenommenen Neuerungen seien jedoch ganz anderer Art wie jene, welche man Preussen zur Last lege; sie stehen mit dem Friedensvertrage nicht im Einklange, seien erst nach Abschluss desselben vorgenommen und auf Vernichtung des schlesischen



Handels gerichtet. Um die Massnahmen zu rechtfertigen, behaupte nun der Wiener Hof, dass der achte Artikel des Berliner Vertrages durch den Dresdener beseitigt worden sei, eine jedenfalls gezwungene Auslegung, und man glaube nicht, dass der Wiener Hof einem unparteiischen Richter die Entscheidung vorlegen würde. Der Berliner Vertrag sei in allen Punkten in Dresden bekräftigt, und mit keinem Worte sei der achte Artikel derogirt worden, im Gegentheil wurde vereinbart, dass man so viel als möglich den Handel zwischen den beiderseitigen Staaten und Unterthanen begünstigen werde. Frankreich und Preussen arbeiten auf die Wiederherstellung der Verkehrsverhältnisse auf dem alten Fusse hin, bis eine neue Convention geschlossen sei, während der Wiener Hof auf einer Aenderung bestehe und sich die Freiheit vorbehalte, alle ihm zweckdienlichen Massnahmen zu treffen.

Eine ausführliche Denkschrift, von dem Grafen R. Chotek verfasst, sucht auf Schritt und Tritt die Ausführungen der preussischen Depesche zu widerlegen. Auf die von Preussen während des Krieges vorgenommenen Aenderungen hinweisend, wird die Behauptung bestritten, dass man in Berlin Alles auf dem alten Fusse herstellen wolle, und zum Belege der zuletzt gemachte Antrag angeführt, eine Herabsetzung der Accise gegen Barattirung vorzunehmen, was gewiss keine Wiederherstellung des Verkehrs wie vor dem Kriege sei. Oesterreich habe mit Neuerungen nicht begonnen. Und wenn Preussen bemerkte, dass die seinerseits eingeführten Massnahmen während des Krieges vorgenommen worden seien, so hob Chotek hervor, dass in dem Vertrage die Bestimmung getroffen worden sei, dass Alles auf dem Fusse wie vor dem Kriege bleiben solle, eine Beseitigung der Aenderungen hätte daher von Preussen nach Herstellung des Friedens verfügt werden müssen. Der Behauptung Preussens, dass die Einführung der Accise Oesterreich nicht geschadet habe, stellt Chotek entgegen, dass die Ungarn über die Einbusse, welche der Absatz von Wein nach Schlesien durch diese Massregel erlitten, fortwährend Klage führen. Gegen die Forderung auf Herstellung des Status quo wird bemerkt, dass diese Massregel eine überflüssige sei, wenn man die Absicht habe, einen Vertrag zu schliessen, umsomehr, da in Dresden über den Handel eine ganz andere Bestimmung vereinbart worden sei.



Während man in Wien an der Ansicht festhielt, dass der Dresdener Friede für die handelspolitischen Verhandlungen mit Preussen zum Ausgangspunkt genommen werden müsse, wurde in Berlin die entgegengesetzte Auffassung vertreten und, auf den Abmachungen in Breslau und Berlin fussend, die Herstellung des Status quo gefordert und der Abschluss eines Vertrages nicht als nothwendig angesehen. In dieser Hinsicht hatte sich in der Auffassung Preussens eine Aenderung vollzogen. Unmittelbar nach dem Abschlusse des Dresdener Friedens sprach sich der preussische Minister Podewils 1746 dem Könige gegenüber dahin aus, dass der Status quo nur ad interim festgesetzt worden sei, was der König ein Podewil'sches Sophisma nannte. Der preussische Gesandte am Wiener Hofe, Otto Podewils, war ebenfalls der Ansicht, dass sich der Abschluss einer Convention als nöthig herausstellen werde, und bat daher um eine Instruction. Dagegen vertrat die massgebendste Persönlichkeit in schlesischen Angelegenheiten, Münchow, die Auffassung, dass auf dem Status quo zu beharren sei, und der Vertreter des preussischen Hofes in Wien hielt es sodann, nachdem ihm das Münchow'sche Schriftstück mitgetheilt worden war, ebenfalls nicht für zweckmässig, auf Grund des sechsten Artikels des Dresdener Friedens eine Particularconvention zu schliessen; der Wiener Hof würde dabei auf volle Reciprocität dringen, was vielleicht nicht vortheilhaft und deshalb besser sei, auf dem im achten Artikel des Berliner Friedens ausbedungenen Status quo zu fussen. Der König stimmte bei und billigte es, dass Otto Podewils zunächst vom schlesischen Handel nicht zu sprechen anfangen. In den damaligen preussischen Schriftstücken wird auch auf die Reichsgarantiefrage das Hauptgewicht gelegt, die Regelung des schlesischen Verkehres nur nebenbei erwähnt. Die Verzögerung der Antwort auf das österreichische Schriftstück vom 1. März 1747 dürfte auch darauf zurückzuführen sein.

Die schlesischen Handelspolitiker erstrebten nur die Herstellung des Status quo, wodurch allein dem neuerworbenen Gebiete die in den alten österreichischen Tarifen eingeräumten Begünstigungen dauernd erhalten blieben. Wenn aber Preussen, auf den Berliner Vertrag gestützt, den Status quo forderte, hätte es sich ebenfalls dazu bedingungslos bereit erklären müssen, wogegen finanzielle Erwägungen den Ausschlag gaben. Der



österreichische Staatsmann dagegen musste, von Rücksichten auf die heimische Industrie geleitet, auf die Abschliessung eines neuen Vertrages hinarbeiten, ein Umstand, der bei einer billigen Beurtheilung in die Wagschale fällt, wenn man auch den Rechtsstandpunkt anfechten mag. Chotek war kein Gegner eines Handelsvertrages mit Preussen, allerdings unter Bedingungen, die seiner mercantilistischen Ansicht nach die Durchführung seiner industriepolitischen Pläne nicht beirren sollten, womit die grossen, den Breslauer Kaufleuten unter österreichischer Herrschaft eingeräumten Begünstigungen nicht vereinbart werden konnten.

Als Dewitz im September die Mittheilung gemacht hatte, dass er zu einem Vertrage autorisirt worden sei und von dem Wiener Cabinete die Vorlegung eines Entwurfes erwarte, und zwar unter der Voraussetzung, dass von Oesterreich die positive Erklärung erfolge, bezüglich Schlesiens den vollen Status quo herzustellen, worauf Preussen nicht abgeneigt sein werde, hinsichtlich einiger Particularpunkte nach Umständen nähere Modalitäten über die Impositur zu vereinbaren, forderte die Kaiserin, dass in den mit Herrn von Dewitz abzuhaltenden Commercialangelegenheiten mit Vermeidung weitläufigen Schriftwechsels zur Sache selbst geschritten werden solle und die Antwort auf die überreichte preussische Denkschrift so kurz als möglich zu fassen sei. Diesem kaiserlichen Auftrage hätte entsprochen werden können, wenn man sich darauf beschränkt hätte, der Forderung des preussischen Unterhändlers nachzukommen und den Entwurf zu einem Handelsvertrage zu übermitteln, aber Chotek war es darum zu thun, die Rückkehr zum Status quo bei dem Consumo für die Zukunft unbedingt abzuschneiden und in der Antwort auf die Septemberschrift von Dewitz unumwunden und eingehend darzulegen, dass nur der Dresdener Vertrag Giltigkeit habe. Die von ihm entworfene Note war auch in diesem Sinne abgefasst, allein die Staatskanzlei erhob Bedenken, weshalb sich auch die Antwort an Dewitz verzögerte. Die Staatskanzlei, heisst es in einem von Bartenstein verfassten Vortrage an die Kaiserin, wolle sich in Commerzangelegenheiten nicht einmischen, aber es handle sich um Auslegung der Tractate und um eine håkliche, in das Universalcommercium tief einschneidende Handlung mit einem sehr schlaun und gefährlichen fremden Hof, aus welchem Grunde die Kanzlei für sich die Berechtigung herleite, ihre



Ansicht zur Kenntniss der Monarchin zu bringen. Die Rücksichtnahme auf Frankreich war für Bartenstein bestimmend, gegen die Chotek'sche Argumentation Front zu machen, obgleich er principiell mit ihm einverstanden war, da er bereits vor Jahr und Tag der Ansicht Ausdruck gegeben hatte, dass durch die neue Abmachung im Dresdener Verträge die früheren Bestimmungen in Berlin beseitigt seien. Seit Anfang des Jahres bemühten sich Oesterreich und Preussen um die Wette, in Paris für ihre Ansichten Stimmung zu machen. Da Friedrich von der Sendung Koch's und später von der Wiener Denkschrift vom 5. Mai in Paris Mittheilung machen liess,<sup>27</sup> wurde die Handelsfrage auch zwischen dem französischen Minister und Kaunitz, der seit dem September 1750 in Paris weilte, besprochen.<sup>28</sup> In einem an Kaunitz im Sommer 1751 abgesendeten Schriftstücke war in den Vordergrund gestellt, dass der Berliner Vertrag auf die Polizeiordnungen nicht angewendet werden könne, und dass daher die Consumgebühr in dem Status quo nicht inbegriffen sei, daher eine Vereinbarung über dieselbe sich beiderseits entweder auf Schlesien zu beschränken oder auf sämtliche Lande zu erstrecken habe, eine Ansicht, die auch in den an Preussen übermittelten Schriftstücken sich vorfindet. Vorübergehend machten nun die österreichischen Darlegungen bei Puissieux in Paris und bei dem Vertreter Frankreichs am Wiener Hofe Eindruck, bis dann wieder die preussischen Auseinandersetzungen bei den Franzosen Oberwasser bekamen. Bartenstein forderte nun, die bisher in Frankreich vertretene Auffassung nicht zu verlassen, da man mit der Chotek'schen Argumentation, dass durch den Dresdener Frieden die Berliner Abmachung hinfällig geworden sei, auswärts keinen Eindruck machen werde. In einer Conferenz am 10. November<sup>29</sup> verlangte Chotek, dass man ohne Umschweife zu erklären habe, an den Berliner Vertrag nicht gebunden zu sein, während die Staatskanzlei zur Unterstützung ihrer Ansicht auf eine Depesche des Grafen Kaunitz vom 1. September hinwies, worin angerathen wurde, den Status quo anzunehmen und von Preussen zu fordern, da man in Berlin sich schwerlich zur vollen Herstellung desselben erbötig zeigen werde. Chotek bemerkte jedoch dagegen, er besitze keine so genaue Kenntniss von dem Commerc der übrigen preussischen Länder, um nicht die Beisorge zu hegen, dass der König sich



bequemen dürfte, den Status quo in seinen Landen auf den Fuss wie vor dem Kriege herzustellen, wobei sodann die Erblande unendlich viel einbüßen würden; dem könne nur vorgebeugt werden, wenn erklärt werde, dass es von dem Artikel des Berliner Friedens sein Abkommen zu finden habe.

Die Verschiedenheit der Ansichten in den Kreisen der österreichischen Staatsmänner hat die Verschiebung der Antwort veranlasst, und die, wie berichtet wird, von Chotek in einem Gespräche mit Dewitz gemachte Bemerkung, dass sich dieselbe seit drei Wochen in den Händen Bartenstein's und der Minister befinde, war ganz richtig.<sup>30</sup> Der ursprüngliche Entwurf Chotek's hatte auch an einigen Stellen eine andere Fassung.<sup>31</sup> Beigeschlossen wurden, Generalmassregeln, welche Ihro Majestät die Kaiserin in Ihren Erblanden festgestellt haben'; am Schlusse wurde bemerkt, dass, 'wenn von denselben zu Gunsten des Königs abgegangen werden solle, müssten auch von seiner Seite Generalmassregeln communicirt werden, wornach es darauf ankommen werde, dass man die en détail ausgearbeiteten Zolltarife gleichfalls gegen einander aushändige, sofort die Specifica anzeige, worinnen und wie weit annoch in dem Transito-, Essito- und Consumozoll eine Erleichterung gegen einen reciproken Vortheil verlangt und eingestanden werden wolle'.

Die Erklärung, dass Oesterreich nicht mit bestimmt formulirten Vorschlägen, sondern mit allgemeinen Grundsätzen hervortrat, liegt einerseits darin, dass man durch eine Vereinbarung über 'Generalmassregeln' eine raschere Verständigung über die Detailfragen erwartete, sodann aber, dass man über die Zollverhältnisse in Preussen ganz im Unklaren war. Aus Anfragen, die man damals an die österreichischen Grenzzollämter richtete, ist ersichtlich, dass man darüber Erkundigungen einziehen wollte, die jedoch nicht gerade reichlich flossen. Da man die Absicht hatte, sich über einen Begünstigungssatz für alle Waaren zu binden, so wünschte man erst die preussischen Tarife kennen zu lernen, um sodann einen Beschluss zu fassen. Endlich aber war man mit den Berathungen über den für die böhmischen Länder zu erlassenden Tarif, womit man sich beschäftigte, nicht fertig, und früher konnte man wohl nicht jenen Begünstigungszoll namhaft machen, den man Preussen einzuräumen gewillt sein mochte.

In einer Note vom 31. December 1751 wies Dewitz darauf hin, dass der Antrag zum Commerztractate von der Kaiserin



ausgegangen und deshalb ein besonderer Commissar von dem König nach Wien gesendet worden sei; es wäre daher natürlich, dass das Project von dem österreichischen Hofe vorgelegt werden müsse, da aus den mitgetheilten Generalmassregeln unmöglich zu ersehen sei, was für Bedingungen die Kaiserin bei dem Tractate hinsichtlich des schlesischen Handels zu gewähren oder zu stipuliren gedenke. In seinen mündlichen Aeusserungen bei Uebergabe des Schriftstückes ging Dewitz weiter. Es scheint, dass er der Ansicht des Wiener Cabinets das wichtige Zugeständniss gemacht habe, dass im Consum jeder Theil ungebundene Hände behalte, was von Chotek nur mit Befriedigung begrüsst werden musste.<sup>32</sup> In der Antwort vom 10. Januar 1752 rechtfertigte man die Vorlage von Generalmassregeln, weil man geglaubt habe, auf diese Weise am raschesten zum Abschlusse zu kommen. Habe man sich erst über die Grundsätze geeinigt, so werde die Anwendung auf das Tarifproject leicht sein.<sup>33</sup>

Der Aufforderung Oesterreichs, Gegenvorschläge zu machen, kam Dewitz durch das am 22. März übergebene Promemoria vom 17. März 1752 nach. Die Anträge Preussens waren hienach folgende: Die Durchfuhr zwischen Preussisch-Schlesien und den zur Connexion des schlesischen Handels gehörigen österreichischen Erblanden sollte so verbleiben wie 1739 und 1740, etwaige seitdem vorgenommene Aenderungen seien abzustellen, jedoch solle jedem Theile frei bleiben, den Transit ‚noch mehr zu bonificiren und auf gelindere Art einzurichten‘. Auch bei der Ausfuhr sollte kein höherer Zoll als 1740 erhoben werden. Die seitdem eingetretenen Erhöhungen seien zu beseitigen. Nach diesen Grundsätzen hätten Waaren, aus einem Theile Schlesiens in den anderen geführt, keine Transito- oder Essitogebühr zu entrichten. Was Glatz anbelangt, welches nicht zu Schlesien gehörte, sondern früher eine besondere Provinz war und erst seit 1737 mit Böhmen ein Zollgebiet ausmachte, behalte sich der König vor, von den Waaren, die aus der Grafschaft nach Böhmen, Mähren und anderen österreichischen Erblanden oder aus diesen durch Glatz geführt werden, den Durchfuhr- und Ausfuhrzoll nach den Sätzen des schlesischen Tarifs von 1739 einzuheben, wogegen es Oesterreich freistehen solle, von den Waaren, die aus oder durch Böhmen nach Glatz gehen, den Zoll nach den Sätzen des böhmischen Tarifs vom Jahre 1737 abzunehmen, beide Theile würden aber die Freiheit behalten,



den Zoll zu ermässigen oder aufzuheben. Bezüglich des Einfuhrzolles solle es jedem Theile ‚generaliter‘ freistehen, soweit nicht gegenseitig ein anderes Uebereinkommen geschlossen werde, die Abgaben nach ‚Erheischung der Nothdurft‘ einzurichten, jedoch werde dieser Grundsatz von Preussen nicht eher angenommen, bis zugleich zu Gunsten des gegenseitigen Handels zwischen diesen Provinzen nachstehende Einschränkungen festgesetzt werden: Es sollen diejenigen Waaren, welche in den zur Connexion des schlesischen Handels gehörigen Provinzen erzeugt oder fabricirt sind, bei der Einfuhr in das andere Gebiet mit keinen höheren Abgaben belegt werden, als dergleichen Waaren entrichten, wenn sie aus anderen Erblanden als eigene Fabrikate eingeführt werden, und woferne unter den Sätzen eine Differenz sei, soll nur der geringste Zollsatz entrichtet werden. Von fremden Waaren, die einander zugeführt werden und deren Einfuhr nicht verboten sei, soll nur der geringste Satz gefordert werden, welcher für solche Waaren festgestellt sei, wenn sie entweder unmittelbar aus fremden Landen oder mittelbar aus einem anderen, einem contrahirten Theile zuständigen Erblande kommen, dergestalt, dass dergleichen aus Schlesien und vice versa kommende Waaren niemals schwerer belastet werden sollen, als wenn sie unmittelbar aus fremden oder mittelbar aus den eigenen Erblanden kommen. Die Zollconnexion zwischen den beiden Antheilen von Schlesien habe nach der Vorschrift des Zollmandats von 1739 dergestalt aufrecht zu bleiben, dass die eingeführten Waaren für den Ort, wohin sie bestimmt seien, an der Grenze anzugeben und mit den Einfuhrsätzen des erwähnten Zollmandats zu verzollen sind, und was in dem einen Theile Schlesiens verzollt werde, in dem anderen ferner keinen Consumzoll nachzuzahlen habe, es stehe jedoch jedem Theile gleichfalls frei, die Consumabgaben in seinem Theile zu vermindern oder nachzulassen. Habe man sich über diese Grundsätze geeinigt, werde der König über die ‚Specialia‘ weitere Instruction seinem Commissär zusenden. Erfolge aber die völlige Zustimmung wider Vermuthen zu diesen Präliminarsätzen mit ihren Restrictionen nicht, dann behalte sich Preussen die aus den Friedenstractaten competirende Befugniss der völligen Herstellung des Status quo vor. Ueber das Münzwesen gab Dewitz keine Erklärung ab, da die darauf bezüglichen Instructionen ihm noch nicht zugegangen waren.



Die von Dewitz beantragten Grundsätze wurden unannehmbar befunden, namentlich hinsichtlich des Consumzolles.<sup>34</sup> Es wurden Gegenpunkte ausgearbeitet und darüber berathschlagt, ob man dieselben dem preussischen Commissär schriftlich übergeben oder in einer Zusammentretung vorlegen und darüber verhandeln solle. Das Protokoll über diese Verhandlung liegt mir nicht vor, nur so viel ist ersichtlich, dass im April 1752 der Beschluss gefasst wurde, die ‚Punkte zu einem Commerztractat mit Preussen‘ schriftlich zu übermitteln, welche auch der vom 16. Mai 1752 datirten Antwort beigefügt wurden mit dem freundschaftlichen Anerbieten, darüber mit dem preussischen Unterhändler zusammenzutreten und den baldigen Schluss auf dem Fusse einer recipirlichen Gleichheit und beiderseitigen Anständigkeit allen nur immer thunlichen Vorschub geben zu wollen.<sup>35</sup>

Während Dewitz ein Abkommen erstrebte, welches lediglich Schlesien jene bevorzugte Stellung sichern sollte, die es früher vor der Abtretung an Preussen besass, schlug Oesterreich einen Vertrag vor, der auf sämtliche Gebiete beider Staaten sich erstrecken sollte. Sieht man von den bisherigen weitergehenden Begünstigungen der schlesischen Erzeugnisse ab, so waren die Vortheile, welche Oesterreich dem Nachbarstaate einzuräumen sich gewillt zeigte, nicht unbedeutend. Die Erleichterung des Transits, die Zusage geringerer Ausfuhrzölle, der Antrag zu einer Vereinbarung über einen Begünstigungszoll für den Consum, ferner dass von den Kaufleuten ausser den an einigen Märkten eingeführten Standgeldern unter dem Namen Losungs-, Accise- und Zettelgeld nichts gefordert werden dürfe, die Bestimmung über die Zollfreiheit des Appreturverkehres waren nicht kleine Zugeständnisse, die allerdings namentlich bei dem Consumzoll nicht mit dem Massstabe preussischer Forderungen beurtheilt werden dürfen.

Vergebens war Dewitz bemüht, die preussischen Staatsmänner zu bestimmen, einen die gesammten Gebiete beider Staaten umfassenden Vertrag abzuschliessen. Die ihm ertheilten Weisungen lauteten in dieser Beziehung ablehnend. Dem ertheilten Auftrage entsprechend konnte Dewitz auf die Forderung Oesterreichs nicht eingehen.<sup>36</sup> Nachdem Oesterreich jedoch darauf beharrte, dass sich der Vertrag auf sämtliche Länder zu erstrecken habe, ertheilte Friedrich später die Ermächtigung



zum Abschlusse auf dieser Grundlage. Von den preussischen Provinzen sollten blos Cleve, Geldern und die Mark, von den österreichischen die Niederlande und die italienischen Besitzungen ausser Betracht bleiben.<sup>37</sup>

Das von Dewitz am 11. Juli unterzeichnete Gegenproject eines Vertrages war in einigen Punkten klarer und umsichtiger gefasst und enthielt in formaler Hinsicht wesentliche Verbesserungen. Von österreichischer Seite wurden auch keine Schwierigkeiten gemacht, einige derselben anzunehmen, obgleich man sich Mühe gab, die eigene Fassung zu vertheidigen.

Von Wichtigkeit bei den Verhandlungen über die einzelnen Bestimmungen des Handelsvertrages sind die Artikel über die Ausfuhr, Einfuhr und Durchfuhr. Oesterreich hatte als Grundsatz aufgestellt, dass die Durchfuhrgebühr für alle preussischen durch die k. k. Staaten geführten Waaren in einem jeden deutschen Erblande nicht mehr als  $\frac{1}{2}$  Procent betragen solle. Die preussische Fassung vom 11. Juli 1752 forderte dagegen, dass an Durchfuhrgebühren nicht mehr gefordert werden solle, als in den Jahren 1739 und 1740 in den damaligen Zollordnungen festgesetzt worden sei, und zwar nicht blos für die eigenen, sondern auch für die fremden Erzeugnisse, welche von den preussischen Unterthanen als Propre- oder Speditionsgut versendet werden. Dafür wollte sich Preussen auch bezüglich der aus Oesterreich durch das preussische Schlesien in ein fremdes Land oder in eine seiner Provinzen mit besonderer Zollverfassung geführten Waaren zu einer ähnlichen Behandlung anheischig machen. Auch die Privatmauthen, Weggelder, Schleussen- und Ufergelder sollten in der bisherigen Höhe belassen werden. Im Falle aber in der Folge eine Steigerung dieser Abgaben eintreten würde, sollten die beiderseitigen Unterthanen in dem anderen Lande nicht mehr als die eigenen zu entrichten haben, und wenn diese von jeder Abgabe befreit bleiben, nur den geringsten Satz der Taxe bezahlen. Die ‚wirklich schlesischen‘ Natur- und Kunstproducte, welche durch Mähren nach Oesterreich oder Ungarn gehen, sollten nach dem mährischen Zollmandate vom Jahre 1731 (§ 4) behandelt werden; der von jedem Eimer Wein in Oesterreichisch-Schlesien seit einigen Jahren erhobene Durchfuhrzoll von 45 kr. sei aufzuheben, überhaupt bei Waaren, welche aus einem Antheile Schlesiens in den anderen gehen, eine Durchfuhrgebühr nicht zur



Erhebung kommen. Die fremden Waaren, welche durch beide Schlesien gehen, sollten an dem ersten Grenzorte den Zoll zu entrichten haben und in dem anderen Theile davon befreit sein. Hinsichtlich der von Böhmen abgerissenen Grafschaft Glatz sei festzustellen, dass von den aus Böhmen durch Glatz nach Mähren und den übrigen österreichischen Ländern oder umgekehrt transitirenden Waaren von preussischer Seite der Durchfuhrzoll auf Grund des schlesischen Mandates von 1739 und dagegen österreichischerseits die Gebühr auf Grund der Zolltarife für Mähren (1731) und Böhmen (1737) erhoben werde. Eine Erhöhung der Transitosätze dürfe nicht stattfinden, wohl aber stehe es jedem Theile frei, dieselben nach eigener Convenienz zu vermindern oder aufzuheben.

Oesterreich konnte diesem Antrage gegenüber in seiner im September 1752 übermittelten Antwort mit Recht bemerken, dass man die aus den preussischen Landen kommenden Natur- und Kunstproducte nicht allein nicht höher, sondern bei der Durchfuhr und Ausfuhr geringer als früher zu belasten in Vorschlag gebracht habe. Man habe die Durchfuhrgebühr auf  $\frac{1}{2}$  Procent festzusetzen beantragt, während dieselbe früher mehr als 1 Procent betragen habe, wolle man aber preussischerseits auf der früheren Abgabe beharren, so könne man sich dieses wohl gefallen lassen. Auch trage Oesterreich kein Bedenken, von der Beschränkung auf die deutschen Erblande abzustehen und den neuen Tractat auf alle sowohl in dem böhmischen als schlesischen Zolltarife aufgezählten, mit einander in Handelsverbindung stehenden Erblande auszudehnen. Bezüglich der Privatmauthen, Weg- und Schleusengelder erklärte man den Wünschen Preussens entsprechen zu wollen. Nur in der gewiss wichtigsten Forderung Preussens, dass für die aus dem einen Theile Schlesiens in den anderen geführten Waaren kein Transitozoll zu entrichten sei, zeigte sich Oesterreich unnachgiebig, da durch die Abtheilung und Zergliederung Schlesiens aus diesem Lande zwei verschiedenen Mächten gehörige Staaten geworden seien, aus welchem Grunde man auch die von Preussen verlangte Aufhebung des Transitozolles für Wein im österreichischen Schlesien ablehnte. Hinsichtlich der Grafschaft Glatz wurde dem preussischen Antrage zugestimmt. In der November-Schrift kam zwar Dewitz nochmals auf die Transitfreiheit zurück und bemerkte, dass diese reci-



proke Gefälligkeit ohne Zweifel für beide Theile so nöthig als zuträglich sein würde, im Falle jedoch Oesterreich darauf nicht eingehen wollte, erklärte er den Transitsatz von  $\frac{1}{2}$  Procent für alle Waaren, die aus den preussischen Landen in die österreichischen eingeführt werden, annehmen zu wollen, nur für diejenigen Waaren, die aus einem Theile Schlesiens in den anderen geführt werden, sollte blos  $\frac{1}{3}$  Procent zu entrichten kommen. Für Glatz wiederholte er seinen früheren Antrag.

Hinsichtlich der Ausfuhr hatte Oesterreich vorgeschlagen, dass jeder Theil sich vorbehalte, dieselbe nach Gutbefinden zu erleichtern oder zu erschweren, doch solle die Belastung immer geringer als bisher sein. Preussischerseits wurde nun zugestanden, dass die in diesem Artikel enthaltene Bestimmung überhaupt ‚eine Bonificirung des Commercii zum Augenmerk habe‘, aber eine andere Fassung beantragt, nachdem von Seite des Wiener Cabinets früher zur Herstellung des Status quo die Einwilligung ertheilt worden sei. Die Vereinbarung sollte dahin gehen, dass die Ausfuhrgebühr wohl gemindert werden, nicht aber höher sein dürfe, als 1740 in den damaligen Zollmandaten festgesetzt worden sei, mithin jede Erhöhung, welche seit jenem Jahre bei Vieh, Garn, Wolle oder anderen Sachen bei der Ausfuhr unter welchem Namen immer eingetreten sei, gemindert oder aufgehoben werden müsse. Waaren, die aus dem einen Antheile Schlesiens in den anderen gehen, sollten wie bisher von einer jeden Abgabe frei bleiben. Bezüglich der Grafschaft Glatz solle es in gleicher Weise wie bei der Festsetzung der Durchfuhrgebühr gehalten werden. Die von dort nach Mähren, Böhmen und nach den anderen österreichischen Erblanden gehenden Waaren sollen nach dem schlesischen Zollmandate vom Jahre 1739, die aus Böhmen und Mähren dahin verführten Waaren nach dem böhmischen und mährischen Tarife vom Jahre 1731 und 1737 behandelt werden. Der Ausfuhrzoll sei in jenem Antheile zu entrichten, wo sich der Versendungsort befindet, aus welchem die Waare unmittelbar in fremde Lande verschickt werde. Diese Anträge wurden von Oesterreich in der September-Schrift abgelehnt. Das Wiener Cabinet beharrte bei seinem Vorschlage und fügte nur zur deutlichen Fassung mit Rücksicht auf die erhobene Forderung der freien Ausfuhr aus dem einen Theile Schlesiens in den anderen hinzu, dass eine Ausfuhrgebühr für die aus einem



Theile in den anderen gesandten Waaren zu entrichten sei, und zwar an dem Orte, wo die Waare gepackt werde und von welchem sie ausgehe, sie möge nun in dem anderen Antheile verbleiben oder nicht. Dewitz wiederholte in der Schrift vom 18. November 1752 seinen Antrag; Waaren die bisher zollfrei gewesen, müssen auch künftighin zollfrei bleiben, da es sonst ein Widerspruch wäre, festzustellen, dass der Ausfuhrzoll geringer sein solle, gleichwohl aber von demjenigen, was bisher frei gewesen, nunmehr eine Gebühr zu entrichten käme. Was die Ausfuhr aus einem Theile Schlesiens nach dem anderen betrifft, so wäre wohl nichts billiger und im Interesse beider Theile zuträglicher, als dieselbe auch künftighin wie bisher von jeder Abgabe frei zu lassen, zumal es an einer Cynosur in den Zolltarifen fehle. Ein Anderes sei es hinsichtlich jener Waaren, welche durch des Anderen Antheil weiter gesendet werden; diese hätten am Orte der Versendung den Ausfuhrzoll und in jenem Theile Schlesiens, durch welchen sie geführt werden, den Transitzoll zu erlegen. Wollte aber Oesterreich bloß aus dem Grunde der Trennung beider Provinzen nicht darauf eingehen, so sei es nöthig, ein gewisses Princip festzustellen, wonach sodann beurtheilt werden könne, ob der Ausfuhrzoll erhöht oder vermindert worden sei. Preussen halte dafür, dass der Ausfuhrzoll von den nach dem anderen Theile Schlesiens gehenden Waaren nicht höher als mit  $\frac{1}{4}$  oder höchstens  $\frac{1}{2}$  Procent zu bemessen sei, jedoch hätten Flachs, Wolle oder Garn nebst den daraus verfertigten Fabrikaten bei der Ausfuhr aus einem Theile Schlesiens in den anderen frei zu bleiben.

Die wichtigste Bestimmung betraf die Festsetzung des Consumozolles. Oesterreich wollte beiden Theilen volle Freiheit vorbehalten wissen, die eingeführten Waaren nach eigenem Ermessen zu belegen, zeigte sich aber gleichzeitig erbötig, von preussischen Waaren ein Sechstel weniger als von den ausländischen Waaren zu erheben, und heischte dieselbe Ermässigung für die österreichischen Waaren bei der Einfuhr in die preussischen Staaten. Dewitz bemerkte in den ‚Anmerkungen‘ vom 11. Juli 1752, dass die commercielle Verbindung der königl. preussischen Provinzen und der österreichischen sehr verschieden sei. Jede preussische Provinz habe eine besondere Zoll- und Acciseverfassung, es würde daher die grösste Weitläufigkeit verursachen, wenn alle Specialtarife erst zusammen-



gebracht und ‚conciliirt‘ werden sollen. Der Nachlass eines Sechstels sei zu gering, besonders, da die österreichischen Tarife nicht bekannt seien. Endlich mache Oesterreich in seinem Entwurfe nur von dem Consumzölle Erwähnung, mit nichten aber von der Accise, was Preussen fordern müsse. Der Antrag des preussischen Unterhändlers ging auf Nachlass eines Drittels des in den bereits veröffentlichten Tarife normirten Zollsatzes für alle fremden Waaren; von den preussisch-schlesischen Erzeugnissen aus Wolle, Baumwolle und Flachs sollten aber keine höheren Consumzölle und Imposten gefordert werden dürfen, als im schlesischen Zollmandate 1739 festgesetzt sei, alle übrigen schlesischen und glatzischen Producte und Fabrikate in allen ‚zur Connexion des schlesischen Handels‘ gehörigen Erblanden nicht höher belastet werden als die erbländischen Erzeugnisse; die fremden Waaren, welche durch die Kaufleute einander zugeführt werden, hätten, soferne sie nicht zu den verbotenen gehören, nur den geringsten Satz zu entrichten, welcher in den österreichischen Tarifen für die unmittelbar aus der Fremde oder mittelbar aus einem Erblande in das andere eingeführten Waaren bestimmt sei, so dass die aus Glatz und Schlesien kommenden Waaren niemals ungünstiger behandelt werden dürfen.

Die Antwort Oesterreichs im September liess den Hinweis auf die Verschiedenheit der preussischen Consumtarife nicht gelten. Dieselben werden doch vorhanden sein und müssten einander ohnehin mitgetheilt werden. Als Ermässigung wurde nun ein Fünftel in Antrag gebracht, wobei sich von selbst verstehe, dass dieselbe sich nicht bloß auf den Zoll, sondern auch auf Accise, Aufschlag und Imposten zu erstrecken habe. Die geforderte Ausnahme für die schlesischen und glatzischen Waaren lehnte Oesterreich ab, ebenso auch die Bindung für eine zu gewährende Ermässigung auf Grundlage der bisherigen Tarife, da man dadurch nicht freie Hand behielte, die Zollsätze zu ändern. Oesterreich beabsichtige nicht, verschiedene Zollsätze für die fremden Waaren verschiedener Herkunft festzustellen; der von Preussen vorgeschlagene Zusatz von dem geringsten Zollsatz sei daher überflüssig, da den fremden Waaren eine Ermässigung nicht zu Theil werden solle, ein niedrigerer Zollsatz daher nur überhaupt für die eigenen Erzeugnisse der vertragschliessenden Theile zugestanden werden könne.<sup>38</sup>



Diese Vorschläge lehnte Dewitz am 18. November 1752 ab. Dieselben seien so eingeschränkt, dass sie nicht angenommen werden können. Preussen machte sich nunmehr anheischig, seine sämtlichen Provinzen, blos das Herzogthum Cleve, Geldern, sowie die Mark ausgenommen, in die Handelsvereinbarung einzubeziehen, während von den unter dem habsburgischen Scepter stehenden Staaten die Niederlande und Italien ausgeschlossen bleiben sollen, Triest und Fiume jedoch, welche zur Connexion des schlesischen Handels gehören, einbezogen werden müssten. Es sollten im Allgemeinen die Zollsätze, wie sie im Jahre 1739 und 1740 eingeführt und üblich gewesen, beibehalten werden. Alle aus Flachs, Wolle und Baumwolle erzeugten Waaren, die aus Preussisch-Schlesien und Glatz eingeführt werden, sollten auf Grundlage der betreffenden Bestimmung des schlesischen Zollmandates vom Jahre 1739 in den zur Connexion des schlesischen Handels gehörigen k. k. Erblanden ungehindert zugelassen und nicht höher, als es im Jahre 1740 der Fall war, mit Zoll, Accise, Aufschlag oder anderen Consumimposten belastet werden, die übrigen wirklich schlesischen Natur- und Kunstproducte, insoweit deren Einfuhr nicht allgemein aus allen Ländern verboten sei, an Zöllen, Accisen und Aufschlägen ein Viertel weniger, als andere dergleichen Waaren zu entrichten hätten, bezahlen. Die fremden Feilschaften, die aus Schlesien einander zugeführt werden, können nach eigener Convenienz impostirt werden, jedoch sollen dieselben bei der Einfuhr aus Schlesien immer ein Fünftel weniger entrichten, als wenn sie unmittelbar aus fremden Landen kommen. Das auf den Viehmärkten in beiderseitigen Landen erkaufte fremde Vieh sollte ungehindert eingeführt werden dürfen und keine höhere Einfuhrabgabe als 1740 zu entrichten haben.

Die auf die Novemberanträge des preussischen Unterhändlers zu ertheilende, bereits am 27. December 1752 fertige Antwort wurde am 10. Januar 1753 eine Berathung in einer Conferenz unterzogen und gebilligt. Eine eingehende Erwiderung erschien aus dem Grunde nothwendig, „damit Jedermann und insonderheit Frankreich von dem preussischerseits geltend gemachten Unfuge überzeugt werde“. Die preussischen Gegenanträge wurden vollständig abgelehnt. Der Transitozoll sollte auf  $\frac{1}{2}$  Procent festgesetzt werden, Wein ausgenommen; der Ausfuhrzoll sei auf  $\frac{1}{4}$  Procent zu normiren;



bei dem Consumozoll beharrte man bei dem gemachten Vorschlage.

Gleichzeitig mit diesem Schriftstücke erhielt der preussische Unterhändler den Tarif für Böhmen, Mähren und Schlesien übermittlelt. Seit Längerem wurde daran gearbeitet. Anfangs beabsichtigte man wie bisher für jedes Land einen besonderen Tarif festzusetzen: erst später entschloss man sich, in einer Zollordnung die verschiedenen Zollsätze für diese Länder zusammenzufassen. Die Veröffentlichung und Uebermittlung an Dewitz war von dem Commerzdirectorium schon Anfangs September 1752 geplant und die Zustimmung der Staatskanzlei verlangt; diese scheint damals es nicht für zweckmässig gefunden zu haben. Nun wurde am 10. Januar 1753 in einer Conferenz der Beschluss gefasst.<sup>39</sup> Aus den Tarifen sollte Preussen ersehen, „welch grosse Vortheile im Vergleiche mit dem Status quo sogar in dem Consumo den preussischen Landen erwachsen“.<sup>40</sup>

### III.

Bei unbefangener Prüfung der beiderseitigen Anträge wird zugestanden werden müssen, dass die von Oesterreich in Vorschlag gebrachten Bestimmungen bei der Durchfuhr und Ausfuhr für den Gesamtverkehr der beiden Staaten günstiger waren, Preussen aber den höheren Zollsätzen vom Jahre 1739 den Vorzug gab, wenn nur der Verkehr zwischen den beiden Schlesien von jeder Abgabe frei blieb oder begünstigt würde. Die Rücksichtnahme auf das neu erworbene Gebiet gab den Ausschlag für die Forderung auf Erhaltung des Status quo.<sup>41</sup> Nur für Glatz wurden von Preussen Abänderungen in Vorschlag gebracht. Die Nothwendigkeit, der sich Preussen nicht verschloss, für die Grafschaft abweichende Bestimmungen zu beantragen, ist ein Beleg, dass der stricte Status quo, wie vor dem Kriege, nicht hergestellt werden konnte. Indessen hatte man sich während der nun bald zwei Jahre dauernden Verhandlungen doch einander genähert, und nur bei dem Consumozoll war eine Begleichung nicht zu erwarten, wenn Preussen für die schlesischen, aus Wolle, Baumwolle und Flachs erzeugten Waaren auf Beibehaltung der alten Zollsätze und für die fremden, von den schlesischen Kaufleuten nach Oesterreich geführten Waaren bei seiner Forderung einer weitergehenden Begünstigung ver-



harrte. In beiden Richtungen hatte Preussen ein Aequivalent nicht zu bieten. Obgleich man die grossen Vortheile des bisherigen lebhaften Verkehres zwischen den Erblanden und der abgetretenen Provinz in Anschlag brachte, kam man immer zu dem Ergebnisse, dass Preussisch-Schlesien mehr Geld aus Oesterreich ziehe, die Bilanz daher eine für die Erblande ungünstigere sei.<sup>42</sup>

Weiter blickenden Wirthschaftspolitikern hätte es vielleicht gelingen können, die entsprechende Formel für eine Vereinbarung zu finden, aber in Wien und in Breslau sucht man vergebens nach einer Persönlichkeit mit unzweifelhafter Eignung zur Lösung der schwerwiegenden handelspolitischen Frage. Der klarste Kopf bei den Verhandlungen der nächsten Jahre war der nach dem am 17. Januar 1753 erfolgten Tode von Dewitz' nach Wien entsendete Carl Josef Maximilian Freiherr von Fürst und Kupferberg, der jedenfalls seinem Vorgänger an Geist und Kenntnissen überlegen war.<sup>43</sup>

Während der bisherigen Verhandlungen hatte sich der Gebrauch herausgebildet, dass gegenseitig zwei Schriftstücke übermittelt wurden; in dem einen wurden die principiellen Fragen über den Status quo und über die Auslegung der geschlossenen Verträge erörtert, in dem anderen die einzelnen Bestimmungen des in Verhandlung stehenden Vertrages besprochen und Vorschläge über die Fassung gemacht. Die Fürst'schen Arbeiten zeichnen sich durch Klarheit und logische Schärfe aus und überragen in stylistischer Hinsicht unbedingt die österreichischen. Die ersten Schriftstücke tragen das Datum vom 14. März 1753. In dem ‚Promemoria‘ werden die Gesichtspunkte Oesterreichs bestritten und namentlich die Argumentation, dass die Abmachungen zumeist die Durchfuhr- und Ausfuhrzölle zu vereinbaren haben, widerlegt; die ‚anderweiten Anmerkungen und schliesslichen Erklärungen‘ beschäftigen sich mit den einzelnen Artikeln des Vertrages.

Für die Durchfuhr sollte der Zoll für alle Waaren auf  $\frac{1}{2}$  Procent festgesetzt werden, Wein eingeschlossen; diese Bestimmung sollte aber blos für den Verkehr von Preussisch-Schlesien und Glatz durch die österreichischen Lande und umgekehrt Geltung haben, in den übrigen Provinzen die Sätze von 1739 und 1740 belassen werden, ‚woferne nicht jeder contrahirende Theil selbst für rathsam und dienlich erachte, die



Durchfuhr zu erleichtern, was ihm freigestellt bleibe'. Die in dem neuen böhmischen Tarif aufgenommene Bestimmung für den Durchfuhrverkehr mit Triest und Fiume sollte auch den schlesischen Commercianten zu statten kommen.

Bei der Ausfuhr wurde die Hoffnung ausgesprochen, dass die preussischen Anträge angenommen werden dürften. Hinsichtlich der Consumozölle wies Fürst den von Oesterreich gemachten Vorwurf, dass Preussen alle Vorthteile in Anspruch nehme, Oesterreich aber allen Nachtheil ‚zubeugen‘ wolle, mit der Bemerkung zurück, dass der mitgetheilte Tarif für Böhmen, Mähren und Schlesien die Absichten Oesterreichs deutlicher an den Tag lege. Sollte derselbe auch für Preussisch-Schlesien platzgreifen, so müsste die Einfuhr in die österreichischen Länder in den meisten und wichtigsten Stücken schlechterdings aufhören. Das zugestandene Moderamen von einem Fünftel sei in der That ein Unding und eine nichtssagende Begünstigung,<sup>44</sup> da der gegenseitige Handel zwischen den beiderseitigen Provinzen, namentlich aber zwischen den beiden Schlesien vollständig aufhören würde. Fürst hob hervor, dass Erleichterung der Durchfuhr und Ausfuhr nicht als eine reelle Favorisirung des Handels angesehen werden könne, denn der Nutzen falle dem gewährenden Theile zu; ein reeller ‚Favor‘ des Handels bestehe darin, dass man einander gestatte, rohe und fabricirte Waaren gegen billige Abgaben ins Land zu führen und zu debitiren. Fürst forderte, dass die in dem preussischen Antheile Schlesiens und in Glatz aus Wolle, Flachs und Baumwolle verfertigten Waaren in allen zur ehemaligen Connexion des schlesischen Handels gehörigen Erblanden an Zoll, Accise, Aufschlag und anderen Consumimposten nur jene Abgaben wie im Jahre 1740 entrichten sollten, für die übrigen schlesischen Natur- und Kunstproducte, insoweit deren Einfuhr nicht aus allen Ländern verboten werde, sei Begünstigung eines Viertels der Zollsätze, für die fremden, nicht schlesischen Waaren, die aus Schlesien einander zugeführt werden, ein Fünftel Nachlass, endlich für das auf den schlesischen Märkten gekaufte inländische und ausländische Vieh keine höheren Zollsätze als im Jahre 1740 festzustellen. Alle diese Zugeständnisse wollte auch Preussen den österreichischen Provinzen und Böhmischeschlesien, aber bloß in dem preussischen Antheile Schlesiens zusagen.<sup>45</sup>



Die wichtigste principielle Differenz war nun wieder, dass Preussen eine Beschränkung des Vertrages auf die abgetretenen Gebiete allein in Antrag brachte und für eine Anzahl Waaren in allen Erblanden jene Zollsätze in Aussicht nahm, die früher unter österreichischer Herrschaft entrichtet worden waren. Die Declaration vom 28. April 1753 bekämpfte diese Forderung.<sup>46</sup> Preussisch-Schlesien sei ein fremdes Land und könne daher nicht im Zoll wie ein Erbland behandelt werden. Preussen habe in dem Schriftstücke vom 11. Juli 1752 ausdrücklich zugestanden, dass jedem Theile frei bleiben solle, die pro consumo eingeführten Waaren nach eigenem Ermessen zu belegen, und was noch mehr sei, dass jedem Theile frei bleiben solle, zum Vortheile seiner Länder auf eine oder andere Waare ein Generalverbot für alle auswärtigen Länder ohne Ausnahme einzuführen. In die von preussischer Seite gestellte Forderung, dass ein Verbot nur gegen alle auswärtigen Länder ohne Ausnahme stattfinden könne, habe Oesterreich sogleich gewilligt. Preussen wäre berechtigt, sich zu beschweren, wenn man nur die aus seinen Landen kommenden Natur- und Kunstproducte verbieten, jene aus anderen Ländern zulassen wollte, oder wenn man die preussischen Feilschaften höher bei der Einfuhr belegen würde als jene, die anderswo herkommen. Hieran habe man nie gedacht, und weil man nie daran gedacht, den beiden Friedenstractaten ein vollständiges Genügen geleistet, da die Waaren, deren man in hiesigen Erblanden nicht entbehren kann oder will, allezeit von auswärts eingeführt werden müssen, möge der inländische Consument viel oder wenig dafür zu bezahlen haben.

Auf Grund der Tractate könne nicht verlangt werden, dass alle oder einige schlesische und glatzische Natur- oder Kunstproducte den inländischen gleichgehalten werden sollten. Die vertragsmässige Bestimmung so auszulegen, dass sie einestheils nur den königlichen Antheil an Schlesien und der Grafschaft Glatz, anderentheils aber nebst diesseitigem Antheil zugleich Böhmen, Mähren, die gesammten österreichischen Länder, Ungarn und die angrenzenden Provinzen anzudeuten habe, werde wohl in Ewigkeit mit einigem Scheine nicht glaublich dargestellt, weniger erwiesen werden können.

Oesterreich forderte dagegen Vereinbarung eines halbprocentigen Transitzolles für alle beiderseitigen Länder und nicht



blos für Schlesien und Glatz und zeigte sich erbötig, die Zollsätze in dem neuen böhmischen Tarife für die nach Triest und Fiume gehenden Waaren auch bei den aus den preussischen Landen oder durch dieselben dahin transitirenden Waaren in Anwendung zu bringen. Bei dem Weintransit wurde zugestanden, dass eine Ermässigung nur zum Vortheil der weinproducirenden Erblände und des Strassengewerbes gereichen würde, wenn ein Ersatz für den Entgang der Einnahme gefunden werden könnte, worüber mit dem Directorium in publicis et cameralibus werde berathen werden. Die Einnahme des Weintransits im Betrage von 16.000 Gulden war nämlich zur Bedeckung bestimmter Ausgaben dem schlesischen Cameral-system zugewiesen, und es wurde in dem an Fürst ertheilten Schriftstücke ausdrücklich hervorgehoben, dass künftighin blos 1000 Gulden eingenommen werden dürften.<sup>47</sup> Bei dem Ausfuhrzolle wurde ebenfalls auf dem bisherigen Standpunkte verharret; ferner zugegeben, dass die Consumgebühren in dem neuen Tarife hoch seien: die Umstände in den Erblanden hätten dies erforderlich gemacht, durch die Ermässigung erhalte Preussen hinlängliche Vortheile vor anderen Staaten. Ohne nochmals in eine Untersuchung einzugehen, ob Oesterreich oder Preussen grössere Vortheile daraus ziehen werde, sei es zweifellos, dass Preussen ein starkes Uebergewicht erhalten werde. Um sich jedoch willfährig zu zeigen, wurde das Anbot gemacht, dass die schlesischen Waaren ein Viertel weniger, die aus fremden Landen durch preussische Unterthanen eingeführten Waaren jedoch ein Sechstel weniger zu entrichten hätten. Die gleiche Forderung stellte Oesterreich in allen preussischen Landen und verlangte aus diesem Grunde die Mittheilung der Tarife.<sup>48</sup>

Die Anträge Oesterreichs wurden von Fürst bei dem König und bei den Cabinetsministern befürwortet. Selbst die angetragene Begünstigung bei dem Consumzolle wurde von ihm nicht beanstandet, mit der ganz richtigen Bemerkung, dass der hohe Einfuhrzoll von den österreichischen Unterthanen getragen würde, weil die einheimische Industrie den Bedarf nicht decken könne und die schlesischen Kaufleute immer einen Vorzug vor anderen Fremden geniessen würden.<sup>49</sup> Die Weisungen, welche er von Breslau erhielt, stimmten jedoch seinen Anträgen nicht zu. In dem ausführlichen, vom 28. Juli datirten Promemoria ver-



theidigte Fürst mit grossem Geschick den Standpunkt Preussens; es sei den klaren Friedenstractaten gemäss, ‚dass der preussische Antheil Schlesiens und die Grafschaft Glatz auch noch, nachdem sie k. k. Erbländer zu sein aufgehört, nicht schlechter als vorhin in dem Commercio mit denen k. k. Staaten angesehen werden sollen‘. Die Mittheilung der preussischen Tarife sei ‚dermalen so wenig thunlich als nöthig‘; ‚die Einforderung derselben aus so vielen verschiedenen Provinzen würde den Schluss der Negotiation noch viele Monate aufhalten‘. Oesterreich habe allerdings die Tarife für Böhmen, Mähren und Schlesien — ‚aus welchen die intendirende Destruction des Commercii mit anderen, sonderlich den benachbarten Ländern genugsam zu Tage liege‘ — mitgetheilt, nicht aber jene aus den anderen Provinzen, ‚auch lassen sich an den übermittelten Tarifen nicht die Consumtionsaufschläge ersehen, deren gar viele ausser dem Zoll abgefordert werden.‘ Eine Ausarbeitung der Tarife ‚sonderlich‘ für Schlesien wird nach dem Abschlusse der Convention in Aussicht gestellt.

Die Vorschläge Preussens in den ‚Finalerklärungen‘ gleichfalls vom 28. Juli 1753 enthielten den Fürst ertheilten Weisungen entsprechend einige Zusätze, die eine Begleichung der Differenzen erschwerten. Die Forderung Oesterreichs, die Transitgebühren mit  $\frac{1}{2}$  Procent in sämmtlichen Staaten festzusetzen wurde abgelehnt. So gerne man dem Verlangen sich willfährig bezeigen möchte, heisst es in den Finalerklärungen, so wollen dennoch die verschiedenen Verfassungen der königlich preussischen Länder ohne grosse Schwierigkeiten dergleichen totale Abänderungen nicht gestatten. Die Friedenstractaten und die Billigkeit selbst erfordern allerdings ein Reciprocum, welches aber nicht so weit gehen darf, dass alle Sätze in demselben einerlei sein müssten. Preussen sei zufrieden, wenn es bei den Sätzen vom Jahre 1739 und 1740 bleibe. Allenfalls um alle Bereitwilligkeit zu zeigen, wurde nun in Antrag gebracht, die Transitosätze nach dem österreichischen Entwurfe vom 2. September 1752 festzustellen. Dieselben sollen daher durchgängig nicht mehr, als in den Tarifen der Jahre 1739 und 1740 normirt gewesen sei, betragen; nur hinsichtlich Schlesiens müsste  $\frac{1}{2}$  Procent festgesetzt werden, weil vor der Abtretung dieses Gebietes ein Durchfuhrzoll nicht erhoben worden sei; hiezu wäre auch der Transit des Weines zu rechnen; in Graz



und Laibach sei die Verzollung der aus, durch oder in die preussischen Staaten über Triest und Fiume gehenden Waaren nicht höher als von den erbländischen Kaufleuten anzusetzen. Bei den Ausfuhrgebühren bemerkte Fürst, es sei unbegreiflich, wie behauptet werden könne, dass dieselben nicht höher als im Jahre 1740 festgesetzt seien; bei einigen wäre dies der Fall, bei anderen, wie z. B. bei Garn, sei die Gebühr merklich erhöht. Preussen sei mit dem Grundsatz einverstanden, dass beide Theile freie Hand haben, den Zollsatz für die Ausfuhr nach Belieben zu reguliren, mit der Einschränkung jedoch, dass die Sätze des Tarifes vom Jahre 1740 nicht überschritten werden, dies sei aber dahin zu verstehen, dass die bei einer jeden Specie von Waaren im Jahre 1740 üblich gewesene Ausfuhrgebühr bei eben dieser Specie nicht überschritten werde, woraus folge, dass unter Anderem die 15 Kreuzer, welche seit einigen Jahren in Böhmen und Mähren auf jedes Schock Garn gelegt worden seien, nicht mehr abgefordert werden dürfen. Bei der Consumgebühr werden die bisherigen Vorschläge erneuert.

Die Antwort gab nun Graf Kaunitz, der bekanntlich im Frühjahr 1753 die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hatte und bei der grossen Wichtigkeit der Angelegenheit den schriftlichen Verkehr mit Fürst für die Staatskanzlei in Anspruch nahm. Während seiner Abwesenheit in Paris war er von Zeit zu Zeit von dem Stande der Verhandlungen unterrichtet worden, mit den Einzelheiten jedoch nicht bekannt. Eine Zuschrift des Commerzdirectoriums setzte ihn von den Absichten der Handelsbehörde in Kenntniss.<sup>50</sup> Das Schriftstück des Grafen Kaunitz vom 19. October enthielt in meritorischer Hinsicht nichts Neues, sondern wiederholte nur die bereits bisher für die österreichische Auffassung vorgebrachten Gesichtspunkte; nur am Schlusse wird dem lebhaften Wunsche zu einer endgiltigen Regelung Ausdruck gegeben,<sup>51</sup> da die Begleichung aller schwebenden Differenzen zu dem Programme des neuen Leiters der auswärtigen Angelegenheiten gehörte.

Gleichzeitig wurden ‚Anmerkungen über die unterm 28. Juli von Preussen eingereichten Finalerklärungen‘ von der Staatskanzlei dem preussischen Unterhändler übermittelt.<sup>52</sup> Bei dem ersten und zweiten Punkte, heisst es darin, wolle man sich



nicht weiters aufhalten, ,nachdem man sich mit einander allschon verstanden'. Bei dem Transitozolle wird ein Rückblick auf den bisherigen Gang der Verhandlung geworfen, die Verschiedenartigkeit der Anträge Preussens in den gewechselten Schriftstücken hervorgehoben und sodann die Bemerkung gemacht, dass bei diesem steten Wechsel der Ansichten wenig Hoffnung zu einem gedeihlichen Abschlusse vorhanden sei. Oesterreich habe bisher seine Vorschläge ,auf ein in dergleichen Handlungen gebräuchliches, durchgehends gleiches Reciprocum ohne Ausnahme gewisser Provinzen gegründet' und in jedem Lande, welches einen besonderen Tarif habe, ein halbes Procent als Transitozoll zu bestimmen geglaubt. Ja man gedenke die Transitogebühren zur Erleichterung des Handels und Wandels auf  $\frac{1}{4}$  Procent für Inländer und Ausländer herabzusetzen und folglich zur werktätigen Erfüllung der Friedensschlüsse beizutragen, auch von den aus, durch oder in die preussischen Staaten über Triest und Fiume gehenden Waaren in Graz und Laibach die Transitoverzollung ,nicht anderst' als von den eigenen erbländischen Erzeugnissen abzuheischen, man beharre jedoch auf die in den beiden Friedensschlüssen begründete Reciprocität. Die Schwierigkeiten bezüglich der verschiedenen Zollverfassung in den preussischen Landen können unmöglich so gross sein, dass dieselben auf Befehl des Königs nicht behoben werden könnten. Sollte Preussen sich dazu nicht einverstehen wollen, sei man bereit, darein zu willigen, ,um das beiderseitige commercium zu favorisiren', die Transitosätze nicht höher als im Jahre 1739 und 1740 festzusetzen, wobei aber jedem Theile freistehen solle, dieselben herabzumindern. In beiden Schlesien soll ebenfalls die Transitogebühr abgenommen werden, jedoch die im früheren Tarif gegründete Abgabenhöhe niemals übersteigen, ,denn wenn auch, als das Land beisammen unter einer und derselben Domination war, keine Transitogebühr bei der Verführung der Waaren aus einem Theile in den anderen erhoben worden sei, so müsse nunmehr von Oesterreich und Preussen davon abgegangen werden, da das Land getheilt und unter zweierlei Beherrschungen gekommen, mithin könne man es bei der alten Verfassung, wie dies auch von preussischer Seite anerkannt worden, nicht weiter bewenden lassen.

Bezüglich der Ausfuhrzölle sei man nun über den Generalgrundsatz einverstanden, dass beide Theile freie Hand haben



sollen, dieselben nach Belieben zu reguliren, jedoch mit der Beschränkung, dass sie nicht höher seien als im Jahre 1740. Fürst hatte aus dieser allgemeinen Formulirung die richtige Folgerung gezogen, dass für jede Waarenspecies der Zollsatz nicht höher sein dürfe als in dem bezeichneten Jahre. Oesterreich lehnte dies ab. Früher seien allerdings die nach Schlesien geführten Waaren theils von jedem Ausfuhrzolle befreit oder ungemein gering belegt gewesen, weil Schlesien ein Erbland gewesen sei, nunmehr könne es nur als ein fremdes Land angesehen werden. Die Ausfuhrgebühr sei ohnehin im Verhältnisse mit früher niedriger, und eine weitere Ermässigung könne nicht bewilligt werden. Fürst hatte über den auf jedes ausgeführte Schock Garn gelegten Zoll von 15 Kreuzer Klage geführt, worauf erwidert wurde, dass die Erhebung dieser Abgabe nur zur Entlohnung der neu angestellten Garnrevisoren diene, wodurch auch der fremde Käufer gegen alle Uebervortheilungen zu seinem Besten sichergestellt werde. Was die Consumgebühr anbelangt, habe man zum Nachtheil der österreichischen Fabriken mehr gethan, als man hätte thun sollen; die in der Billigkeit begründete Reciprocität fordere, dass den österreichischen Waaren eine gleiche Begünstigung in allen preussischen Erblanden angedönnt und dieselbe nicht bloß auf Schlesien und Glatz beschränkt werde; für schlesische und glatzische wollene und feinere Manufacturen könne es bei den früheren Zollsätzen, wo ein so anderes Land unter Ihro kais. königl. Majestät eigener Botmässigkeit gestanden, um so weniger bleiben, als das in dem Berliner Tractat beliebte Provisorium nicht von ewiger Dauer sein könne, weshalb auch dasselbe in dem Dresdener Tractat nicht wiederholt, sondern durch die Verbindlichkeit den Handel zu begünstigen, für die Wohlfahrt der gegenseitigen Unterthanen und Staaten ersetzt worden sei.<sup>53</sup>

Diese Schriftstücke machten auf Fürst augenscheinlich guten Eindruck. In Breslau, wo er Gelegenheit hatte, mündlich dem Könige Vortrag zu halten, befürwortete er Ausdehnung des Vertrages auf alle preussischen Provinzen und Mittheilung sämmtlicher Tarife; in Bezug auf die noch strittigen Punkte stellte er in Aussicht, noch Manches erreichen zu können.<sup>54</sup> Der König willigte in die Einbeziehung aller Provinzen, sagte die Mittheilung der Tarife zu, wogegen auch die sämmtlichen österreichischen Tarife gefordert werden sollen. Das Moderamen



für fremde Waaren sei nicht von Wichtigkeit, darin könne nachgegeben werden, wenn sonst der Vertrag zu Stande komme. Die Münzsache sei abzulehnen. Bezüglich der übrigen Punkte wurden weitere Weisungen in Aussicht gestellt. Mittlerweile, bis diese einlangten, sollte Fürst die österreichischen Schriftstücke beantworten und die Auslegung der Friedensverträge widerlegen.

Fürst musste daher vorläufig eine zuwartende Haltung einnehmen. In dem Promemoria vom 27. November 1753 vertheidigte er abermals den Standpunkt Preussens, beantragte nochmals die Abstellung der drückenden Tarife ‚bis zur nunmehr bald zu errichtenden Convention‘, dankte für die Mittheilung des mit Bayern geschlossenen Münzvertrages, fügte aber der ihm ertheilten Weisung entsprechend hinzu, dass dieser Punkt einer besonderen Convention vorzubehalten sei, wie schon in der österreichischen Denkschrift vom 2. September 1752 bemerkt worden sei, es daher dem gemeinschaftlichen Endzweck entgegen sein würde, wenn durch diesen eine ganz besondere Erörterung erfordernden Punkt der so sehr gewünschte Schluss des Commerztractates noch ferner aufgehalten werde. Die Mittheilung der von Oesterreich geforderten Mauthverfassungen wurde zugesagt, ‚um allenfalls darnach in dem Tractat noch näher festzusetzen, was zum beiderseitigen Nutzen noch mehr beförderlich sein könne‘. Die beiliegenden Gegenbemerkungen über die einzelnen Anträge Oesterreichs sind kurz gehalten. Die österreichische Erklärung, in den beiderseitigen Ländern die Transitosätze in der Höhe wie in den Jahren 1739 und 1740 belassen zu wollen, wird angenommen, wobei es jedem Theile frei bleiben solle, nach eigener Convenienz eine Verminderung vornehmen zu können. In Laibach und Graz solle der Transitozoll von den preussischen Waaren nicht in einem höheren Ausmasse als von den erbländischen Kaufleuten abgefordert werden; wohl können in beiden Theilen Schlesiens besondere Transitgebühren erhoben werden, jedoch nicht höher als vorhin; dieselben sollten, wie bereits in Antrag gebracht,  $\frac{1}{2}$  Procent oder weniger Wein inclusive betragen. Auch bei der Ausfuhr komme es auf die Anwendung des bereits festgesetzten Grundsatzes an, dass die Ausfuhrgebühren nicht höher als im Jahre 1740, wohl aber niedriger festgestellt werden können. Fürst beruft sich in dieser Hinsicht auf die



Finalerklärung Oesterreichs vom 28. Juli und fügte hinzu, dass er versichert sei, dass Oesterreich selbst die Billigkeit der preussischen Forderung anerkennen werde; bezüglich des Consums könne wohl von den bisher geforderten Bedingungen nicht abgegangen werden, aber man hoffe, dass nach Einsicht der gegenseitig mitzutheilenden Tarife eine nähere Vereinbarung getroffen werden dürfte.<sup>55</sup>

#### IV.

Die günstigen Aussichten, dass es doch gelingen könnte, einen Vertrag zu Stande zu bringen, schwanden jedoch bald.<sup>56</sup> Der König hatte Erhebungen über den Handelsverkehr der verschiedenen preussischen Provinzen mit Oesterreich angeordnet. Das Gutachten lautete dahin, dass ausser Schlesien und Glatz die anderen Gebiete der preussischen Monarchie keinen lebhaften Verkehr mit Oesterreich haben. Fürst war hierüber ‚geradezu bestürzt‘. Er empfahl dringend Nachgiebigkeit in diesem Punkte. Niemals werde der Wiener Hof in eine Beschränkung auf eine Anzahl Provinzen willigen. Wenn behauptet wird, bemerkte er treffend, die anderen Provinzen hätten keinen Handel mit Oesterreich, so müsse bei einem Handelstractate doch auch die Zukunft ins Auge gefasst werden. Die Hereinziehung der anderen Provinzen habe um so weniger Bedenken, als der Verkehr derselben mit Oesterreich gering sei. Auch empfahl er Mittheilung der Accisetarife; der Status quo in den Consumzöllen werde von dem Wiener Hofe nie erlangt werden können.<sup>57</sup>

Die klaren Darlegungen Fürst's, der in Beurtheilung der handelspolitischen Angelegenheiten die Rathgeber des Königs weit überragte, blieben ohne Einfluss. Sein Gutachten missfiel dem König. Die Hereinziehung der Consumtionsaccise, welche Preussen früher selbst verlangt hatte, erschien ihm zu bedenklich, da die staatlichen Einnahmen dadurch gefährdet schienen. In der Forderung des Wiener Cabinets erblickte er nur das Streben, Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten zu häufen, da man keine Lust habe, jemalen zu schliessen.<sup>58</sup> König Friedrich beschränkte sich jedoch nicht bloß auf Ablehnung der Forderungen des Wiener Hofes. Am 17. Februar 1754 ergieng eine Cabinetsordre an Massow, worin der Entschluss ange-



kündigt wurde, ‚die rechtmässige Repressalie zu ergreifen‘. Die Vorstellungen Massow's machten den König nicht anderen Sinnes. In der Ordre vom 17. Februar war blos der Befehl ertheilt worden, die aus Ungarn, Oesterreich und Mähren nach Schlesien gehenden Weine um ebensoviele Procent zu erhöhen, als von österreichischer Seite die schlesischen Tücher impostirt worden waren. Am 25. Februar wurde die Weisung dahin verschärft, alle aus den österreichischen Ländern nach Schlesien gehenden Waaren impostiren zu lassen. Die Darlegungen Massow's vermochten nur so viel, dass die Impostirung vorläufig auf Wein beschränkt wurde. Durch Verordnung vom 4. März wurde der Zoll für ungarische Weine beträchtlich erhöht; bereits nach einem Monate, am 6. April, erfolgte eine Steigerung auf böhmische, österreichische und mährische Weine; an demselben Tage erging eine andere Verordnung, welche Büttner-, Drechsler-, Seiler-, Stellmacher- und Küchlerwaaren, Papier, Eisenwaaren, Lichte, Inselt und Seife mit 30procentigen Einfuhrzoll belegte; am 18. April wurde ein Ausfuhrzoll von 10 Procent auf Wolle verfügt.

In Wien erhielt man durch den Präsidenten der schlesischen Repräsentation die erste Kunde von den preussischen Massnahmen. Fürst war gut unterrichtet, wenn er nach Hause meldete, dass dieselben grossen Eindruck gemacht und in den betreffenden Kreisen Bestürzung herrsche. In den nächsten Wochen liefen Klagen aus den böhmischen Ländern ein: wenn der neue preussische Aufschlag nur einige Monate abgenommen werden sollte, würden viele Handelsleute und Fuhrleute um ihr Vermögen kommen. Von Seite des Directoriums in publicis et cameralibus erging die Aufforderung, in Erwägung zu ziehen, ob der erbländische Weinverschleiss so beträchtlich sei, dass man die Zollsätze für die preussischen Waaren bis auf 5—6 Procent herabsetzen könne, auch zu überlegen, woher allenfalls der dem Camerale entstehende Abfall des schlesischen Weinimpostgefälls, das jährlich 16.000 Gulden einbringe, zu ersetzen sei.<sup>59</sup>

Von dem damals einflussreichsten Tarifpolitiker Neffzer liegt ein umfassendes Gutachten vor, welches eine Rechtfertigung des bisherigen Ganges enthielt und zugleich die zu ergreifenden Massnahmen erörterte. Neffzer war unstreitig der entschiedenste Vertreter hoher Zölle, worin er die einzige Möglichkeit erblickte, Oesterreich industriell vom Auslande unabhängig zu machen.



Bereits 1749 hatte er bei Ausarbeitung des mährischen Tarifes einer weitgehenden Prohibition das Wort geredet, ohne damals mit seinen Anträgen durchdringen zu können. Seiner Meinung nach hatte die Kaiserin nicht nur gegen Preussen, sondern gegen alle Länder unterschiedslos bei der Regulirung des Zollwesens zu berücksichtigen, dass die ausländischen Natur- und Kunstproducte, welche in den österreichischen Staaten hinlänglich erzeugt werden oder erzeugt werden können, hintangehalten werden. Das Schätzungscapital, welches den Zollsätzen zu Grunde liege, sei ohnehin ein leidliches, namentlich im Verhältnisse zu den jüngst ergriffenen Zollmassnahmen Preussens. Dort habe man den Weinimpost, die Accise nicht eingeschlossen, nach der hiesigen geringen Schätzung mit 97 bis 1000, ja bis auf 1200 Procent belegt, und die preussische Verordnung vom 18. April bestimme die Zollsätze auf leinene, wollene und andere Feilschaften mit  $2\frac{2}{9}$ , 10, 20, höchstens 30 Procent, je nachdem diese Waaren für den preussischen Handel nöthig, nützlich oder schädlich sind. Bei Handelsangelegenheiten habe man jedoch nicht auf Zollgleichheit der verschiedenen Natur- und Kunsterzeugnisse zu sehen, sondern blos ins Auge zu fassen, was dem Staate fromme. In Frankreich bestehen nicht blos ausserordentlich hohe Consumabgaben, auch die Einfuhr sei bei schwerer Leibes- und Geldstrafe verboten, wozu der Landesfürst zum Besten seines Landes befugt und berechtigt sei, da ‚die Glückseligkeit eines Staates von einer solchen klug und wohl abgemessenen Erhaltung und Verkehrung des Geldes im Lande abhänge‘. Auch in Oesterreich müsse in Erwägung gezogen werden, wie die Consumenten zu besserer Kräftigung gebracht und die Gefälle ergiebiger gemacht werden, und der König von Preussen gebe durch seinen jetzigen ausserordentlichen Vorgang die beste Gelegenheit, weil er sich in Handelsangelegenheiten weder an die Friedensschlüsse, noch an die fast zum Schluss gekommene Verhandlung eines Handelsvertrages, sondern blos daran kehre, was ihm fürträglich zu sein dünke und erzwingen zu können glaube; die Kaiserin dagegen ins Recht setze, nicht nur in ihren Staaten nach Gutbefund ebenfalls vorzugehen, sondern auch jenen ausländischen Fürsten auszunehmen und etwas Besonderes gönnen zu können, der sowohl zu einem freundschaftlichen Betragen mehr geneigt, sowie mit dessen Land eine fürträg-



lichere Vorkehrung entweder wirklich vorhanden oder noch zu treffen sei.

Gott der Herr, fuhr Neffzer fort, habe die Erblände so gesegnet, dass sie an sehr wenigen Naturproducten Mangel leiden, im Gegentheil finde sich ein derartiger Ueberfluss, dass man Vieles entbehren und Anderen überlassen könne, nur Droguerie und Materialwaaren, sowie ‚Meersachen‘ werden aus Hamburg und Danzig, sowie aus Holland bezogen. Die Bewohner der österreichischen Erblände haben Neigung, Geschick und Fähigkeit zu allen Manufacturen und würden sich um deren Erlernung sorgfältig annehmen, sobald sie nur des daraus entspringenden Gewinnstes sicher seien und sich, wenn auch nicht anfänglich, jedoch mit der Zeit mit einem mässigen Arbeitslohne begnügen. Metall-, Leinen- und Wollmanufacte seien schon in älteren Zeiten in grosser Menge und in guter Qualität erzeugt worden, sogar Galanterie-, Seiden- und andere feine Waaren aller Gattungen werden, obschon in geringer Menge und um ein Merkliches theurer als in fremden Landen, erzeugt und könnten allenfalls in grösseren Quantitäten und in besserer Qualität erzeugt werden, ‚wenn man solche fabriciren und die darauf zu verwendenden Kosten in den Wind schlagen wollte‘. Die Lage der Länder sei für den Handel ausserordentlich geeignet, der Landmann dazu fähig und nicht abgeneigt, allein in Folge der kriegerischen Zeiten und der nicht angemessenen Grundsätze, welche in den Zoll- und Handelsfragen befolgt worden sind, haben die Grosshändler, theils von Wien, theils von anderwärts vertrieben, den Handel nach Ungarn und dem Orient von den Plätzen der deutschen Erbländer abgewendet und nach Leipzig, Breslau, Frankfurt a. d. Oder und anderen fremden Handelsplätzen gezogen. Gegenwärtig gebe es nur wenige Niederleger, sonst aber lauter Minutirer und Krämer, welche aus dem Absatz ausländischer, der Pracht dienender Erzeugnisse grösseren Gewinn ziehen als durch den Verkauf erbländischer Producte. Dadurch werde auch den Erbländern das aus Ungarn und dem Oriente zugeflossene Geld entzogen. Um in dieser Beziehung Wandel zu schaffen, sei die Regulirung des Zollwesens in Angriff genommen worden. Den Erfolg der bereits ergriffenen Massnahmen schlug Neffzer hoch an. Nunmehr, meinte er, beklage sich Niemand über die Ausfuhr- und Durchfuhrzölle, und durch die erhöhten Consumzölle,



werden die fremden leinenen und die currenten wollenen Waaren hintangehalten. Das Geld bleibe im Lande, böhmische Leinwand werde auf den Markt gebracht, Bleichen und Appreturanstalten werden errichtet, Compagnien gebildet, welche den Leinwandhandel betreiben wollen; denn bisher seien aus dem Königreiche Böhmen über zwei Millionen Leinwand meist zur Appretur jährlich nach Preussisch-Schlesien und von dort wieder nach den deutschen Erblanden gebracht worden, ebenso sei aus Mähren über eine Million Garn dahin ausgeführt worden. In dieser Beziehung sei eine Aenderung eingetreten. Nicht blos in Böhmen, sondern auch in Mähren verlege sich jetzt der Landmann zur Verwunderung auf die leinenen und wollenen Gespinnste, und wenn in den nächsten zwei bis drei Jahren so fortgefahren werde, werden Leinen- und Wollfabrikate in diesen beiden Ländern den Hauptgegenstand bilden und die Erzeugnisse in Güte und im Preise den fremden nicht nachstehen, auch mehr erzeugt werden, als für das eigene Erforderniss nöthig sei. Seit der neuen Zollordnung verlegen sich die Fabrikanten auf bessere Leinwand, Tisch- und Wollenszeuge, auch die Tuchfabrikation nehme zu; fremde Manufacturisten werden sich auch in Zukunft einfinden, der ungarische und orientalische Handel sich nach den deutschen Erblanden ziehen, die Häfen von Triest und Fiume einen guten Fortgang nehmen, über die Adriastadt werden in Zukunft Droguerien, Materialwaaren und andere ausländische Feilschaften ihren Zug nehmen, dagegen durch die Versendung leinener, wollener und anderer Waaren die ankommenden Schiffe eine Gegenladung finden. Der Nutzen, der auf diese Weise den Erblanden zufließen dürfte, belaufe sich auf viele Millionen, wodurch dieselben in jenen glückseligen Stand gelangen werden, dass sie ihre Gaben einerseits leichter bestreiten, anderseits auch zu grösserer Gefällseinnahme beitragen werden. Ziffermässige Belege konnte Neffzer allerdings für seine Behauptung nicht beibringen, da es ihm an den nöthigen Mercantiltabellen fehlte; er versprach jedoch, dieselben binnen wenigen Wochen nachzuliefern. Nur über den Verkehr mit Wein lagen ihm Angaben vor, und mit Hinweis auf dieselben wies er darauf hin, dass der Weinimpost, welchen Preussen auf die ungarischen Weine geschlagen, nicht so ‚nachtheilig und schreckbar‘ sei, wie man anfangs angenommen habe. Im



Vergleich mit den aus den ungarischen und deutschen Erblanden nach Preussisch-Schlesien für Manufacturen jährlich ausgeführten zwei Millionen Gulden berechnete er den Verlust bloß auf 180.000 bis 200.000 Gulden. Seiner Meinung nach dürften bloß die Grenzbewohner in Mitleidenschaft gezogen werden, denen es jedoch leicht sein werde, einen anderweitigen Ersatz zu finden. Man hätte daher keinen Grund, von den bereits angeordneten Massnahmen abzugehen, von welchen die Glückseligkeit der gesammten übrigen Länder abhängt. Wohl werde der König von Preussen die Zölle erhöhen, aber dennoch nur solche Massnahmen ergreifen, welche ihm entsprechend zu sein scheinen.

Habe er ja doch bisher weder das steiermärkische Eisen, noch die zur Appretur und zum weiteren Handel bestimmte rohe Leinwand oder das Garn oder andere Waaren mit einem Consumzoll beschwert, sondern bei der alten Gebühr belassen; er habe die ordinäre Schafwolle und das Beuteltuch und auch die Holzwaaren mit keinem höheren Zoll als 10 Procent belegt, dagegen all das, was seinem Handel und Wandel schädlich erschien, durch eine grössere Accise und andere Imposten hintanzuhalten gesucht und gleich nach dem Friedensschluss die Massnahmen ergriffen. Das Eisen, welches aus Steier und Oberösterreich nach Preussisch-Schlesien im Jahre 1752 gegangen, betrage im Werthe 130.000 Gulden, hievon aber bleibe nur ein Fünftel pro consumo im Lande, der Rest werde nach Polen und Moskau verführt. Der Verlust, den Oesterreich erleiden würde, belaufe sich daher nicht höher als auf etliche 20.000 Gulden, da man die Eisenwaaren, ohne Preussisch-Schlesien zu betreten, nach Polen und Moskau führen könne. Eine weitere Verkürzung sei um so weniger zu besorgen, als in Ungarn der Transit schon von 5 auf 1 Procent herabgesetzt worden sei und noch weiter ermässigt werden könne, folglich die Sensen und Strohmesser theils über Troppau und Bielitz, theils durch Ungarn nach Polen und Moskau ihren Weg finden können. Die Menge des aus Ungarn über Teschen nach Preussisch-Schlesien geführten Kupfers könne nicht angegeben werden, weil es an den nöthigen Ausweisen fehle. Würde der Transit durch die preussischen Lande verhindert, so wäre allerdings der Verlust ein beträchtlicher, indem diese Waare hauptsächlich nach Hamburg verführt werde, allein nichts stehe



im Wege, diesen Artikel auf dem Donauströme und über Triest, obschon mit grösseren Unkosten, nach Hamburg zu verführen. Empfindlich würde die etwaige Erschwerung der Ausfuhr der feinen schlesischen Wolle, welche die Fabrikanten in Mähren und Böhmisches Schlesien bedürfen, allein in Ungarn und Böhmen sei auch feine Wolle zu haben, die mittelst einer guten Sortirung zu mittelmässigen Tüchern taugt, und wenn man sodann zum Einwurf spanische Wolle nehme, welche um einen verhältnissmässigen Preis zu erhalten sei, so werde man noch bessere Tücher und Zeuge als aus der preussisch-schlesischen Wolle erzeugen können. Hieraus gehe hervor, dass die von Preussen etwa zu ergreifenden Vorkehrungen den Erbländern keinen solchen Schaden zufügen, der im Vergleich mit den genommenen Massregeln und dem daraus erwachsenden Nutzen in Betracht zu ziehen wäre. Es sei ja bekannt, dass ausser dem Eisen und Kupfer, dann sehr wenigen Victualien die Erblande wenig nach Preussisch-Schlesien absetzen, dagegen was zur Tracht und Pracht und auch Niedlichkeit dient, häufig durch und aus Preussisch-Schlesien eingeführt werde, weil keine Feilschaft verboten sei und durch die erhöhten Consumimposten nur insoferne ein Abbruch erfolgen könnte, dass, wer es nicht zahlen könne oder wolle, die fremden Manufacta entbehren und statt dieser sich der erbländischen bedienen werde, folglich nur derjenige Consument getroffen werde, dem es beliebt, das fremde dem einheimischen Gut vorzuziehen. Dieser verdiene wahrhaftig um so weniger Rücksicht, dass man seiner wegen das allgemeine Beste zurücksetzen und von den festgesetzten Massregeln abgehen sollte, da wegen der fast rasenden Neigung zur Pracht und Niedlichkeit gar nicht zu besorgen sei, dass wegen des hohen Consumzoll mit den benachbarten und auch entlegenen fremden Ländern der Handel aufhören sollte, indem die alte Zollgebühr, welche mehr als 30 Procent betrug, die Einfuhr niemals gehindert und nach den neuen Massregeln wohl 30 Procent dem Calculo nach, in Wirklichkeit nicht viel mehr als 20 Procent betrage.

Neffzer empfahl, das ungarische Zollpatent, sowie den für Siebenbürgen von dem Grafen Königsegg-Erps gearbeiteten siebenbürgischen Tarif zu veröffentlichen, im ungarischen Tarif behufs Gleichförmigkeit mit den deutschen Erblanden für die aus der Fremde, namentlich aus Preussisch-



Schlesien eingeführten Feilschaften die Consumgebühr mit 30 Procent festzusetzen, für die österreichischen Erzeugnisse aber so viel thunlich herabzusetzen, auch in Niederösterreich und Innerösterreich den Zollsatz für die schädlichen Wollen- und Leinen-erzeugnisse von nun an auf 30 Procent zu erhöhen und für das Erzherzogthum Oesterreich einen Zolltarif zu erlassen. Auf diese Art und Weise, fügt Neffzer hinzu, werde die Kaiserin nicht allein gegen keinen fremden Landesfürsten ‚was Sonderbares‘ in ihren Ländern einführen, ‚mithin den König von Preussen in seinem bezeugten ausserordentlichen Betragen vor der ganzen Welt ins Unrecht setzen und auch den Weg offen behalten, jenen auswärtigen Landesfürsten zu favorisiren, mit dessen Feilschaften theils in, theils durch die deutschen Erblände nach Ungarn und den Morgenländern das erleichterte Negotium al in grosso getrieben werde‘.

Ein Ersatz für den Wegfall des bisherigen Absatzes ungarischen Weines nach Preussisch-Schlesien wurde in Russland in Aussicht gestellt, wohin in letzterer Zeit grössere Sendungen stattgefunden hatten. Das schlesische Grenzland werde für seine Erzeugnisse in Ungarn Absatz finden. Zeige doch Mähren, dass, wo ‚heute vor einem Jahre kein Stück Halbrasch, Halbcastorzeug und feiner Tücher auf schlesische Art gemacht wurde, durch herübergekommene preussisch-schlesische Leute, welche die mährischen unterrichten, schon heuer etliche tausend Stück fabricirt werden, wodurch also die dermaligen Klagen sich nicht nur allein beheben, sondern die böhmisch-schlesischen Einwohner noch in eine bessere Aufnahme gebracht werden können‘.

Diese Darlegungen scheinen tiefen Eindruck gemacht zu haben, denn damals tauchte zum ersten Male der Gedanke auf, auf den Abschluss eines Handelsvertrages zu verzichten. Die Bancodeputation stellte nämlich an das Directorium in publicis et cameralibus die Frage, ‚ob nicht der preussische Vorgang eine gewünschte Gelegenheit sei, den so schädlichen als gefährlichen Zusammenhang des ungarischen Commercii mit den preussischen Ländern abzuschneiden und in die Erbländer zu ziehen, sich auch von dem preussischerseits prätendirten gleich nachtheiligen Status quo oder einem die Hände bindenden Commerztractate loszumachen‘.<sup>60</sup>

Der Beschluss wurde gefasst, die Repräsentationsvorstände aus den drei böhmischen Ländern nach Wien zu berufen, um



ihr Gutachten über folgende vier Fragen zu erstatten: ,1. Woher diese Demarche des Königs von Preussen ihren Ursprung nehme; 2. ob deswegen die festgesetzten Commercialprincipien und Tarife abzuändern, folglich dem König von Preussen nachzugeben und was dann von seiner Nachbarschaft zu hoffen sei; 3. was nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft zu thun sei; 4. ob bei der ganzen Sache eine Hemmung des Contributionalis zu besorgen sei‘.

Die Berathung fand am 17. Juni 1754 statt. Es sei nicht zu zweifeln, lautete die Ansicht der Commission, dass die Ursache der von Preussen ergriffenen Zollerhöhung die der Welt ohnehin bekannte Abneigung des Königs gegen all dasjenige sei, was immer den österreichischen Staaten zur Aufnahme gereichen könne. Der Vorwand, als ob österreichischerseits durch den neuen Tarif der erste Schritt zur gegenseitigen Einschränkung des Handels gemacht worden wäre, würde von weit grösserem Gewichte sein, wenn preussischerseits der erbländische Handel nicht schon früher, ehe noch die neuen Tarife zu Stande gekommen, auf alle ersinnliche Weise durch tractatwidrige Verordnungen und durch verdeckte Kunstgriffe erschwert und gehemmt worden wäre. Seit der Besitzergreifung Schlesiens sei der Körnerhandel aus Böhmen hintertrieben worden, der ungarische Weinverschleiss sei von 200.000 auf 20.000 Eimer herabgesunken, ein Beweis, dass der neue Zolltarif dem Berliner Hof nur als Scheingrund diene, womit derselbe seine wahre Absicht, den diesseitigen Convenienzen immer zuwider zu sein, bemäntle und sein unfreundliches Verfahren vor der Welt gerne rechtfertigen wolle, obgleich man nicht in Abrede stelle, dass die Tarife dieser nur allzu offenen Gedenkungsart des Königs einen stärkeren Antrieb gegeben haben mögen. Die Commission finde keinen zureichenden Grund, von den mit so vielem Bedacht festgestellten Commerzgrundsätzen blos deshalb abzugehen, weil sie einer auswärtigen Macht, und zwar dem preussischen Hofe nicht zusagen, obgleich hie und da nach der Hand noch Manches zu verbessern sei und nach Umständen werde verbessert werden. Die von preussischer Seite dagegen gemachten Bewegungen dienen zum unumstösslichen Beweise, dass man von wahren Commerzgrundsätzen ausgegangen sei, Preussen strebe jedoch durch dieselben einen Riss zu machen. Es seien viel zu viel widrige Beispiele vorhanden, um sich so leicht be-



reden zu können, dass man von der preussischen Nachbarschaft die gutwillige Eingestehung eines wesentlichen Vorthiles jeweilen zu erwarten habe. Die Commission sprach ihre Meinung dahin aus, ohne die bisherigen Bahnen zu verlassen und ohne irgend eine Verlegenheit Preussen gegenüber blicken zu lassen oder von Repressalien die geringste Meldung zu machen, von nun an in Niederösterreich die auswärtigen Waaren und zumal jene, welche grösstentheils aus Preussisch-Schlesien eingeführt werden, mit den Sätzen des böhmischen Tarifs zu belegen. Die preussisch-schlesischen Waaren, zumeist Tücher und Leinenzeuge, haben bisher vor allen übrigen ausländischen den Vortheil gehabt, dass selbe in der Verzollung den inländischen noch immer gleich gehalten wurden, ohne dass dies bei dem preussischen Hofe Eindruck gemacht hätte. Es sei daher um so nothwendiger, bei dieser Gelegenheit das Thor zu schliessen, wodurch nicht nur so viele Barschaften aus Oesterreich nach Preussisch-Schlesien geflossen seien, sondern auch eine Menge preussisch-schlesischer Waaren sich in die böhmischen Erbländer eingeschlichen haben, jedoch sei die Absicht keineswegs dahin gerichtet, die bestehenden Tractate dadurch gänzlich zu unterbrechen, vielmehr dürfte dies der Weg sein, um die preussischerseits zu hoch gespannten Bedingungen auf einen billigen Fuss herabzusetzen. Gleichzeitig seien mit Kursachsen die von dem Bancodeputationspräsidenten angeknüpften Verhandlungen weiterzuführen, so dass, wenn mit dem Berliner Hofe ein Ergebniss nicht erzielt werden sollte, wenigstens Böhmen durch den höchst nützlichen Handel gegen Sachsen desto mehr emporgebracht werden könnte. Auch würden sich noch andere Auswege finden, um den erbländischen, bisher nach Preussisch-Schlesien gegangenen Waaren einen anderen Absatz zu verschaffen.

Schliesslich wurde die Frage erörtert, welchen Einfluss die preussische Zollerhöhung auf das Contributionale haben dürfte. Blümegen und Hofrath von Koller versicherten, dass in dem Markgrafthume Mähren, ausser in den Enclaven, ebenso wenig als in Ungarn irgend etwas Nachtheiliges zu besorgen sei. Nur bezüglich der an den preussischen Grenzen liegenden Gebiete Böhmens, noch mehr aber hinsichtlich des von allen Seiten eingeschlossenen Antheils Schlesiens schlossen sie sich den Aeusserungen der beiden Repräsentationspräsidenten Baron



Netolicki und Graf Larisch an, dass die Unterthanen daselbst, zumal die Handwerker, durch die preussischen Zollsätze gehindert werden dürften, aus dem jenseitigen Theile Schlesiens einen guten Theil ihrer Nahrung zu holen, und folglich das Contributionale zu erschwingen ausser Stande sein würden. Es müsste daher auf andere Mittel und Wege bei Zeiten vorgedacht werden.<sup>61</sup>

Tags darauf — am 18. Juni — beschäftigten sich die Präsidanten Böhmens und Mährens mit der preussischen Finalerklärung vom 3. Juni, welche ihnen nachträglich zugewiesen worden war, „um ihre Reflexiones zu machen“.

Am 15. Juni überreichte Fürst ein vom 3. Juni datirtes Promemoria, welches Tags darauf von der Staatskanzlei an das Commerzdirectorium übersendet wurde.<sup>62</sup> Seit Wochen erbat der preussische Unterhändler von seinem Hofe Weisungen und die Uebersendung der Tarife. Friedrich, unmuthig über den Gang der Verhandlungen, wollte gänzlich abbrechen, und nur durch die Vorstellungen der Minister liess er sich bestimmen, das Abberufungsschreiben mit unausgefülltem Datum an Fürst zu senden und denselben zu beauftragen, bei Gelegenheit die Erklärung abzugeben, dass der König ihn rückberufe, weil er auf seinem Posten nothwendig sei. Am 21. Mai wurde Fürst von dem Könige verständigt, dass er befohlen habe, ihm den projectirten Tarif von Schlesien und Glatz übermitteln zu lassen. Die Tarife der anderen Provinzen zuzusenden würde jedoch überflüssig sein und nur zu „inextricablen Chicanen“ Gelegenheit geben. Sei es dem österreichischen Hofe ein wahrer Ernst, etwas Richtiges zu schliessen, so werde sich solches bei dem projectirten schlesischen Tarif zeigen, „als welches vom Anfange der desfalls angestellten Negotiationen halber das Hauptobject gewesen“.

Die österreichische Regierung, heisst es in dem Promemoria, habe hauptsächlich darauf bestanden, dass die Tarife der preussischen Provinzen mitgetheilt werden sollen, da dies in Bezug auf Böhmen, Mähren und Schlesien von österreichischer Seite geschehen. Der König habe schon am 27. November erklärt, dem Verlangen zu entsprechen, wozu jedoch Zeit nothwendig sei. Vorläufig werden die Tarife für Preussisch-Schlesien und Glatz übermittelt, wodurch weit grössere Vorthelle durch die darin enthaltenen niedrigen Sätze für den Handel der öster-



reichischen Staaten erwachsen, als man Preussen zuzugestehen geneigt sei. In einem ausführlichen Schriftstück, „Anmerkungen und Finalerklärungen“ betitelt, erörtert Fürst noch einmal sämtliche Artikel des Vertrages, um die bisher erzielte Uebereinstimmung einerseits, sowie die Differenzen anderseits nachzuweisen. Hinsichtlich der Durchfuhrzölle war in den meisten Punkten strenge genommen keine Differenz, und Fürst begnügte sich, eine neue Fassung dieses Artikels mit Rücksicht auf die von österreichischer Seite beantragte Formulirung vorzulegen mit der Bemerkung, dass in dem Zolltarif für Schlesien und Glatz bei keinem Satze die in dem schlesischen Zollmandate vom Jahre 1739 festgesetzten Durchfuhrgebühren überschritten, für Glatz sogar merklich herabgesetzt seien. Er forderte daher, dass die in dem mitgetheilten Tarife für Mähren, Schlesien und Böhmen vorgenommenen Erhöhungen, besonders für den Transit nach Ungarn, herabgesetzt werden mögen. Ueber die Privatmauthen wurde ein besonderer Artikel beantragt. Bei den Ausfuhrzöllen wiederholte Fürst die schon gestellte Forderung, dass „die bei einer jeden Specie von Waaren üblich gewesene Ausfuhrgebühren nicht überschritten werden“. Fürst wies darauf hin, dass in dem neuen österreichischen Tarife für die böhmischen Länder bei verschiedenen Gattungen von Waaren, wie z. B. bei Flachs und Garn, die Ausfuhrgebühr fast verdoppelt sei. In den Friedenstractaten sei für Preussisch-Schlesien und die Grafschaft Glatz zugestanden worden, dass der ehemalige Favor in dem Handel mit den österreichischen Staaten unverletzt bleiben müsse. Der beiliegende Tarif für Preussisch-Schlesien und die Grafschaft Glatz werde nun überzeugend darthun, wie bei der Ausfuhr von den ehemaligen Sätzen nicht abgegangen worden sei, daher die österreichischen Staaten ebenso wie früher begünstigt seien, ja, einzelne Sätze seien vermindert; so z. B. sei von dem auf inländischen Viehmärkten verkauften ausser Landes gehenden Vieh der Ausfuhrzoll auf die Hälfte heruntergesetzt. Ferner müsse dasjenige, was bei der Ausfuhr zollfrei gewesen, auch künftig zollfrei bleiben. Dies sei auch eine nothwendige Folge des Grundsatzes, dass eine Erhöhung nicht stattfinden solle. In dem mitgetheilten Tarife für Preussisch-Schlesien und Glatz seien verschiedene Waaren sogar bei der Ausfuhr nach Oesterreich zollfrei erklärt worden, welche es früher nicht gewesen. Billig sei es daher, dass Oesterreich



den eigenen bei Erleichterung der Ausfuhr erwachsenden Vortheil einsehe und einwillige, dass die Waaren und Feilschaften, welche im Jahre 1740 zollfrei gewesen, es auch künftig bleiben, wenngleich diese Länder jetzt unter anderer Herrschaft stehen.

Wenn aber diese Anträge doch noch einige Bedenken finden sollten, so wolle man preussischerseits auch noch weiter dem Verlangen Oesterreichs sich nähern und zufrieden sein, wenn die dargelegten Gesichtspunkte nur bei der Ausfuhr folgender Waaren aus den österreichischen Ländern in die preussischen Staaten Anwendung finden: Flachs, rohe und gebleichte Leinengarne und Leinwand, ungarisches rohes Kupfer, steiermärkischer Stahl, schwarzes Blech, Sensen, Strohmesser und andere eiserne Waaren, Pottasche, Weinstein, Knoppern, Salpeter, Bau- und Brennholz, Wein, wogegen man ein Gleiches für dieselben Waaren verspreche. Ja, um zu zeigen, dass alles Mögliche gethan werde, um eine billige Commercialconvention zu Stande zu bringen, wolle Preussen allenfalls auch bei den mährischen Landesproducten, die nach dem ehemaligen Tarife bei der Ausfuhr nach fremden und eigenen Erblanden ohne Unterschied zollfrei gewesen, nachgeben und zugestehen, dass in Mähren bei der Ausfuhr dortiger Producte, für die in dem neuen Tarif kein niedererer Satz bestimmt worden sei, etwa  $\frac{1}{2}$  Procent genommen werden könne. Betreffend die Ausfuhr aus einem Theile Schlesiens in den anderen Theil sei nach der Separation dieses Gebietes nothwendig, zur Hebung künftigen Streites, etwas festzusetzen. Eigentlich könnte auch hiebei gar kein Ausfuhrzoll platzgreifen, da solcher vordem niemals entrichtet worden sei. Auch habe man preussischerseits anfänglich darauf angetragen, eine derartige Abmachung in den Vertrag aufzunehmen, da man aber österreichischerseits darauf nicht eingehen wolle, habe man sich erboten, festzusetzen, dass von den aus dem einen in den anderen Theil Schlesiens ausgeführten Waaren  $\frac{1}{3}$  oder höchstens  $\frac{1}{2}$  Procent festgesetzt werde, jedoch Wolle, Flachs und Garn nebst den Fabrikaten aus diesen Materialien von jedem Ausfuhrzolle gänzlich frei bleiben sollen, was aber nicht von den Waaren zu verstehen sei, die aus dem einen Theile durch den andern in fremde Länder versendet werden, indem es dem versendenden Theile freistehen solle, einen Ausfuhrzoll so wie sonst zu nehmen.



Oesterreich habe nun dieses Anerbieten bisher nicht angenommen, und Preussen wolle sich allenfalls gefallen lassen, dass dieser Punkt wenigstens so gefasst werde, dass zwar künftig bei der Ausfuhr aus einem Theile in den anderen eine Essitoverzollung in genere statthaben, hievon aber Flachs, rohe und gebleichte Leinengarne und Leinwand, rohes Kupfer, steiermärkischer Stahl, schwarzes Blech, Sensen, Strohmesser und andere Eisen-Waaren, Pottasche, Weinstein, Knoppern, Salpeter, Bau- und Brennholz und Wein gegenseitig davon exemirt und in der Ausfuhr völlig zollfrei sein sollen. Eventualiter brachte Fürst in Vorschlag: „dass höchstens alle diese specificirten Waaren nur mit  $\frac{1}{2}$  Procent Ausfuhrzoll zu belegen seien, welches jedoch von demjenigen nicht zu verstehen sei, was aus einem Theile durch den andern in fremde Länder versandt werde, als wovon dem Theil, woraus versendet wird, freistehet, seine ihm sonst competirende Essitogebühr zu fordern“. Der vierte Punkt betreffe die Ausfuhr aus der Grafschaft Glatz in die österreichischen Länder und umgekehrt. Es sei auch nothwendig, nach der geschehenen Absonderung dieser Grafschaft von dem Königreiche Böhmen einen gewissen Grundsatz festzustellen. Man habe preussischerseits in den Anmerkungen vom 11. Juli 1752 bereits einen hierauf bezüglichen Vorschlag gemacht, und von österreichischer Seite sei in den Anmerkungen vom 2. September 1752 keine Einwendung erhoben, ja sogar zugestanden worden, dass es diesbezüglich nicht einmal eines neuen Zusatzes bedürfe. Es sei daher kein Bedenken, dass dieser Punkt in dem Tractate derart gefasst werde: „die Grafschaft Glatz richtet sich in den Ausfuhrzollsätzen gegen Böhmen, Mähren, Böhmisches Schlesien und andere kaiserliche Staaten nach dem schlesischen Zollmandate vom Jahre 1739, wogegen die aus den österreichischen Staaten ins Glatzische gehenden Waaren dem daselbst im Jahre 1740 üblich gewesenen erbländischen Ausfuhrzolle unterworfen bleiben, jedoch jedem Theile freistehe, solchen zu vermindern“. Auch hiebei müsse jedoch das Normaljahr 1740 massgebend bleiben, was damals zollfrei gewesen, müsse auch fürderhin zollfrei sein. Endlich sei noch ein fünfter Punkt übrig, welcher zur Verhütung aller künftigen Irrung gleichfalls in dem Tractate festzusetzen, bisher aber noch nicht berührt worden sei: das völlige Ausfuhrverbot. Da einem jeden Lande an der Ausfuhr seiner Producte viel gelegen sei,



so scheine zwar dieser Fall selten vorzukommen, dennoch aber werde darauf angetragen, darüber eine Bestimmung in den Vertrag aufzunehmen, etwa dahin lautend, dass ein Ausfuhrverbot dieser oder jener Waare aus dem einen in das andere Land der vertragschliessenden Theile nur dann stattzufinden habe, wenn die Ausfuhr eben derselben Waare in alle fremde Länder ohne Unterschied verboten sei, insbesondere aber hätten sich beide vertragschliessenden Theile zu verbinden, den bisher gemeinnützigen gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Staaten mit Garn und Leinwand dergestalt noch ferner zu unterhalten, fortzusetzen und zu befördern, dass den Landesverfassungen gemäss gegen gehörige Ansage und Erlegung der Gebühren zu allen Zeiten sowohl die österreichischen Unterthanen nach Preussisch-Schlesien und der Grafschaft Glatz, als auch die preussischen Unterthanen Schlesiens und der Grafschaft Glatz in die österreichischen Staaten Garne und Leinwand nicht nur zum Verkaufe bringen, sondern auch darin wiederum kaufen und ausführen können.

Ueber die Consumabgaben habe man sich bisher über den allgemeinen Grundsatz geeinigt, dass es jedem Theile freibleiben solle, die zum Consum eingeführten Waaren nach eigenem Ermessen zu belegen, auch wenn zum Vorthail derselben auf eine oder andere Waare ein generales Verbot bezüglich aller auswärtigen fremden Länder ohne Ausnahme bereits eingeführt oder künftig noch eingeführt würde, die beiden vertragschliessenden Theile Macht und Freiheit haben, Waaren aus den Ländern des anderen Paciscenten mit unter das Verbot zu ziehen. Allein preussischerseits habe man diesem Grundsatz nur unter gewissen Bedingungen zugestimmt, wovon die meisten bisher nicht zugestanden worden seien. Es komme daher noch auf folgende Ausnahmen von gedachter Regel, welche festzusetzen wären, an: einmal dass das gegenseitig den Natur- und Kunstproducten aus den beiderseitigen Ländern zu gewährende Moderamen an Zollaccise und Consumoimposten  $\frac{1}{4}$  weniger als auf andere derartige fremde Waaren gelegt werden solle, wobei sich jedoch von selbst verstehe, dass, im Falle die Consumsätze des einen oder anderen Tarifs zum Vorthail eines anderen Staates künftig eine grössere Begünstigung erhalten sollten, dieselbe ebenfalls den Unterthanen der beiderseitigen Lande zukommen solle, indem dieselben als die, am



meisten favorisirte Nation' betrachtet werden solle. Hinsichtlich der übrigen preussischen Provinzen werde man erst nach gegenseitig erfolgter Mittheilung sämmtlicher Tarife am füglichsten der Sache näher treten können. Aus dem von Preussen mitgetheilten Tarife für Schlesien und Glatz gehe hervor, dass man aufrichtig nicht allein den Consumozoll, sondern auch die Accise besonders angezeigt habe. Da nun das Moderamen von allen diesen Abgaben zu rechnen sei, so erwarte man preussischerseits von Oesterreich gleichermassen die aufrichtige Anzeige aller übrigen in dem communicirten Tarife nicht angegebenen Consumtionsabgaben, besonders aber der Aufschläge. Aus dem schlesischen Zolltarife, sowie aus dem Accisentarife für die Stadt Breslau gehe hervor, dass daselbst, die in die Handlung einschlagenden fremden Waren zu Gunsten des Handels und selbst zum Besten der gegenseitigen Staaten' mit einer geringeren Impost bei der Einfuhr belegt seien als in anderen schlesischen Orten, und der völlige Consumozoll nur dann, wenn die Waare nach anderen schlesischen Orten, die ganze Accise aber, wenn sie nach anderen schlesischen accisbaren Städten zum weiteren Handel oder Consumo geht, nachtragsweise entrichtet werden müsse. Da nun bereits festgesetzt sei, dass das Moderamen nur von den Consumtionsimposten zu verstehen sei, überdies aber ohnedem diese Bestimmung einige Gleichheit mit der in dem neuen böhmischen, mährischen und schlesischen Tarife über den Handel der Niederläger und der Grosshändler gemachten Verfügung habe, wobei man preussischerseits gleichfalls keine Begünstigung erlangen zu können einsehe, solange blos 1 Procent gefordert wird, so sollte aus diesem Grunde in den Vertrag eine hierauf bezügliche Bestimmung aufgenommen werden.<sup>63</sup>

Mit diesem ausführlichen Schriftstücke beschäftigten sich die Präsidenten in eingehender Weise. Bei der Berathung wurde befunden, dass in den Vorschlägen Preussens, die Transitogebühr betreffend, nichts Nachtheiliges für die Erbländer gefunden werden könne. Nur bezüglich des ständischen Weinaufschlages von 45 kr. per Eimer wurde darauf hingewiesen, dass diese Gebühr eine wohl hergebrachte Abgabe wäre — sie war, wie bemerkt wurde, pro fundo systemali bestimmt — worüber sich zu beschweren Preussen keine gegründete Ursache habe, daher davon abzugehen um so weniger thunlich sei, als für den Entgang ein Ersatz gesucht werden müsste. Gegen



die Forderung Preussens, die Durchfuhrgebühr betreffend für Waaren aus Böhmen, welche durch die Grafschaft Glatz nach Mähren und anderen österreichischen Ländern gehen, walte kein Anstand ob, da der Transit durch die Grafschaft ‚seltsam‘ und die Fuhrleute diesen Weg nicht einschlagen. Auch dem Ansinnen bezüglich der Privatmauthen könne Rechnung getragen werden, da ohnehin die meisten schlesischen Waaren durch inländische Fuhrleute, die nicht den doppelten Betrag zu entrichten haben, verführt werden. Die Anträge über den Ausfuhrzoll wurden dem ‚commercio allerdings convenable‘ gefunden. Auch der Garnhandel würde ohne Schaden für die inländischen Weber befördert werden. Ohnehin müssten die Garne, ehe sie ausgeführt werden dürfen, auf die Wochen- und Garnmärkte gebracht werden, wo sich die Inländer damit versehen können, und nur der Ueberschuss werde ausgeführt. Durch den neuen Tarif für Böhmen sei die Ausfuhr bloß mit  $\frac{1}{4}$  Procent belegt, es sollte daher an Preussen die Forderung gestellt werden, gleichfalls den Zollsatz nicht höher festzusetzen. Wenn aber Preussen bloß für einige Waaren diesen Zollsatz fordern sollte, so für Flachs, rohes und gebleichtes Leinen, Garn, ungarisches rohes Kupfer, steiermärkischen Stahl, Schwarzblech, Sensen, Strohmesser und andere Eisenwaaren, Pottasche, Weinstein, Knoppern, Salpeter, Bau- und Brennholz, endlich für Wein, so sollte derselbe Vortheil auch für Oesterreich ausbedungen und die Vereinbarung getroffen werden, dass der Zollsatz für Garn, Flachs, Leinsamen, Krapp, Schleier, Wolle, Röthe, rohe Häute und Eisen nicht über  $\frac{1}{4}$  Procent erhöht werden dürfe. Von preussischer Seite wurde auch der Vorschlag gemacht, dass sich die vertragschliessenden Theile vorbehalten, die Ausfuhr einiger Waaren ganz zu verbieten, Flachs, Garn, Leinsamen, Wolle und rohe Häute ausgenommen. Die Commission wies darauf hin, dass Preussisch-Schlesien durch die gestattete Ausfuhr von Flachs und Garn Vortheil ziehe, aber auch Böhmen, besonders die Gegend von Braunau und Nachod und das ganze böhmische Gebirge durch die bisher nicht beschränkte Ausfuhr von Flachs aus Schlesien, was auch für die Zukunft anzustreben sei. Die preussischen Anträge bezüglich des Consumozolles machten auf die Commission im Allgemeinen einen günstigen Eindruck. Die letzten von Preussen vorgenommenen Erhöhungen seien, wie die Commission meinte, ‚als eine Politik



anzusehen', ,mehr die Wirkung eines unzeitigen *terroris pannici*, massen man sich unmöglich beygehen lassen kann, dass des Königs von Preussen Majestät eine ausgearbeitete *tarifam* durch seinen hier anwesenden Minister, welche er als einen Grundstein deren hier vorsehenden *Commercientractaten* angeben thuet, einem hohen Hofministro übergeben hätte lassen können zur Zeit, als deme entgegen so enorme Aufschläge eingeführt werden wollen, da man preussischerseits die *Commerci*en auf einer Seit gänzlichen, wie es unzweifelig erfolgen würde, abgeschnitten hätte, wo doch dessen Vermehrung und Erhaltung auf der andern Seit so sehnlich angesucht wird'. Bei dieser Beurtheilung der Sachlage glaubte man in eine Kritik der preussischen Zoll erhöhungen nicht eingehen zu sollen. An dem preussischen Vorschlage wurde nur bemängelt, dass für schlesische und glatzische Waaren, besonders für Tücher, Boy, Wollenzeuge, Strümpfe, Hüte, Leinwände, der Einfuhrzoll auf Grund des schlesischen Zollmandats vom Jahre 1739 bemessen werden solle und die Begünstigung für die Einfuhr in alle Erbländer in Anspruch genommen werde, während man von preussischer Seite nur für die Einfuhr österreichischer Waaren nach Schlesien und Glatz ein Abkommen treffen wolle; die Commission rieth aber, mit Rücksicht auf die böhmischen Erblände die Verhandlungen dennoch fortzusetzen und den österreichischen und ungarischen Tarif nicht zu veröffentlichen, sondern Alles in *statu quo* zu belassen. Allerdings hob die Commission hervor, dass sie blos die böhmischen Erblände im Auge habe und von den etwaigen Nachtheilen oder Vortheilen einer Einfuhr preussischer Erzeugnisse in die anderen Erbländer keine Kenntniss habe. Eine Abmachung mit Preussen wurde um so mehr empfohlen, je gefährlicher die Folgen von Zollerhöhungen in Preussisch-Schlesien für Böhmen, die mährischen Enclaven und Oesterreichisch-Schlesien wären und ,das *remedium* eines anderweitigen Handels und Wandels in andere entfernte Lande beschwerlich, langweilig, dem Verfall dieser Länder abzuhelpen fast ganz und gar unthunlich sei'. Eine Abänderung der verfügbaren Mautheinrichtung in Folge der *Tractate* würde weder ,dem *decoro majestatico*, noch auch dem verehrungswürdigen Ansehen eines hohen kais. Ministeriums in nichten zu nahe treten, massen neue *Tractaten* neue Einrichtungen unumgänglich nach sich ziehen'. Schliesslich wurde hinzugefügt, dass die



Ein- und Ausfuhr zwischen Böhmen und Mähren einerseits und Preussisch-Schlesien anderseits sich das Gleichgewicht halten.<sup>64</sup>

Am 19. Juni fand eine Conferenz statt, an welcher nebst den Präsidenten Blümegen, Larisch und Netolicka auch Haugwitz, Rudolf und Johann Chotek, Bartenstein, Kannegiesser, Koller und Neffzer theilnahmen. Der Beschluss wurde gefasst, die Verhandlung mit Preussen ohne Zeitverlust zu reassumiren und mit aller Facilität zu Werke zu gehen. Das Commerzdirectorium sollte die verschiedenen Vorschläge Preussens und die darunter verborgenen Absichten reiflich erwägen, sodann, was thunlich und nicht thunlich sei, der Staatskanzlei zur weiteren gemeinsamen Ueberlegung übermitteln. Als Grundsätze, worauf bei der Ausarbeitung das Augenmerk zu richten sei, wurden bezeichnet, dass der Tractat, sowie auf alle Erbländer, also auch auf alle königl. preussischen und brandenburgischen Lande Anwendung zu finden habe. Der Transit sei, so viel immer möglich, von den beiden vertragschliessenden Mächten zu begünstigen. Bei der Ausfuhr sei sich gegenseitig die Reciprocität auszubedingen, z. B. für die Facilitirung des erbländischen Flachses und Garnes, von Preussen Erleichterung bei der preussisch-schlesischen Wolle zu fordern. Die Ausfuhr sei bei denjenigen Waaren, welche für die beiderseitigen Manufacturen am meisten nothwendig seien, unter keinerlei Vorwand weder durch Erhöhung der Imposten, noch sonst zu beschweren. Bei dem Consumo sollte aber dem Berliner Hofe begreiflich gemacht werden, dass, da er selbst anerkenne, dass sein schlesischer Antheil kein Erbland sei, das Verlangen, ausländische Waaren wie die inländischen, ja noch mehr als die inländischen zu begünstigen, wider die Natur der Sache und wider die Maximen aller Staaten sei, ja selbst seinen eigenen zuwiderlaufe. Da nichts Anderes angestrebt werde, als nach Billigkeit und nach dem natürlichen Verstande des Berliner Friedens beiden Theilen „gleiche Mass einzuschenken“, erklärte sich der Banco-deputationspräsident sogar bereit, den etwaigen Ausfall, welchen das schlesische Camerale durch die Erleichterung des Transito bei Verführung ungarischen Weines nach Preussisch-Schlesien erleiden dürfte, aus dem Bancale ersetzen zu wollen. Wollte sich aber Preussen nicht herbeilassen, diesen Grundsätzen beizustimmen, dann könnte die Commission nicht einrathen, „zum unersetzlichen Abbruch des mit so vieler Mühe und glücklichem



Erfolge aus seinem ehemaligen Verfall sich emporhebenden inländischen Gewerbs- und Manufacturwesens noch ein Mehreres nachzugeben, sondern man müsste zur Rettung des böhmischen Gebirges, der mährischen Enclaven und Oesterreich-Schlesiens auf andere Rettungsmittel mit vereinbarten Kräften fürzudenken bereit seyn'. Was endlich die Publication der Tarife anbelangt, so kam die Commission zum Schlusse, dass die Ansicht der Repräsentationspräsidenten die gelindere und daher auch beachtenswürdiger sei. Die Tarife für Oesterreich und Ungarn seien zu Stande zu bringen und in Bereitschaft zu halten.<sup>65</sup>

Das Promemoria vom 20. Juni 1754, welches von Kaunitz übergeben wurde, war eine ‚vorläufige Antwort‘ auf das letzte Fürst'sche Schriftstück.<sup>66</sup> Wenn am Schlusse bemerkt wurde, dass man neue Tarife auch in den anderen Erbländern einführen werde, allein noch immer hoffe, dass eine Vereinbarung zu Stande gebracht werden dürfte, eine Bemerkung, die Chotek am 9. Juli in einer Unterredung mit Fürst wiederholte, so entsprach dies ganz dem gefassten Beschlusse in der Hoffnung, damit Eindruck zu machen,<sup>67</sup> allein Fürst bemerkte sogleich, dass der König von Preussen von den neuen Imposten nicht abgehen werde, wenn Oesterreich den neuen Tarif nicht abstellen würde, und er rieth auch dem König, die Zollerhöhungen nicht zurückzunehmen, wenn Oesterreich nicht den Anfang mache, geschehe dies aber, so sei Hoffnung vorhanden, das Geschäft in drei Monaten zu beenden. In dem Promemoria vom 16. Juli 1754 wiederholte Fürst im Wesentlichen, was er bereits mündlich dem Grafen Chotek dargelegt hatte. Eine ausführliche Antwort wurde in Aussicht gestellt. Vorläufig wolle er sich nur darauf beschränken, einige Behauptungen des letzten österreichischen Promemoria richtigzustellen. Der König habe nur ungerne die Massnahmen ergriffen, nachdem Oesterreich durch den für Böhmen, Mähren und Schlesien erlassenen Tarif den Anfang gemacht habe. Die vermeintliche Ungleichheit zwischen dem Betragen Preussens und Oesterreichs sei daher nicht vorhanden. Wohl habe Oesterreich seinen Tarif am 20. Januar 1753, einige Tage vor dem Tode v. Dewitz' dem preussischen Gesandten mitgetheilt, allein nicht erwähnt, dass derselbe eingeführt werden solle. ‚In Commercialnegotiationen pflegen reciproquement die Tarife zu dem Ende communicirt zu werden, damit man darüber übereinkomme.‘ Es



sei unerhört, während einer Verhandlung einen neuen, die vorige Verfassung auf das Allerhöchste übersteigenden neuen Tarif einseitig einzuführen. Auf die Bemerkung in dem österreichischen Promemoria vom 20. Juni, dass einige Monate verstrichen seien, ohne dass preussischerseits irgend eine Gegenvorstellung erhoben worden sei, bemerkte Fürst, er habe in seinem am 14. März übergebenen Schriftstücke, dem ersten nach seiner Ankunft, gegen die Einführung protestirt<sup>68</sup> und am 24. März habe er neue Vorstellungen gemacht, obgleich er dem Gerüchte, dass der Tarif am 1. April in Wirksamkeit treten sollte, keinen Glauben beigemessen habe. Preussen habe auch in den Schriftstücken vom 8. Mai, 28. Juli und 27. November 1753 die gegründetsten Vorstellungen erhoben und erklärt, dass es wider Willen sich bemüssigt sehen würde, die nothwendigen Massnahmen zu ergreifen. Die im Mai erlassenen Gegenverfügungen seien nicht, wie die österreichische Beschuldigung lautet, urplötzlich und ohne einige Auskunft noch Erläuterung abzuwarten erfolgt. Das Moderamen von den im Tarif enthaltenen Sätzen habe Oesterreich zu bewilligen in Antrag gebracht, wenn eine Convention zu Stande komme. Auch Preussen werde seine Verfügungen zurücknehmen, wenn dieselbe abgeschlossen werde. Die von Oesterreich vorgenommenen Erhöhungen seien nicht gerechtfertigt. Preussen habe nur das Recht der Retorsion geübt. Der Unterschied bestehe darin, dass Oesterreich während der Verhandlung (*pendente negotio*) den Anfang gemacht habe und alle Gegenvorstellungen fruchtlos geblieben seien, während Preussen erst nach Verlauf eines Jahres zu seinen Gegenverfügungen geschritten sei. Dem König könne nicht zugemuthet werden, dieselben zurückzunehmen, wenn Oesterreich nicht dasselbe bezüglich des Tarifes thue.

Nach Uebergabe des Schriftstückes vom 20. Juni wurden in den österreichischen Kreisen eingehende Berathungen gepflogen. Zwischen Chotek und Neffzer fanden Besprechungen statt. Leider liegt über deren Inhalt keine Aufzeichnung vor, nur so viel ist aus einer Zuschrift Neffzer's an den Grafen Chotek ersichtlich, dass dieser damals mit den in der Denkschrift vom 23. Mai gemachten Vorschlägen nicht ganz einverstanden war und der Festsetzung eines Zolles von 30 Procent für Leinen- und Wollwaaren nicht zustimmte und 15 Procent für genügend hielt. „Die Zeit werde lernen, wie man das Ziel



getroffen oder verfehlt habe,‘ schrieb Neffzer gereizt am 21. Juni an Chotek, allein er liess sich doch bestimmen, drei Tage später seine ‚geringe Meinung‘ über das preussische Promemoria darzulegen; Chotek eignete sich dieselbe später in den meisten Punkten an.

Am 22. Juli erstattete Graf Rudolf Chotek seine Vorschläge in einer an die Staatskanzlei gerichteten Note. Man wollte die Bereitwilligkeit erklären, sich den Vorschlägen Preussens in einigen Punkten zu nähern und für die Einfuhr preussisch-schlesischer Waare ein grösseres Moderamen, nämlich  $\frac{1}{3}$  zu gewähren; ‚wie zumalen aber‘, heisst es sodann wörtlich, ‚man königlich preussischerseits nach Inhalt des Promemoria vom 16. Juli von den Zollerhöhungen nicht abgehen wolle, durch jenes hingegen, was noch dermalen in Ungarn und in den österreichischen Erblanden bezüglich Preussisch-Schlesiens beobachtet werde, die erbländischen Manufacte empfindlich leiden, ja gänzlich zurückgeschlagen werden, da die schlesischen Waaren in den besagten Erbländern immerhin noch als erbländische tractirt werden, so sei er der Meinung, dass die erhöhten Zollsätze, welche in den böhmischen Ländern durch die neuen Tarife eingeführt wurden, nunmehr auch unverzüglich in den österreichischen und ungarischen Erblanden wenigstens in Bezug auf die aus Preussisch-Schlesien kommenden Waaren, um Gleiches mit Gleichem zu vergelten und dadurch den königl. preussischen Hof auf bessere Gedanken zu bringen, eingeführt werden sollen.‘ In einer Sitzung vom 31. Juli wurde der Beschluss gefasst, nicht ‚wie der Antrag Chotek’s lautet, die böhmischen Zollsätze auf die aus Preussisch-Schlesien kommenden Waaren anzuwenden, sondern auf alle ausländischen Waaren, den ungarischen Tarif zu veröffentlichen, jenen für Siebenbürgen und den Temesvarer Banat fertigzustellen.<sup>69</sup>

Am 10. August wurden die österreichischen, vom 2. August datirten Gegenanträge Fürst übermittelt. Das österreichische Promemoria hob zunächst den Unterschied zwischen den von Oesterreich und Preussen ergriffenen Massnahmen hervor; man sei bedacht gewesen, ‚sich gegen den aus ganz ungewöhnlicher Begünstigung fremder Waaren den eigenen Fabriken und getreuen Unterthanen zugehenden Schaden zu verwahren‘, habe aber die aus den unter der Botmässigkeit des Königs von Preussen stehenden Landen kommenden Waaren am min-



desten zu beladen sich beikommen lassen und sich zu einem beträchtlichen Nachlass angeboten, „Preussen habe jedoch ausschliesslich österreichische Erzeugnisse übermässig belegt, dass dadurch nicht nur im Widerspruche mit dem 6. Artikel des Dresdener Friedens dem gemeinsamen Handel das stärkste Hinderniss oder entrave in den Weg gelegt, sondern sogar der Handel mit den hoch belegten Producten gänzlich gehemmt und gesperrt worden sei“.

„Wie wenig nun zwischen der einen und andern Verfügung der mindeste Schatten einiger Gleichheit obwalte, würde die stärkste und empfindlichste Probe sein, wenn diesorts von den Leinwänden und wollenen Zeugen, so aus den preussischen Landen in hiesige Erblände geführt werden, ebensoviel als andererseits (d. h. von preussischer Seite) auf die ungarischen, österreichischen und mährischen Weine geschlagen worden, abgefordert oder auch die Ausfuhr des Garnes von hieraus in gleichem Masse als die Ausfuhr der Wolle königl. preussischerseits erschwert werden wollte.“ Die Kaiserin wünsche aufrichtig auf eine beiderseitig anständige Art aus der Sache zu kommen. Sie habe dem Directorium anbefohlen, zu einem so erwünschten Ende Alles, was nur immer ohne allzu grossen Nachtheil ihrer getreuesten Unterthanen und Landen sein könne, noch weiters beizutragen. Durch die nunmehr gegebenen Gegenvorschläge nähere man sich dem Verlangen Preussens dergestalt, dass zu ersehen nicht möglich sei, woran sich der Handlung Schluss sollte stossen können, es wäre denn, dass man auf ganz ungewöhnlichen Dingen bestehen wollte, was man jedoch nicht vermuthen wolle, noch könne. Denn man möge sich bei Auslegung des 8. und 6. Artikels der Berliner und Dresdener Friedensschlüsse noch so viel Mühe geben, nie werde man aus denselben erzwingen, „weder dass eine provisionale Verordnung sich verewigen und noch viel weniger dahin ausdeuten lasse, das, was in einem Lande erzeugt werde, so ein Erbland zu sein aufgehört, gleichwohl für ein erbländisches zu halten sei“. Zum Schlusse wurde bemerkt, dass, wenn auch, wie man wünsche und hoffe, der Commerztractat zu Stande komme, eine gedeibliche Wirkung sich so lange nicht versprechen lasse, als man nicht über den Münzfuss übereingekommen sei, daher gleichzeitig auch hierüber ein Vergleich um so erforderlicher sei, als wohl Niemand zweifeln werde noch könne,



dass die durch Ausserachtlassung einer genauen Stückelung entspringende Ungleichheit eines der grössten Hindernisse des gemeinsamen Handels, besonders zwischen benachbarten und angrenzenden Landen sei. Endlich wurde auch die Erledigung der Schuldsache angeregt.

In den gleichzeitig übermittelten Finalerklärungen, welche vom 28. Juli datirt sind, wird bezüglich des Transitzolles den Anträgen Preussens fast vollständig beigestimmt und vorgeschlagen, dass die  $\frac{1}{2}$  procentige Transitogebühr ‚zu Wasser und zu Lande‘ abzunehmen sei. Nur für die Grafschaft Glatz wurden die preussischen Anträge nicht angenommen, da etwas Besonderes zu statuiren nicht nöthig sei. Die früher bereits von Oesterreich erhobene Forderung, dass in Zweifelsfällen die Tarife zu produciren seien, wurde wiederholt. Bei dem Ausfuhrzoll wurde abermals ausführlich eine Rechtfertigung der bisherigen Vorschläge versucht, aber hinzugefügt, dass, da preussischerseits verlangt werde, dass für gewisse Waaren die Zollsätze auf  $\frac{1}{2}$  Procent herabgesetzt werden sollen, man auch hierin zur Bestätigung, dass man die Angelegenheit zu einem gedeihlichen Schlusse zu bringen wahren Ernst habe, wiewohl zu eigenem Schaden condescendire, jedoch sich vorbedinge, dass beim Bau- und Brennholz wegen des von Zeit zu Zeit sich äussernden grösseren Holz mangels, ferner bei Salpeter und Pottasche die gegenwärtige Verzollung belassen werde, dass aber preussischerseits von jenen Erzeugnissen, die aus Preussisch-Schlesien in die Erblande geführt werden, wie: Flachs, rohes und gebleichtes Garn, Leinwand und Schleier, Zwirn, Röthe, Waid und andere Farbwaaren, Schaf- und Lammwolle, Leinsamen ebenfalls nicht mehr als  $\frac{1}{2}$  Procent abgefordert werden soll, wobei der Ankaufswerth zur Richtschnur zu nehmen sei. Im Verkehre der beiden Schlesien sollen ebenfalls dieselben Artikel ausgenommen und auf  $\frac{1}{2}$  Procent herabgesetzt werden, und da man der Meinung sei, dass die erwähnten Ausnahmen allgemein festgesetzt werden sollen, so verstünde es sich von selbst, dass dieselben ebenfalls auf Glatz auszudehnen sind, weshalb für diese Grafschaft etwas Besonderes festzusetzen nicht nöthig sei. Oesterreich forderte, dass auch Wolle und Leinsamen von dem Generalverbote auszunehmen seien und die von Preussen wegen Erleichterung der Ausfuhr der Woll- und Leinwandwaaren gestellte Forderung, sowie sie einerseits für



sämmtliche k. k. Erblande Anwendung zu finden habe, also auch von Preussen nicht nur auf Schlesien und Glatz eingeschränkt, sondern auch auf die gesammten preussischen Staaten ausgedehnt werde, da dies dem Grundsatz der Reciprocität als auch den Worten der Friedensschlüsse gemäss sei.

Da von preussischer Seite die Mittheilung der Accisesätze gefordert wurde, so wird darauf hingewiesen, dass ausser dem in den publicirten Tarifen angesetzten Consumozolle in den Erblanden keine andere Zoll- und Acciseabgabe abgenommen werde, sondern die festgesetzte Gebühr Alles in sich begreife, was man für die eingeführten Waaren zu entrichten schuldig sei. Die Schätzung der Waaren sei um ein Merkliches geringer, als selbe im Verkaufsorte gekauft werden, ausgefallen. Die Kaiserin habe beschlossen, um den gegenseitigen Handel zwischen den diesseitigen und den preussischen Landen destomehr zu befördern, alle diejenigen Zölle und Imposten, welche bei den wollenen und leinenen Manufacten in dem neuen Tarife höher als 30 Procent angesetzt seien und schon vor dem Antritte ihrer Regierung im Gebrauche gewesen, von nun an aufzuheben, folglich vermöge der neuen Massregeln auf alle preussische Wollen- und Leinenmanufacten es bei 30 Procent zu belassen und hiebei das Moderamen zu gewähren. Wenn aber das beantragte Moderamen einestheils auf alle k. k. zur Connexion des schlesischen Commerzes gehörigen Erblande ausgedehnt, andernteils aber nur auf Schlesien und die Grafschaft Glatz beschränkt werden wolle, so könne man sich damit umsoweniger einverstanden erklären, als in den Friedensschlüssen Schlesien und Glatz mit keinem Worte genannt, sondern allgemein von den Staaten und gegenseitigen Unterthanen gesprochen werde. Es könne auch nicht von einer Reciprocität die Rede sein, wenn dasjenige, was sich auf die gesammten Lande des einen vertragschliessenden Theiles erstreckt, nicht auch auf alle Staaten des andern ausgedehnt werde. Auf diesem Grundsatz müsse man daher auch bei der Festsetzung des Artikels beharren. Gegen den Zusatz, dass, wenn zum Vorthail eines andern Landes künftighin irgend ein Moderamen eingeräumt werden würde, diese Begünstigung auch den Landen des andern vertragschliessenden Theiles zu Gute kommen müsse, finde man nichts zu erinnern. Auf dem Moderamen eines Viertels bei Wein müsse man bestehen. Die tractatmässige Favorisirung des Han-



dels zwischen den beiderseitigen Staaten könne kein anderes Absehen haben, als dass die Waaren aus den Staaten der vertragschliessenden Theile gegen fremde in einen Vorthail gesetzt werden. Diese Absicht würde bei Wein nicht erreicht werden, wenn französische, Rhein-, Neckar- und Moselweine dieselbe Accise von 1 Th. 22 Sgr. wie die österreichischen zu zahlen hätten; die oberungarischen seien sogar auf 2 Rth. 10 Sgr. erhöht worden. Preussen sei selbst von der Forderung, alle Waaren aus Wolle, Leinen und Baumwolle auszunehmen, abgegangen und beschränke sich nunmehr blos auf einige Artikel, bei denen es verlange, dass dieselben nach dem Fusse vom Jahre 1740 impostirt werden sollen, allein hierauf könne man umsoweniger einwilligen, da diese aus den preussischen Landen kommenden Waaren *melioris conditionis* wären, als wenn sie aus einem Erblande in das andere gebracht würden, indem diese nach dem neuen Tarife 5 Procent zu zahlen verpflichtet sind, während sie aus den preussischen Landen nicht einmal 1 Procent zu zahlen hätten. In dem preussischen Promemoria werde selbst angeführt und sei von österreichischer Seite angenommen worden, dass in jenen Fällen kein Moderamen statt haben könne, wenn die ausländischen Waaren nicht höher als die inländischen derselben Gattung impostirt würden; mit welchem Grunde könne man verlangen, die preussischen Waaren noch dreimal geringer als die erbländischen zu belegen. Um aber so viel Willfährigkeit, als ohne allzu grossen Nachtheil der einheimischen Fabriken immer thunlich ist, zu bezeugen, sei man endlich *pro ultimo* nicht dagegen, besagte Waaren um  $\frac{1}{3}$  zu favorisiren, d. h. dass die erwähnten Waaren, wenn dieselben mit 30 Procent verzollt werden sollen, nur 20 Procent zu entrichten hätten, jedoch unter der Bedingung, dass dergleichen Waaren aus den Erblanden, ferner das erbländische Kupfer und Eisen, Getreide, frische und gedörrte Baumfrüchte, Glaswaaren, irdene Geschirre, ausgearbeitete Häute dieselbe Begünstigung in allen königl. preussischen Staaten zu geniessen hätten. Wenn man bedenke, dass der Schätzungswerth in dem österreichischen Tarife um ein Merkliches geringer sei, als der Ankaufswert betrage, dass die Wollen- und Leinenmanufacturen nicht über 30 Procent impostirt werden sollen, und dass man daher den preussischen Waaren noch  $\frac{1}{3}$  nachzulassen gedenke, so sei dies ein solcher Vorthail, dass wohl nichts weiter verlangt



werden könne, und man gebe sich der Hoffnung hin, dass man sich preussischerseits damit vollkommen begnügen werde. Dagegen habe die bisher zugestandene Begünstigung bei der Einfuhr fremder Waaren zu entfallen, da man in dieselbe bisher gewilligt habe, weil man gehofft, dass man sich preussischerseits mit dem Moderamen eines Viertels auf die eigenen Landesproducte begnügen werde. Nunmehr werde aber denselben  $\frac{1}{3}$  zugestanden. Da die Gebühr von Vieh in den böhmischen Landen den vierten Theil dessen betrage, was das ungarische Vieh in Oesterreich zu entrichten habe, so könne davon umsoweniger abgewichen werden, als dem aus den preussischen Landen kommenden Vieh noch die Begünstigung eines Viertels zu statten komme, mithin ein hinlänglicher Vortheil gegen das fremde Vieh eingeräumt werde. Weil aber erst durch den Lauf der Zeiten sich zeigen müsse, inwieweit man durch diesen Tractat zum Vortheil beider Staaten das Ziel getroffen oder etwas abzuändern oder zu verbessern sei, wäre man allenfalls zufrieden, durch einen Schlussartikel festzusetzen, dass dieser Tractat nur fünf oder acht Jahre zu dauern habe.

Fürst hielt es nicht für angezeigt, die Verhandlung abubrechen; er rieth, wie berichtet wird, zur Nachgiebigkeit in vielen Punkten, so z. B. bezüglich des Moderamens für die preussischen Waaren, nur sollte auf dem Nachlass eines Sechstels für fremde Waaren bestanden werden. Auch sprach er sich für die Ausdehnung des Tractats auf alle Provinzen aus. In Breslau war die Stimmung ebenfalls keine durchwegs ungünstige. Allerdings änderte Fürst seine Ansicht, nachdem am 12. August 1754 die Verordnung erlassen war, „dass fremde wollene und leinene Waaren einschliesslich aller bisher üblich gewesenen Aufschläge 30 Procent an Consumozoll zu bezahlen haben und nicht blos die aus Preussisch-Schlesien und Glatz eingeführten wollenen und leinenen Erzeugnisse, sondern sämtliche von dort kommende Feilschaften und Effecten als ausländisch angesehen und behandelt werden sollen.“<sup>70</sup> Fürst rieth nun, die günstige Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen und abubrechen, man müsse das Alleräusserste nachgeben, um damit Effect zu machen. Chotek war seiner Meinung nach an einem Handelsvertrage nichts gelegen. Die Mittheilung der Tarife, welche Fürst befürwortet hatte, wurde jedoch in Breslau eliminirt, ebenso die Ausdehnung des Vertrages auf alle Provinzen.<sup>71</sup>



Auf Grund der ihm ertheilten Weisungen entwarf Fürst die Antworten auf die Wiener Schriftstücke. In dem Pro memoria rechtfertigte er die von Preussen ergriffenen Massnahmen, welche durch jene Oesterreichs, nämlich durch die Erhöhung der Zollsätze in den veröffentlichten Tarifen veranlasst worden seien. Preussen habe sich zur Zurücknahme bereit erklärt, wenn österreichischerseits die hohen Imposten zurückgenommen würden. Dies sei nicht geschehen, man habe vielmehr auch in den übrigen Provinzen eine Erhöhung eintreten lassen. Das Betragen Preussens sei ‚irreprochable‘, jenes Oesterreichs ‚injustificirlich‘. Vor einer unparteiischen Beurtheilung verschwinden die ‚Scheingründe‘, womit Oesterreich sich zu rechtfertigen suche. Die Bestimmung des Berliner Vertrages sei durch Oesterreich verletzt worden, wonach sich die neuen ‚während der gütigen Handlung eingeführten Imposten‘ nicht rechtfertigen lassen. Wenn Preussen aus dem Rechte der Retorsion zu Gegenverfügungen geschritten sei, könne ihm dies nicht zur Last gelegt werden, dass dieselben bloß gegen Oesterreich erlassen worden seien, da die anderen Nachbarn ihm dazu keine Veranlassung gegeben haben.

In eingehender Weise bespricht Fürst in einem zweiten Schriftstücke — Finalerklärungen betitelt — die einzelnen Artikel des Vertrages. Bei dem Transito war fast durchgängig Uebereinstimmung vorhanden; den Verbesserungsanträgen Oesterreichs wurde meist beigestimmt. Bei der Ausfuhr wurde erklärt, dass man preussischerseits entschlossen sei, ‚von denen Nothdurften, welche gegenseitige Staaten aus diesseitigen Landen gebrauchen‘, die im Jahre 1740 üblich gewesenenen Essitogebühren noch ferner beizubehalten, mehr könne jedoch nicht nachgegeben werden, und man behalte sich noch besonders vor, zur Beibehaltung des Ausfuhrzolles vom Jahre 1740 von Leinsamen und Wolle nicht verbunden zu sein, als wenn von österreichischer Seite den wollenen und leinenen Fabricaten beim Consumo eine billige Begünstigung und der schlesischen feinen, mittleren und groben Wolle ein ‚egaler Consumoimpost dem Gewichte oder Werthe nach‘ zugestanden werde; Preussen sei jedoch zufrieden und stelle es Oesterreich vollkommen frei, die Ausfuhrgebühren nach dem Jahre 1740 ebenmässig zu reguliren und in Ansehung Mährens auf  $\frac{1}{2}$  Procent festzusetzen oder statt dessen von den preussischerseits genannten Artikeln



ein halbes Procent zu fordern. Von Holz, Salpeter und Pottasche könne die Essitogebühr auf 1 Procent gesetzt oder wenigstens der jetzige Impost nach dem neuen böhmischen Tarife beibehalten werden; es verstehe sich aber von selbst, dass, wenn man österreichischerseits  $\frac{1}{2}$  Procent festzusetzen sich entschliessen sollte, dies so zu erklären sei, dass, wenn eine und die andere Species in der Ausfuhr nach anderen fremden Landen weniger entrichte, diese geringere Gebühr auch bei der Ausfuhr nach Preussen ebenmässig stattzufinden habe. Was die beiden Antheile Schlesiens unter sich betreffe, so habe man preussischerseits beantragt, dass gewisse Artikel beim Ausgange aus einem Theile von Schlesien in den andern höchstens mit  $\frac{1}{2}$  Procent belegt werden sollen. Dies werde auch österreichischerseits angenommen, und dieser Punkt habe daher soweit seine Erledigung bis auf die von österreichischer Seite als Ausnahme erklärten Artikel Holz, Pottasche und Salpeter. Um auch hierin Bereitwilligkeit zu zeigen, so wolle Preussen dar- ein willigen, dass diese drei Feilschaften entweder 1 Procent zu entrichten haben oder wenigstens bei den Imposten des neuen böhmischen Tarifes verbleiben, wogegen aber auch von preussischer Seite ausbedungen werde, dass Holz, Wolle und Leinsamen bei der Ausfuhr nach Böhmischeschlesien die bei der Ausfuhr nach den anderen österreichischen Staaten gewöhnlichen Gebühren entrichten müssen. Mit dem Vorschlage Oesterreichs, den Ankaufswerth zu Grunde zu legen, erklärte sich Preussen einverstanden. Oesterreich hatte gefordert, dass Wolle und Leinsamen einem Ausfuhrverbot von preussischer Seite nicht unterliegen sollen, was unter der Bedingung zugestanden wurde, wenn die preussisch-schlesischen wollenen und leinenen Erzeugnisse keinem Einfuhrverbote unterliegen würden.

Ganz neue Vorschläge wurden bei der Consumabgabe gemacht. Dass wollene und leinene Waaren von einem etwa künftig zu erlassenden Verbote nicht betroffen werden dürfen, war von Fürst, wie erwähnt, bei Festsetzung des Ausfuhrzolles als Bedingung gestellt worden; nun wurde hinzugefügt, dass für alle Waaren, denen eine Begünstigung zugestanden worden (*favor praecipuus* lautet der Ausdruck), ein Verbot nicht platzgreifen dürfe. Für diese Waaren sowie für Wein wurde volle Reciprocität zugesagt. Bei Vieh hatte Oesterreich in eine Ermässigung des Zolles um ein Viertel eingewilligt, aber die



Fassung des betreffenden Punktes liess die Deutung zu, dass hiebei nur das in beiden Staaten erzeugte Vieh in Betracht zu kommen habe, während der preussische Antrag, wie Fürst betonte, die Begünstigung auch auf das auf den Viehmärkten erkaufte fremde Vieh ausgedehnt wissen wollte. Die Forderung Oesterreichs, dass Wein ebenfalls die Ermässigung eines Viertels in den preussischen Staaten geniessen solle, wurde abgelehnt, mit dem Hinweise auf die Anmerkungen vom 3. Juni, wo bereits dargelegt worden sei, dass die Abgabe eine geringe und das platte Land von der Accise befreit sei. Die eingeräumte Begünstigung vor fremden Weinen gehe aus den mitgetheilten Tarifen bei dem Consumozoll hervor. Am einschneidendsten war die Forderung, für die preussisch-schlesischen, aus Flachs, Wolle und Baumwolle fabricirten Waaren, den erbländischen Consumozoll niemals über 5 Procent zu setzen und von eben diesen preussischen Fabricaten aber niemals mehr als die Hälfte dieses erbländischen Consumozolles zu fordern, folglich, wo der erbländische Zoll 5 Procent ist,  $7\frac{1}{2}$  Procent und so ferner à Proportion zu nehmen, auch dabei die Ankaufspreise aus der ersten Hand in loco der Fabricirung zum Grund zu legen, wogegen sich Preussen anheischig machte, von Kupfer, Eisen, Getreide, frischen und gedörrten Baumfrüchten, Glaswaaren, Geschirren und ausgearbeiteten Häuten nie mehr zu nehmen, als die österreichischen Consumogebühren von den preussischen leinenen und wollenen Waaren betragen. Für fremde Waaren beharrte Fürst bei den bisherigen Anträgen.

## V.

Die Finalerklärungen vom 22. October 1754 rückten eine baldige Beendigung der Vertragsverhandlungen in die Ferne. Einmal kam in Betracht, dass von einer Ausdehnung des Vertrages auf sämtliche Provinzen des preussischen Staates mit keiner Silbe Erwähnung geschehen war, in erster Linie aber, dass die Bestimmung über den Consumozoll in einer von der bisherigen Fassung gänzlich abweichenden Form in Antrag gebracht wurde. Nicht der geringe Satz von  $7\frac{1}{2}$  Procent wurde bemängelt. Man wäre schliesslich geneigt gewesen, ein grösseres Moderamen als 10 Procent zu bewilligen. Es war die Fassung des preussischen Antrages, welche zu Bedenken Anlass gab.



Eine Denkschrift, wahrscheinlich unmittelbar nach der Uebergabe der Fürst'schen Finalerklärungen geschrieben, liegt vor, die den Eindruck wiedergibt, welchen der neue Vorschlag auf den vertragsfreundlichen Verfasser machte. Nachdem die schlesischen leinenen und wollenen Zeuge in grosser Menge in Oesterreich und Ungarn debitirt werden, heisst es daselbst, würde der Absatz der inländischen Erzeugnisse ansehnlich vermehrt, wenn die schlesischen Waaren durch erhöhte Zölle oder durch Einfuhrverbote von den österreichischen Landen abgehalten würden, im Falle die Friedensschlüsse diesem Verbote nicht entgegenstünden und diese Oesterreich nicht verbinden würden, hinsichtlich der Zölle und Mauthen ein solches Moderamen einzuhalten, damit sich Oesterreich vor der Welt rechtfertigen könne, an dem Bruche des Commercientractates keinen Antheil zu haben. Der Dresdener Tractat verpflichtet jedoch Oesterreich, „das Herzogthum Schlesien in commerciali zu begünstigen und vor Unterthanen fremder Botmässigkeit zu favorisiren“, es überhaupt so zu behandeln, als stünde es noch unter Oesterreich. Hieraus folge, dass man die Einfuhr preussisch-schlesischer Waaren nicht verbieten, dieselbe auch nicht mit allzu hohen Zöllen und Mauthen belegen könne und vor fremden Erzeugnissen zu begünstigen habe. Dieselbe Verbindlichkeit habe auch Preussen. Bei Einräumung von vertragsmässigen Begünstigungen habe man sich jedoch nicht die Gesetze von dem Mitcontrahenten vorschreiben zu lassen, wobei jedenfalls auch zu berücksichtigen sei, dass die zu gewährende Begünstigung den erbländischen Fabriken nicht schädlich, noch hinderlich sei. Was die Ausfuhr anbelangt, gebe es keinen böhmischen Artikel, der verboten werden müsse, und man könne unbedenklich diejenigen Waaren „von dem Verbote der Ausfuhr exemiren, welche preussischerseits exemirt werden wollen“, wenn dagegen österreichische Waaren von der Einfuhr nach Preussisch-Schlesien nicht ausgeschlossen werden. Grösserer Bedenklichkeit unterliege die Modification der Consumozölle und Mauthen. Der Verfasser des Schriftstückes ist der Ansicht, dass man lieber alle Commerztractate mit Preussen unterbrechen, als sich nur in einen Anfang einer Unterhandlung einlassen möge, wodurch man sich die Hände binden lassen sollte, die Zölle und Mauthen zwischen den eigenen Erblanden nach dem Verlangen des Gegentheiles einzurichten; denn geschweige,



dass dies eine Folge abgeben könnte, dass bei anderen Vorfällen auch in die Interna der Erbländer einzusehen das Ansinnen gemacht werden dürfte, so würde es wider alle natürlichen Rechte, wider alle Ordnung, ja wider die jura majestatis selbst laufen, dass ein Souverän sich Schranken setzen lassen solle, wie er das commercium in seinen Landen einzurichten, ob er die Zölle und Mauthen zu erhöhen, zu erniedrigen oder ganz und gar aufzuheben für gut finden wollte. Ueber diesen in den preussischen Finalerklärungen berührten Punkt solle man sich in keine Verhandlung einlassen, sondern einfach erklären, dass man darin freie Hände haben wolle. Es könne nicht behauptet werden, dass, da nach den Friedenstractaten Schlesien in commerciali wie ein anderes Erbland angesehen werden sollte, man preussischerseits von der Einrichtung der inländischen Mauthen informirt zu sein habe, indem es einem Souverän freistehe, wie es bis zur Stunde auch in den Erblanden practicirt werde, dass ein Erbland vor dem anderen im Tarif sublevirt sei, ja sogar Fabricate und Producte aus einem Erblande in das andere einzuführen untersagt werden; man möge sich den preussischen Vorschlägen soweit fügen, als es ohne Nachtheil für den erbländischen Handel nur immer möglich sei, sowohl um sich nicht den Vorwurf zu Schulden kommen zu lassen, dass man den Friedenstractat gebrochen habe, als auch, um entsprechende Vortheile für den böhmischen Handel mit Schlesien zu erhalten. Der böhmische Handel werde aber sattsam begünstigt, wenn die Verzollung für böhmische leinene und wollene Waaren, die in Ungarn und Oesterreich debitirt werden, auf 5 Procent, für die preussisch-schlesischen aber auf 15 Procent festgesetzt werde, wenn 4 Procent für inländische Erzeugnisse beliebt werden sollten, seien die preussisch-schlesischen mit 12 Procent zu belegen. Auch für die Einfuhr fremder Erzeugnisse durch schlesische Kaufleute sollen gewisse Begünstigungen gewährt, keineswegs solle aber soweit gegangen werden, dass man dadurch in Gefahr käme, den Handel mit Sachsen ganz oder zum Theil aus Händen zu lassen. Es sei überhaupt nichts ausser Acht zu lassen, was zur Beibehaltung der Ruhe und eines immerwährenden mutuellen und für Böhmen so nützlichen Handels nur immer gereichen könne, keineswegs aber solle man sich den übermässigen Anforderungen Preussens zum unersetzlichen Schaden der Länder fügen, sondern lieber die



Verhandlungen abrumpiren und auf andere Mittel und Wege, wie dieser Verlust zu ersetzen und Böhmen vor einem unausbleiblichen Verfall zu retten, Bedacht nehmen.<sup>72</sup>

Fürst hatte die ‚Finalerklärungen‘ als die letzten bezeichnet, und man befürchtete, dass eine Ablehnung der preussischen Anträge zum Bruche der Verhandlung führen und der gesammte Verkehr mit dem Nachbarstaate gesperrt werden könnte. Obgleich man im Sommer, wie wir gesehen, die Repräsentationspräsidenten Böhmens, Mährens und Schlesiens nach Wien zu einer Conferenz berufen und einen genauen Einblick in die industriellen Verhältnisse der betreffenden Länder gewonnen hatte, wurde Carl Friedrich Graf von Hatzfeld-Gleichen angewiesen, ‚den Zusammenhang des Handlungswesens mit dem königl. preussischen Staate so viel als möglich zu erforschen‘.<sup>73</sup>

Mit grosser Raschheit entledigte sich Hatzfeld der ihm gestellten Aufgabe. Am 15. November erstattete er einen ausführlichen Bericht. Hatzfeld besprach in einer Note die wichtigen in Verhandlung stehenden Punkte. Ueber die Durchfuhr sei zwar eine Vereinbarung bereits erzielt worden, aber Preussen habe den Glatzer Händlern die Durchfuhr ihrer Waaren durch Böhmen nach Schlesien untersagt, wodurch dieselben gezwungen werden, einen Umweg von 4—6 Meilen zu machen; nicht bloss das Mauthgefälle Böhmens erleide dadurch Abbruch, auch der Landmann werde des Vortheiles beraubt, welcher ihm durch die Fuhrleute zufliesse, es sollte daher auf die Aufhebung des Verbotes angetragen werden. Bei den anderen noch bestehenden Differenzen redete Hatzfeld einer Begleichung das Wort, so bei der Ausfuhr. Auf dem Markte zu Breslau wollte Preussen die Gebühr für die österreichischen Grosshändler nicht herabsetzen, forderte aber, dass Oesterreich die preussischen Kaufleute auf seinen Märkten nicht ungünstiger behandle als die heimischen. Hatzfeld sprach sich dahin aus, dass der principielle Standpunkt Oesterreichs wohl richtig sei, wenn es Reciprocität fordere, aber demungeachtet wäre bei diesem Punkte keine Schwierigkeit zu machen, da, was Böhmen anbelangt, ausser Asche, Eisen, Federn, Leinwand, Garn, Obst, etwas Getreide und Butter, welch' letztere mehr nach Berlin als Schlesien gehe, wenig Waaren nach Preussisch-Schlesien, wenn, wie nicht zu zweifeln, die Mauthtabellen ihre Richtigkeit haben, verführt werden. Hatzfeld machte auch auf einige Waaren aufmerksam,



als Spitzen, geringes Rauchwerk, Blättertobak, Zinn, Eisen, Obst, Butter, für welche eine Zollerleichterung in Anspruch genommen werden sollte. Bei Wein stellte Hatzfeld einen Vermittlungsantrag: es solle eine Herabsetzung der Gebühr für gemeine ungarische Weine, ferner für österreichischen und mährischen Wein gefordert, dagegen bei Tokayer und oberungarischen Wein der preussische Vorschlag angenommen werden, mit dem Hinweis, dass für die erstgenannten Sorten durch einen etwaigen Nachlass ein grösserer Consum und die Beseitigung etwaiger Concurrenz in Böhmen eintreten würde, widrigenfalls aber ein Sinken des Preises böhmischer Weinsorten die Folge wäre.

Vornehmlich handelte es sich um die Beantwortung der Frage, ob dem Antrage Preussens Folge gegeben werden solle, von schlesischen Tüchern, Boy, Flanell, Kron- und Halbrasch, Mesulan, Strümpfen, Hüten und Leinwand nicht mehr als  $7\frac{1}{2}$  Procent Zoll zu erheben. Würde man sich dem preussischen Ansinnen fügen, lautet die Antwort Hatzfeld's, so bekäme unstreitig die böhmische Tucherzeugung einen merklichen Stoss, und auch die in den Anfängen liegende Rascherzeugung würde zurückgehen, denn wenn die böhmischen Wollfabrikanten nicht durch einen namhaften Zoll in Stand gesetzt werden, ihre Waaren weit wohlfeiler als die Schlesier zu liefern, so können dieselben mit den schlesischen Fabrikanten niemals den Markt halten, weil die schlesischen Wollwaaren bei gleichen Preisen wegen ihrer vorzüglichen Güte den böhmischen vorgezogen werden dürften; nur ein wohlfeiler Preis könne die Käufer anregen, sich für die böhmische Waare zu entscheiden. Wie gefährlich das preussische Begehren sei, haben namentlich die Reichenberger Tuchmacher eingesehen, welche erklärt haben, viel lieber einen Zoll von 30 Procent für schlesische Wolle entrichten zu wollen, als dass eine Herabsetzung auf schlesische Tücher und andere Waaren vorgenommen werde. Man möge daher, rieth Hatzfeld, bei dem Satze von 20 Procent bleiben oder höchstens 15 Procent zugestehen. Die schlesischen Leinwände machen den böhmischen keinen Eintrag, da nur feine Sorten für 40 und mehr Gulden per Stück und etwas Tischzeug nach Böhmen eingeführt werden, Artikel, die im Lande nicht in hinlänglicher, dem Bedarfe entsprechender Menge erzeugt werden, während die geringeren Sorten so gut und wohlfeil als



die schlesischen und in hinlänglicher Menge zu haben seien. Braunau bestrebe sich zwar, Oesterreich und Mähren mit Leinen-erzeugnissen, die bisher aus Schlesien bezogen wurden, zu versehen, auch sei Hoffnung vorhanden, dass dies gelingen werde. Die weisse Leinwand, welche die Schlesier einführen, sei grösstentheils in Böhmen erkaufte rohe Leinwand und werde in Schlesien bloß gebleicht, wodurch der Bleicherlohn den Schlesiern zufalle. Schlesische Leinwand könnte daher gegen einen Zoll von 10 Procent unter der Bedingung zugelassen werden, wenn Preussen den Ausfuhrzoll für schlesischen Flachs auf 1 oder 2 Kreuzer vom Reichsthalerwerthe herabsetzen würde. Eine weitere Forderung Preussens war, den Zoll auf fremde Waaren zu ermässigen, worauf Oesterreich bisher zumeist mit Rücksicht auf einen etwaigen Ausfall der Zolleinnahme nicht eingehen zu können erklärte. Hatzfeld sprach sich dahin aus, dass dieser Gegenstand nicht so wichtig sei, weil ausgenommen etwas Wachs, Juchten und trockene Fische gar wenig fremde, in Schlesien nicht erzeugte Waaren eingeführt werden. Auch werden diese Artikel bloß als Rückfuhren hereingebracht, denen einige Erleichterung zu statten kommen solle.

In einem zweiten umfassenden Schriftstücke führt Hatzfeld die Gegenstände an, welche bisher aus Schlesien nach Böhmen gingen, und bespricht gleichzeitig die zu ergreifenden Mittel und Wege, wie der Abgang dieser heimischen Industrie ersetzt werden sollte und könnte, wenn der Handel mit Preussen gesperrt würde. Vornehmlich wurden Wolle, Leinsamen, Flachs, Garn, Rölhe, Waid und verschiedene Farbwaaren aus Schlesien bezogen. Die Einfuhrmenge der schlesischen Wolle wird auf 2000 Centner angegeben, zumeist für die Tuchmacher in Reichenberg, Braunau und Reichenau, welche, wie Hatzfeld berichtet, angaben, dass sie sonst ihre Tücher nicht so fein verfertigen können, er fügt aber zugleich hinzu, dass diese Leute die spanische oder italienische Wolle nicht kennen, welche die nämlichen Dienste leisten würde wie die schlesische. Dies lehre die Erfahrung bei der Oberleutmannsdorfer Fabrik. Man sage zwar, die spanischen und italienischen Wollen seien theurer als die schlesische, da man aber mit  $\frac{1}{4}$  spanischer und  $\frac{3}{4}$  böhmischer Wolle die Tücher ebenso fein machen werde, als es bisher mit  $\frac{1}{2}$  schlesischer und  $\frac{1}{2}$  böhmischer Wolle gelungen sei, so dürften die Tuchmacher keinen Schaden erleiden, nur komme



es darauf an, diese fremden Wollgattungen zu einem billigen Preise zu verschaffen. Auch wäre an polnische Wolle zu denken, welche der schlesischen gleichgestellt werden könne, ja noch besser sei, allein man müsste die Wege ausfindig machen, wie dieselbe zu erhalten sei. Solange schlesische Wolle nur 30 Procent bei der Ausfuhr zu entrichten habe, werde man dieselbe zur Noth auch beziehen können, wenn schlesische Tücher ebenfalls mit 30 Procent belegt bleiben, da die Wollpreise in Folge des Aufschlages beträchtlich gesunken seien. Die Elle Tuch werde sich nur um 3 Kreuzer vertheuern, der Verschleiss daher nicht gehindert werden. Waid, Röthe und andere Farbwaaren werden mit einem geringen Ausfuhrzolle belegt aus Schlesien gebracht. Bei einer Erhöhung desselben müsste man sich nach Nürnberg und Leipzig wenden, woher man sich Röthe, wenn auch zu einem höheren Preise, verschaffen würde, wodurch jedoch die Erzeugung der wollenen und anderen gefärbten Waaren nicht allzu beschwerlich gemacht würde. Die Erzeugung der Wollwaaren würde daher bei Sperrung des Handels mit den preussischen Landen anfangs mit einigen Beschwerden zu kämpfen haben, jedoch seien dieselben nicht unübersteiglich. Leinsamen werde in grosser Menge von Riga und Memel nach Schlesien gebracht, von dort aber nach Böhmen geführt; eine Zollerhöhung dürfte nicht zu besorgen sein, da man auf preussischer Seite gar wohl einsehen werde, dass es nicht sehr schwer fallen würde, den Rigaer und Memeler Samen unmittelbar von Danzig durch Niedersachsen oder durch Polen über Bielitz, ohne die preussischen Staaten zu betreten, zu beziehen, wenn nur ein bemittelter Kaufmann diesen Handel zu unternehmen Lust hätte. Flachs werde in grosser Menge aus Schlesien in das böhmische Gebirge gebracht, da in dem ganzen Gebiete von Friedland bis gegen Nachod kaum die Hälfte des Flachses ‚erziegelt‘ werde, als man daselbst für die schwunghafte Spinnerei bedürfe. Eine Erhöhung des Zolles auf Flachs wäre für die böhmische Leinwanderzeugung von grösstem Nachtheil, weil schlesischer Flachs nicht wohl anderwärts ersetzt werden könnte. Es werde zwar eine grosse Menge aus Mähren gebracht, reiche jedoch für den Bedarf nicht aus, man müsste daher den Abgang durch Vermehrung der inländischen Erzeugung ersetzen. Von Garnen werde wenig ausser einigen schlesischen, hauptsächlich aber glatzischen Werftgarnen, welche die Braunauer,



Politzer und zum Theil die Nachoder Weber gebrauchen, eingeführt. Etwaige Hemmung der Einfuhr würde den Webern anfänglich beschwerlich fallen, da dergleichen gute Garne in Böhmen, wo grösstentheils nur Schlussgarne gesponnen werden, nicht zu finden seien. Nachdem aber die Spinner der dortigen Gegenden sich ebenfalls auf die Werftgarne zu verlegen anfangen, so dürfte dieser Abgang, welcher ohnehin lediglich die drei genannten Herrschaften betreffe, gar leicht ersetzt werden. Die Sperrung der Handlung mit Schlesien würde daher den hiesigen Flachsspinner nothleidend machen, allein es müsste denn doch abgerathen werden, solche Bedingnisse einzugehen, welche den Umsturz der Manufacturen nach sich ziehen würden.

Von den Waaren, welche aus Böhmen nach Schlesien geführt werden, kommen vornehmlich folgende in Betracht: Getreide, Obst, Victualien, Eisen und Eisenwaaren, Papier, Holz, wollene und jene leinenen Waaren, welche zum inländischen Consum dienen; der Werth, wenn die Leinwände, welche per Consumo nach Schlesien gehen, auf 10.000 Gulden berechnet werden, belaufe sich in dem ersten Quartal des Jahres 1753 auf 52.471 Gulden, daher in einem ganzen Jahre auf 209.884 Gulden. Dieser Ausfall sei nicht so beträchtlich, um dem Lande einen empfindlichen Schaden zu bereiten, da das Gebirge, welches hauptsächlich leiden müsste, durch den Vertrieb von Tüchern und Raschen, wenn dieselben, wie kein Zweifel sei, stärker nach Oesterreich und Ungarn abgesetzt werden können, ganz leicht den Entgang ersetzen würde; es sei aber nicht zu leugnen, dass verschiedene Herrschaften dabei nicht geringen Schaden werden erleiden müssen, da ein grosser Theil des Bunzlauer Kreises den Verschleiss von Butter und Obst, die Herrschaften Böhmisches Aicha und Reichenberg scheckichte Leinwand, Friedland Tücher, Braunau Strümpfe und Hüte verlieren würden. Was Getreide anbelangt, so sei der Absatz nach Schlesien, als dasselbe noch unter dem Erzhause gestanden, namhaft gewesen, seitdem es aber unter preussische Botmässigkeit gekommen, seien derartige Anstalten getroffen worden, dass sehr wenig Getreide nach Schlesien ausgeführt wurde. Der Verlust des Absatzes an Getreide nach Schlesien falle um so weniger in die Waagschale, weil Getreide dahin nur dann verführt wurde, wenn man es in Böhmen selbst benöthigte, d. h. zur Zeit des Misswachses. Die beträcht-



lichsten Waaren, welche nach Schlesien gehen, seien Garne und Leinwände. Solange die jetzigen Zollsätze dauern, werde der Handel keinen Eintrag haben, es sei auch nicht zu glauben, dass hierauf ein höherer Zollsatz werde gelegt werden, weil die feinen Schuss- oder Lothgarne, welche von den Herrschaften Kleinskal, Semil, Hohenelbe, Grasslitz und zum Theil Starkenbach, dann die feingedrehten Webergarne von Starkenbach, Maschendorf und anderen Herrschaften den Schlesiern unentbehrlich seien, da sie ohne dieselben mit der Erzeugung der Schleier unmöglich fortkommen könnten und auch mit den anderen Garnen, die sie nicht verweben, einen einträglichen und sehr nützlichen Handel nach Holland treiben. Dasselbe sei mit den Leinwänden der Fall, welche sie nach Oesterreich, Ungarn, der Schweiz, England, Holland und Spanien verföhren. Würde ihnen dieser Handel entzogen, so würde der grösste Theil ihrer Nahrung darniederliegen. Würde man aber in Preussen auf Garn und Leinwand einen höheren Zoll legen, wodurch der Vertrieb nach Schlesien gehemmt werden sollte, so sei der Verfall des Steuerwesens in den meisten Gebirgsherrschaften unvermeidlich, ja es wäre zu befürchten, dass ein grosser Theil der Gebirgsbewohner aus Noth fliehen und in das benachbarte Schlesien ziehen dürfte. Diese ‚Abbildung des Elends‘, welches bei gänzlicher Hemmung des Garn- und Leinwandhandels nach Schlesien in dem Gebirge entstehen würde, sei nicht mit allzu lebhaften Farben abgemalt, sondern in der Wahrheit gegründet, da der Spinner und Weber sich kaum so viel in der Woche erwerben kann, als er zur Fortfristung des Lebens bedürfe. Bei der eben angestellten Untersuchung habe er gefunden, dass sich sehr wenig Spinner und Weber finden, welche mehr Flachs oder Garn auf einmal zu kaufen im Stande seien, als sie zur Verfertigung eines Stücks oder eines Schocks Leinwand gebrauchen. Dem Uebel könnte nur dadurch abgeholfen werden, wenn durch Errichtung namhafter Garn- und Leinwandmagazine diejenige Leinwand, welche bisher nach Schlesien ging, aufgekauft und deren Verschleiss nach England, Holland und Spanien bewerkstelligt würde, ein Vorschlag, welcher das Aerar in die Gefahr eines ansehnlichen Verlustes bringen und auch sonst grossen Beschwernissen unterliegen würde. Wenn aber derselbe glücklich ausgeführt werden sollte, so würde der bisher so ansehnliche Leinwandhandel, von welchem das Herzogthum Schle-



sien den hauptsächlichsten Nutzen gezogen, demselben entrissen und dem Königreiche Böhmen zugewendet werden.

Der Schluss dieser Auseinandersetzung geht nun dahin, dass ausser der allzu grossen Mauthherabsetzung auf die Einfuhr schlesischer Tücher und Leinwände in die übrigen Begehren des preussischen Hofes zu willigen dem Königreich Böhmen weniger schädlich sein dürfte, als wenn durch eine Erhöhung der preussischen Tarife die Erlangung der nöthigen und der Verschleiss der eigenen Waaren gehemmt würde, dagegen erscheine es nothwendig, auf dem Mauthsatze bei den Tüchern, wo nicht von 20, so wenigstens von 15 Procent, bei den Leinwänden von 15 oder wenigstens 10 Procent zu beharren und viel lieber den Handel sperren zu lassen, als eine grössere Erleichterung den schlesischen Wollen- und Leinewaa ren zu gestatten, da sonst dem Königreiche Böhmen ‚alle Hoffnung zu einiger Handlung nach Mähren, Oesterreich und Ungarn entgehen müsste‘, weil der Verlust des Absatzes von Wollen- und Leinenerzeugnissen selbst in Böhmen zu befürchten wäre. Sollte aber der preussische Hof darauf verfallen, den böhmischen Garnen und Leinwänden, die nach Schlesien gehen, den ferneren Eingang zu verwehren, so würde es noch räthlicher sein, sich in Allem dem Willen des preussischen Hofes zu unterziehen, als dem mit einem derartigen Verbot gleichsam verknüpften Umsturz der Gebirgsunterthanen sich auszusetzen, es sei denn, ‚dass unsere Allergnädigste Frau aus angestammter landesmütterlicher Liebe für dero treuehorsamste Unterthanen mit Vorscheissung sehr grosser Geldsummen die sonst nach Schlesien gehenden Garne und Leinwänden aufkaufen lassen und dadurch denselben unter die Arme greifen wollte‘.<sup>74</sup>

Auch Blümegen, damals in Brünn, sprach sich für die Gewährung von Concessionen an Preussen aus. Allerdings meinte er, dass die Anträge des Berliner Cabinets für die inländischen Fabriken empfindlich seien. Würde es sich blos um Mähren handeln, welches, wie er sich schon früher in Wien geäussert habe, keinen so grossen Vorthail aus dem schlesischen Handel ziehe, so würde er anrathen, bei den festgestellten Grundsätzen zu beharren und die Commercialverhandlung mit Preussen gänzlich abubrechen, als ein Zugeständniss zu machen, welches zum Nachtheil der Erbländer gereichen müsse; es handle sich aber um die anstossenden Gebiete Böhmens und des öster-



reichischen Schlesiens, die mit dem preussischen Schlesien einen solchen Zusammenhang haben, dass diese Länder durch den Abbruch des Handels und Wandels den gänzlichen Umsturz zu befahren hätten. Preussisch-Schlesien würde zwar auch leiden, es könnte keine Seide spinnen, es würde den Verlust des Handels mit den böhmischen Erblanden nicht viel weniger empfinden, allein es stünden ihm andere Auswege offen, während die böhmischen Kreise sammt dem schlesischen Antheile gänzlich darniederliegen und in ‚die äussersten Umstände‘ gerathen würden. Zu wünschen wäre es daher, wenn man es mit Preussen so weit bringen könnte, dass es sich mit einem Nachlasse von 10 Procent begnüge, ‚ohne auszudrücken, was diesfalls der erbländische Consumozoll betragen solle, damit man die Hände nicht gesperrt habe, denselben nach Befund herabzusetzen und den inländischen gegen fremde Fabriken noch Mehreres vor auszugeben‘. Sollte aber auch dies nicht zu erreichen sein, so finde er doch allzu bedenklich, einzurathen, die Commercialverhandlung mit Preussen gänzlich abzubrechen. Es wäre daher nicht zu vermeiden, in diesen sauren Apfel zu beissen, weil man dazu durch die Noth, die kein Gesetz hat, ‚gedrungen‘ werde. Nur auf zwei Punkte dürfte es seinem Ermessen nach ankommen: einmal den Commerztractat nur auf eine gewisse, möglichst kurze Zeit abzuschliessen, sodann, dass den inländischen Fabriken ‚einige Freipässe von dem erbländischen Consumozoll nicht versagt werden mögen‘.<sup>75</sup>

Am 24. November 1754 fand unter dem Vorsitze des Bancodeputationspräsidenten eine Sitzung statt, an welcher der Vicekanzler Bartenstein, die Hofräthe des Commerzdirectoriums Baron Toussaint, Graf v. Wrbna, Doblhoff, Kannegiesser, Stupan und Neffzer theilnahmen. Das von Fürst übergebene Promemoria, sowie die demselben beiliegenden Finalerklärungen vom 22. October, endlich die Erinnerungen der böhmischen und mährischen Repräsentationspräsidenten und des Grafen Hatzfeld wurden abgelesen und hieran die Bemerkung geknüpft, dass niemals von dem Berliner Hofe schädlichere und gefährlichere Propositionen als dermalen gemacht worden seien, es also das Ansehen gewinne, dass man entweder gar nicht zum Abschlusse gelangen oder wenigstens dazu noch sehr lange Zeit erforderlich sein dürfte. Es handle sich daher darum, schon jetzt fürzudenken, woher man, im Falle ein Vertrag nicht abgeschlossen



würde, die aus Preussisch-Schlesien bisher bezogenen Producte für die diesseitigen Manufacturen erhalten und in welcher Weise man den bisher nach Schlesien verführten erbländischen Manufacten einen anderweitigen Absatz verschaffen könnte. Einhellig war man des Dafürhaltens, die Repräsentationen von Böhmen, Mähren und Schlesien zu beauftragen, mit Zuziehung vernünftiger Kaufleute und Manufacturisten reiflichst zu überlegen, wie dieses Ziel erreicht werden könnte, wenn man wider besseres Verhoffen mit dem Berliner Hofe zu einem gedeihlichen Schlusse nicht gelangen, sondern der Handel gesperrt bleiben sollte. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass, wenn die Erblände ausser Schaden gehalten werden sollen, „ehe die Privaten zu wichtigen Unternehmungen Lust bekommen, namhafte Summen vom Aerar wenigstens für einige Zeit nöthig sein werden“, und am Schlusse wurde bemerkt, man nehme auch daran keinen Anstoss, wenn die erwähnten Vorarbeiten dem preussischen Hofe kund würden, indem man sich Hoffnung mache, dass hiedurch die Zustandbringung des Tractats befördert werden dürfte.<sup>76</sup> Die in Folge der kais. Entschliessung entworfene Weisung an die Repräsentationen in Böhmen, Mähren und Schlesien, die in zwei Sitzungen gründlich berathen wurde, legte man der Kaiserin zur Genehmigung am 2. December vor. Der Verfasser ist Kannegiesser. Die Kaiserin gab ihr Placet.

Man habe zwar noch allezeit die zuversichtliche Hoffnung, so lauten die Weisungen, dass der Commercientractat mit Preussen zu einem gedeihlichen Ende gebracht werde, mithin den beiderseitigen Beschwerden abgeholfen werden dürfte, sollte man aber dennoch wider besseres Verhoffen zu einem Abschlusse nicht gelangen, sondern der Handel und Wandel zwischen den österreichischen und den königl. preussischen Staaten gesperrt bleiben oder künftighin noch ferner gesperrt werden, so erfordere die Nothwendigkeit, darauf fürzudenken, wie die bisher aus den erwähnten preussischen Gebieten eingeführten Producte, welche für die österreichischen Manufacte nothwendig sind, auf andere Weise beschafft werden könnten, und wie die Landeseinwohner in nahrungs- und contributionsfähigem Stande zu erhalten sind und nicht aus Mangel an Lebensmitteln sich in andere Länder zu verlaufen bemüssigt sehen. Die Producte, welche dermalen aus Schlesien für die diesseitigen Manufacte einge-



führt werden, seien vornehmlich Wolle, Leinen, Flachs, Garn und Farbwaaren. Die Wolle sei von preussischer Seite bei der Ausfuhr dermalen derart belegt, dass für die erbländischen Fabrikanten die Einfuhr derselben nicht mehr fürträglich sein dürfte, es sei daher nöthig, um die feinen Wollenfabricaturen nicht wieder eingehen zu lassen, auf andere Wege zu verfallen, wodurch diesem Abgange gesteuert werde. Dies könne nur dadurch füglich bewerkstelligt werden, wenn die Einfuhr schlesischer feiner Wolle durch Vermittlung der Sachsen erlangt werde, da der hohe Impost Preussens nur gegen Oesterreich gerichtet sei, oder durch die Einfuhr sicilianischer, neapolitanischer, maltesischer und lombardischer Wolle, wozu alle Erleichterung verschafft werden solle; sei auch diese Gattung Wolle theurer im Preise als die schlesische, so zeige doch die Erfahrung, dass mit einem Viertel besagter Wolle ebenso viel als mit drei Viertel schlesischer auszurichten sei, oder wenn aus gewissen Gegenden von Polen die daselbst erzeugte feine Wolle, und zwar ohne die preussischen Lande zu betreten, über Bielitz eingeführt würde, endlich durch bessere Sortirung der eigenen Landeswolle. Der böhmischen Repräsentation wurde hiebei speciell bemerkt, „dass sich hiezu der bekannte Zabeo nützlich gebrauchen lassen werde“. Es komme nur auf die Mittel an, wie die fremde Wolle herbeigeschafft werden soll. Die Kaiserin sei entschlossen, „durch das Bancal-Aerar eine Provision von derlei fremden feinen Wollen zu machen und damit einigen Fabriken, welche hiefür genügsame Sicherheit leisten können, zu Hilfe zu kommen. Da es aber dem Aerar schwer und unthunlich fallen würde, jeden Privaten damit zu versehen, so werde das sicherste Mittel sein, wenn durch vermögliche Industrielle selbst oder durch Compagnien der Einkauf besorgt und sodann der arme Fabrikant damit verlegt werde; wenn es erforderlich werden sollte, mit Geldvorschüssen gegen genügsame Sicherstellung zu unterstützen, werde die Kaiserin sich gnädigst bereit finden lassen.“

Der Auftrag lautete dahin, mit dem Commercial-Consess und Manufacturen-Collegio, in Mähren auch mit der Lehnbanks-Commission, welche unter dem Praesidio des Grafen Podstatzky bestehe, in Schlesien nach Vernehmung des Landeshauptmannes, sowie mit Zuziehung erfahrener Kaufleute ohne Zeitverlust zu überlegen, wie diese Absicht erreicht und wie die Tuch-, Wollen- und Zeugmanufacturen mehr ausgebreitet und den erbländischen



Wollwaaren ein grösserer Absatz im In- und Ausland verschafft werden könnte. Bei den Zeugen fehle es namentlich an der rechten Appretur, es sei daher darauf Bedacht zu nehmen, wie auch diesem Gebrechen durch Herbeibringung geschickter Ausländer und Anschaffung des nöthigen Werkzeuges abgeholfen werden könne. Leinsamen, Flachs und Leingarne verdienen ebensoviel, wo nicht mehr Aufmerksamkeit als die Wolle. Wohl sei in Preussen die Ausfuhr dieser Artikel nicht höher als bisher belegt, es müsse aber dennoch auf jeden Fall fürgesorgt werden, da es bei dem Mangel dieser Artikel dem armen Spinner und Weber an Arbeit fehlen, mithin dem Lande der empfindlichste Schaden erwachsen würde. Man könne Leinsamen ebenso gut von Riga und Memel, und zwar mit grösserem Vortheil von der ersten Hand als von Breslau holen, und sollte der Weg durch die preussischen Lande beschwerlich gemacht werden, so könne die Waare durch Polen über Bielitz oder auch durch Niedersachsen nach Oesterreich geführt werden. Die Erfahrung lehre, dass vermittelt dieses Samens der Flachs in den Erblanden so gut als in Schlesien gerathe; die Obrigkeiten mögen sich daher mit diesem Flachssamen zu ihrem eigenen Besten aus der ersten Hand versehen und auf den Flachsanzbau mehr als bisher verlegen. Es sei Veranstaltung getroffen, nur „gute Provision“ herbeizubringen, die Länderstellen mögen daher alle diensamen Vorstellungen anwenden, damit die Obrigkeiten zur Anschaffung des erforderlichen Leinsamens und zum Flachsanzbau angefrischt und aufgemuntert werden. Geschehe dies, dürfte es dem Spinner an dem erforderlichen Rohstoffe im nächsten Jahre nicht fehlen, es handle sich nur darum, ihn bis zur Ernte zu versorgen. Nun sei dem Vernehmen nach der Flachs im laufenden Jahre — 1754 — gerathen, die Ausfuhr aus Preussisch-Schlesien sei nicht erschwert, es sei daher zu hoffen, dass die erforderliche Menge vorhanden sein werde. Es komme vor Allem darauf an, dass der Flachs nicht springe oder breche, recht geröstet werde und der Spinner nicht so schleuderisch damit umgehe. Die böhmische Repräsentation wird daher angewiesen, sich mit dem Commerciensrath Grafen von Chamaré, der darin eine grosse Erfahrung besitzt, zu verständigen. Der arme Spinner und Weber sei aber nicht in der Lage, sich mit dem Rohstoffe selbst zu versehen, diese Leute seien daher damit zu verlegen, und zwar



könne dieses Niemand füglicher als die Dominien, welche dadurch ihren Unterthanen die Nahrung verschaffen möchten. Die Obrigkeiten sollen daher darauf ihr Augenmerk richten. Es sei jedoch vor auszusehen, dass verschiedene Dominien hiezu keine Lust haben werden oder auch nicht die Kräfte besitzen; es bleibe daher kein anderes Mittel, als die schon vorhandenen Handlungscompagnien zur Verlegung des Spinners und Webers zu animiren, sodann aber mehrere Compagnien in den Gebirgen von der Lausitzer Grenze durch Böhmen, Mähren und Schlesien bis in die mährischen Enclaven zusammenzubringen. Man sei bereit, diese Compagnien auch mit Geldmitteln gegen „genugsame Sicherheit“ zu unterstützen. Ferner sei es darum zu thun, tüchtige Leinwand zu verfertigen und dergestalt zu appretiren, damit dieselbe bei den auswärtigen und inländischen Käufern Anwerth finde. Hiezu gehören hinlängliche Walken, Bleichen und Mangeln, sowie die Kunst, mit dem Walken, Bleichen und dem übrigen Appretiren recht umzugehen. Da aber daraus ein tüchtiger Nutzen gezogen werden könne, so lasse sich hoffen, dass die Dominien und Handlungscompagnien von selbst Lust zur Errichtung bekommen werden. In den Ländern, wo Garn- und Leinwandpatente oder Verordnungen über die Zubereitung des Flachses erlassen worden sind, haben die Gubernien unter schwerer Verantwortung darauf feste Hand zu halten und Niemandem zuwiderzuhandeln zu gestatten, dort, wo derlei Generallien noch unausgearbeitet seien, wären die Arbeiten ehestens einzusenden.

Endlich beziehen die Fabriken aus Breslau ausländische Farbwaaren und schlesische Röthe. Die ersteren könnten direct von Hamburg oder Holland, auch von Triest aus der ersten Hand besser bezogen werden als aus Breslau, und es komme darauf an, den Handelsstand damit aus der ersten Hand zu versehen. Was die Röthe anbelangt, so werde dieselbe bereits in Böhmen und in Mähren gewonnen und nach und nach in hinlänglicher Menge erzeugt werden. Bis dahin sei nichts leichter, als sich damit von Leipzig oder aus Thüringen zu versorgen. Waid sei ebenfalls in Sachsen in Ueberfluss zu erhalten und werde sich auch gar wohl in den Erblanden erzeugen lassen. In Troppau sei damit durch den Kaufmann Taroni eine gute Probe gemacht worden. Auch die Erzeugung von Krapp werde in den Erblanden nicht unmöglich sein, wenn nur dazu die



Anleitung gegeben und hilfreiche Hand geboten werde. Es komme Alles auf eine fleissige Mitwirkung der Consesse und Gubernien an. Sei einmal der Spinner und Weber mit dem Rohmateriale versehen, dann werde es sich darum handeln, wie den Waaren der erforderliche Absatz verschafft werde. Bisher wurden Garn und Leinwand nach Schlesien gebracht, wo dem Spinner und Weber dieselben ‚gar oft abgedrucket und meistens schlechtes Geld aufgedrungen worden‘ oder der Kaufmann habe diese Gegenstände nach Schlesien abzusetzen gesucht. Es sei zwar noch zu hoffen, dass selbst bei einem Verbote oder bei hoher Belegung österreichischer Garne und Leinwände verschiedene Wege offen bleiben werden, wodurch der schlesische Kaufmann die ihm zu seinem Handel so nöthigen erbländischen Erzeugnisse an sich ziehen werde, aber durch kluge Veranstaltungen könne dadurch geholfen werden, wenn der Spinner von dem Spinnen der bisher nach Schlesien abgesetzten Garne abgehalten und angeleitet werde, sich auf jene Sorten zu verlegen, welche dormalen aus Schlesien für die erbländische Weberei eingeführt werden, der Weber aber jene Artikel arbeite, die bisher ebenfalls aus Schlesien bezogen wurden.

Weil aber hiedurch einer so weitschichtigen und mit dem Wohl und Wehe des Landes so genau verknüpften Fabricatur der hinlängliche Verschleiss nicht versichert werde, woran doch Alles gelegen sei, so bleibe zu einem sicheren Absatze nichts übrig, als die bessere Einrichtung und Ausdehnung der schon vorhandenen und die Stabilisirung mehrerer Handelscompagnien, bei welchen der Landweber sein Erzeugniss sofort anbringen und das bare Geld dafür empfangen könne. Die Handlungscompagnien hätten sich nicht blos mit ansehnlichen Waarenlagern im Lande zu versehen, sondern theilweise auch in Wien starke Niederlagen zu errichten, um daraus die Waaren in die ungarischen und österreichischen Lande und durch die Häfen Triest und Fiume nach Italien und Spanien zu verführen, oder auch in Frankfurt am Main oder in Hamburg selbst Magazine zu halten. Diesen Compagnien werde es nun anfangs an den nöthigen Fonds mangeln, aber die Kaiserin sei entschlossen, gegen erforderliche Sicherheit ihnen damit an die Hand zu gehen, und da in Trautenau, Braunau und Rumburg schon derartige Handlungscompagnien sich befinden, dieselben zu grösseren Unternehmungen anzufrischen. ‚Es ist hierbey Unser gnädigster



Wille und Meinung,‘ heisst es am Schlusse, ‚dass ihr gleich von Stund an ohne alle Zeitversäumung, es möge nun besagter Tractat zum Schluss kommen oder nicht, die Hand ans Werk legen, alle vorhin berührte Objecta, und was Euch zur Erreichung Unserer landesmütterlichen Absicht noch weiter nützlich beyfallen wird, alsogleich in reife Ueberlegung nehmen, darüber mit erfahrenen Kaufleuten und Manufacturisten zu Rathe gehen, die diesfällige Deliberation ohne Unterbrechung fortsetzen und gutächtlich auslassen sollet.‘ In der Zuschrift an die böhmische Repräsentation wurde noch bemerkt: in der Lausitz seien ebenso vornehme und vermögliche Handlungshäuser als in Schlesien zu finden, durch welche die böhmische Leinwand, ehe noch die erwähnten Handlungscompagnien im Lande selbst zu Stande kommen, ebenso gut als durch die schlesischen Kaufleute nach aussen debitirt werden könne; es seien alsogleich einige geschickte Leute, jedoch mit nöthiger Instruction und Behutsamkeit dahinzuschicken, auch weder Zeit noch Unkosten zu sparen, um unverweilt einen Versuch zu machen, wie und mit welchen Conditionen die böhmische Leinwand abgenommen und weiter debitirt werden wolle, zugleich, wenn wider die diesseitigen Tarife Beschwerde geführt werden sollte, die Versicherung zu ertheilen, dass man jene Hindernisse, welche dem gemeinnützigen Handel im Wege stehen dürften, nach Erforderniss zu beheben bereit sein werde.<sup>77</sup>

Einige Wochen später wurde der mährische Repräsentationspräsident Blümegen nach Wien berufen, um mit ihm über die Durchführung der am 2. December 1754 ertheilten Weisungen Berathungen zu pflegen, für den Fall, wenn durch die preussischen Vorkehrungen Handel und Wandel in Mähren ins Stocken gerathen würden. Es handelte sich hiebei nicht blos um neue Bezugsquellen für die erforderlichen Rohstoffe, worüber bereits ausführlich die Länderstellen in dem erwähnten Schriftstücke Andeutungen und Belehrungen erhalten hatten, sondern um die Erörterung der Frage, wohin Leinengarn, Zwirn, leinene und wollene Gewebe bereits abgesetzt werden und welche Länder für eine Vermehrung des Debits ins Auge gefasst werden können. Einerseits erwartete man wohl, dass es gelingen könnte, in Italien ein Absatzgebiet für österreichische Erzeugnisse zu erhalten, da erst kürzlich zwei Männer von einer Reise aus der apenninischen Halbinsel rückgekehrt waren, deren ausführlicher Be-



richt über die Handelsverhältnisse an die Länderstellen Böhmens, Mährens und Schlesiens gesendet worden war. In ähnlicher Weise wurde in Anregung gebracht, durch eine Reise nach Polen, Danzig, Hamburg, Sachsen und die Lausitz ‚sich die Notiz beizulegen‘, ferner sollte Prokop, Manufacturamtsinspector in Brünn, nebst den sich dazu anbietenden Repräsentationsräthen, Grafen von Haugwitz und von Wimersperg, mit Anfang Mai 1755 eine Reise nach Ungarn antreten, der Lehnbankinspector Kernhofer endlich wurde dazu bestimmt, sich nach Schlesien und den mährischen Enclaven zu begeben, um daselbst jene Garne, sowie die leinenen und wollenen Erzeugnisse einzukaufen, welche der Landmann und Fabrikant weder nach Preussisch-Schlesien, noch in andere Länder absetzen könne.<sup>78</sup> Endlich wurde beantragt, der mährischen Lehnbank einen Vorschuss von 80.000 Gulden in den ersten drei Jahren ohne Zinsen, sodann in den nächsten drei Jahren mit 3 Procent zu gewähren. Chotek befürwortete sämtliche Anträge, nur anstatt eines Vorschusses sollte der Banco, wie bei der Triester Compagnie, auf Gewinn und Verlust bei der Lehnbank eintreten. Die kaiserliche Genehmigung wurde diesen Vorschlägen ertheilt.

## VI.

Durch diese Vorkehrungen währte man wenigstens einigermaßen Vorsorge für den Fall eines vollständigen Abbruches des Verkehres mit Preussen getroffen zu haben. Gleichzeitig beschäftigte man sich aber mit der Frage, wie die letzten preussischen Anträge beantwortet werden sollen. Die Schriftstücke Fürst's hatten, wie in einer Note an die Staatskanzlei bemerkt wird, da sie ‚sehr wohl aufgeputzt‘ seien, ‚hin und wieder Eindruck gemacht‘.

Die in dem Promemoria vom 22. October enthaltenen Erklärungen Preussens, heisst es in dem Entwurfe eines von Bartenstein verfassten Vortrages vom 15. December 1754, seien nicht so beschaffen, wie sie dem ersten Anscheine nach in die Augen gefallen sein dürften; sie seien noch unvergnügender. In mehreren Punkten werden ganz neue Verlangen auf die Bahn gebracht, andere, welche man bereits verglichen glaubte und nach dem buchstäblichen Inhalte der ehemaligen Aeusserungen zu glauben Ursache hatte, wieder abgeändert.



Die Zugeständnisse werden bloß für Preussisch-Schlesien und Glatz gemacht und anderseits die Forderungen auf die gesammten Erbländer sorgfältig erstreckt. Es werde verlangt, dass die Kaiserin ihren Unterthanen Herabsetzung der Mauthbegünstigungen nicht angedeihen lassen dürfe, ohne dieselbe gleichzeitig den preussischen Unterthanen einzuräumen. Früher habe man sich darüber geeinigt, dass einem Dritten grössere Begünstigungen nicht eingeräumt werden dürfen, nun werde verlangt, dass Preussen jetzt und allezeit vor allen übrigen benachbarten Staaten wenigstens etwas im Voraus haben müsse. Die Bewilligung einer so weit sich erstreckenden ‚Vorzüglichkeit‘ erscheine ‚nicht nur aus anderen als das Commerc-Directorium nichts angehenden Betrachtungen‘ bedenklich, sondern es dürfte dann vergeblich sein, wegen Aufnahme des Handels in den Erblanden sich weiter viele Mühe zu geben. Der Bestimmung über die beiderseits sich vorbehaltenden Generalverbote werde eine Clausel beigefügt, welche früher noch nicht auf die Bahn gebracht worden sei; bei der Ausfuhr wolle Preussen von den früheren Abmachungen jene Feilschaften ausgenommen haben, deren Einfuhr in die Erblände den erbländischen Fabriken vortheilhaft sein könne; bei der Durchfuhr füge es sich zwar den Forderungen Oesterreichs, wenn aber, wie nicht zu zweifeln, die Angabe in dem Berichte Hatzfeld's richtig sei, dass den Glatzischen befohlen worden sei, eher einen Umweg von einigen Meilen zu machen, als Waaren über Böhmen nach Preussisch-Schlesien zu führen, so würde dem sehr unfreundschaftlich zuwider gehandelt, worüber man auf dem Papiere bereits einig zu sein anscheinen wolle. Trotzdem ginge die Meinung nicht dahin, eine Verständigung mit Preussen nicht zu Stande zu bringen, im Gegentheil, woferne es möglich sei, sich mit Preussen einzuverstehen, ohne die Aufnahme der inländischen Fabriken zu vereiteln oder dieselbe in ihrem Keime zu ersticken, würde es aus mehreren sowohl politischen als ökonomischen Betrachtungen höchst erwünscht sein, allein, wenn eine derartige Verständigung nur mit Aufopferung der einheimischen Fabriken, d. h. nur mit der innerlichen Entkräftung des Staates getroffen werden könne, sollte man sich lieber der Gefahr des Abbruches der gesammten Verhandlung aussetzen, als einem derartigen Antrage die Hand bieten. Das Opfer würde zu gross sein, die Länder könnten die dermalige, obgleich unentbehrliche Bürde



nicht lange ertragen, das System, welches man zu befestigen beflissen sein müsse, würde daher um so eher zerfallen. Mit dem Hinweise, dass in Folge angestellter Untersuchungen ungemein mehr Feilschaften aus Preussen nach Oesterreich als umgekehrt geführt werden und die preussischen Lande von den hiesigen einen Vortheil von einer Million jährlich erhalten und überdies durch die Erblande nach Triest Waaren im Werthe von einer halben Million aus Preussen geführt werden, bemerkte Bartenstein, dass nicht zu vermuthen sei, „dass der seine Anständigkeit so gut kennende und darauf so sehr bedachte König von Preussen durch gänzlichen Unterbruch eines für seine Lande so nützlichen Handels und Wandels der Gefahr sich solle aussetzen wollen, die beiden Vortheile zu verlieren“. Nur befürchtete er, dass der König durch eine „gähe, obschon für ihn missliche Verfügung“ den Gebirgsgegenden Oesterreichs grossen Schaden zufügen würde, indem er viele Einwohner zum Austritt in seine Lande verleiten, sodann aber, nachdem er seinen Endzweck erreicht, sich zum Ziele legen werde. Das Commerzdirectorium hatte Anstalten getroffen, den Einwohnern der Gebirgsgegenden die nöthigen Rohproducte zur Handarbeit zu verschaffen und für den Verschleiss der erzeugten Waaren fürzusorgen. Aus diesem Grunde hielt es Bartenstein nicht für undiensenlich, die Beantwortung der preussischen Schriftstücke hinauszuschieben, da, „wenn man einmal wirklich im Stande sein dürfte, den nothleidenden Gebirgsbewohnern beispringen zu können, man um so standhafter werde antworten können, und der König sodann in Beherzigung des Schadens, der für seine Lande durch die Sperrung des Handels erfolgen könnte, sich weniger hart in den Commerzangelegenheiten erfinden lassen dürfte“.

Seit längerer Zeit stand man mit Sachsen in Verhandlungen über den Abschluss eines Vertrages. Bartenstein schlug nun vor, dieselben fortzusetzen, was auch im österreichischen Interesse schon desshalb geboten schien, da die Handelsbilanz in dem Verkehre mit diesem Nachbarlande eine günstige war.

Was die Verhandlung mit Preussen anbelangt, ergab sich der belangreichste Anstand bei dem Consumozolle, wobei vorzüglich die Forderung als schwerwiegend in die Waagschale fallend bezeichnet wurde, dass alle Zollnachlässe, welche den heimischen Erzeugnissen bei der Einfuhr aus einem Erblande



in das andere zu theil würden, auch den Waaren, die aus den preussischen Landen eingeführt würden, zufallen müssten, ohne dass die nämliche Wohlthat in gleichem Masse den österreichischen Feilschaften in allen preussischen Ländern zu theil werden solle. Im Falle daher der Zoll für die einheimischen Erzeugnisse auf 3 oder 4 Procent herabgesetzt werde, hätten die preussischen Waaren nicht etwa  $7\frac{1}{2}$  oder 10, sondern  $4\frac{1}{2}$  oder 6 Procent zu entrichten, was mit der Aufrechterhaltung, geschweige mit der Emporbringung der heimischen Fabriken nicht zu vereinbaren sei. Bezüglich dieser Forderung, wurde in dem Vortrage bemerkt, könne man sich auf keine Vertragsbestimmung berufen; in keinem alten Verträge sei die mindeste Spur einer derartigen Verbindlichkeit zu finden. Selbst die Bestimmung des Berliner Friedens könne hiefür nicht geltend gemacht werden. Und was den so oft angeführten Status quo anbelangt, könne demselben unmöglich eine so weit erstreckende Wirkung und Kraft beigelegt werden, dass die in den preussischen Landen erzeugten Feilschaften in den österreichischen gleich den eigenen einheimischen zu begünstigen wären, ohne dass den österreichischen Waaren dieselbe Wohlthat in den gesammten preussischen Landen zu Gute komme.

Das Commerzdirectorium fasste seine Anträge dahin zusammen, dass bei der Ausfuhr und Durchfuhr bei der Reciprocität zu beharren sei. Ueber den bei dem Consumozoll etwa zu gewährenden weiteren Nachlass solle man sich vorläufig nicht äussern; zunächst müsse man sicher sein, dass Preussen sich durchaus in Allem zu einer vollständig reciproken Gleichheit verbinden wolle, dass beide Theile die eigenen Unterthanen nach Willkür zu begünstigen berechtigt seien, ohne dass dem andern Theile daraus irgend ein Anspruch erwachse, endlich dass die Freiheit der vorbehaltenen Generalverbote nicht weiter, als bereits beiderseits beliebt worden sei, eingeschränkt werden solle. Erst wenn man über diese Grundsätze einig sei, werde es an der Zeit sein, sich über eine weitere Herabsetzung der Consumgebühr auszusprechen. Für diese Methode der Behandlung wurde die kaiserliche Genehmigung erbeten, um sodann die Antwort entwerfen zu können, wobei hauptsächlich Sorge zu tragen sein werde, dass zuvörderst sich auf das freundschaftlichste ohne Bitterkeit und Heftigkeit und ohne einigen Vorwurf ein aufrichtiges Verlangen, die solange fürdauernde Verhandlung



abzukürzen und zu endigen, auf eine natürliche, keine Unruhe noch Beschwerniss andeutende Art geäussert, in der Schreibart Bescheidenheit mit standhaftem Nachdruck vereinbart werde, kurz sich in Allem Mühe zu geben sei, von dem anderseitigen offenbaren Unfuge die ganze unparteiische Welt zu überzeugen. ,Denn obgleich man gegenwärtig‘, heisst es sodann weiter, ,keine sonstigen Gewaltthätigkeiten von Preussen zu erfahren habe, und obgleich in dem Falle, wenn sich über kurz oder lang eine günstige Gelegenheit ergeben sollte, dem hiesigen Hofe noch grösseren Schaden zuzufügen, der König von Preussen sich an Alles wenig kehren, noch von einem feindseligen Vorhaben abhalten lassen dürfte, so sehe man doch im Voraus, dass er wenigstens alsdann zur Bemäntelung eines solchen Vorhabens die in den nunmehrigen Schriften mehr denn je erhobenen Beschuldigungen geltend machen und dadurch andere Höfe irre zu führen sich befeissen werde, wogegen sich zu verwahren erforderlich sei, damit man sodann sogleich die eigentliche Beschaffenheit der Angelegenheit anderen Höfen vorzulegen im Stande sein möge, welche Vorsorge wenigstens nicht schädlich sein dürfte, woferne gleich, wie kaum zu hoffen, mit Preussen auf einen unschädlichen Fuss zu schliessen thunlich sein sollte.‘

Am 23. December sollte in einer Conferenz ein endgiltiger Beschluss über die an Fürst zu ertheilende Antwort gefasst werden. Das Votum, welches Graf Rudolf Chotek, der Träger der damaligen Handelspolitik, in der Conferenz abgab und ausführlich begründete, liegt vor, worin die principiellen Gesichtspunkte, welche bisher bei den Verhandlungen mit Preussen massgebend gewesen waren, dargelegt werden. Nimmermehr könne behauptet werden, heisst es in dem Schriftstücke, dass man durch die Berliner und Dresdener Friedensschlüsse sich der Freiheit begeben habe, in dem eigenen Lande eine neue Commercialverfassung und Zollordnung einzuführen, sondern beide Paciscenten haben sich vorbehalten, durch eine besondere Convention den gegenseitigen Handel derart einzuleiten, dass er zum Nutzen der beiderseitigen Staaten und Unterthanen reichen solle. Eine ,vorbehaltene Convention‘ könne im Vorhinein keine Verbindlichkeit nach sich ziehen. Was aber den ausbedungenen Status quo im Berliner Vertrage anbelangt, so wiederholte Chotek jene Argumente, die in den verschiedenen Schriftstücken der letzten Jahre mit grosser Ausführlichkeit



begründet worden waren. Der Status quo habe vor dem Dresdener Frieden nicht mehr bestanden, auch unmöglich bestehen können, da beide Länder zwei verschiedenen Monarchen gehörten. Auch habe der König von Preussen zuerst den Anfang gemacht, den Status quo zu unterbrechen, folglich verbleibe jeder Theil in der natürlichen unbeschränkten Freiheit, in seinen Ländern zu disponiren. In dem Dresdener Frieden sei keine Verpflichtung enthalten, sich den Anträgen Preussens platterdings fügen zu müssen. Nur auf die Beantwortung der Frage komme es an, was den österreichischen Ländern grösseren Schaden verursachen könne: Annahme der harten Bedingungen oder aber nach Ablehnung derselben Abbruch des Handels mit Preussen.

Graf Chotek musste zugeben, dass die böhmischen Länder, namentlich die an Schlesien grenzenden Gebiete, einen grossen und nützlichen Verkehr mit dem preussischen Schlesien treiben; er bezifferte den Werth der Ausfuhr an Gespinnsten und Leinwand auf 1.2 Millionen Gulden, und auch die Einfuhr an Wolle, Leinsamen, Flachs, Rölhe und anderen Farbwaaren bezeichnete er für die inländische Fabricatur als nützlich. Allein er fügte hinzu: Wenn man die schlesischen Erzeugnisse: Tuch, Leinwand, Tischzeug und Schleier, sowie die anderen Gattungen wollener und leinener Zeuge gegen eine Consumogebühr von  $7\frac{1}{2}$  Procent zulassen würde, werde der Werth der Einfuhr weit beträchtlicher sein als jener der Ausfuhr, die inländische Fabricatur würde ‚zurückgeschlagen‘ und die mit grosser Mühe neu angelegten Fabriken gleichsam in ihrer ersten Geburt erstickt werden.

Trotz aller Aufträge, die seit Jahren erlassen worden waren, besass man zuverlässige ‚Commerzialtabellen‘ über die Ausfuhr und Einfuhr nicht, und man rechnete mit approximativen Ziffern. Aber Graf Chotek war immerhin überzeugt, dass der Handel zwischen Oesterreich und Preussen letzterem grössere Vortheile gewähre, und als hartgesottener Mercantilist fiel diese Thatsache für ihn schwer ins Gewicht. Die Richtigkeit seiner Ansicht wählte er auch dadurch bestätigt, dass der König von Preussen mit so grossem Eifer auf ‚einen so gearteten Commercialtractat andränge, was um so grössere Aufmerksamkeit erwecken müsse, damit man sich gegen einen so bedenklichen Nachbar in keine Verfänglichkeit einlasse, sondern vielmehr



aller nur erdenklichen Dependenz sich zu entziehen trachten solle‘.

Seiner Darlegung zufolge musste eine Erschwerung oder Unterbrechung des gegenseitigen Verkehrs nur zum Nachtheile des Nachbarstaates ausfallen; durch kluge ,Veranstaltungen‘ würde von den österreichischen Ländern nicht nur jeder Schaden abgewendet werden, sondern denselben ansehnlicher Nutzen erwachsen. Denn die Ausfuhr an Lebensmitteln sei von geringem Belange; österreichische Weine und böhmisches Getreide, welche früher in beträchtlicher Menge nach Preussisch-Schlesien gingen, werden jetzt gar nicht oder in geringen Mengen abgesetzt. Vor dem Verluste Schlesiens habe man ungarischen Wein im Werthe von 300.000 Gulden dahin versendet, jetzt nicht viel mehr als die Hälfte, böhmisches Getreide sei früher um viele hunderttausend Gulden im Werthe nach Schlesien verführt worden, derzeit gehe nichts mehr hin, was jenen Massnahmen zuzuschreiben sei, die der König von Preussen seit Erwerbung Schlesiens ergriffen habe. Die feinen Schuss- oder Lothgarne aus Böhmen seien den Schlesiern zur Erzeugung der Schleier unentbehrlich, die übrigen Garne und die gemeinen Leinwände benöthigen sie zum Sortiment ihres grossen Leinwand- und Garnhandels, da sie sonst in auswärtigen Ländern nicht werden fortkommen können. Aber wenn auch Oesterreich auf die Ausfuhr dieser letzten Artikel verzichten müsste, so werden die gemeinen Leinwandsorten bei der Grösse der Monarchie, die ungarischen Länder eingeschlossen, im Innern verschlissen werden können, auch stehe die Ausfuhr über Triest und Fiume offen. Warum sollte auch den Oesterreichern nicht möglich sein, was den Schlesiern gelinge, Garne und Leinwand nach Holland und Spanien abzusetzen? Dorthin werden böhmische Artikel von den Händlern Schlesiens verführt, und der Nutzen könne österreichischen Kaufleuten zugewendet werden. Allerdings brauche man zur Einleitung dieses Handels Zeit und der ,gemeine Mann‘, welcher auf den sofortigen Verkauf seiner Gespinnste und Webwaaren angewiesen sei, könne nicht so lange zuwarten, aber in dieser Beziehung müsse die Regierung einzugreifen suchen, theils durch Gründung von Handelscompagnien, theils durch Ankauf der auf den Markt gebrachten Garne und Leinwände um denselben Preis, den die Schlesier gewährten. Chotek wies darauf hin, dass das Com-



merziendirectorium schon Vorkehrungen zu diesem Behufe getroffen habe.

Auch für die aus Schlesien nach Oesterreich eingeführten, der Industrie so nothwendigen Rohproducte sollte und konnte Ersatz geschafft werden. Die schlesische Wolle konnte entbehrt werden, wenn die feinere Wolle aus Polen und Sachsen, aus Spanien und Italien ihren Weg nach Oesterreich fand. Der Preis war zwar fast um 50 Procent höher, was jedoch für die Industrie nicht nachtheilig erschien, denn durch Vermischung spanischer Wolle mit der heimischen Landwolle würde  $\frac{1}{4}$  der spanischen ‚eine bessere Wirkung‘ als  $\frac{1}{2}$  von der schlesischen Wolle machen. Die Regierung hatte auch in der That Vorkehrungen getroffen und Bestellungen auf beträchtliche Mengen spanischer, wälscher und malteser Wolle gemacht. Auch bezüglich des Leinsamens war vorgesorgt worden, aus Riga und Memel den Bedarf zu decken. Breslauer Kaufleute waren bisher die Vermittler gewesen. Flachs konnte, wie Chotek darlegte, Böhmen liefern; seit zwei Jahren wurden bereits namhaftere Mengen angebaut. Röhre konnte man aus Sachsen beziehen. In Oesterreich, bemerkte Chotek, würden dieselben Artikel erzeugt wie in Preussisch-Schlesien, ‚von Tag zu Tag erweitert, auch in mehrere Perfection gebracht‘, und wenn die heimische Production die feineren Artikel nicht genügend lieferte, so könnte von den österreichischen Niederlanden das Fehlende ergänzt werden.

Diesen Darlegungen zufolge war Oesterreich in der Lage, selbst eine vollständige Unterbrechung des Verkehrs mit Schlesien zu ertragen, denn dem letzten Antrage Preussens, den Consumozoll mit  $7\frac{1}{2}$  Procent oder, wie es in dem letzten Promemoria heisse, um die Hälfte höher als die inländischen Erzeugnisse, festzusetzen, könne nicht stattgegeben werden; wenn die preussischen Woll- und Leinenwaaren gegen einen zu geringen Zoll zugelassen würden, wäre alle Hoffnung zur Emporbringung der inländischen Fabriken auf einmal verloren, wovon der ganze Wohlstand dieser von der Natur so gesegneten Länder allein abhängt. Wenn einige Millionen Gulden alljährlich in die preussischen Lande geschickt und gleichsam dahin contributionirt werden müssen, würde die inländische Bevölkerung in Abnahme gerathen. ‚Arbeit und Verdienst seien weit kräftigere Mittel, ein Land zu bevölkern und reich zu machen, als



der überflüssige Zuwachs der Erdfrüchte, wie das Beispiel so vieler in- und ausländischer Staaten zeige, da in einem kleinen Bezirke, wo Arbeit und Industrie eingeführt seien, mehr und vermöglichere Contribuenten als in einem weiten Umfange des fruchtbarsten Erdreiches anzutreffen seien'. Bisher habe man Cotton- und Wollzeugfabriken in Oesterreich unter und ob der Enns in grosse Aufnahme gebracht und hiedurch viele tausend Arbeiter ernährt. Warum soll man in den böhmischen Landen, wo die gemeinen Leute der Spinnerei und Weberei schon kundig seien, auch die nöthigen Materialien mehr als in anderen Ländern vorhanden sind, die Leinwände, Tücher und die übrigen Wollwaaren nicht besser als in Preussisch-Schlesien erzeugen können, wenn nur die gehörigen Vorkehrungen getroffen werden, und die Einfuhr von dergleichen fremden Waaren nach dem Beispiele aller übrigen, mit zulänglichen Fabriken versehenen Länder möglichst hintanzuhalten. „All' dieses,“ meint Chotek, „werde vom König in Preussen gar wohl ein- und vorgesehen, dass man die wahre Beschaffenheit des mutuellen Commercii gründlich untersucht habe und allein dasjenige in Betrachtung gezogen und verwilligt werden solle, was den k. k. Ländern conveniren, Preussisch-Schlesien nicht allein kein Nutzen zuwachsen, sondern vielmehr die vorhin genossenen namhaften Vortheile entzogen werden könnten, daher bemühte sich Preussen, die angetragenen Sätze des Commerzientracts durch eine aus den Friedensschlüssen entsprungene Gerechtsame herzuleiten und zu erzwingen. Diese Gerechtsame können umsoweniger eingestanden, noch im Mindesten nachgegeben werden, als hiedurch eine nie erhörte immerwährende Dienstbarkeit anerkannt würde, dass ohne preussische Einwilligung in denen gesammten k. k. Erblanden keine Commercial-, noch Mautheinerichtung gemacht, auch keiner fremden Potenz und sogar denen eigenen Unterthanen Vorzug oder Erleichterung nicht zugewendet werden möge, wenn nicht auch dem königlich preussischen Unterthanen und Trafikanten der ausbedungene Vortheil eingestanden würde.“

Chotek wollte nicht anrathen, von demjenigen abzugehen, was man dem König von Preussen bisher in Antrag gebracht; er gab zu, dass noch einiger Nachlass in dem Consumozoll wie nicht minder bei dem Transito und Essito, jedoch bei vollständiger Reciprocität zugestanden werden könnte, allein er fand



es nicht rathsam, diese Erklärung allsogleich zu machen. Man habe einen ‚Vorgeschmack‘, meint er, dass sich Preussen für einen Consumozoll von 10 Procent erklären werde; dann werde es an der Zeit sein, das Ultimatum auszusprechen, mittlerweile habe man Gelegenheit, wahrzunehmen, wie weit man mit den zu treffenden Massnahmen auslangen könne. Vornehmlich legte Chotek auf die vollständige Reciprocität Gewicht, und solange der König Oesterreich die Hand binden wolle, die eigenen Unterthanen nicht begünstigen zu können, es sei denn, dass der Vortheil auch den seinigen zufliesse, solange er nur von Preussisch-Schlesien rede, dagegen aber alle Erblände zu verknüpfen trachte, auch für den Tractat keine Zeitdauer bestimme, solange könne keine Negociation mit ihm zum Schlusse kommen, und es dürfte folglich mehr zum Glücke Oesterreichs ausschlagen, wenn kein Vertrag zu Stande komme und jedem Theile die natürliche Freiheit bleibe, seine Massnahmen nach eigener Convenienz und Umständen zu ergreifen; wenn auch wider Vermuthen nicht jeder Schade von einem kleinen Theile der an den Grenzen wohnenden Gebirgsunterthanen abgewendet werden könnte, so würde dennoch der Gesammtheit der Monarchie unendlich grosser Vortheil und Nutzen zufließen, indem man sich von dem bisherigen Joche der Nachbarn befreie, die Industrie zum Flor bringe, die Population daher steigere, den ‚innerlichen Reichthum‘ beibehalte, ‚welcher fürnemlich durch den jährlichen Zuwachs von mehr als vier Millionen, so durch Gottes Segen an Silber und Gold, geschweige Kupfer, Quecksilber und andere Materialien, so aus der Erde erbeutet werden, sich mehr und mehr vermehren müsse‘. Der König von Preussen werde sich in die Nothwendigkeit versetzt sehen, ‚bei verspürender hiesiger Standhaftigkeit‘ ganz andere Bedingnisse zu stellen und einzugehen.<sup>79</sup>

Die von Chotek dargelegten Gesichtspunkte wurden in der am 23. December abgehaltenen Conferenz einstimmig gebilligt und nur die Bemerkung gemacht, dass in den an Fürst zu übergebenden Antworten jede Schuld des Verzuges von Oesterreich abzuweisen sei. Chotek übermittelte die Antworten auf die preussischen Schriftstücke am 1. Januar 1755 an Kaunitz. Dieser Aufsatz, heisst es in der Note an die Staatskanzlei, sei weitschichtiger als früher aus dem Grunde, weil die Handlung auf dem Schluss oder Bruch zu stehen scheine. Da nun, in-



soweit es auf eine unschädliche Art geschehen könne, den Schluss vorzüglich zu befördern erwünscht sei, so sei für erspriesslich angesehen worden, sowohl die grossen Vortheile, welche aus einem gegenseitigen Handel mit den hiesigen Landen gezogen werden könnten, als auch die Gefahr schädlicher Folgen für den Fall, wenn der Billigkeit nicht sollte stattgegeben werden wollen, dem königl. preussischen Hofe nicht unkenntlich zu machen. Eine gedeihliche Wirkung sei jedoch nicht sicher, und man habe deshalb in Folge der von der Staatskanzlei in der Conferenz geschehenen erleuchteten Erinnerung es für nothwendig erachtet, nicht nur von jenem, was dem hiesigen Hofe zur Last gelegt werden wolle, nichts zurückzunehmen noch unabgelehnt zu lassen, sondern auch in dem Schriftstücke alles dasjenige kurz zusammenzutragen, was durch Kundmachung das diesseitige Betragen zur Genüge rechtfertigen würde.<sup>80</sup>

Dem Vorsatze, den Vorwurf abzulehnen, als trage Oesterreich die Schuld der Verzögerung des Vertragsabschlusses, entsprach in ausgiebiger Weise das eine ‚Promemoria‘ betitelte Schriftstück. Mit dem Hinweise, dass Preussen über die Zeitdauer des abzuschliessenden Vertrages sich erst dann äussern wolle, wenn man sich dem Schlusse mehr genähert haben würde, wurde bemerkt, dass weit triftigere Bewegursachen obwalten, um sich itzt nicht erklären zu können, welcher grössere Nachlass über das angebotene Drittel gewährt werden könne, wie endlich die Schwierigkeiten bei der Aus- und Durchfuhr behoben werden könnten. Man sei unendlich weit entfernt, den Schluss der Handlung auch nur um einen Tag zu verschieben, aber die Erfahrung habe mehr als zuviel bewiesen, dass, inso lange man über die Grundsätze nicht einverstanden sei, alle Bemühungen mehr zur Verwirrung der Sache beitragen. Zunächst möge man sich daher über die Grundsätze einigen, dann werde von Oesterreich die Erklärung erfolgen, was man über das angebotene Drittel bei dem Consumo weiters nachzulassen gedenke, und was man als diensam glaube, bei der Ausfuhr und Durchfuhr zu berichtigen. Verständigung über das Münzwesen sei nothwendig, denn wie könne wohl der gegenseitige Handel zwischen den hiesigen und preussischen Landen bestehen, wenn die Oesterreicher bei Allem, was sie an die Preussen verkaufen, einen Verlust von 8, 12, ja zum Theil 18 Procent



zu erleiden haben. Es sollte daher wenigstens kein Bedenken vorhanden sein, zur Beförderung des heilsamen Endzweckes sich eventuell und dergestalt zu besprechen, dass, sobald man über die Commerzangelegenheiten einig werde, zugleich auch die Münzfrage von dieser Zeit an abgethan wäre.

In dem zweiten Schriftstücke werden die ‚in der natürlichen Billigkeit gegründeten Principien‘ angeführt. Die Convention dürfe nicht einerseits Preussisch-Schlesien und Glatz allein, anderseits aber die gesamten diesseitigen im Commercio zusammenhängenden, sondern alle beiderseitigen Länder zum Gegenstande haben; von der vollständigen reciproken Gleichheit soll in keinem Punkte, sei es nun die Aus-, Durch- oder Einfuhr, abgegangen werden; jedem Theile müsse freistehen, seine eigenen Unterthanen nach Willkür zu begünstigen, ohne dass daraus die Folge gezogen werden könnte, dass die nämliche Wohlthat den anderseitigen Unterthanen ganz oder zum Theil ebenmässig zu gewähren sei, und hinsichtlich des schon bedungenen Generalverbots sollen beide Theile die Hände gänzlich frei behalten. Nach diesen Principien seien, was den Transito betrifft, beiderseits gewisse Sätze festzusetzen, wonach sowohl in einem jeden preussischen Lande mit einer besonderen Zollverfassung, sowie in einem jeden österreichischen Erblande die Transitogebühr auf gleichem Fuss abgenommen werden solle; denn nachdem man jetzt in Erfahrung gebracht, dass in den preussischen Landen ganz andere Transitozölle als jene, welche in den Erblanden und in Schlesien im Jahre 1739 und 1740 gebräuchlich gewesen, eingeführt seien, die communicirten Tarife aber Schlesien allein betreffen, so würde niemalsen die in dem Commercientractate nach den vorhin angeführten Generalgrundsätzen zugrunde zu legende reciprocalische Gleichheit erreicht, sondern ein Theil gegen den andern nothwendig beschwert werden, wenn nicht die Sätze zuvor regulirt würden, welche in einem jeden Lande durchgehends beobachtet werden sollen. Sei man aber einmal über diese Sätze einig, so entfallen ‚alle Limitationen und Amplificationen‘, und der den Transito betreffende Artikel könne in kurzer Zeit zu Papier gebracht werden. Ebenso verhalte es sich auch bezüglich des Essito, bei dem preussischerseits zu eigenem Vortheil und diesseitigem Schaden neuerdings so viele Ausnahmen und Zusätze gemacht werden, dass aus der Sache nicht wohl



anders herauszukommen möglich sein werde, als wenn man sich vorher über die Generalsätze nicht nur in Schlesien und Glatz, sondern in allen übrigen preussischen Staaten, sowie in den gesammten k. k. Erblanden geeinigt habe, dass ein jeder Theil den Ausfuhrzoll nach eigener Convenienz zu reguliren berechtigt sein solle, wovon jedoch diejenigen Artikel (Capi), welche jeder Theil bei der Ausfuhr zu favorisiren verlange, ausgenommen und hinsichtlich derselben die gegenseitig festzustellenden Zollsätze mit einem gewissen Procentsatze gar leicht vereinbart werden können, wozu Oesterreich nach Billigkeit, jedoch allemal in reciprocirlicher Gleichheit, die Hände zu bieten willig und bereit sei. Was den Consumozoll anbelangt, sei man wohl bereits über den Generalsatz, dass jedem Theile die ‚innerliche‘ Consumption nach Willkür zu belegen freistehe, einverstanden, wobei es denn auch sein Bewenden habe. Wenn aber preussischerseits jetzt neuerdings verlangt werde, dass bei dem in diesem Artikel reservirten und bedungenen Generalverbote jene Waaren ausgenommen werden sollen, welchen man eine Begünstigung zu Theil werden lassen wolle, so könne darin um so weniger gewilligt werden, da man einerseits über diese Generalverbote bisher durch alle Schriften miteinander einverstanden gewesen und anderntheils sonst dem Landesfürsten in seinen zuweilen höchst nothwendigen politischen Anordnungen die Hände gebunden würden; schliesslich habe man auch diesorts in Nieder-, Ober- und Innerösterreich keine freien Hände mehr, da die Linzer Zeugfabrik mit einem Privilegium auf 50 Jahre versehen sei, dass keine anderen als die daselbst fabricirten wollenen Zeuge eingeführt werden können, welches sich Schlesien, da es noch unter voriger Domination gestanden, ebenfalls gefallen lassen musste, wovon also auch dermalen, da dieses Land unter eine andere Botmässigkeit gekommen, nicht mehr abgegangen werden könne. Man habe sich weiters über das Generalmoderamen für die beiderseitigen Natur- und Kunstproducte geeinigt, königl. preussischerseits wolle man jedoch davon die erbländischen Weine ausgenommen wissen. Sowie man aber von österreichischer Seite allen preussischen Natur- und Kunstproducten ein Generalmoderamen mit  $\frac{1}{3}$  angedeihen zu lassen sich erklärt habe, also würde es wider das oben angeführte Generalprincip bezüglich der zum Fundament gesetzten reciprocirlichen Gleichheit laufen, wenn von den öster-



reichischen Producten der Wein ausgeschlossen, daher wie alle fremden Weine behandelt werden solle. Preussischerseits werde darauf angetragen, dass für gewisse wollene und leinene Waaren der erbländische Consumozoll niemals über 5 Procent gesetzt und sodann von diesen preussischen Fabricaten niemals mehr als noch die Hälfte dieses Consumozolles, daher  $7\frac{1}{2}$  Procent gefordert werde, aber nach dem oben angeführten dritten Generalgrundsätze müsse es jedem Theile freistehen, seine eigenen Unterthanen nach Willkür zu begünstigen, ohne dadurch gezwungen zu sein, die nämliche Wohlthat den Unterthanen des anderen Theiles angedeihen zu lassen.<sup>81</sup> Sei man über all dieses einverstanden und werde über etwaige Begünstigung einiger Waaren eine Erklärung zu Stande kommen, könne alles Uebrige gar leicht ausgemacht werden, der Vertrag in Kürze auf eine limitirte Zeit geschlossen werden können.

Die Taktik des Grafen Chotek kann eine geschickte nicht genannt werden. Seit Jahren dauerten die Verhandlungen, in vielen Punkten war Uebereinstimmung erzielt worden, und anstatt Abänderungen der preussischen Anträge vorzuschlagen, sollten nun wieder weitwendige Verhandlungen über Grundsätze beginnen, deren Feststellung für die concreten Fragen nicht nothwendig war. Ganz richtig bemerkte Fürst in seinen nach Berlin gerichteten Schriftstücken, dass die Negociation sich noch lange hinziehen könne, aber er fügte zur Erklärung der Zurückhaltung des Wiener Cabinets in den Specialbedingungen hinzu, dass man sich mit Herabsetzung der Tarifsätze trage. Der eigentliche Grund lag anderswo: einmal, dass man sich entschlossen hatte, die Verhandlungen mit Sachsen energisch zu betreiben, um für die böhmischen Erzeugnisse sich wenigstens dieses Absatzgebiet zu sichern, sodann aber beschäftigte man sich mit der Fertigstellung der Tarife für Nieder- und Oberösterreich und Ungarn und erhoffte, dass sodann das preussische Cabinet sich gefügiger zeigen werde. Die Verhandlungen mit Sachsen können, nebenbei gesagt, als Beweise dienen, dass die preussischen Forderungen nicht deshalb abgelehnt wurden, weil dem Wiener Cabinet nicht an einem Vertrage mit Preussen gelegen war, sondern dass die Rücksichtnahme auf die heimische Industrie ausschlaggebend war. Die Concessionen, welche Sachsen eingeräumt werden wollten, waren dieselben wie die an Preussen zu gewährenden.



Fürst war erst am 29. April in der Lage zu antworten. Der König ertheilte ihm auf seinen Bericht vom 1. Februar die Weisung, auf die von Oesterreich aufgestellten sechs Grundsätze zu erwidern: den Handelstractat auf ewige Zeiten, oder wenn ein begrenzter Zeitraum beliebt werden sollte, auf 20 Jahre anzubieten; in dem Breslauer Friedensvertrage stünde kein Wort von sämtlichen Provinzen — was bekanntlich irrig war — sondern nur von Schlesien; blos aus ‚complaisance‘ sei er geneigt, den Vertrag für alle Provinzen abzuschliessen, die cleveschen Lande ausgenommen, wogegen Brabant und die österreichischen Niederlande ausgeschlossen werden können; der Grundsatz einer reciproken Gleichheit in der Aus-, Durch- und Einfuhr biete keine Schwierigkeit, woferne man sonst nur aufrichtig dabei zu Werke gehen wolle; jeder Theil könne seine Unterthanen vor Abschluss des Vertrages begünstigen, sei derselbe aber einmal vereinbart, dann könne nicht davon abgewichen werden; es sei nichts billiger und Rechtens, als dass beiden Theilen freie Hand bleibe, ein generales Verbot dieser oder jener Waare, bei dem Consumo oder Transito zu erlassen, insoweit dieses Verbot nicht diejenigen Waaren, welche den Unterthanen der paciscirenden Theile zustehen und derentwegen der Vertrag geschlossen werde, betreffe, da dieselben von diesen Generalverboten eximirt bleiben müssen und nach geschlossenem Tractate weder eingeschränkt noch verboten werden können. Eine Vereinbarung über das Münzwesen lehnte der König ab, indem dasselbe ein Regale sei, welches jeder Souverän nach seiner eigenen Convenienz regle, auch kein Beispiel gefunden werden könne, dass in Commerzconventionen Münzangelegenheiten ein Object gewesen seien.

Wie ersichtlich, waren es blos Grundsätze, die Fürst übermittelt wurden. Die Ausarbeitung ausführlicher Weisungen wurde Massow übertragen. Ein Vertragsabschluss wurde damals als nicht mehr wahrscheinlich betrachtet. Die Verhandlung sollte nur nicht von preussischer Seite abgebrochen werden. Der König habe gute Ursachen, schrieb Eichel am 13. Februar an Podewils, diese Negotion zu continuiren und nach Möglichkeit die Hand dazu bieten zu wollen, um den Oesterreichern das Mass vollzugeben, und der König schrieb am 25. März 1755 an Fürst, ‚da der Wiener Hof noch so wenig Ernst bezeuge, sich zu einem vernünftigen und billigen Com-



merztractat verstehen zu wollen, so habt Ihr nur das Tapis zu amusiren und solange zu trainiren, bis entweder der Wiener Hof auf bessere Gedanken kommt, oder aber Ich Euch schreiben werde, dass es genug sei. Inzwischen Ihr aber zu observiren habet, dass Ihr Euere Antworten jedesmal so einrichtet, damit Oesterreich zugestehen und Andere urtheilen müssen, dass wir unsererseits nichts verlangt haben, als was recht und billig und dem buchstäblichen Sinne der Tractaten gemäss ist'.<sup>82</sup>

Die Fürst'schen Schriftstücke waren nicht darauf berechnet, eine Vereinbarung zu erleichtern. Die Verhandlung sollte bloß weiter gesponnen werden, um Oesterreich ins Unrecht zu setzen. Auch in Wien hielt man eine Abmachung schwer möglich und entschloss sich, die Verhandlungen mit Sachsen mit grösserer Energie aufzunehmen und womöglich zum Abschluss zu bringen. Man hatte damals nicht ungegründete Hoffnung, mit der sächsischen Regierung über einen Vertrag einig werden zu können. Aus diesen Gründen verzögerte man auch die Antwort an den preussischen Unterhändler. Als im August eine Ablehnung von Dresden erfolgte, schritt man an die Ausarbeitung der Antwort. Wie aus einer Zuschrift an die Staatskanzlei hervorgeht, verband man damit die Absicht, „die vielfältigen preussischen Abänderungen und Absprünge klar an den Tag zu legen, die dem österreichischen Hofe zur Last gelegten Vorwürfe abzulehnen, andererseits aber auch auszusprechen, unter welchen Modalitäten endlich eine Commercialnegotiation zum Schluss zu bringen möglich wäre.“<sup>83</sup> Die fertiggestellten Schriftstücke wurden jedoch erst im November übergeben. Die Erklärung liegt in den politischen Verhältnissen. Zur Zeit, als das Commerzdirectorium die an Fürst zu ertheilenden Antworten der Staatskanzlei übermittelte, nahm der grosse Plan zu einem Bündnisse mit Frankreich die Thätigkeit derselben vollauf in Anspruch. Bekanntlich fand am 16. August 1755 die entscheidende Conferenz statt, und am 21. August verliessen die Couriere Wien mit den bedeutungsvollen Weisungen an Starhemberg.<sup>84</sup> Wahrscheinlich wollte Kaunitz den Gang der Verhandlung in der französischen Hauptstadt abwarten, ehe er an die Aushändigung der Antworten schritt.

Es waren die letzten Schriftstücke, welche Fürst am 3. December eingehändigt erhielt. Die Abberufung desselben



erfolgte, weil der König der Ansicht war, dass die Fortsetzung der Verhandlung fruchtlos sei. Diest wurde mit der Fortführung des Schriftwechsels betraut.

Die letzten Schriftstücke Fürst's und die darauf ertheilten Antworten erörtern abermals die principiellen Gesichtspunkte und lassen die Gegensätze in voller Schärfe hervortreten, die trotz der langwierigen Verhandlungen obwalteten. Seit Jahren hatte man über die Auslegung der in den Verträgen zu Berlin und Dresden enthaltenen Bestimmungen, den Handel betreffend, ohne eine Verständigung zu erzielen, gestritten, und noch immer wurde der Federkrieg fortgeführt, um mit allem erdenklichen Scharfsinn die Ansicht des Gegners zu widerlegen. In den früheren Stadien der Verhandlung drehte sich der Schriftwechsel vornehmlich um die von Oesterreich ins Feld geführte, von Preussen bestrittene Behauptung, dass durch die in Dresden getroffene Vereinbarung jene des Berliner Vertrages hinfällig geworden sei. Später handelte es sich darum, ob aus den Verträgen blos die Verbindlichkeit folge, bezüglich Schlesiens und der Grafschaft Glatz ein Abkommen zu Stande zu bringen, oder ob der sogenannten reciprocirlichen Gleichheit nur durch Einbeziehung aller beiderseitigen Provinzen Genüge geleistet werde. Bereits zweimal hatte Preussen principiell sich damit einverstanden erklärt, den Vertrag nicht auf das neu erworbene Gebiet allein zu beschränken, und erklärte nun abermals die Geneigtheit, in dieser Beziehung der österreichischen Forderung, wenn auch nur aus ‚complaisance‘, zu entsprechen. Fürst bemühte sich nun, durch eine nochmalige Erläuterung der Vertragsbestimmungen die preussische Auffassung zu rechtfertigen, dass die Verträge zu Berlin und Breslau vorzüglich eine Begünstigung des schlesischen und glatzischen Verkehres bezweckten, während unzweideutig und klar im Berliner Vertrage vereinbart worden war, dass die künftige Regelung des Verkehres zwischen den gegenseitigen Unterthanen und Staaten durch die Commissäre vereinbart werden soll. War auch der Handel Oesterreichs mit den alten Provinzen Preussens kein sehr intensiver, ein Verkehr fand doch statt, und namentlich die Durchfuhr zu erleichtern lag im entschiedenen Interesse Oesterreichs. Klar war auch der Zusatz, dass die alten Abmachungen (*anciens accords*) getreulich aufrecht erhalten werden sollen. Während der Verhandlungen wurde



allerdings auf die bestehenden Verträge nicht hingewiesen; nur einmal hat Chotek, so weit ich sehe, während der Verhandlung, die Bemerkung gemacht, dass der Verkehr mit den an dem Oderstrome gelegenen Provinzen vornehmlich berücksichtigt werden müsse. Der gewählte Ausdruck konnte nur als ‚Verträge‘ gedeutet werden. Die in dem Verträge erwähnten ‚anciens accords‘ deutete Fürst als alte Verfassungen, welche zwischen diesen Ländern bestanden, oder mit anderen Worten als die alten Zollordnungen. Diese gezwungene Auslegung bildete die Brücke für die weitere Behauptung, dass eine Aenderung der Tarife nicht vorgenommen werden dürfe, ehe ein neues Abkommen getroffen worden sei. Vertragsmässig konnte Oesterreich, wie Fürst darlegte, eine auf sämtliche preussische Provinzen sich erstreckende Vereinbarung nicht beanspruchen; wenn der König dennoch seine Zustimmung gebe, so bekunde er damit blos ‚ein Uebermass von Willfährigkeit‘.<sup>85</sup> Oesterreich hatte betont, dass die Consumozölle nicht mehr als 30 Procent betragen und  $\frac{1}{3}$  nachgelassen werden wolle, worauf Fürst erwiderte: ‚Wer nur einige Einsicht in das commercium habe, werde finden, dass sich so wenig mit 30 und 20 als 100 Procent Impost handeln lasse‘, eine Behauptung, welche er bereits in einem früheren Stadium der Verhandlung gemacht hatte. Es sei als keine Dienstbarkeit anzusehen, wenn Nachbarn durch Tractate zur Beförderung eines gegenseitigen Handels zwischen ihren Unterthanen leidliche Zölle festsetzen. Die türkischen Unterthanen haben nur 5 Procent zu bezahlen, eine Verbindlichkeit, die eher die Bezeichnung einer Dienstbarkeit verdienen würde, während Preussen die Forderung stelle, gegen Entrichtung eines  $7\frac{1}{2}$  procentigen Zolles Waaren einführen zu dürfen.<sup>86</sup> Schwerlich würde man ein Beispiel anführen können, dass ein Handelsvertrag auf Grund eines 20 procentigen Zolles geschlossen worden sei. Dass der Vertrag bisher noch nicht zum Abschlusse gekommen, sei nicht die Schuld Preussens. Es wäre ‚dem Endzweck eines bald zu treffenden Vertrages gemässer gewesen, wenn es Oesterreich gefällig gewesen wäre, sich über die Bedingungen, über welche man bisher sich nicht habe vereinigen können, zu erklären, als solches unter dem Vorwande erst festzustellender Grundsätze zurückzuhalten, über welche man sich, wenn sie recht verstanden werden, schon längst vereinigt hätte‘. Oesterreich habe sich hiezu berechtigt geglaubt, weil Preussen sich noch



nicht über die Zeitdauer des Commerzvertrages erklärt habe. Nun schlage Preussen 20 Jahre vor. Der König habe schon unter dem 18. November 1752 und 27. November 1753 erklärt und erkläre nochmals, sämtliche Provinzen in den Tractat einzubeziehen, mit Ausnahme von Cleve, Geldern, Ostfriesland, Meurs, Mark, Tecklenburg und Lingen, wogegen von österreichischer Seite die Niederlande und Italien ausgeschlossen bleiben sollten. Ueber die Bedingungen des Vertrages in Bezug auf die preussischen Provinzen ausser Schlesien und Glatz habe Preussen zu verhandeln deshalb für unnütz gehalten, da bis zur Stunde nicht gezeigt worden sei, worin eine Verknüpfung zwischen denselben und den österreichischen Provinzen im Commerz vorhanden sei, und deshalb vorgeschlagen, blos festzusetzen, dass es bei der zwischen den preussischen und österreichischen Provinzen 1739 und 1740 gewesenen Verfassung zu belassen sei. Die übrigen von Oesterreich aufgestellten Grundsätze werden zum Theil als billig, zum Theil als unannehmbar bezeichnet. Eine Bestimmung über das Münzwesen in den Handelsvertrag aufzunehmen, wird abgelehnt. Es sei etwas Ungewöhnliches, dass zugleich Münzsachen in einem Handelstractate regulirt werden. Eine besondere Convention wird jedoch zugestanden.

In einem zweiten Schriftstücke vom selben Tage wird gesagt: Der reciproken Gleichheit bezüglich der Transitosätze sei Rechnung getragen und in dem bisherigen Schriftwechsel längst verglichen und von beiden Seiten auch angenommen worden, dass der Zollsatz auf dem Fusse des Jahres 1739 und 1740 zu regeln sei und wegen Schlesiens und Glatz' ein besonderes Abkommen verabredet werden solle. In den alten preussischen Provinzen bestehen andere Zollverfassungen als in Schlesien und Glatz und in den österreichischen Landen; so wenig man aber preussischerseits zu fordern billig finde, dass die österreichischen Zollverfassungen, deren Sätze auch in jeder Provinz verschieden seien, nach der Verfassung der alten preussischen Provinzen abgeändert werden sollen, so wenig könne Oesterreich von Preussen eine Abänderung nach österreichischen Grundsätzen verlangen. Die Regulirung ganz neuer Sätze würde ein Werk von unendlichen Schwierigkeiten sein, da in den alten preussischen Provinzen die Verzollung auf eine sehr verschiedene Art, nach der Fastage, dem Stück und Gewichte, dem



Werthe, vom Wagen oder nach Anzahl der Pferde erfolge; es würde auch die Inconvenienz nach sich ziehen, dass die eigenen Unterthanen bald mehr als jene des anderen vertragsschliessenden Theiles und auch letztere öfters mehr als die fremden Unterthanen zu zahlen hätten. Bezüglich des Ausfuhrzolles wurde bemerkt, es sei, was die übrigen preussischen Provinzen, Schlesien und Glatz ausgenommen, anbelangt, nicht einzusehen, bei welchen Waaren ein Interesse bei der zwischen den beiderseitigen Provinzen ganz mangelnden Verknüpfung im Commercio obwalten könne. Schlesien und Glatz betreffend, sei Preussen geneigt, sich über folgende Bestimmungen zu einigen: dass jedem Theile freibleibe, den Zollsatz nach eigener Convenienz zu reguliren, auch die Ausfuhr von Waaren zu verbieten, jedoch müssen hievon jene Gegenstände ausgenommen werden, die begünstigt werden sollen, die daher keineswegs einem Verbote unterliegen dürfen und höchstens mit zwei Kreuzer vom Reichsthaler des Werthes nach dem Einkaufe aus der ersten Hand gerechnet zu belegen seien. Die Meistbegünstigung müsse auch bei der Ausfuhr in dem Vertrage ausgesprochen werden. Endlich wurde auch die Forderung gestellt, dass diejenigen Waaren, welche in den Ländern des anderen vertragsschliessenden Theiles zugerichtet und gebleicht werden, bei dem Eingange und bei der Rückfuhr völlig freibleiben sollen.

Bei dem Consumo wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass es vorläufig unbekannt sei, welches Interesse wegen Einfuhr dieser oder jener Waare zwischen den königlich preussischen Landen ausser Schlesien und Glatz einerseits und den österreichischen anderseits obwalten könne. Was von dem Privilegium der Linzer Fabrik von Oesterreich angeführt werde, könne keinen Anstand geben, da das Privilegium nur auf eine bestimmte Zeit beschränkt und auch nur für gewisse wollene Zeuge ertheilt worden sei. Ueberdies sei es ja bekannt, dass diese Fabrik von der Kaiserin seit Kurzem übernommen worden sei, folglich dieses Privilegium ohne Nachtheil für irgend Jemanden sehr leicht ‚gehoben‘ werden könne. So wie diejenigen Waaren, welche man gegenseitig vorzüglich begünstigen wolle, ‚von dem sonst freigegebenen Generalverbote der Ausfuhr ausgenommen bleiben müssen‘, so sei ein Gleiches auch beim Consumo nöthig, wenn der Handelsvertrag überhaupt



„einigen Effect in Favorisirung des reciproken Commercii“ haben solle. Der von preussischer Seite in dem mitgetheilten Tarife festgesetzte niedrige Impost für österreichische Weine enthalte eine weit grössere und reellere Begünstigung, „als wenn der Satz in regula nach gegenseitigem Beispiel so hoch gesetzt worden wäre, dass auch nach Abzug des Moderamens der Impost mehr als vorhin betragen würde“.

Der zuletzt gemachte Antrag Preussens, dass von den wollenen und leinenen Waaren der erbländische Consumozoll niemals über 5 Procent betragen und sodann von denselben preussischen Fabrikaten niemals mehr als die Hälfte des erbländischen Consumozolles zu entrichten kommen solle, wogegen man sich preussischerseits anheischig machte, von denselben in den österreichischen Erblanden fabricirten Waaren nicht mehr als eben diesen Zoll zu nehmen, war von österreichischer Seite mit der Bemerkung abgelehnt worden, dass dieser Vorschlag dem Principe widerspreche, wornach jedem Theile freistehen müsse, seine eigenen Unterthanen nach Willkür zu begünstigen, ohne dadurch gezwungen zu sein, dieselbe Wohlthat anderen Unterthanen gleichmässig angedeihen zu lassen. Fürst betonte dagegen, „nichts könne einer reciproken Gleichheit und der Beförderung eines reciproken Commercii gemässer sein“.<sup>87</sup>

Die letzten österreichischen Schriftstücke gehören unstreitig zu dem Besten, was in der leidigen Angelegenheit bisher in dem österreichischen Handelsamte geschrieben wurde. Ausführlich wird zu beweisen gesucht, was wohl für eine unbefangene Interpretation als selbstverständlich erscheint, dass der Berliner Vertrag für die preussische Auffassung nicht als Stützpunkt dienen konnte. Nicht blos auf Schlesien und Glatz, sondern auf alle preussischen und österreichischen Länder habe sich die Regelung des Verkehres zu erstrecken. Die Meinung beider Paciscenten, heisst es dann weiter, sei lediglich dahin gegangen, dass im Commerz und in Allem, was damit Gemeinschaft hat, Alles in dem Stande, wie es zwischen den ehemaligen beiderseitigen Landen und Unterthanen gehalten worden, bis zur Errichtung eines Handelsvertrages gelassen werde. Eigenartig und nicht minder sophistisch wie die Fürst'sche Argumentation ist sodann die Wiederholung einer Behauptung, die bereits einmal früher ins Feld geführt worden war. Preussen



würde nur dann Ursache haben, sich zu beklagen, ,wenn man von österreichischer Seite auf etwas bestehen wollte, was Preussisch-Schlesien, Glatz und den Einwohnern zum allermindesten Nachtheil oder mehrerer Abgabe gereiche, als vor dem Krieg von den andern königlichen Landen abgefordert worden'. Dies sei nicht der Fall; es werde von den aus Preussisch-Schlesien und Glatz eingeführten Waaren weniger abgefordert, als bisher für die Einfuhr aus den anderen preussischen Landen festgestellt gewesen sei. Abermals wird wiederholt, dass Preussisch-Schlesien und Glatz nicht mehr als erbländisch gelten können; es wäre ein in sich selbst widersprechender Satz und ganz unbegreiflich, ,wie auf diese beiden Provinzen allein in Gehaltung der übrigen k. k. Erbländer die Wörter der heilig zu beobachtenden Accords applicirt werden können', da zwischen jenen und diesen keine vorhanden seien und anciens accords auf Deutsch alte Verträge und nicht alte Verfassungen bedeute. Die von Fürst hervorgehobene Verschiedenartigkeit der Zollverfassung der preussischen Länder könne nicht gelten, denn noch ein grösserer Unterschied bestünde in den österreichischen Landen.

Bei Festhaltung dieses Standpunktes könnte sich die in Berlin vereinbarte Fassung (*États et sujets réciproques*) nur auf die Grafschaft Glatz und den österreichischen Antheil Schlesiens einerseits und auf den böhmischen Antheil Schlesiens andererseits beziehen. Beide Länder, Schlesien und Glatz, wurde bemerkt, hatten vor anderen keine besonderen Vorrechte, nur waren ihre Feilschaften erbländisch, insolange sie selbst Erbländer verblieben. Die in Berlin getroffene Vereinbarung könnte unmöglich einen anderen vernünftigen Sinn haben, als dass beide Theile zu ganz gleichen Obliegenheiten gegen einander sich verbunden haben, mit nichten aber der eine Theil sich zu etwas anheischig gemacht habe, ,was ihm zur unerträglichen Last gereiche, ohne dass ihm ein Reciprocum, da ihm keine Länder überlassen worden seien, zutheil werden könnte'.

Oesterreich hatte bisher geltend gemacht, dass künftighin die aus den alten preussischen Landen kommenden Waaren mit geringeren Zöllen belegt werden, was nicht in Abrede gestellt werden konnte, während von preussischer Seite immer betont wurde, dass die preussischen und glatzischen Waaren höher belastet würden, was ebenfalls richtig war, da



man stets nur jene Begünstigungen im Auge hatte, welche die neu erworbenen Gebiete unter österreichischer Herrschaft besaßen. Die höhere Verzollung für künftighin wurde auch von Oesterreich nicht in Abrede gestellt, sondern nur behauptet, dass man dazu befugt sei. Man verlange, heisst es in dem Promemoria, von Preussen nur Gegenseitigkeit, mit nichten aber, dass die österreichischen Waaren den einheimischen in den preussischen Landen gleichgehalten werden sollen. Bereits in früheren Denkschriften wurde auf den Unterschied der preussischen Massnahmen, die ausschliesslich gegen Oesterreich gerichtet waren, und der österreichischen Zollverfügungen, die allgemein für alle Staaten galten, hingewiesen. Das Promemoria vom 29. November wiederholte nur das Gesagte. Fürst hatte über die Schätzung der Waaren Beschwerde erhoben. Dem sei nun, wurde erwidert, in dem niederösterreichischen Tarife abgeholfen.<sup>88</sup> Zugleich wurde auf den Unterschied aufmerksam gemacht, dass Oesterreich alle Waaren nur mit 30 Procent impostire, während von österreichischem und ungarischem Wein in Preussen mehr als 100 Procent gefordert werde. Es wurde zugestanden, dass für keine Dienstbarkeit anzusehen sei, wenn Nachbarn zur Beförderung des gegenseitigen Handels leidentliche Imposten festsetzen, aber es wäre für eine wahre Dienstbarkeit anzusehen, wenn der eine Theil gehalten werden sollte, fremde Waaren den einheimischen gleichzustellen, was, wenn die Reciprocität verweigert würde, nicht zur Beförderung des gegenseitigen Verkehres, sondern zur Unterdrückung des Handels des einen Theiles und zur vollständigen Entkräftung der Unterthanen gereichen würde. Fürst hatte auf den geringen Zollsatz gegenüber der Pforte hingewiesen, worauf bemerkt wurde, dass die Beziehungen zu den türkischen Unterthanen sich auf vollkommen reciprocirliche Gleichheit gründen. Dass man zwischen zwei verschiedenen Höfen auf weniger als 20 Procent vereinbaren könne, sei richtig, aber es frage sich nur, ob man dazu verbunden sei, wenn es zum ‚Abbruch‘ erst emporgekommener Fabriken gereiche. Habe doch eine preussische Verordnung, welche die Wiederherstellung des Verkehres zwischen Kurbrandenburg und Kursachsen betreffe, die Einfuhr nicht mit 20 Procent belegt, sondern sogar verboten. Bei vielen österreichischen Waaren seien die Umstände nicht so beschaffen, dass man sich mit 5 Procent begnügen könnte. Ehe man über



die Zeitdauer des Vertrages sich ausspreche, müsste über die erörterten Grundsätze Einigkeit vorhanden sein. Oesterreich beharrte auf Ausdehnung des Vertrages auf alle Länder, was nicht schwierig sei, da Preussen im November 1753 dareingewilligt, später jedoch davon abgegangen sei. Ferner müsse vollkommene Reciprocität stattfinden. Wenn nicht gleichzeitig über das Münzwesen eine Vereinbarung stattfände, könnte kein Commerztractat, wie erspriesslich er sonst für die Unterthanen beider Theile wäre, von sonderlicher Wirkung sein.

Gleichzeitig mit diesem Schriftstücke vom 29. November 1755 wurde eine schliessliche Erklärung auf die königlich preussischen Anmerkungen mit dem Datum vom 12. November übermittelt. In klarer, übersichtlicher Weise wird der Gang der bisherigen Verhandlung darzulegen gesucht und die Wandlungen der von Preussen gestellten Anträge vorgeführt. Die That- sache, worauf Oesterreich hinwies, lässt sich nicht in Abrede stellen. Preussen hat einen consequenten Standpunkt bei den verschiedenen Stadien nicht festgehalten, aber die von Oesterreich in Antrag gebrachte Form der Verhandlung, abermals Grundsätze zu vereinbaren, musste von Preussen als Verschleppung der Angelegenheit aufgefasst werden und die Ansicht festigen, dass man in Wien den Abschluss eines Handelsvertrages nicht ernstlich beabsichtige.

Am Schlusse wird gesagt, diese Erklärung sei so beschaffen, dass sich Preussen damit, als auf Billigkeit und reiner Reciprocität beruhend, begnügen könne, man lebe daher der zuversichtlichen Hoffnung, dass man von Seite des preussischen Staates hiebei sich nicht länger aufhalten, sondern nunmehr ohne weiteres Repliciren die Hand zum Abschluss bieten werde, wozu man sich diesorts in Conformität der vorstehenden Erklärung alle Stunde bereit finden lassen werde. Die Bereitwilligkeit Oesterreichs zum Abschluss eines Vertrages kann nicht bezweifelt werden, aber man kann den Verfasser des Schriftstückes von dem Vorwurfe nicht freisprechen, vornehmlich nur eine Darlegung und Kritik des bisherigen Ganges der Verhandlungen gegeben zu haben, um die wechselnden preussischen Anträge vorzuführen, während die nunmehrigen österreichischen Vorschläge Bestimmtheit und Vollständigkeit vermissen lassen. Auch sprach sich Oesterreich nicht über seine Bereitwilligkeit aus, einen geringeren Zollsatz für jene Waarengattungen zu verein-



baren, die für Preussisch-Schlesien besonders ins Gewicht fielen, während aus einem anderen gleichzeitigen Schriftstücke an die Staatskanzlei zu entnehmen ist, dass man bei den gleichzeitigen Verhandlungen mit Sachsen 15 Procent für leinene Waaren gewähren wollte und dieselbe Begünstigung auch an Preussen einzuräumen geneigt war.

Wenn Maria Theresia, wie uns berichtet wird, bei der Abschiedsaudienz Fürst's die Hoffnung aussprach, der König werde auf die Erklärung vom 12. November eine solche Antwort geben, dass man zum Schlusse komme; wenn Chotek in einer langen Unterredung versicherte, die Kaiserin habe eine wahre und aufrichtige Intention, die Commerciens- und Schuldifferenzen zu berichtigen, so stimmt dies mit den in den Vorträgen niedergelegten Ansichten der österreichischen Staatsmänner überein. Auch die spätere Andeutung in dem Gespräche Chotek's mit Diest, dass man geneigt sei, einen grösseren Zollnachlass zu bewilligen, niemals aber auf 5 oder 7½ Procent herabzugehen, war keine leere Phrase. Die Absicht zu einem derartigen Entgegenkommen war bei den Berathungen bekundet worden. Die Möglichkeit zu einem Abschlusse war daher vorhanden, wenn Diest eine mit billigen Temperamenten versehene Instruction erhielt.<sup>89</sup>

## VII.

König Friedrich entschied am 22. Januar 1756, die Antwort nicht zu übereilen. Oesterreich hatte mehr als ein halbes Jahr zu seinem letzten Schriftstück gebraucht. Preussen ahmte dieses Beispiel nach und liess sich Zeit. Aber einige Tage später, nachdem Friedrich die erwähnte Entscheidung getroffen hatte, wurden Verordnungen erlassen, welche die Sachlage verschärften. Preussen ergriff Repressalien.

Am 27. Januar 1756 besagte eine preussische Verordnung dass der Wiener Hof allen Remonstrationen kein Gehör gegeben habe; es sei nichts billiger, um das Publicum und die königl. Cassen nicht leiden zu lassen, als dass die aus den böhmischen, schlesischen, mährischen und anderen österreichischen Provinzen kommenden Waaren, wenn dieselben bisher nach dem Zolltarife vom Jahre 1739 bei der Einfuhr als erbländische einen geringeren Satz als andere fremde Waaren



zu entrichten hatten, in Zukunft nicht mehr den erbländischen, sondern den Consumsatz der fremden Waaren zu erlegen haben sollen. Jene Waaren, welche als Repressalie mit höheren Aufschlägen belegt worden sind, haben auch künftighin dieselben zu entrichten. In einer Verordnung vom 22. Januar 1756 wird abermals darauf hingewiesen, dass der Wiener Hof sich derzeit zu einem billigen Einverständnisse über den gegenseitigen Handel nicht einverstehen wolle, obgleich demselben die annehmlichsten Bedingungen angetragen worden seien; er gehe vielmehr von Zeit zu Zeit mit neuen Verfügungen vor und belege zum grössten Nachtheil seiner eigenen Unterthanen Waaren mit enorm hohen Imposten; es sei daher beschlossen worden, in gleichem Maasse gegen die österreichischen Lande mit ferneren Repressalien zu verfahren und, um den dortigen Imposten gleichzukommen; der bisherige Ausfuhrzoll von nach Oesterreich gehender schlesischer Wolle wurde von 1 Thaler 16 Groschen per Stein auf 3 Thaler erhöht, das in den österreichischen Provinzen fabricirte und nach Preussisch-Schlesien eingeführte Beuteltuch, wovon bisher nur 10 Procent erhoben worden, wurde mit 30 Procent belegt, von jeder Tonne Leinsamen à  $1\frac{1}{2}$  Scheffel, welche entweder aus Schlesien nach den österreichischen Landen oder nach Sachsen versendet werde, oder welche aus anderen Provinzen komme und nach Oesterreich oder nach Sachsen durch Schlesien transitire, sollen 2 Thaler 16 Groschen an Zoll erhoben werden. Am 2. Februar erfolgte die Weisung, ungarischem Kupfer die bisherige Begünstigung beim Transit nicht mehr zuzugestehen; gleichzeitig wurde eine Zollerhöhung vorgenommen. An demselben Tage erliess die Verordnung, wonach von den aus Böhmisch-Schlesien nach Preussisch-Schlesien eingeführten Waaren die Zollsätze nach dem Zollmandat des Jahres 1739 erhoben werden sollen, jedoch wenn sie nicht schon mit höheren Aufschlägen belegt worden sind, seien sie als fremde, nicht aber als erbländische zu betrachten; ebenso sollen von allen Waaren, welche aus Preussisch-Schlesien nach Oesterreichisch-Schlesien gehen, die Ausfuhrzölle, wie sie in dem Zollmandate von 1739 gegen fremde Lande vorgeschrieben sind, abgefordert werden. Von österreichischer Seite sei bei einigen Waaren der Zoll von 30 Procent sogar auf 50 Procent erhöht worden, es sei daher von dem Stück Mesulan à 48 Ellen und anderen



halbwollenen Zeugen im Werthe von 4 Thalern, wenn sie aus Böhmen, Mähren, Böhmischeschlesien und anderen österreichischen Provinzen kommen, 2 Reichsthaler, von den übrigen aber, welche im Preise über 4 Reichsthaler betragen, 15 Procent an Consumzoll zu entrichten; von den aus Böhmen kommenden Zinnwaaren, sowie auch vom böhmischen Zinn seien 30 Procent an Zoll zu erlegen, ebenso auch von Strohhauben, Federblumen, Wachsbildern; von jedem schlesischen Eimer Branntwein, der aus Böhmen, Mähren, dann Böhmischeschlesien und anderen österreichischen Provinzen nach Preussisch-Schlesien und der Grafschaft Glatz gebracht werde, seien 3 Thaler an Einfuhrzoll zu bezahlen.

Am 7. Februar 1756 erfolgte die Verfügung, dass fremde wollene Kräme oder wollene Kratzen künftighin 2 gute Groschen oder 7 Kreuzer 2 Pfennige vom Paar an Consum- und Einfuhrzoll zu entrichten haben. Am selben Tage wurde verfügt, dass kein Wollgespinnst nach Oesterreich passirt, Halbrasche, Mesulan und leinene Zeuge zur Appretur nicht in das Land gelassen werden sollen; endlich, am 14. Februar, wurde die königl. Entschliessung verkündet, dass, „fernerweit bis der Wiener Hof die ihm geschehene *avantageuse propositiones acceptiret*“, eine Anzahl von Waaren mit dem höheren Zolle von 30 Procent belegt werden, und zwar bei der Einfuhr aus den österreichischen Staaten nach Preussisch-Schlesien und Glatz: Achatsteine und alle anderen echten und unechten, rohen, geschliffenen, gefassten oder ungefassten Steine, kostbare und ordinäre Galanteriewaaren von Stahl, Metall und andern Materien, Schmelzwerk, Crucifixe, Rosenkränze, Agnus Dei u. dgl., Egerische und andere kurze Krämerei- und Pfennigwerthwaaren, Malerei und Purpurwerk von Gyps, Wachs und anderer Materie, gebundene und ungebundene Bücher, Kupferstiche, Landkarten, candirte Sachen und Confituren, Oblaten, Anis, Armaturen, Gewehre, Schwertfegerarbeit, Atlas, seidene und halbseidene Zeuge und daraus verfertigte Kleider, Alles, was mit Seide genäht oder durchwirkt sei, Seidenbänder, Tüchl, Strümpfe, Mützen, Handschuhe, ganz- und halbwollene Zeuge, Canevas, Bett- und Futterbarchent nebst anderen baumwollenen Waaren, Hechten, Karpfen, Hausen, Forellen und andere Fische, ungarischer Honig, Wachslichter, Wachs- und Pechfackeln, Wachskerzeln, Perrücken, Hamsterfelle, Pelzwerk, Safran, österreichische, un-



garische und mährische Muscheln und Schnecken, Spiegeln aller Sorten, Chaisen, Kaleschen und Wagen aller anderen Art. Bei der Ausfuhr aus Preussisch-Schlesien und der Grafschaft Glatz nach den österreichischen Landen sollten in Zukunft 30 Procent an Ausfuhrzoll entrichten: gesponnene Baumwollgarne, Fischthran, Gerberlohe, Töpferglätte, Malz, Mehl, Getreide, Stroh, Heu, rohes Leder und Wagenschmiere; 5 Procent hatten zu entrichten: Fernambucoroth, -blau, -gelb und anderes Farbholz, polnische und inländische Tabakblätter; gänzlich verboten wurde die Ausfuhr von Zunder- und gemeiner Asche; nur die Ausfuhr von Pottasche blieb gegen Entrichtung der mandatmässigen Zollgebür frei.

In Wien erlangte man von den angeordneten Massnahmen erst nach und nach Kunde. In einem Vortrage vom 24. März 1756 wurde darauf hingewiesen, dass man durch verschiedene Canäle die Nachricht erhalten habe, dass der König von Preussen ausser den vorhin schon eingeführten und zum Theil über 100 Procent betragenden Zollerhöhungen noch einige Verordnungen erlassen habe, wodurch der zwischen Oesterreich und Preussen bisher unterhaltene Handel durch Einführung neuer und höherer Imposten beschwert worden sei. Daraus gehe ganz deutlich hervor, dass der König in Preussen seinerseits dasjenige vorkehre, was nur dem Handel und Wandel Oesterreichs zum Nachtheile gereichen könne, obgleich er sich und seinen Unterthanen zu gleicher Zeit einen empfindlichen Schaden zufüge; es zeige sich aber auch weiter, dass der König bei den von ihm vorgenommenen sogenannten Repressalien nichts weniger als das Reciprocum vor Augen habe, indem die in Oesterreich vorgenommenen Zollerhöhungen durchgehends gegen alle fremden Lande eingeführt worden seien, während die preussischen Zollsteigerungen nur gegen Oesterreich gerichtet seien. Obgleich man die im Jahre 1754 in dem böhmischen Zollpatente enthaltene und mit allen Aufschlägen gegen 100 Procent betragende Gebühr auf die ausländischen wollenen Waaren durchgehends auf 30 Procent ermässigt, denselben auch, wenn sie durch die österreichischen Lande nach Ungarn oder in andere fremde Länder debitirt werden, einen Rückzoll zugestanden habe, so erhebe der König von Preussen nicht allein den schon vorhin auf die österreichischen Tücher mit  $99\frac{1}{3}$  Procent gelegten Zoll, sondern er habe auch das



österreichische Mesulan einem 50procentigen Zollsatz unterworfen. Während österreichischerseits die Transitosätze überhaupt auf  $\frac{1}{4}$  Procent ermässigt worden seien, werden dieselben von dem durch Schlesien transitirenden Leinsamen mit 25 Procent abgenommen. Man speculire in Preussen, „wie die diesseits getroffenen Anstalten zum Nachtheile der österreichischen Fabriken auf indirecte Weise eludirt werden können“. Von dem Grafen von Chamaré sei die Nachricht eingelaufen, dass der schlesische Rasch, welcher meistens nach Oesterreich abgesetzt werde, anstatt 30 mit 45 Ellen und anstatt 60 künftighin 90 Ellen lang gewebt und nach Oesterreich unter Angabe des alten Ellenmasses geschickt werde, wodurch aber das Zollregale um  $\frac{1}{3}$  verkürzt, mithin diese Waare auf einen solchen Preis gesetzt werde, dass sie mit den diesseitigen zu gleichen Preisen verkauft werden könne.

Es frage sich nun, ob man gegen die preussischen Erblande nicht Retorsionsmassregeln zu ergreifen und die preussisch-schlesischen wollenen, leinenen und baumwollenen Waaren mit einem höheren Zolle als bisher zu belegen berechtigt sei, und ob man nicht bei dem Transito dieser Artikel ebenfalls eine Steigerung der Gebühr vornehmen und bei der Ausfuhr nach dem preussischen Vorbilde gewisse Feilschaften, welche die Schlesier unumgänglich benöthigen, verbieten solle. Hiebei komme in Betracht, dass bei dem Consumo der König von Preussen alle aus den diesseitigen Ländern kommenden Gegenstände, deren seine Unterthanen nur einigermaßen entbehren können, auf das Höchste und solchergestalt impostire, dass dieselben dadurch einem Verbote gleich gehalten werden können, daher von preussischer Seite nichts mehr zu besorgen sei, wohingegen jene Feilschaften, welche seine Unterthanen entweder zu ihrem weiteren Handel unentbehrlich nöthig haben, wie Holz, Leinwand und Leinengarne, bei der mässigen Verzollung belassen werden. Die erbländischen Wollen- und Leinenfabriken seien durch die unaufhörlichen Bemühungen in solchen Stand gesetzt worden, dass der innere Bedarf erzeugt und der Abgang aus der Schweiz oder aus Sachsen beschafft werden könne. Wenn man daher gegen die preussischen Lande die Reciprocität anwende und nach dem dortigen Beispiel die eingeführten Waaren impostire, die sächsischen aber bei der jetzigen Verzollung belasse, so mache man sich dem Dresdener



Hof verbindlich, und er dürfte dadurch von weiteren Zollerhöhungen seinerseits abgehalten werden. Die bisherige Erfahrung lehre, dass man sich gegen den preussischen Hof niemals furchtsam erfinden lassen, dagegen aber auch, um ihm keine Gelegenheit zu geben, bei auswärtigen Höfen Klage zu führen, die Grenzen einer genauen Reciprocität nicht überschreiten dürfe. Nach Combination der Commerztabeln ergebe sich von selbst, dass durch Unterbrechung des Handels mit den preussischen Landen zwar anfangs einige an den äussersten Grenzen liegende Ortschaften beeinträchtigt, die gesammten Erblande aber keinen Schaden, sondern vielmehr mit der Zeit den grössten Nutzen haben, die preussischen Staaten hingegen auf das Empfindlichste leiden würden. Man finde daher keinen Anstand, die aus den preussischen Landen kommenden wollenen, leinenen und baumwollenen Waaren wenigstens mit 60 Procent in den deutschen Erblanden zu belegen. Da aber die besagten Waaren meistens in Ungarn Absatz gefunden und dort nur ein 30procentiger Zoll darauf gelegt sei, welcher vielleicht auch nicht so rigoros abgefordert werde, so sei auch in Ungarn ein 60procentiger Zollsatz einzuführen und an den Grenzen für die genaueste Visitation Obsorge zu tragen. Ungarn könne sich um so weniger darüber beschweren, als es ohnedies mit den sächsischen Landen und besonders mit Leipzig in einer grösseren Verbindung als mit Preussen stehe und von dort noch allezeit die nöthigen Waaren zu 30 Procent, und wenn sie über die Erblände verschrieben werden, mit einem ansehnlichen Rückzoll werde beziehen können. Was den Transito anbelangt, so scheine auch kein Bedenken obzuwalten, denselben auf die besagten Waaren nach dem preussischen Beispiele zu erhöhen, als dadurch einestheils der Debit der erbländischen Manufacturen derselben Gattung in auswärtige Länder mehr befördert und anderentheils derjenige Vorthail, welchen dadurch die preussischen Erblände bisher gezogen, den sächsischen Kaufleuten zugewendet, folglich diese Nation noch mehr verbindlich gemacht werde. Da man aber besorge, dass dadurch das Strassengewerbe wenigstens auf einige Zeit und namentlich jenes nach Triest leiden dürfte, es auch mit den Commercialgrundsätzen nicht übereinstimme, die Durchfuhr zu erschweren, so könnte es bei der bisherigen Ausmessung der Transitogebühr auch für die aus den preussi-



schen Landen kommenden Waaren noch belassen werden. Was die Ausfuhr anbelangt, so wisse man blos, dass wollene Gespinnste, Zucker, gemeine Asche, ferner Eisenstein aus den preussischen Landen nach Oesterreich auszuführen verboten sei, was aber um so leichter verschmerzt werden könne, als man bei Erzeugung der wollenen Gespinnste in den Erblanden anfangs, es den Schlesiern gleichzuthun; an Eisenstein, Zucker und gemeiner Asche sei kein Abgang; allein man habe die erwünschte Gelegenheit, den preussischen Landen den empfindlichsten Stoss zuzufügen, wenn man einige erbländische Effecten, welche die Schlesier unumgänglich aus diesen Landen nöthig haben, und die man auf andere Weise zu verschleissen im Stande sei, auszuführen verbiete. Hieher gehöre das aus Böhmen und dem österreichischen Schlesien in grösserer Menge ausgeführte Holz, ferner Kohlen, ohne welche die meisten schlesischen Bleichen auf einmal zu Grunde gehen müssen, und die man in den diesseitigen Landen zur Errichtung von Bleichen, wozu schon ein glücklicher Anfang gemacht worden sei, und zur Anlegung zahlreicher Glashütten nützlich gebrauchen könne, ferner Pottasche, welche die Schlesier bei ihren Bleichen nicht entbehren können, die man aber, wenn die Ausfuhr wieder gestattet werde, über Triest weit vortheilhafter abzusetzen vermöge. Die Ausfuhr dieser Artikel solle daher in die preussischen Lande bei einer Strafe von 100 Ducaten verboten werden. Der Schaden, den dadurch einige Private erleiden, dürfte nicht gross, dagegen der Verlust preussischerseits unwiederbringlich sein, und die Sachsen, wenn sie sehen, dass man gegen Preussen mit diesem Verbote vorgehe, werden von weiteren unbilligen Retorsionen um so eher abgehalten werden.

Ueber diese Anträge fand am 14. April 1756 eine Sitzung unter dem Vorsitze Ulfeld's statt. Die übrigen Theilnehmer waren Batthyany, Kaunitz, Haugwitz, Chotek, Bartenstein, Kannegiesser und Binder. Die Conferenz habe, heisst es in dem Sitzungsprotokolle, einestheils was das Recht und anderntheils was die Anständigkeit erfordere, in Consideration gezogen und befunden, dass, nachdem der König von Preussen auf eine recht feindliche Art wider die Erblande alles Dasjenige vornehme, was nur immer denselben zum Nachtheil und zum Abbruch geschehen könne, nicht der mindeste Anstand obwalte, gegen ein solches unnachbarliches Unternehmen um so un-



bedenklicher das nämliche zu verhängen, als diejenigen Dispositionen und Zollerhöhungen, welche man diesseits gemacht, durchgehends gegen alle fremden Lande vorgekehrt, dahingegen die preussischen Unternehmungen nur allein auf die diesseitigen Länder gerichtet seien, mithin die Schranken einer billigen Reciprocität keineswegs dabei beobachtet werden. Die Conferenz schloss sich auch sonst der Begründung des Vortrages vollständig an. Es handelte sich nur darum, wie der Schaden von den kaiserlichen Erblanden abzuwenden sei, d. i. wie die bisher aus den preussischen Landen bezogenen Naturerzeugnisse, welche für die diesseitigen Fabriken nothwendig seien, von anderwärts erhalten werden können, dahingegen, wie die erbländischen Industrieerzeugnisse, welche bisher nach Schlesien einen Absatz gehabt, unmittelbar in andere Länder debitirt werden können. In dieser Beziehung glaubte man aber unbesorgt sein zu können, „da das Commerziendirectorium schon viele gute Anstalten gemacht und noch weitere zu machen nicht ausser Acht setzen werde“. Es sei zwar nicht ohne Grund, dass durch das Verbot der Ausfuhr des Holzes und der Pottasche einige böhmische Grenzdominien, namentlich aber der österreichische Antheil Schlesiens und die mährischen Enclaven empfindlich leiden werden, aber es komme darauf an, dass die Grenzorte sich ihr Holz auf andere Weise, wie durch Anlegung von Bleichen, durch Errichtung von Glashütten zu Nutze machen, woran es den böhmischen Landen nicht fehle, jenen hingegen, welche hiezu keine Gelegenheit hätten, müsste der Schaden auf eine andere Weise ersetzt werden. Bei so bewandten Umständen, und da durch die vom Commerzdirectorium vorgeschlagenen Zollerhöhungen und Verbote den königlich preussischen Manufacturen ein heftiger und unheilbarer Stoss zugefügt, den diesseitigen aber emporgeholfen und die Sachsen bei gutem Willen erhalten werden könnten, habe man einhellig befunden, dass auf dem vom Commerzdirectorium vorgeschlagenen Wege vorzugehen, mithin die von demselben entworfene Publication zu erlassen nicht allein rathsam, sondern auch nöthig sei.

Durch Circulare vom 24. April 1756 an die Repräsentationen in Böhmen, Mähren, Schlesien, Oesterreich ob der Enns und Steiermark wurde gesagt, man habe bisher immer zugehopt, dass zum gemeinsamen Nutzen beiderseitiger Unter-



thanen zwischen Oesterreich und dem Berliner Hofe ein Commercientractat ehebaldigst zu Stande kommen würde, und es sei diesorts nichts ausser Acht gelassen worden, um einen so heilsamen Endzweck zu befördern. Die Ausfuhr und die Durchfuhr sei gegen die vorigen Zeiten nicht erhöht, sondern zum Behufe des reciproken Handels beträchtlich gemindert worden; und zwar zu einer Zeit, als von Preussen verschiedene aus den Erbkönigreichen und Landen kommende Feilschaften, ohne selbe anderen ausländischen gleichzuhalten, mit enorm hohen Imposten, zum Theil von 100 Procent, belegt worden seien, habe man den ehemaligen Aufschlag auf die wollenen Waaren namhaft und zum Theil auf mehr denn  $\frac{2}{3}$  herabgesetzt, ja, man habe zu einer grösseren Herabminderung sich für den Fall anerbotten, wenn man *ratione mutui commercii* auf einem billigen Fusse sich einverstehen könne. Allein dieses habe bei dem Berliner Hofe nicht verfangen, und obgleich in Oesterreich auf kein einziges aus den königlich preussischen Landen kommendes Natur- oder Kunstproduct im geringsten mehr als auf andere ausländische gleiche Producte geschlagen worden sei, habe man preussischerseits doch fortgefahren, verschiedene aus den hiesigen Erbkönigreichen und Landen kommende Feilschaften, namentlich Weine, ungemein höher als andere fremde gleicher Gattung mit einem zum Theile über 100 Procent betragenden Zoll zu belegen, und zwar unter dem Deckmantel *retorsionis juris iniqui*. Man wäre zwar vorlängst im Uebermass befugt gewesen, bei dieser Bewandtniss der Sachen dem Vorgange Preussens zu folgen, allein in der Hoffnung, denn doch eine Vereinbarung zu treffen, habe man es zu thun verschoben. Nachdem jedoch nunmehr mehrere preussische Verordnungen zum Vorschein gekommen, vermöge deren weitere sogenannte Repressalien allein wider die aus den Erbkönigreichen und Landen kommenden Waaren verhängt worden sind und gleichsam Alles versucht wird, um, wie man glaube, den Inwohnern der Erbstaaten recht wehe zu thun, überdies aber noch die Schuld Oesterreich zugeschoben werde, so sehe man sich, „um weder der Würde, noch den getreuen Unterthanen zu entstehen“, wider Willen bemüssigt, zu Gegenverfügungen zu schreiten, doch da man in allen Vorfällen gewohnt sei, sich eher allzuviel mässig erfinden zu lassen, als durchaus dasjenige zu thun, was man an Anderen missbillige, so be-



gnüge man sich, alle wollenen, leinenen und baumwollenen, aus den preussischen Landen kommenden Waaren im Consumo mit 60 Procent in allen Erblanden zu belegen, auch die Ausfuhr des Holzes und der Kohle, dann der gemeinen Pottasche aus den österreichischen in die preussischen Lande unter Strafe von 100 Ducaten zu verbieten. Auch die ungarische Hofkanzlei wurde von der kaiserlichen Weisung verständigt und die Veröffentlichung einer ähnlichen Verordnung empfohlen.

Am gleichen Tage erging an die Repräsentation und Kammer in Mähren die Verfügung, dass, da die preussischen Verordnungen sich auch dahin erstrecken, dass die aus dem preussischen in den österreichischen Antheil eingeführten Getreidesorten mit einer 30procentigen Ausfuhrgebühr belegt werden, wodurch aber den schlesischen Unterthanen der Bezug von dort allzu beschwerlich, wo nicht gar unmöglich gemacht wird, so sei es nöthig, auf solche Mittel und Wege fürzudenken, wie denselben das erforderliche Getreide aus dem Markgrafthum Mähren, welches daran einen Ueberfluss besitze, zugeführt werden könne. Es ergehe daher der gnädigste Befehl, zu überlegen und zugleich mit der schlesischen Repräsentation ein Einvernehmen zu pflegen, ob nicht, durch eine ordentlich eingerichtete Schiebung oder durch andere diensame Wege das Getreide aus Mähren nach Schlesien zu einem leidlichen Preise gebracht werden könne, folglich dadurch den mährischen Bewohnern ein Vortheil zugewendet, als auch den Bedürfnissen der schlesischen Unterthanen abgeholfen werden könne.

Und am 12. Mai erfloss eine Weisung an die Repräsentationen in Böhmen, Mähren, Schlesien, Oesterreich ob der Enns und Steiermark, worin aufmerksam gemacht wurde, dass durch die von Preussen ergriffenen Massnahmen der gegenseitige Material- und Specereihandel gänzlich gehemmt worden sei, es mögen daher die Kaufleute und die Handel treibenden Juden verständigt und angeleitet werden, sich bezüglich der fremden, früher durch Schlesien und die preussischen Lande bezogenen Material- und Specereiwaaren des Seehafens Triest zu bedienen, wo sie nicht blos zu genugsamer Correspondenz, zu unmittelbaren Bestellungen und Speditionen und auch zur Baratirung der inländischen Manufacturen um so grösseren Nutzen finden würden, als die durch die Meerhäfen ein- und ausgeführten Waaren bei dem Transito besondere Erleichterungen geniessen.<sup>90</sup>



Die von Diest am 14. Juli 1756 dem Grafen Kaunitz übergebenen Schriftstücke waren die letzten Preussens in der Handelsfrage. Neue Gesichtspunkte fanden sich daselbst nicht vor, entgegenkommende Vorschläge wurden nicht gemacht, und die politischen Ereignisse der nächsten Wochen machten dem Schriftwechsel ein Ende.

Ueberblicken wir den Gang der langjährigen Verhandlungen. In den Verträgen von Breslau und Berlin war eine verhängnissvolle Vereinbarung getroffen worden, die unstreitig nur einen provisorischen Charakter haben konnte. Der Status quo sollte wieder hergestellt werden und solange in Kraft bleiben, bis eine neue Vereinbarung zu Stande käme. Die Nothwendigkeit eines neuen Vertrages war unleugbar. Bereitwillig wurden in Wien die Forderungen des Berliner Cabinets erfüllt und die Beschwerden abzustellen gesucht. Die Uebergrieffe oder Verletzungen einiger Zollämter, über welche preussische Kaufleute Klage führten, können auf keine einzige Weisung der Wiener Centralbehörde zurückgeführt werden. Die Erledigung der von Dohna vorgebrachten Anliegen ist ein Beweis, dass man den vertragsmässigen Verpflichtungen nachzukommen suchte, und auch später noch, als man bereits über die für die österreichische Industrie ungünstigen Folgen bei Erhaltung des Status quo einen tieferen Einblick gewann, blieb die Einfuhr schlesischer Industrieerzeugnisse unbehelligt und erfolgte auf Grund der alten Zolltarife. Eine wesentliche Aenderung trat erst durch die Accise auf Fische, Oel u. dgl. ein, ferner durch Erhebung eines Transitozolles von Wein im österreichischen Schlesien, nachdem Preussen bereits früher eine für den Absatz österreichischer Weine nach dem preussischen Antheile Schlesiens schädigende Verfügung erlassen hatte. Ich wage nicht zu behaupten, dass man preussischerseits förmlich die Absicht hatte, den Consum der österreichischen Erzeugnisse zurückzudrängen, aber die Thatsache lässt sich nicht in Abrede stellen, dass die Einführung der Weinaccise diese Wirkung hatte. Die österreichischen Massnahmen waren dann in der Absicht erlassen worden, dem Staate grössere Einnahmen zu verschaffen. Wer den Zustand der österreichischen Finanzen jener Tage kennt, wird es begreiflich finden, dass man zu jedem Mittel griff, um nur einigermaßen neue Quellen für den Staatshaushalt zu erschliessen. Die von Oesterreich vorge-



nommenen Aenderungen wurden von einem gleichzeitigen einsichtigen Handelspolitiker, Sala von Grossa, vorausgesagt. Die bisherigen Begünstigungen für Schlesien, bemerkte er, werden nun aufhören, ebenso wie die Gewohnheit, Ungarn und die übrigen Erblände von Breslau auf dem Oderstrome mit Specerei-, Fisch- und dergleichen Waaren zu versorgen, besonders wenn man fortfährt, die Einfuhr des Ungarweins zu erschweren. Preussen hätte von Oesterreich in den ersten Jahren nach Abschluss des Friedens leicht grosse Zugeständnisse erlangen können, wenn es sich zur Herstellung des Status quo ante, mit anderen Worten zur Beseitigung der Weinaccise entschlossen hätte. Wohl wurden darüber in den preussischen Kreisen Berathungen gepflogen, aber finanzielle Erwägungen gaben den Ausschlag für die Beibehaltung der neuen Einnahmequelle.

Erst seit Chotek mit der Leitung des Commerzdirectoriums betraut worden war und an die Ausarbeitung neuer Zolltarife für die verschiedenen Länder Hand anlegte, erlangte man über die Tragweite des Status quo vollständige Klarheit, und die dauernde Aufrechterhaltung desselben konnte in dem Programme der österreichischen Handelspolitiker keinen Platz finden. Leider haben sich die österreichischen Staatsmänner, die mit der Führung der Verhandlungen mit Preussen betraut waren, nicht als gewandte Diplomaten erwiesen, und die von dem österreichischen Commerzdirectorium verfassten und in Berlin, sowie später an Dewitz und Fürst übermittelten Schriftstücke bieten dem Angriffe manche Blösse. Aber so sehr manche Behauptung angefochten werden mag, eine Vereinbarung mit Preussen lag in der ersten Zeit unbedingt in der Absicht Chotek's, und wenn dieselbe nicht zu Stande kam, so kann die Schuld nicht ausschliesslich Oesterreich beigemessen werden. Dass Preussen nur die Herstellung und dauernde Aufrechterhaltung des Status quo forderte, ist begreiflich, da es sich hierbei ausschliesslich durch die Rücksicht auf die Verhältnisse seines neu erworbenen Gebietes leiten liess, aber von dem Augenblicke an, als man sich zu Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Vertrages entschloss, war der einseitige und vielfach engherzige schlesische Standpunkt, den die Münchow, Massow, Schlaberndorf und deren Rathgeber mit Entschiedenheit vertraten, nicht mehr am Platze, und die öster-



reichische Forderung, dass der Vertrag sich auf alle Länder des preussischen Staates zu erstrecken habe, wenn den schlesischen Erzeugnissen in allen Gebieten des Habsburger Reiches besondere Vortheile eingeräumt werden sollten, eine durchaus berechnete. Die Zugeständnisse, welche von österreichischer Seite bei dem Consumzolle eingeräumt werden wollten, mögen als winzig erachtet werden, aber sie finden ihre Erklärung in dem mercantilistischen Standpunkte, der damals mit grösserer Schärfe als bisher nicht bloss die österreichische Verwaltung durchdrang, sondern fast in allen Ländern massgebend wurde. Formell hat sich Oesterreich bloss dadurch ins Unrecht gesetzt, dass es seinen Standpunkt über die Auslegung und Tragweite der Vertragsbestimmungen änderte und, während es früher die Verbindlichkeit des Berliner Vertrages anerkannte, später bloss auf dem Dresdener Vertrage fusste und sich dadurch mit dem Vorwurfe belud, dass es sich eingegangenen Verpflichtungen entziehen wolle. Nicht zur Entschuldigung, aber zur Erklärung muss in Betracht gezogen werden, dass die Männer, welche mit der Leitung der Handelsangelegenheiten betraut waren, bei dem Antritte ihres Amtes nicht die nöthige Kenntniss und daher kein bestimmt umschriebenes Programm besaßen. Graf Chotek hat sich erst nach Jahren eine gewisse Vertrautheit mit den wirthschaftlichen Verhältnissen der verschiedenen Länder erworben. Gleichzeitig Bancodeputationspräsident, erstrebte er anfangs durch seine Zolltarife grössere Einnahmen; erst später wurde er ein Anhänger weitgehender Prohibitionen, die bereits im Jahre 1749 Benedict Neffzer bei Verfassung des mährischen Tarifes im Interesse des heimischen Gewerbsfleisses, ohne jedoch Berücksichtigung zu finden, empfohlen hatte.

Zu dem Scheitern der Verhandlungen haben auch die schlesischen Handelspolitiker ihr Schärfflein beigetragen. Seit dem Beginne der Verhandlungen hat Preussen seinen Standpunkt oft geändert und dadurch eine Verständigung erschwert, zumeist dadurch, dass es für Schlesien in allen österreichischen Ländern grosse Begünstigungen in Anspruch nahm, ohne österreichischen Erzeugnissen in allen seinen Provinzen dieselben einräumen zu wollen, indem es sich bald dazu bereit erklärte, bald wieder die Abmachung bloss auf Schlesien beschränken wollte, mit dem gewiss nicht stichhältigen Vorwande, dass Handelsbeziehungen der österreichischen Ge-



biete zu den altpreussischen Ländern bisher gering waren. Selbst Fürst, der einsichtigste Handelspolitiker Preussens, hat seine Ansicht in dieser Beziehung oft geändert. Während er anfangs der österreichischen Regierung auf Einbeziehung aller Provinzen das Wort redete mit der zutreffenden Begründung, dass es sich bei dem neuen Handelsvertrage nicht um die Gegenwart, sondern auch um die Zukunft handelt, sprach er sich später für eine Beschränkung des Vertrages auf Schlesien aus, wodurch der von Oesterreich in allen Stadien der Verhandlung geforderten Reciprocität keine Rechnung getragen wurde. Vornehmlich die Consumzölle bildeten den Stein des Anstosses. Die Erhöhungen, welche Oesterreich in den Tarifen vornahm, waren bedeutend, aber die preussischen Handelspolitiker irrten, wenn sie behaupteten, dass bei der zugestandenen Begünstigung ein Handelsverkehr nicht möglich sei und schliesslich Forderungen stellten, die selbst von dem liberalsten Handelspolitiker nicht hätten gewährt werden können. Die von Preussen ergriffenen Retorsionsmassnahmen verschärften die Sachlage noch mehr, indem sie ausschliesslich gegen Oesterreich gerichtet waren, während die österreichischen Zolltarife allen Staaten gegenüber in Anwendung kamen und auch Sachsen trafen, mit dem ein lebhafter Verkehr von Böhmen aus getrieben wurde. Selbst die preussenfreundlichsten Beurtheiler müssen bei unbefangener Beurtheilung zu dem Ergebnisse gelangen, dass die preussischen Massnahmen nicht durch das wohl erwogene Interesse geboten waren, sondern augenblicklicher Aufwallung und vielleicht zum Theil berechtigtem Unmuthen ihren Ursprung verdanken.

Die gespannten politischen Verhältnisse zwischen den beiden Nachbarstaaten haben unstreitig auf den Gang der Verhandlungen Einfluss geübt. An der Donau und an der Spree war das Urtheil über die Absichten des Gegners ein getrübt und vielfach unrichtiges, und die auf beiden Seiten herrschende Ueberzeugung, dass der andere Theil nur darauf sinne, einen neuen Kampf heraufzubeschwören, hat in den strittigen Punkten, deren es in diesen Jahren so manche gab, eine Verständigung erschwert.<sup>91</sup> Gewiss, die österreichischen Staatsmänner waren nicht von freundschaftlichen Gefühlen für Preussen beseelt, und es wäre Thorheit, ihnen daraus einen Vorwurf zu machen, allein es ist ein gewaltiger Irrthum, alle Massnahmen, die im



Interesse der wirthschaftlichen Entwicklung Oesterreichs ergriffen wurden, blos in dem Hasse wurzeln zu lassen, den man gegen den Nachbarstaat hegte, und in jeder wirthschaftlichen Massregel nur Feindseligkeit gegen Preussen zu wittern, in der angestrebten Ordnung des Münzwesens, in den zur Hebung Triest's ergriffenen Massnahmen, kurz in allen das Zollwesen betreffenden Reformen die Beeinträchtigung des Nachbarlandes als den leitenden Gesichtspunkt der Kaiserin und ihrer Rathgeber zu erblicken.

Derartige Behauptungen könnten nur dann mit einem Scheine von Berechtigung aufgestellt werden, wenn sich in der That der Nachweis erbringen liesse, dass die österreichische Staatskunst seit dem Aachener Frieden auf einen neuen Krieg mit Preussen unablässig lossteuerte, eine Ansicht, welche früher fast allgemein vertreten wurde, die sich aber nicht aufrecht erhalten lässt.

In Folge der Friedensschlüsse mussten verschiedene Gegenstände, über welche in den Verträgen Abmachungen getroffen worden waren, geregelt werden: die Reichsgarantie, die schlesischen Schulden, endlich die Handelsfragen. Dass die Haltung Oesterreichs, wodurch die Erledigung dieser Angelegenheiten verzögert worden sein soll, hartem Tadel unterzogen wird, kann man erklärlich finden, aber es ist ganz irrig, die verschiedenen Verhandlungsgegenstände, die seit 1749 Gegenstand des Schriftwechsels zwischen Wien und Berlin bildeten, mit einander zu verquicken, um daraus die Folgerung zu ziehen, dass man durchwegs nach einem bestimmten Plane vorgegangen sei, indem überall die Absicht des Wiener Hofes hervorleuchte, sich den in den Verträgen eingegangenen Verbindlichkeiten zu entziehen. Die Männer, welche mit den Verhandlungen über den Handelsvertrag betraut waren, können dafür nicht verantwortlich gemacht werden, was Bartenstein über die Reichsgarantie schrieb, und mir ist kein einziges Protokoll bekannt, welches dardun würde, dass man über eine Preussen gegenüber in allen strittigen Fragen einzunehmende Haltung einen Beschluss gefasst hätte. Bei dem geringen Zusammenhange der Centralstellen wusste eine Hand nicht, was die andere that. Bartenstein z. B., der eigentliche Leiter der auswärtigen Politik unter Ulfeld, hat Vielerlei geschrieben, wovon Chotek nicht eine Zeile zu Gesicht bekam. Für die Handelsangelegenheiten wurde, wie



dargelegt worden ist, eine Conferenz bestimmt, der alle an den preussischen Unterhändler zu übergebenden Schriftstücke zur Begutachtung vorgelegt werden sollten, die jedoch nicht immer zusammentrat. Bartenstein hat später manchmal das eine oder das andere von dem Commerzdirectorium verfasste Schriftstück auch nach seinem Austritte aus der Staatskanzlei einer Correctur unterzogen, meritorisch aber nichts geändert. Die Betheiligung an der Regelung der schlesischen Schulden lehnte Chotek ab. Bei den darüber geflogenen Verhandlungen war er nicht gegenwärtig, und von den Schriftstücken, welche die Commission der Staatskanzlei übermittelte, nachdem sie die Approbation des Kaisers Franz erhalten hatten, besass er zumeist keine Kenntniss. Die Männer, welchen diese Angelegenheit zugewiesen war, beriethen selbstständig und waren wieder, wie aus den Schriftstücken sich nachweisen lässt, über den Gang der Handelsfrage nicht unterrichtet.

Ausschliesslich verantwortlich ist Chotek nur für die Wirthschaftspolitik in den Jahren 1749 bis 1762, und bei den geringen Kenntnissen, welche er zur Zeit der Uebernahme des Commerzdirectoriums besass, lauschte er den Rathschlägen Jener, welche in hohen Zöllen und Verboten allein die Möglichkeit eines industriellen Aufschwunges erblickten. Chotek's Verwaltung der Industrieangelegenheiten unterliegt mancher Anfechtung, seine Handelspolitik strotzt von Irrthümern. Schon Zeitgenossen haben dieselbe getadelt. Nach dem Erlass der einzelnen Zolltarife wimmelte es von Klagen; die Kaufleute klagten, die Gewerbetreibenden klagten. Ohne Berücksichtigung der factischen Verhältnisse trieb er Zukunftsmusik und lullte sich in den Wahn, für den augenblicklichen Entgang in dem Verkehre mit dem Nachbarstaate baldigst Ersatz schaffen zu können, der sich jedoch nach Jahrzehnten noch nicht einstellte. Als weit-sichtige Handelspolitiker haben sich die damaligen Rathgeber Maria Theresias nicht erwiesen, da es im Interesse Oesterreichs gelegen gewesen wäre, die alten Handelsbeziehungen Böhmens mit dem abgetretenen Gebiete aufrecht zu erhalten. Es war Kurzsichtigkeit und Verblendung, wenn man die im Herbste 1754 ergriffenen Massnahmen für genügend hielt, um den aus dem Abbruch der Handelsbeziehungen erwachsenden Nachtheil von Oesterreich abzuwenden und die Ueberzeugung zu haben wähnte, dass die österreichischen Grenzgebiete geringeren Scha-



den haben dürften als Preussen. Wie man auch über die Handelspolitik des Grafen Chotek urtheilen mag, der Beweis wird sich nicht erbringen lassen, dass die von ihm ergriffenen Massnahmen die beabsichtigten Erfolge gehabt haben. Ein schlagender Beleg für die Irrigkeit des von ihm eingenommenen Standpunktes ist die unleugbare Thatsache, dass der Abbruch des Verkehres mit Schlesien noch nach Jahrzehnten tief empfunden wurde und die Herstellung eines freien Verkehres mit Leinen und Garn mit dem benachbarten preussischen Gebiete noch im 19. Jahrhundert als im österreichischen Interesse gelegen erschien.

### VIII.

Die Anregung zu handelspolitischen Abmachungen zwischen Oesterreich und Sachsen ging von Dresden aus. Der Antrag wurde in Wien gestellt, den Transit nach und von Polen zu erleichtern, theils durch Ermässigung der Gebühren, sodann aber auch durch Beseitigung des Strassenzwanges. In letzterer Hinsicht wurde der Wunsch ausgesprochen, einen Strassenzug über Gabel, Schildberg, Schönberg, Freudenthal, Bennisch, Troppau, Schönbrunn, Mährisch-Ostrau, Oderberg oder Freistadt zuzulassen, um den Handel nach Klempen, Volhynien, Podolien, Ukraine und Russland anstatt über Breslau treiben zu können.

Oesterreich erklärte sich bereit, den Transitozoll, der in Böhmen, Mähren und Schlesien je 1 Procent betrug, auf  $\frac{1}{2}$  Procent, und nachdem von sächsischer Seite dies als ungenügend bezeichnet wurde, auf  $\frac{1}{4}$  Procent herabzusetzen, so dass anstatt 3 Procent bloß  $\frac{3}{4}$  Procent zur Erhebung kommen sollten,<sup>92</sup> auch die Wahl der Strassen künftighin den sächsischen Kaufleuten freizustellen und ihnen zu überlassen, von Landskron über Schildberg und Schönberg nach Freudenthal und sodann über Troppau und Bielitz, oder von Landskron über Müglitz und Olmütz nach Neutitschein, von hier über Friedeck und Bielitz den Weg nach Polen zu nehmen. Dagegen sollte von Sachsen gefordert werden, dass die sächsischen Waaren über Georgenthal, Leipa, Leitmeritz, Saaz, Engelhaus, Carlsbad und Eger in das römische Reich gesendet werden und nicht die Strasse durch Baireuth, Sulzbach und Baiern nach Regensburg



mit Umgehung Böhmens einschlagen. Auch bezüglich der Ausfuhrgebühr war man geneigt, eine Vereinbarung zu treffen und für jene Artikel, welche Sachsen unumgänglich nöthig habe, wie z. B. Körner und Hopfen, Böhmen aber entbehren könne, den Zoll auf  $\frac{1}{4}$  Procent festzusetzen, aber die Bestimmung der Einfuhr- oder Consumogebühr habe jedem Landesfürsten frei zu bleiben, „um nach Beschaffenheit der Umstände den Consum in den eigenen Landen nach Gutdünken einzurichten“. <sup>93</sup> Den Consum sächsischer Manufacte zu erleichtern, welche man in den Erblanden selbst erzeuge oder leicht entbehren könne, hielt man nicht als „fürträglich“. Von Sachsen wünschte man bloß Zugeständnisse in Bezug auf den Transit österreichischer Erzeugnisse zu Lande, für Körner, Hopfen, Holz und Wein auch zu Wasser, namentlich um österreichischen und ungarischen Wein bis nach Hamburg versenden zu können. <sup>94</sup>

Sachsen legte jedoch auf die Herabsetzung einiger Einfuhrzölle und auf die Aufhebung einiger Verbote besonderen Werth, worauf man jedoch einzugehen nicht geneigt war. Man hatte auf sächsische Wollwaaren, besonders Tücher, einen hohen Zoll gelegt, weil man befürchtete, dass sonst durch die Einfuhr aus Sachsen die böhmische Wollmanufactur zu Grunde gehen müsste. In Nieder- und Oberösterreich bestand das Verbot mit Rücksicht auf die Linzer Fabrik. Eine Zurücknahme dieser Verfügungen erschien nicht thunlich. Nur jene sächsischen Waaren, welche den österreichischen Fabriken nicht nachtheilig waren, sollten möglichst „facilitiret“ werden, dagegen forderte man nur, dass Sachsen die für seine eigenen Fabrikate unschädlichen österreichischen Waaren auf einen „leidentlichen Fuss“ setze. <sup>95</sup>

Während Sachsen eine Herabsetzung der Zollsätze und besonders eine Milderung der im Jahre 1728 erlassenen Verbote verlangte, wollte es sich seinerseits bloß verpflichten, auf Retorsionen gegen Oesterreich zu verzichten, d. h. keine Erhöhung der Zollsätze für einige Waaren vorzunehmen. <sup>96</sup> Dies wolle soviel heissen, bemerkte eine österreichische, wahrscheinlich von Neffzer herrührende Denkschrift, dass man Oesterreich das Messer an die Gurgel setzen wolle, die mit so vieler Mühe und Arbeit errichteten Fabriken auf einmal über den Haufen zu werfen und die gesammten Erblände mit sächsischen Waaren zu überschwemmen, ohne dagegen den Erblan-



den den mindesten Vorthail anzubieten. Dies sehe der Fabel im Aesop nicht ungleich, und es scheine, die Herren Sachsen müssen glauben, dass hier keine Leute seien, die sich zurückerinnern, dass derlei Anträge schon oft gemacht und allezeit verworfen worden seien. Der Nachtheil der sächsischen Forderung für die Erblände sei so gross, dass derselbe weder durch Eröffnung der Elbe, noch durch andere Zugeständnisse ausgeglichen werden könne. Retorsion sei nicht zu befürchten, da Sachsen nichts beziehe, als was es für seinen Lebensunterhalt und seine Fabriken nöthig habe. Höchstens eine kleine Herabsetzung des Zolles auf wollene und leinene Erzeugnisse könne zugestanden werden, wenn Sachsen dem erbländischen Handel den recipirlichen Vorthail einräume.<sup>97</sup> Bezüglich des Garnaufschlages von 15 Kreuzern für das Schock, worüber Sachsen ebenfalls sowie Preussen Klage führte, wurde in einem der sächsischen Regierung übermittelten Promemoria vom 16. November 1751 in ähnlicher Weise geantwortet wie an Preussen: Die Einführung sei deshalb erfolgt, weil man wahrgenommen, dass die Spinner in Böhmen untüchtige, theils zu kurze und theils unterweifte Garne ausser Landes verkaufen und dadurch den Fremden übervorthailen, daher die böhmischen Garne in Misscredit setzen; um nun diesen Betrug abzustellen und auf Verfertigung unverfälschter Waare zu invigiliren, habe man Garnrevisoren angestellt, und die Auflage werde erhoben, um diesen eine kleine Besoldung zu verschaffen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen bot man Sachsen bei der Einfuhr nach Böhmen ein ‚Moderamen‘ von  $\frac{1}{6}$  der im böhmischen Tarife festgestellten Zollsätze an; Sachsen forderte jedoch, dass die wollenen, baumwollenen, leinenen Waaren, sowie Spitzen mit keinem höheren Zollsatz als 6 Procent belegt werden sollen.<sup>98</sup> Der karge Schriftwechsel der nächsten Jahre dreht sich um diese Frage. In einem österreichischerseits ausgearbeiteten Vertragsentwurfe wurden Sachsen dieselben Anträge gemacht wie Preussen: Nachlass eines Viertels der Zollsätze für sächsische, eines Sechstels für fremde Waaren, welche von sächsischen Kaufleuten eingeführt wurden. Die übrigen Bestimmungen waren aus dem zwischen Preussen und Oesterreich in Verhandlung stehenden Entwurfe entnommen; nur sollte auch die Strassenfrage vertragsweise bereinigt werden.<sup>99</sup>



Die Klage Sachsens, dass Oesterreich in seinen jüngst erlassenen Zolltarifen für Böhmen, Mähren und Schlesien eine Erhöhung der Zollsätze mit Rücksicht auf die sächsischen Waaren vorgenommen habe, wurde als unbegründet zurückgewiesen. Man habe keineswegs, heisst es in einem Promemoria vom 8. Januar 1754, das sächsische commercium allein zum Augenmerk gehabt, sondern den Zustand der eigenen Fabriken, worauf jeder Landesfürst den vorzüglichen Bedacht zu nehmen schuldig sei.

In Wien legte man auf eine Abmachung mit Sachsen grossen Werth: einmal um für die Erzeugnisse Böhmens wenigstens dieses Absatzgebiet sich zu sichern und die Verbindung mit dem deutschen Norden aufrecht zu erhalten, sodann aber, um einen Druck auf Preussen auszuüben, welches, wie man annahm, seine Forderungen herabmindern würde, wenn es in Erfahrung bringe, dass ein Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Sachsen zu Stande kommen könnte. Aber in allen Stadien der Verhandlung hielt man daran fest, dass durch die etwaigen Zugeständnisse an Sachsen den heimischen Fabriken kein Schaden zugefügt werde, und dass man ‚das Nämliche an Preussen ebenfalls einzugestehen im Stande wäre‘. Der förmliche Abschluss einer Convention sollte erst stattfinden, wenn mit Preussen eine Abmachung zu Stande gekommen oder der vollständige Abbruch der Verhandlungen erfolgt sei.

Auf Grund eingeholter Nachrichten glaubte man annehmen zu müssen, dass mehr Waaren aus Oesterreich nach Sachsen als umgekehrt geführt werden, daher ein grosser Unterschied zwischen Sachsen und Preussen obwalte. Allein noch Ende 1754 war man nicht gewillt, um jeden Preis abzuschliessen. Kursachsen könne die österreichischen Waaren schwer entbehren, man habe mithin keine Ursache, ‚gegen den dortigen sich ohnedies leicht zu übernehmen gewohnten Hof allzu weich erfinden zu lassen‘, andererseits schien es nicht rathsam, an Kursachsen etwas zu versagen, was an sich nicht unbillig und den Unterthanen nicht schädlich sei. Eine Verständigung zwischen Preussen und Sachsen ‚zum Abbruch Oesterreichs‘ wurde allerdings als nachtheilig angesehen, aber man wähte, dass eine solche nicht zu besorgen sei. Es wurde erwogen, ob Sachsen von etwaigen Verhandlungen und Gewährnissen nicht Missbrauch treiben würde. In dem erwähnten Vortrage vom



15. December 1754 wurde dargelegt: dass Flemming an Preussen etwas entdecken werde, sei nicht zu fürchten. Nicht im gleichen Masse sei man des Geheimrathes (*conseil privé*), durch dessen Hände die Commerzangelegenheiten gehen, sicher. Dem Vernehmen nach soll Preussen im Lande der Religion halber und Frankreich unter dem kursächsischen Adel aus verschiedenen anderen Ursachen viele Anhänger haben, die dortigen Minister Preussens und Frankreichs einander, was zu einer jeden Wissenschaft komme, getreulich mittheilen und gegen die Absichten Oesterreichs sich einstimmig anwenden und bearbeiten. Sachsen beklage sich ebenfalls über die österreichischen Tarife. Eine Verständigung zwischen Sachsen und Preussen müsste hintertrieben werden, da es schwerer wäre, sich gegen gemeinsame widrige Verfügungen zu verwahren, als gegen solche, die von Preussen allein ergriffen werden. Es verdiene Erwägung, ob nicht Flemming von dem Stande der Verhandlungen mit Preussen in Kenntniss gesetzt und demselben dargelegt werden solle, dass die Forderungen Preussens so weit gingen, dass, wenn dieselben zugestanden würden, mit keinem benachbarten Lande, am wenigsten mit Sachsen ein gemeinnütziger Handel mehr statthaben könnte. Keine auswärtige Waare gleicher Gattung werde in Oesterreich abgesetzt werden können. Der Nachtheil würde besonders Sachsen treffen. Zwar wolle Oesterreich nichts, was der wörtliche Inhalt des Dresdener Friedens enthalte, dem Berliner Hofe versagen, aber man wundere sich, dass Sachsen über die ihm von Oesterreich gemachten Eröffnungen sich bisher nicht ausgesprochen habe. Die Entscheidung über die Sachsen gegenüber einzunehmende Haltung sei der Staatskanzlei anheimzustellen.

Sachsen trug jedoch nicht allein die Schuld, wenn die eingeleiteten Verhandlungen keinen Fortgang nahmen. Die österreichischen Handelspolitiker haben zeitweilig, je nach dem Stande der Verhandlungen mit Preussen, die Verzögerung veranlasst, indem sie bald die Abmachung mit Sachsen von dem Fortgange jener mit Preussen abhängig machten und bald Sachsen eine grössere Begünstigung im Handel vor Preussen in Aussicht stellten, sodann wieder den Grundsatz verfochten, dass keinem Nachbar eine Begünstigung vor dem anderen zugestanden werden könne und Alles, was Sachsen einzuräumen möglich wäre, nur unter der Hand, und ohne dass es in die Augen



fielen, geschehen könne'. In einem vom 22. Januar 1755 von Flemming und Petzold unterzeichneten Promemoria wurde über die von Oesterreich vorgenommenen Tariferhöhungen Klage geführt und namentlich der erschwerte Verkehr mit Ungarn als den sächsischen Handel benachtheiligend hervorgehoben. Sachsen habe sich daher bemüsst gesehen, eine Anzahl von Kunsterzeugnissen mit einem dem österreichischen Aufschlag gleichkommenden Impost zu belegen, sei jedoch bereit, einen Tractat zu schliessen.

Als im Frühjahr 1755 das Scheitern der Verhandlungen mit Preussen immer wahrscheinlicher wurde, wünschte man um so mehr wenigstens mit Sachsen zu einer Vereinbarung zu gelangen. Am 9. December 1754 hatte Sachsen auf einige Waaren böhmischen Ursprungs einen Zoll mit 25 Procent (6 Groschen vom Thaler) festgesetzt, eine Erhöhung, die um so schwerer empfunden wurde, als auch der Absatz nach Schlesien durch die gesteigerten Zollsätze Preussens Abbruch erlitt. Chotek sollte mit Zuziehung Bartenstein's und eines Hofrathes des Commerzdirectoriums mit dem Grafen Flemming und Petzold in Verhandlung treten.<sup>100</sup> Eine Conferenz fand am 1. April 1755 statt. Ausser den Genannten nahmen noch Neffzer und Unkrathsberg daran Theil. Das Ergebniss der Zusammenkunft stellte eine Verständigung in Sicht. Oesterreich erklärte sich bereit, und der sächsische Bevollmächtigte war mit den Zugeständnissen einverstanden, Spitzen und Leinwände, feine gestrickte und andere baumwollene Waaren, feine wollene Harraszeuge und jene Tücher, deren Ellenwerth über 3 Gulden betrug, insoweit ein Verbot nicht schon bestand oder künftighin erlassen werden sollte, nicht höher als mit 15 Procent, Tücher im Werthe zu 3 Gulden und darunter, wollene, gewalkte und rauhe Zeuge, gröbere baumwollene Waaren und Cottenes mit 20 Procent zu belegen. Sachsen sollte sich verpflichten, die am 9. December erhöhten Zölle auf den alten Stand herabzusetzen und bei den alten Sätzen unabänderlich zu belassen.<sup>101</sup>

Diese Zugeständnisse an Sachsen, welche als das Aeusserste bezeichnet wurden, wenn die inländischen Fabriken nicht ausser Vertrieb gesetzt werden sollten, wurden im Hinblick auf die gleichzeitig mit Preussen schwebenden Verhandlungen gemacht, dem sodann dieselben Begünstigungen gewährt werden sollten. In Dresden lehnte man jedoch die österreichischen



Vorschläge ab. Die Forderung ging auf einen Maximalzoll von höchstens 10 Procent mit Beseitigung einer jeden Unterscheidung zwischen groben und feinen Waaren, was zu vielen Weiterungen und Beschwerden Anlass geben würde. Mit 10 Procent wollte sich die kursächsische Regierung nur in dem Falle zufrieden geben, wenn die österreichischen Kaufleute 5 Procent entrichten; sollte dieser Zoll herabgesetzt werden, dann müsste auch eine Herabminderung auf sächsische Fabrikate eintreten. Die österreichischen Fabrikanten, behauptete Sachsen, ersparen ohnehin an Transportkosten, verfügen über wohlfeile Rohproducte und billigere Arbeit, haben demnach grosse Vortheile voraus.<sup>102</sup>

Sachsen forderte ferner, dass der Consumozoll in Ungarn nicht über 5 Procent betragen dürfe, d. h. dass die bisherigen Zollsätze nicht geändert werden dürfen, während Oesterreich darauf hinwies, dass die sächsischen Waaren jenseits der Leitha ihren Anwerth behalten werden und wenn auch nicht unmittelbar, doch mittelbar Absatz finden dürften, da den österreichischen Kaufleuten ein Rückzoll bei der Ausfuhr nach Ungarn zugestanden sei. Auch bei den Transitosätzen stellten sich Differenzen heraus. Oesterreich sollte sich mit Erhebung einer  $\frac{1}{4}$  procentigen Gebühr begnügen, Sachsen aber einen Zoll bis  $1\frac{1}{2}$  Procent fordern dürfen. Bei der Ausfuhr willigte Sachsen in den österreichischen Generalsatz von  $\frac{1}{4}$  Procent, erhob aber für sich den Anspruch, seine bisherigen Gebühren aufrecht zu erhalten. Die sächsischen Anträge wurden als unannehmbar befunden. Das Commerzdirectorium sprach sich in einer ausführlichen Note vom 20. November 1758 an die Staatskanzlei darüber aus,<sup>103</sup> welche sodann am 13. December 1755 einer Berathung zu Grunde gelegt wurde. Sachsen, heisst es in dem Protokoll, sei von jenem, worüber man in der Unterredung vom 1. April einverstanden gewesen, wieder abgegangen und habe solche Propositionen vorgebracht, welche auf den Ruin der mit so viel Mühe und Arbeit errichteten erbländischen Manufactur abzielen. Man hatte Sachsen in Verdacht, dass es im Einverständniss und nach vorheriger Concertation mit dem preussischen Hofe die Anträge gestellt habe. Die Conferenz war mit den Ansichten der Handelsbehörde über Unannehmbarkeit der sächsischen Propositionen einverstanden, rieth aber, die Verhandlungen nicht abubrechen, um die Schuld auf den andern Theil schieben



und sich darüber durch die Herausgabe von Schriften rechtfertigen zu können.

Graf Brühl drohte, man würde sich genöthigt sehen, allen Handel mit den angrenzenden Erblanden aufzugeben, da Sachsen anderseits die Waaren ebenso leicht beziehen könnte.<sup>104</sup>

Am 24. Juni 1756 fand eine Zusammenkunft Rudolf Chotek's mit dem Grafen Flemming und Pezold statt. Von den sächsischen Vertretern wurde darauf hingewiesen, dass die von Oesterreich ergriffenen Massnahmen eine Hemmung der bisherigen Connexion zwischen den ungarischen und sächsischen Kaufleuten bezwecken, wenn die ersteren direct oder indirect von dem Besuche der Leipziger Messe abgehalten würden, da der eingeführte Rückzoll als ein ‚ansehnliches Temperament‘ nicht angesehen werden könnte, daher die Wiedereröffnung des unmittelbaren Verkehrs zwischen Ungarn und Sachsen gefordert werden müsse. Wenn die Ungarn und Siebenbürgen durch die Erhöhungen der Einfuhrzölle in dem Verkehre mit Leipzig gehemmt würden, werde der Schleichhandel über Breslau nach Ungarn zunehmen, ein offener Handel dahin aus der Türkei entstehen und den Ungarn von Marseille aus alle nöthigen Waaren zugeführt werden, wodurch man dem sächsischen Handel zwar schade, ohne sich selbst genützt zu haben. Von österreichischer Seite wurde hierauf erwidert, es sei nie die Absicht gewesen, den Ungarn den unmittelbaren Verkehr mit Sachsen zu sperren, sondern sie durch den gewährten Rückzoll nur anzulocken, sächsische und fremde Waaren lieber in Wien oder in anderen inländischen Handelsplätzen zu kaufen, um auf diese Weise auch dem inländischen Handelsmanne einen Vortheil zu gönnen. Von diesem Grundsatz könne man nicht abgehen. Wie stark auch gegenwärtig noch der unmittelbare Bezug sächsischer Fabricate sei, könne auch daraus entnommen werden, dass viele sächsische Waaren über Regensburg eingeführt werden, die in den Mauthbüchern als Regensburger Güter vorgemerkt seien.

Die österreichische Forderung, die Schifffahrt auf der Elbe betreffend, lehnten die Sachsen ab und waren nicht zu bestimmen, auch nur auf der Strecke bis Dresden eine Concession zu machen, aus Besorgniss, dass ‚der König von Preussen bezüglich der Schifffahrt von Magdeburg nach Dresden sich darauf steifen würde‘. Sachsen verlangte ferner, dass die Ausfuhr



von allen beiderseitig den Landesfabriken dienlichen Rohmaterialien und Waaren nicht durch neue Verbote oder Zoll erhöhungen erschwert werden dürfe, da eine derartige Massregel nur zur Zerstörung, mit nichten aber zur Beförderung des gegenseitigen Handels gereichen würde. Es würde sich vielmehr empfehlen, diejenigen Waaren, deren Ausfuhr bedenklich erschiene, namhaft zu machen und darüber eine Vereinbarung zu treffen, worauf österreichischerseits bemerkt wurde, man könne sich die Freiheit, nach eigenem Bedürfniss die Ausfuhr eines Landesproductes, es möge nun zum Lebensunterhalt oder zur Fabrication gehören, einzuschränken oder gänzlich zu verbieten, keineswegs nehmen lassen, das Gegentheil wäre eine ganz ungewöhnliche und vielleicht nie erhörte Sache. Die sächsischen Bevollmächtigten erkannten die Billigkeit dieses Vorbehaltes und nahmen dies ad referendum. Eine weitere Herabminderung der Einfuhrzölle, welche für Leinen und Spitzen, Woll- und Baumwollgarne bis auf 12 Procent gefordert wurde, lehnte Chotek ab. Oesterreich, bemerkte der Präsident des Commerzdirectoriums, könne darauf nicht eingehen, ohne die inländischen Fabriken im Keime zu ersticken. Dagegen stimmte er der Forderung zu, dass keiner fremden Nation irgend ein Nachlass gewährt würde, ohne dass den kursächsischen Waaren dieselbe Begünstigung zu Theil wird. Für die von sächsischen Kaufleuten eingeführten fremden Waaren einen grösseren Nachlass als  $\frac{1}{6}$  zu gewähren, lehnte Chotek ebenfalls ab, da man sonst entweder den eigenen Unterthanen das Nämliche eingestehen müsste oder sie selbst schlechter als die sächsischen gestellt würden. Das erstere würde den Gefällen und den inländischen Fabrikaten Abbruch thun, letzteres aber eine unerhörte Sache sein.

Der Krieg brach aus, ohne dass eine Vereinbarung erzielt worden wäre.

## IX.

Bald nach Beginn des dritten schlesischen Krieges wendeten sich ausserhalb der Festung Glatz wohnende Kaufleute nach Wien mit der Bitte, bei der Verzollung ihrer Waaren den einheimischen gleichgestellt zu werden. Das Gesuch wurde abgeschlagen. „So gerne man nun,“ heisst es in dem Vor-



trage, ‚in der gewissen Hoffnung, dass durch göttlichen Beistand besagte Grafschaft Glatz nebst ganz Schlesien in Kurzem wiederum unter die angeerbte und rechtmässige Botmässigkeit des Erzhauses gelangen werde, für die Supplenten eintreten wollte, stellen sich der Gewährung der Bitte mehrfache Bedenken entgegen, einerseits dass keine beständige Einrichtung gemacht werden könnte, und andererseits auch Unterschleife zu fürchten seien.‘ Auch nach Eroberung der Grafschaft wurden auf Befehl der Kaiserin von den Kaufleuten dieselben Zölle abgefordert, welche im April 1756 festgestellt worden waren. Nach Jahren wurde die Angelegenheit nochmals erwogen. In Folge der Klagen der Bewohner der Grafschaft machte der österreichische Commissär, Baron von Astfeld, den Vorschlag, alle glatzischen Producte wie erbländische zu behandeln. Von dem früheren Commissär Wimersperg lag ein Antrag vor, nur jene Fabrikate zu begünstigen, welche den Hauptstamm der Nahrung ausmachen: Tuche, ganzwollene und halbwollene Zeuge, Leinewaren, bearbeitete Rindshäute, Kalbfelle. Diese Waaren, welche bisher 30—60 Procent bei der Einfuhr in den Erblanden zu entrichten hatten, sollten mit 15 Procent belegt werden. Ein an die Kaiserin erstatteter Vortrag des Directoriums in publicis et cameralibus vom 11. Juni 1761 befürwortete die Gewährung dieser Erleichterungen mit dem Hinweise, dass es sich um 1000 Familien handle. Die Einwendung, dass dadurch die inländische Manufactur einen erheblichen Rückschlag zu befahren haben werde, sei nicht begründet. Glatz gehöre zu den Erblanden, und die Fabriken haben umsoweniger eine Verminderung ihres Verschleisses zu befürchten, als sie bei dem jüngst erlassenen Einfuhrverbote der wollenen Zeuge kaum im Stande seien, den Consum der deutschen Erblande, geschweige den Ungarns und Siebenbürgens zu decken oder etwa Waaren nach dem Auslande zu verführen. Durch die Herabsetzung des Zolles werde der Abgang gedeckt und die ‚Aemulation‘ vergrössert werden. Die Kaiserin forderte, ehe sie einen Entschluss fasste, das Gutachten Bartenstein’s. In einem Vortrage bemerkte er, auch er habe der Majorität beizustimmen kein Bedenken getragen, da die armen Einwohner der Grafschaft dabei einstweilen bestehen können, weil ihnen in den Hauptzweigen ihres Handels und ihrer Fabriken geholfen werde, er würde sich aber auch mit dem Antrage vereinigt haben, dass die



Einwohner der Grafschaft für erbländische Unterthanen anzusehen seien und deshalb dieselben Wohlthaten in der Ausfuhr, im Transit und Consum erhalten sollten. Diese armen Leute haben nichts verschuldet, und zum eigenen Nachtheile des Landesfürsten gereiche es, nachdem sie unter Preussen soviel ausgestanden, dieselben härter als andere zu halten. Er glaube nicht, dass man grosse Ursache habe, wegen Beibehaltung der Grafschaft Glatz in Sorgen zu sein, und es sei auch nicht rathsam, einige Unruhe deshalb blicken zu lassen. Böhmisches-Schlesien und die darin gelegenen Enclaven seien der feindlichen Gefahr weit mehr als die Grafschaft Glatz ausgesetzt, und dennoch werden sie in der Mauth den anderen böhmischen Erblanden gleichgehalten. Er sei der Meinung gewesen, dass sogleich, als die Eroberung der Festung Glatz erfolgt sei, Alles auf den früheren Stand, wie es vor dem Breslauer und Berliner Tractate war, bezüglich der Mauth hätte gesetzt werden sollen, und dies umsomehr, als die grosse Nutzbarkeit aus der überaus vielen Mühe sattsam anzunehmen sei, die sich vor dem gegenwärtigen Kriege der König von Preussen gegeben, um aus der Erwähnung des Status quo im Berliner Tractate die Folge zu erzwingen, dass auch unter seiner Innehabung die dortigen *Producta naturae et artis* den erbländischen gleichzuhalten wären. Bei dieser Sachbewandtniss könne er sich nicht vorstellen, dass, wie man gemeldet, der Staatsrath für bedenklich ansehen sollte, die Mauth von den dortigen Natur- und Kunstproducten dormalen und insolange man Glatz innehabt, anwiederum so herabzusetzen, als sie es in Lebzeiten des Kaisers Karl VI. war; er halte sich deshalb auch verpflichtet, die Kaiserin aufmerksam zu machen, dass sonst die Fabrikanten sich unter die preussische Botmässigkeit begeben dürften. Die kaiserliche Entschliessung pflichtete dieser Ansicht bei.<sup>105</sup>

Bei den Friedensverhandlungen zu Hubertsburg kamen auch die Handelsangelegenheiten zur Sprache. In einer Conferenz vom 9. December 1762, an welcher der Kaiser, die Kaiserin, Erzherzog Josef, die Grafen Ulfeld, Colloredo, Khevenhüller, Kaunitz und Collenbach theilnahmen, und die sich mit den Friedensbedingungen beschäftigte, wurde diese Frage in sorgsame Erörterung gezogen. Seit der Errichtung des Hofcommerciensrathes im Jahre 1762 begann sich allmählig ein Umschwung in den handelspolitischen Ansichten zu vollziehen. Während man



früher Handelsverträge für erspriesslich gehalten hatte und auch mit Portugal und Spanien, sowie mit einzelnen italienischen Staaten in Verhandlung getreten war, um österreichischen Erzeugnissen Absatz zu verschaffen, neigte man nunmehr der Auffassung zu, dass der Abschluss von Verträgen thunlichst zu vermeiden sei, eine Ansicht, die bis in unser Jahrhundert festgehalten wurde. Eine Abmachung mit Preussen sollte zwar nicht entschieden abgewiesen werden, und man zeigte sich auch geneigt, sich später in Verhandlungen einzulassen, allein eine hierauf bezügliche Bestimmung in dem bevorstehenden Friedenstractate sollte aus dem Grunde abgelehnt werden, weil dadurch der Friedensschluss eine Verzögerung erleiden würde. Um Irrungen hinsichtlich des Handels und des Tarifes zwischen Oesterreich und den preussischen Landen, die vor Ausbruch des Krieges zu so grossen Weitläufigkeiten Anlass gegeben haben, für die Zukunft zu vermeiden, sollte, um die Hauptsache, nämlich die Herstellung der Ruhe, dermalen nicht aufzuhalten, eine Verständigung darüber auf eine weitere, durch beiderseitige Commissäre vorzunehmende Verhandlung in Aussicht gestellt werden, inzwischen aber jedem Theile frei bleiben, die Mauthen und andere Einrichtungen in seinem Lande nach eigenem Belieben vorzunehmen. Auch wünschte man über die Schifffahrt längs der Elbe, da durch die sowohl von preussischer als auch sächsischer Seite erhobenen grossen Zölle der böhmische Handel bedeutenden Abbruch erlitten hatte, eine Vereinbarung zu treffen. In diesem Sinne lautete auch die an Collenbach ertheilte Weisung.<sup>106</sup> Als daher Hertzberg bereits in der ersten Zusammenkunft, die zu Hubertsburg am Neujahrstage 1763 stattfand, geltend machte, dass eine Verzichtleistung auf die früher eingeräumten Vorrechte mit der Absicht des Königs nicht vereinbarlich sei, erwiderte Collenbach, „dass durch den gegenwärtigen Krieg die früheren Tractate völlig aufgehoben worden seien, es daher in der beiderseitigen Willkür stehe, inwieweit man solche erneuern oder was man daran ändern wolle“.<sup>107</sup> Hertzberg nahm nämlich ein Vorrecht in commercieller Hinsicht mit Hinweis auf den Berliner Frieden in Anspruch, forderte die Festsetzung von „Interimsprincipien“, „bis etwa darüber ein Vertrag zu Stande komme“, was Collenbach entschieden ablehnte. Hertzberg theilte dem österreichischen Unterhändler mit, dass der König „ein in Commercialsachen erfahrenes Subjectum von Berlin nach Leipzig



kommen lassen und wenigstens einige allgemeine Grundsätze (*principia generalia*) in Vorschlag bringen wollte. Collenbach erwiderte, dass er weder zur Schliessung eines Handelsvertrages ermächtigt, noch instruiert, noch ‚von der sphaera‘ sei, um in *commercialibus* gebraucht werden zu können.<sup>108</sup> Hertzberg hoffte vielleicht mit der Drohung durchdringen zu können, dass, wenn Oesterreich zu einem Abkommen über den Handel in dem beantragten Sinne sich nicht bereit finden liesse, auch Preussen in der Religionsfrage keine Verbindlichkeit eingehen und die Berichtigung des Schuldenwesens bis zum Abschlusse des Handelsvertrages vertagen würde, ohne jedoch mit diesen Darlegungen auf Collenbach Eindruck zu machen.<sup>109</sup>

Die Haltung Collenbach's wurde in Wien vollauf gebilligt. Die Bestimmung von Principien, schrieb Kaunitz an Collenbach am 12. Januar 1763, schicke sich nicht für Präliminarien. Die Festsetzung derselben würde ebenso viele Zeit, Ueberlegung und Arbeit erfordern wie ein Commerztractat, und es wäre nicht ‚vorträglich, diesfalls in einige Verbindung zum Voraus einzugehen‘. Strenge genommen, bediente man sich derselben Gründe, welche Preussen gegen die Forderung Oesterreichs hinsichtlich der Elbe ins Feld geführt hatte, indem Hertzberg geltend gemacht hatte, dass diese Angelegenheit kein Gegenstand der Friedensverhandlung, sondern vielmehr eines Handelsvertrages sei. In Wien erklärte man sich damit vollkommen einverstanden, dass die Unterhandlung wegen der freien Schiffahrt auf der Elbe bis zu einer anderen Zeit und Gelegenheit ausgesetzt bleibe, forderte aber dasselbe für die den Handel betreffenden Fragen.<sup>110</sup> In einem am 23. Januar 1763 übergebenen preussischen Memoire wurde der ziffermässige Beweis zu erbringen gesucht, dass Oesterreich aus dem Handel mit Schlesien grosse Vorthelle ziehe, und Vorschläge über eine etwaige Verbindung gemacht. Die Ausfuhrzölle haben zur Friedenszeit keinen Grund zur Klage gegeben, hiess es daselbst, man könnte daher eine Abmachung treffen, dass dieselben auf demselben Fusse bleiben sollen, und nur jene Gegenstände namhaft machen, deren Ausfuhr beiderseits nicht verboten werden dürfe. Oesterreich habe die Consumimposten auf 60 Procent erhöht, die beiden Höfe sollen sich über einen Zollsatz von 10 Procent einigen, was für Oesterreich grössere Vorthelle nach sich ziehen würde, indem es von seinem Nachbarn



mehr Geld ins Land zöge und eine grössere Einnahme aus Zöllen und Accisen haben würde. Bezüglich des Durchfuhrhandels wurde die Einwilligung Oesterreichs gefordert, die Abgaben auf dem Fusse zu erheben wie in den Jahren 1739 und 1740, wogegen Preussen sich bereit erklärte, österreichische Waaren in allen seinen deutschen Staaten in gleicher Weise zu behandeln.<sup>111</sup>

Kaunitz gab zu, dass diese Handelsgrundsätze beim ersten Anblick sehr billig und in der Reciprocität begründet seien, aber in der That dahin zielen, die ‚Erhebung‘ der österreichischen Manufacturen zu verhindern. Die mitgetheilten Angaben über die schlesische Ein- und Ausfuhr wurden bemängelt: einmal fehlte die Angabe des Jahres, sodann wurden die Zahlen nicht für exact gehalten. ‚Wenn aber,‘ heisst es in der Zuschrift an Collenbach vom 27. Januar 1763 wörtlich, ‚die preussischen Principien so unschuldig billig und für uns vortheilhaft wären, als sie vorgestellt werden, so kann man unserer Einsicht und Aufmerksamkeit zur Beförderung des eigenen Vorthells so viel zutrauen, dass wir bei den künftigen Tractaten keine uns selbst schädlichen Schwierigkeiten erregen werden. Da aber über die nämlichen Principien bei der Unterhandlung mit Dewitz und Fürst ganze Risse Papiere pro und contra verschrieben worden, so könne man königlich preussischerseits nicht misskennen, dass es nicht eine so simple Sache sei, die nämlichen Principien ohne weitere Untersuchung zum Grund zu legen und sich zum Voraus die Hände zu binden. Dieser Artikel sei daher der einzige, worin nicht nachgegeben werden könne.‘

Um jedoch die Verhandlungen nicht aus diesem Grunde scheitern zu lassen, wurde Collenbach angewiesen, als äusserstes Auskunftsmittel den betreffenden Artikel des Dresdener Friedens von Wort zu Wort und ohne weiteren Zusatz dem nunmehrigen Friedensinstrumente einverleiben zu lassen, wogegen man sich bereit erklärte, von einer Vereinbarung über die freie Schifffahrt auf der Elbe abzustehen. In einer Weisung vom 28. Januar 1763 wurde wiederholt, dass das Ultimatum der Handelsangelegenheit in der wörtlichen Wiederholung des Dresdener Artikels bestünde, jedoch hinzugefügt, dass dies so viel als möglich zu vermeiden sei.

In der 12. Sitzung entledigte sich der österreichische Unterhändler seines Auftrages mit dem Zusatze, dass, wenn dem



König dieser Artikel in der vorgeschlagenen Fassung anständig wäre, er (Collenbach) keinen Anstand nehmen würde, die Rückgabe der Grafschaft und Festung Glatz anzutragen.<sup>112</sup> Hertzberg wünschte jedoch dem Artikel über den Handel auch die Worte hinzuzufügen, dass gleich nach dem Frieden Commissäre zur Errichtung eines Commerztractates ernannt werden sollen, was jedoch Collenbach mit dem Hinweise auf die erhaltenen Befehle ablehnte und die unveränderte Annahme der ihm von Wien zugesendeten Fassung forderte. Hertzberg brachte dann die Aufnahme des Dresdener Artikels ohne Zusatz in Vorschlag; Collenbach lehnte ab. Nun willigte Hertzberg ein, den Artikel in der vorgeschlagenen Fassung anzunehmen, aber, da Oesterreich sich in der Handelsangelegenheit unnachgiebig erwies, erklärte er, dass sich Preussen auch an die Stipulation in Religionssachen nicht binde; der König wolle zwar die katholische Religion aufrecht erhalten, aber an keinen Status quo gebunden sein, sich vielmehr die völligen Rechte der Souveränität bedingen.<sup>113</sup> Bereits in früheren Depeschen (23. und 25. Januar) hatte Collenbach von dieser Absicht Preussens Meldung gemacht.<sup>114</sup> Diese Nachricht berührte eine empfindliche Seite, und man war in Wien entschlossen, eher in der Handelsfrage nachzugeben und in den von Hertzberg geforderten Zusatz, dass gleich nach Schluss des Tractates Commissäre ernannt werden sollen, zu willigen, eventuell auch die Worte wegzulassen, dass bis zum Zustandekommen einer neuen Vereinbarung beide Theile nach Belieben Verfügungen treffen können.<sup>115</sup> Collenbach kam jedoch nicht in die Lage, von diesen neuen Weisungen über die Handelsangelegenheiten Gebrauch zu machen, da man sich nach mehrtägigen Debatten über die Religionsfrage einigte.<sup>116</sup>

## X.

Einige Wochen nach Herstellung des Friedens erfolgte im Mai 1763 die kaiserliche Entschliessung, „dass die preussischen Unterthanen und Handelsleute in der Mauthabgabe, sowie auch was die Einfuhr- und Ausfuhrverbote anbelangt, mit den übrigen fremden Unterthanen freundlicher Staaten ganz gleich gehalten werden sollen“. Durch Circulare an die Mauthämter vom 1. August 1763 wurden die als Retorsion im Jahre



1756 erlassenen Massnahmen beseitigt und verfügt, dass die preussischen Erzeugnisse wie alle fremden Waaren der Verzollung unterzogen werden sollen.<sup>117</sup>

In dem österreichischen Schlesien wurde der gesperrte Verkehr mit dem Nachbarlande tief empfunden, und es fehlte an Stimmen nicht, die einer Aenderung das Wort redeten. Der schlesische Alterspräsident Graf v. Sobeck legte in einem Memoire dar, dass die in Oesterreich und Preussen vorgenommene Erhöhung der Zölle Misstrauen zwischen beiden Höfen hervorgerufen, das gemeinschaftliche commercium zerstört, in den Erbländern, namentlich aber in Oesterreichisch-Schlesien, den Einwohnern die Nahrung benommen und den landesfürstlichen Zöllen den grössten Eintrag gethan habe; Oesterreich möge daher mit Ermässigung des Zolles auf feine schlesische Leinwände den Anfang machen und dadurch den König von Preussen zur Herabsetzung der Mauthen auf die erbländischen Weine bewegen. Auch beantragte er, den Münzfuss auszugleichen, um dadurch für die beiderseitigen Schlesien wohlthätig zu wirken. Das Promemoria gelangte mit kaiserlicher Signatur an die Commerzstelle. Das Votum einer gemeinschaftlichen Berathung lautete dahin, dass der Verfasser von demjenigen, was in commercieller Beziehung durch 16 Jahre verhandelt worden sei, und in welcher Lage sich der beiderseitige Handel befinde, wenig Wissenschaft habe; er irre sehr, wenn er glaube, dass man mit der Erhöhung der Zollsätze in Oesterreich den Anfang gemacht und dadurch den König von Preussen zu schädlichen ‚Reciprocationen‘ verleitet habe. Von preussischer Seite habe man mit der Zollerhöhung begonnen, besonders die erbländischen Weine mit einem starken Impost belegt. In Wien wäre man nur dem Beispiele gefolgt. Es sei richtig, dass man dem Weine einen Ausgang verschaffen sollte, allein man würde sich der Gefahr aussetzen, ‚dass vielleicht der König von Preussen nicht blos die Erleichterung auf die feinen Leinwände, sondern auch auf andere Waaren verlangen und auf diese Weise den guten Fortgang der Landesmanufacturen in Abfall bringen würde‘. Noch gefährlicher aber sei der Antrag über Ausgleichung des Münzfusses; denn gleichwie nie zu hoffen stehe, dass der König von Preussen den hiesigen Münzfuss annehmen werde, also wäre ein gänzlicher Umsturz des österreichischen Staates zu besorgen, wenn man sich den preussischen Princi-



prien nähere und auf eine geringere Ausmünzung denken wollte. Es sei daher von diesen Vorschlägen kein Gebrauch zu machen, ein Antrag, den die Kaiserin genehmigte.<sup>118</sup>

Ueber die Preussen gegenüber zu befolgende Zollpolitik wurden seit Herstellung des Friedens oft Berathungen gepflogen. Riedt, der Oesterreich am preussischen Hofe zu vertreten berufen war, erhielt in seiner Instruction für den Fall Weisungen, als wegen eines Commercientractates eine Anregung geschehen sollte. Er habe zu erwidern, dass Oesterreich dazu bereit sei, in diesem wie in allen übrigen Punkten des Friedensvertrages aufrichtig zu Werke zu gehen, allein dieses Geschäft sei von grossem Umfange und erfordere so viel Kenntnisse von der innerlichen Beschaffenheit der verschiedenen beiderseitigen Länder, dass ein Minister, der den Staatsgeschäften zu obliegen hat, hiemit unmöglich beladen werden könnte. Es sei ihm daher aufgetragen, dem Könige den Vorschlag zu machen, ob er nicht abermals einen dem Werke vollkommen gewachsenen Bevollmächtigten anher zu schicken sich entschliessen wolle. Man würde bald zu einem Abkommen gelangen, wenn man sich beiderseits an folgende Grundsätze hielte, dass der zu schliessende Handelsvertrag sich nicht einerseits auf Schlesien und Glatz allein, andererseits aber auf die diesseitigen Provinzen erstrecken solle, sondern er müsste alle beiderseitigen im Handel einen Zusammenhang habenden Länder zum Gegenstande haben. Bei der Einfuhr und Ausfuhr müsste die Reciprocität in gleichem Masse genau beobachtet und alle thunliche Erleichterung verschafft werden, wozu man sich von österreichischer Seite jederzeit willfährig gezeigt habe. Jeder Theil solle berechtigt bleiben, die Aufschläge im inländischen Consum nach Gutbefinden vorzunehmen und seine eigenen Unterthanen willkürlich zu begünstigen, endlich müsse den beiden paciscirenden Theilen unbenommen bleiben, bei der Ein- und Ausfuhr der Waaren Generalverbote zu verfügen.

Die Behauptung ist eine irrige, dass die erlassenen zahlreichen Verbote, die sodann in dem Patente vom 24. März 1764 zusammengefasst wurden, vornehmlich gegen Preussen gerichtet waren. Nicht einmal der Hinweis auf Preussen findet sich in den Schriftstücken. Auch der für Böhmen nicht unwichtige Verkehr mit Sachsen und Baiern wurde dadurch hart getroffen.



Eine Aenderung der handelspolitischen Massnahmen war nicht zu erwarten, namentlich seit Josef Einfluss auf die Geschäfte erlangte. In den österreichischen Kreisen fehlte es zwar an Männern nicht, die einer Erleichterung des Verkehres das Wort redeten, wie Philipp Graf Sinzendorf und später Graf Karl Zinzendorf. Die Ansichten des Ersteren wurden jedoch von dem Grafen Chotek energisch bekämpft und die Anträge des Letzteren als undurchführbar bezeichnet.<sup>119</sup>

Dagegen waren die preussischen Verfügungen ausschliesslich gegen Oesterreich gerichtet. Am 9. Mai 1764 erfolgte auf Weisung des Königs ein Einfuhrverbot für folgende Waaren aus Oesterreich: ganze und halbe Cottone, ganz- und halb- wollene Waaren, ordinäre Strümpfe und Tücher, Hüte, gezogene Leinwand, geblünte Wachseleinwand, glatte seidene Waaren, ganz- und halbseidene Tüchel und Strümpfe, seidene und reiche Bänder und Spitzen, seidene Dünntücher, glatte und geblünte Samme, ganz- und halbreiche Zeuge, goldene und silberne Gallonen, leonische Waaren, Messingknöpfe und andere Knöpfe, Spiegel, Glaswaaren, Bleistifte und Messingwaaren; demnach fast dieselben Artikel, welche durch Patent vom 24. März 1764 bei der Einfuhr nach Oesterreich überhaupt verboten worden waren. Den österreichischen Kaufleuten, besonders den Juden, wurde durch Verordnung vom 9. Mai 1764 der Besuch der preussisch-schlesischen Jahrmärkte, Breslau ausgenommen, untersagt. Beigefügt war ein Verzeichniss derjenigen Waaren, die in Oesterreich verboten sind. Am 17. Mai wurde ein Zoll von 30 Procent auf Victualien aus Oesterreich gelegt.<sup>120</sup> Am 7. Juli wurde die Einfuhr von Glas, zwei Tage darauf Eisendraht und Wollkratzen, am 13. Juli Haarsiebe, am 15. August steirisches und böhmisches Roheisen verboten. Im folgenden Jahre wurden noch andere Artikel hinzugefügt. Die Wollausfuhr wurde untersagt. Am 28. Juni 1764 erfolgte eine Verschärfung für die Ausfuhr von Wolle mit fünfjähriger Festungsstrafe bei Fremden und zehn Jahre bei Einheimischen.<sup>121</sup>

Gleichzeitig mit der Nachricht über die erlassenen preussischen Verordnungen gelangte auch ein Bericht des mährischen Generalcommandos nach Wien mit der Anzeige, dass der König von Preussen alle diesseitigen Waaren bei der Einfuhr in Schlesien auf der Grenze zu verbrennen anbefohlen habe. General Török bemerkte, dass sich dieses Verbot blos auf einige Artikel



erstrecke, und erbat sich die nähere Weisung, wie er sich bezüglich der verbotenen Waaren, welche aus Preussisch-Schlesien kommen, zu verhalten habe. Die Bancodeputation machte gleichzeitig in einer Note darauf aufmerksam, dass von preussischer Seite den erbländischen Unterthanen der Besuch der schlesischen Märkte verboten worden sei.<sup>122</sup>

In einem der Kaiserin vorgelegten Protokoll des Hofcommercienrathes vom 28. Juli 1764 wurde bemerkt, dass die Nachrichten nicht genugsam erhoben zu sein scheinen, da nicht zu vermuthen sei, dass man von preussischer Seite alle erbländischen Waaren einzuführen verboten habe, sondern nur jene, welche den dortigen Manufacturen Abbruch machen können. Der preussische Vorgang gründe sich auf den letzten Tractat und auf die Grundsätze der eigenen Convenienz, wobei umsoweniger Besorglichkeit obzuwalten habe, als der bisherige Handel mit Schlesien in ganz fertigen Manufacten zum Nachtheil der Erblände Oesterreichs mehr passiv als activ gewesen sei. Wenn hingegen Preussen das Verbot auf alle erbländischen Manufacte, so auf rohe Leinwand, Flachs, Wolle und Garne erstrecken würde, was jedoch nicht zu vermuthen sei, so würden dabei die Erblände in ihrer Gesammtheit mehr gewinnen als verlieren, da dadurch die Nothwendigkeit sich herausstellen würde, die Rohstoffe und die halbfertigen Waaren zur gänzlichen Verarbeitung in den österreichischen Staaten zu bringen, folglich auch dieselben nach Aussen zu verschleissen. Dies stünde aber gerade im Widerspruche mit den Absichten Preussens. Das Verbrennen oder das Vertilgen der Waaren sei in den preussischen Landen kein neuer, sondern ein gewöhnlicher Vorgang, indem die dortigen Verbote sich nicht auf die Einfuhr, sondern auch auf das Tragen der betreffenden Waaren erstrecken. Die Einschränkung des Handels der hiesigen Kaufleute in Schlesien habe keine besondere Bedeutung, weil dieser Handel mehr in einer minder beträchtlichen Krämerei bestehe, wofür schlechtes Geld eingehoben und zu verschiedenen Unterschleifen Gelegenheit geboten werde. Es scheine deshalb nicht nöthig, irgend eine Vorkehrung oder einen Schritt mehr oder weniger gegen Preussen zu machen, es sei vielmehr zu wünschen, dass bei den in dem Tractate, als auch in den darauf gefolgten Patenten festgesetzten Grundsätzen in Commercialangelegenheiten freie



Hand zu behalten, fest beharret werde, da die Gegenanstalten der Nachbarstaaten, worüber man sich jedoch beruhigen könne, selbst Gewähr bieten, dass durch die Anwendung derselben für die Erblande das Beste getroffen werde.

Die kais. Resolution auf dieses am 13. August herabgelangte Protokoll lautet folgendermassen: „Diese preussischen Vorkehrungen sind mit aller Gleichgiltigkeit anzusehen, doch aber ist dienlich, dass die Landesstelle in Schlesien hierwegen gründlich belehret, ingleichen die Mauthbeamten und das zur Mauthaufsicht mitgebraucht werdende Militare allenthalben klar instruiert werden mit dem ausdrücklichen Anhang, dass sie gegen die preussische Anordnungen nicht die mindeste Heftigkeit bezeugen und in denen in dem Patent nicht begriffenen Fällen dem gegenseitigen Commercio alle Förderung geben sollen. Gleichwie jedoch dem Lande Schlesien in specie ein Theil seines Verschleisses solchergestalten entgeht, so ist davon der umständliche Befund zu erheben und sodann dahin fürzudenken, in was anderweiter Art darunter die Aushülfe verschafet werden könne, als welches insonderheit in Ansehung derer Gespunsten nöthig seyn dürfte und darunter eine denen böhmischen und mährischen Landen vorträgliche Anordnung mittelst Beyhülfe der Commercialcasse getroffen werden könnte.“

Die gelockerten Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich und Preussen haben in Böhmen und Schlesien auf den Verkehr schädigend eingewirkt. Auch der geringe Absatz ungarischer Weine, worüber auf den Landtagen Klage geführt wurde, gab zu mannigfachen Erörterungen in den Kreisen der Handelsbehörde Anlass.<sup>123</sup> Ein Schriftstück vom October 1769 beschäftigt sich mit der Frage, „ob es räthlich sei, das commercium zwischen dem hiesigen Antheil Schlesiens und Preussisch-Schlesien zu eröffnen“. In demselben wird auf die „betrübtlich fortdauernde Hemmung des Handels und Wandels mit den angrenzenden königl. Preussischen Provinzen als eine empfindliche Drangsal“ hingewiesen, „welche bei Weitem jene übertreffe, welche dieser Bezirk während der harten Kriegsjahre empfunden habe“. Den Verfasser dieses Schriftstückes anzugeben bin ich nicht in der Lage.

Einen Monat später wurde über den Abschluss eines Handelsvertrages mit Preussen berathen. Ein Schreiben des Vertreters Oesterreichs am Berliner Hofe an den Grafen Kaunitz gab



die Veranlassung. ‚Gestern hat mir der Abbé Bastiani einen Besuch abgestattet,‘ meldet Nugent am 30. December 1769, ‚und bey solchem mir unter der Gestalt von Vertraulichkeit eröffnet, dass er vorgestern dem König dringlich vorgestellt habe, wie sehr zu wünschen wäre, wenn das österreichische und preussische gesperrte commercium eröffnet und den beyderseitigen Unterthanen der freye Handel und Wandel vergönnet werden möchte. Dadurch würde Oesterreich seine eigenen und andere Landesproducte bequemer absetzen und den nach Norden treibenden Handel merklich erweitern, Preussen hingegen die Waaren aus Italien und der Levante viel leichter an sich bringen und seine Land-, Fabriken- und Manufacturerzeugnisse mit viel geringeren Unkosten dahin verschaffen; er fügte noch hinzu, es lasse sich zwar dieser Baum nicht auf Einen Hieb fällen, doch könne man vorsehen, dass mit der Zeit dieses für beide Staaten gemeinnützliche Werk ganz gewiss zu Stande kommen werde. Ich habe ihm hierauf geantwortet, dass ich diese Sache nicht genug beurtheilen könne, weil hiezu viel genauere Landkenntnisse nöthig wären, als ich von den diesseitigen und jenseitigen Staaten hätte. Nachdem der Abbé Bastiani bloß für sich dergleichen Eröffnung mir nicht zu machen getraute, so vermuthete ich, dass er selbst von dem König mir all Obiges beyzubringen befehligt war.‘

Diesen Bericht übermittelte die Kaiserin mit einem Handschreiben an den Grafen Chotek am 16. Januar 1770 mit der Aufforderung, die Angelegenheit in Erwägung zu ziehen.<sup>124</sup>

Bereits am letzten Tage des Monats erstattete Chotek Bericht. Er habe, heisst es in dem von Degelmann concipirten Vortrage vom 31. Jänner 1770, in Folge des Auftrages mit dem Vicekanzler und Degelmann jenen Anwurf in Erwägung gezogen. Wir wurden einig, zuvörderst zu untersuchen, ob wohl zwischen beiden Staaten ein zu wechselseitigem Nutzen gereichendes commercium bestehen könne, ob solches sozusagen sich selbst überlassen wäre oder ob dabei Einschränkungen platzgreifen sollen. Die erste Frage scheine die wichtigste zu sein. Der Abbé Bastiani stelle zwar vor, dass den österreichischen und anderen Producten der Absatz gegen Norden verschaffet würde und Preussen sich über die Erblände mit Waaren aus Wälschland und der Levante leichter als sonst versehen könnte; allein es sei nicht abzusehen, welch' nützlicher



Handel mit dem Norden einzuleiten sein dürfte, da bekanntermassen der österreichische Staat in dem Verkehre mit dem Norden dermalen der leidende Theil sei; Juchten, Fischbein und Fischschmalz, Pelzwerk, Stockfische, Rhabarber, Leinsamen, Anis und andere Kleinigkeiten müssen mit Amsterdamer Briefen baar bezahlt werden. Die nordischen Lande erzeugen entweder die nämlichen Producte, wie: Kupfer, Eisen, Blei, Pottasche, Wolle, welche in den österreichischen Staaten im Ueberflusse vorhanden sind, oder sie begünstigen die eigenen oder aber die Manufacte jener Länder, mit denen eine nähere Handelsverbindung bestehe, derart, dass ausser einigen Glaswaaren und Federn keine Hoffnung zu einem nützlichen Handel mit dem Norden sei, als etwa mit einem Theile von Russland, und dieser Verkehr könnte leichter über die Moldau als über Polen und Preussen eingeleitet werden. Bezüglich Polens sei zwar die bequemere Strasse über Ratibor und der nach Breslau und Frankfurt an der Oder schon eingeleitete Handel bei einer Verständigung mit Preussen die Aussicht, daran mittelbar insolange theilnehmen zu können, als Preussen darauf beharrte, die sächsischen Fabrikate von seinen Handlungsplätzen auszuschliessen. Der unmittelbare Handel mit Polen scheine jedoch ebenfalls nicht unmöglich. Bezüglich der levantinischen und wälschen Waaren hingegen, wie Seide, Oel, Weinberl, Mandeln, zeige sich mehr Wahrscheinlichkeit, wenigstens in den preussischen und diesen angrenzenden Landen Vortheile für Triest zu erhalten, wenn nämlich angemessene Begünstigungen preussischerseits eingestanden werden. Der Transit schlesischer Leinwände, Tücher und Wollzeuge über Triest sei ohnehin in der Uebung und keiner Beschwerde unterworfen, dergestalt, dass es nur darauf ankommen dürfte, damit die schlesischen Handelsleute sich mit den Triestinern in nähere Verbindung setzen.

Der Handel zwischen Schlesien und den Erbstaaten bilde einen anderen Gegenstand der Betrachtung, dessen der Abbé Bastiani erwähnt. Der tägliche Handel an den Grenzen und auf den Jahrmärkten werde von Handwerkern getrieben und der Vortheil würde auf beiden Seiten bei dessen Wiedereröffnung ziemlich gleich sein; bezüglich der Producte, Halbfabrikate und Materialien zu weiterer Verarbeitung dürfte ebenfalls sich eine Ausgleichung treffen lassen; die Gestattung der unbeschränkten Ausfuhr von Holz und Kohlen mit Beobachtung



der Waldordnung, von böhmischen Gespinnsten und rohen Leinwänden nach Schlesien könnte die Anmuthung eines gleichen Vorganges preussischerseits in Ansehung des Ausfuhrverbotes der Wolle, des Flachses und Garnes nach Böhmen und dem diesseitigen Antheile Schlesiens billig machen; die hohen Zölle auf Getreide und Victualien beiderseits zu ermässigen, dürfte wenig Bedenken unterliegen, es bleiben also nur die Ganzfabrikate übrig, bei denen mit Auflassung der dermaligen Verbote gegen Preussisch-Schlesien dieses Land einen unfehlbaren Vortheil über die österreichische Industrie erhalten würde, den vielleicht Bastiani am meisten sucht. Allein man könnte diesseits vielleicht einen anderen Vortheil suchen, nämlich die Begünstigung der ungarischen Weineinfuhr in Schlesien. Ungarn bedarf noch wirklich fremder Wollenzeuge und Tücher, und die fremden, besonders die polnischen Leinwände seien daselbst aus einem fast ähnlichen Beweggrunde sogar mit einer geringeren als der sonst gewöhnlichen Mauth einzuführen gestattet. Es sei zwar nicht zu zweifeln, dass nach und nach und vielleicht eher, als man es vermuthet, dieser Abgang durch die erbländische Erzeugung werde ersetzt werden können, es sei aber doch nicht rathsam, den gegenwärtigen Zeitpunkt vorbeigehen zu lassen, um Ungarn den Absatz für seine Weine zu verschaffen, da man denselben vielleicht nicht so bald wieder finden werde, hingegen von dem dermaligen Bestande der Manufacturen hoffen könne, dass sie auch ohne den äussersten Zwang den benachbarten gleichkommen werden.

Der österreichische Gesandte in der preussischen Hauptstadt sollte angewiesen werden, wenn Bastiani nochmals über die Angelegenheit mit ihm sprechen sollte, oder wenn er selbst ‚ungezwungen‘ die Initiative ergreifen könnte, zu erkennen zu geben, dass er glaube, dass sein Hof ganz geneigt sei, zu einem Verhältnisse die Hand zu bieten, welches die Beförderung des wechselseitigen Handels zu beiderseitigem Vortheile zum Endzweck hätte, dass es aber darauf anzukommen scheine, erst zu wissen, worauf es beiderseitig zu gründen und worin es gegenseitig zu bestehen hätte. Die ganze Verhandlung dürfte jedoch nicht dahin eingeleitet werden, um einen förmlichen Handelsvertrag abzuschliessen und die in dem Dresdener Frieden sich vorbehaltene Freiheit der Verfügungen in Handlungssachen aufzuheben, was bei den benachbarten Staaten Aufsehen erregen



und zu unangenehmen Beziehungen Anlass geben würde, vielmehr hätte die Sache nur in den Schranken eines Verständnisses, welches durch die Uebung und die Verordnungen an beiderseitige Behörden bekanntgegeben würde, zu bleiben, das also ebenso bald in jenen Stücken selbst sich auflöst, wogegen von dem einen oder anderen Theile gehandelt werde. Der Beweggrund zu einem solchen Verfahren könnte sogar darin genommen werden, dass es selbst zum Nachtheile der preussischen Lande gereichen würde, wenn die besonderen Vortheile, welche man sich gegenseitig zugesteht, allgemein gemacht werden wollten, und dass dergleichen Begünstigungen sodann von weniger Dauer seien.<sup>125</sup>

Auch Sachsen gegenüber nahm Oesterreich eine ablehnende Haltung ein. Nach Erlass des Verbotspatentes vom März 1764 verbot auch Sachsen die Einfuhr österreichischer Waaren. Am 23. März 1765 wurde die Ausfuhr von Wolle nach Oesterreich und Preussen untersagt. Am 27. März erfolgte ein Einfuhrverbot für böhmische, mährische, österreichische und preussische Wollwaaren, jedoch nur für den inländischen Consum, dagegen wurde für den Grosshandel die Versendung in die Fremde freigelassen. Sodann wurden verboten: Waaren aus Baumwolle, Leinen, Kameelhaare, Seide, gold- und silbergewirkte Gegenstände, Stickereien, Hüte, Lederarbeiten, Erzeugnisse aus Messing, Kupfer, Stahl, Eisen, Zinn, Blei und anderen Metallen, Bier, Wein, Branntwein, böhmische Haarsiebe. Auch die Durchfuhr wurde erschwert. Die böhmischen Glashändler, die ihre Waaren nach Hamburg und Lüneburg sendeten, mussten den Weg über Leipzig nehmen, während sie bisher über Wittenberg gingen.<sup>126</sup> Sachsen belegte Getreide mit 30 und fremdes Vieh mit 10 Procent. Nach einigen Jahren wurden von sächsischer Seite Schritte zum Abschluss eines Vertrages gemacht. Der sächsische Minister Gutschmidt forderte Ermässigung der Zollsätze auf einzelne sächsische Waaren und Marktfreiheit für Kaufleute an einzelnen österreichischen Orten. Sachsen wünschte auch die Erleichterung des Transits nach Polen, da die ‚preussischen Vexationen‘ den Weg über Breslau erschweren, ferner Gestattung der Durchfuhr nach der Türkei, und zwar nicht bloß über Triest, sondern auch über Ungarn und Belgrad.<sup>127</sup> Der Commercienrath verhielt sich ablehnend, da seiner Ansicht nach ‚der sächsische Consum im Vergleiche zum erbländischen



sich wie 1 : 7 verhalte, der Vorthail für Sachsen daher siebenmal grösser sein würde; die Gestattung der Waarenausfuhr sei keine Gegenleistung, da sächsische Wolle trotz des Verbotes in hinreichender Menge zu haben sei; nur der Nachlass von Imposten auf Vieh, Getreide und einige Esswaaren könnte verlangt werden;<sup>128</sup> die dermalige Lage des Königreiches Böhmen gestatte nicht wohl, viele Aenderungen in Handelssachen vorzunehmen; der 1768 erlassene Transittarif sei ohnehin günstig, die Zölle für die Waarendurchfuhr nach Triest betragen  $1\frac{1}{4}$  Procent, über Belgrad  $1\frac{3}{4}$  Procent.<sup>129</sup> Da man jedoch die Angelegenheit als ‚ein Politicum‘ ansah, so wurde die Wohlmeinung der Hofkanzlei abgefordert. Dieselbe stimmte im Principe dem Commercienrathe bei, dass man sich in einen Handelsvertrag mit Sachsen nicht einlasse; da sich aber die böhmischen Stände über den gesperrten Handel und Wandel beklagen und in den Landtagsschriften dieses ‚Gravamen‘ geltend gemacht worden sei, sei der sächsische Antrag nicht gänzlich zu verwerfen, sondern die Antwort derart abzufassen, dass für die Zukunft nicht alle Hoffnung abgeschnitten sei.<sup>130</sup>

Man kann nicht behaupten, dass die in den Kreisen des Commercienrathes obwaltenden Ansichten über die Zollpolitik sich allgemeiner Zustimmung erfreuten. In dem Staatsrathe wurde in den nächsten Jahren zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, dass die Sperrung des Verkehres gegen Preussen und Sachsen unbedingt nachtheilig und die seit 1764 verschärfte Verbotspolitik namentlich für Böhmen schädlich sei. Auf die Handelspolitik hatte seit Schaffung des Hofcommercienrathes im Januar 1762 Degelmann, der entschiedenste Vertreter der Verbote, massgebenden Einfluss, auch sind die Einwirkungen des böhmischen Commerzconsesses, an dessen Spitze Graf Josef Kinsky stand, nicht zu unterschätzen. Dieser sonst um die Hebung böhmischer Industrie wohlverdiente gräfliche Industrielle sah nur in der Absperrung gegen Preussen und das Ausland überhaupt die Möglichkeit für die weitere industrielle Entwicklung seines Landes und ermüdete nicht, seine Ansicht in amtlichen Schriftstücken und in Briefen an den obersten Kanzler, R. Chotek, energischen Ausdruck zu geben. Die Stimmen aus dem Handelsstande verhallten, namentlich seit die grossen Kaufleute sich ebenfalls an industriellen Unternehmungen betheiligten und ihre früheren freisinnigen handelspolitischen Ansichten geändert hatten.<sup>131</sup>



Während des bairischen Erbfolgekrieges hatte die Kaiserin dem obersten Kanzler gegenüber mündlich sich dahin geäußert, den Kunsterzeugnissen der mit dem Erzhause im Kriege verflochtenen zwei Nationen Preussen und Sachsen den Eintritt in die Erblande zu verbieten, und den Auftrag ertheilt, mit den Finanzstellen darüber die nöthige Berathschlagung zu pflegen. In einem Gutachten wird nun darauf hingewiesen, dass eine Einschränkung von Waarenverboten auf Preussen und Sachsen allein sich gar leicht vereiteln lassen würde, indem die Waaren aus den feindlichen Ländern, wenn ihnen gleich der Eintritt unmittelbar gesperrt würde, dennoch mittelbar in die Erblande eingeführt werden könnten. Durch Patent vom Jahre 1774 war eine Verminderung der verbotenen Waaren verfügt worden, und es wurde daher erörtert, ob nicht wenigstens bezüglich jener Artikel, welche die Erblande aus Preussen und Sachsen in grösseren Mengen einführen, das Verbotssystem in derselben Weise wie im Jahre 1764 eingeführt werden solle. Dies wurde verneint, denn eine Beschränkung der Einfuhrverbote blos auf preussische und sächsische Waaren unterliege wichtigen Bedenklichkeiten, und der Verallgemeinerung der Verbote stünden nicht minder wichtige, vielleicht unübersteigliche Hindernisse im Wege. Als man in den Jahren 1763 und 1764 sich für das Verbotssystem entschieden habe, wurde man von anderen Gründen geleitet. „Man betrachtete es als eine der reichsten und verlässlichsten Quellen, um die Geschäftigkeit und Betriebsamkeit vieler Tausende durch den Krieg ohnmächtig gewordener, mithin theils brotloser, theils nicht hinlänglich genährter Unterthanen in einer beständig glücklichen Bewegung zu halten, die Steuern in die landesfürstlichen Cassen richtig einfließen zu lassen. Man hoffte dadurch auf die Verbesserung der Landwirthschaft hinzuwirken, besonders aber jene beträchtlichen Geldsummen, welche verschiedenen Nationen zuflossen, im Lande zu behalten;“ man sei von diesen Gesichtspunkten im Jahre 1774 abgegangen, und wollte man das Verbotssystem wieder, und zwar für die Dauer des Krieges einführen, so dürfte ein solcher Schritt in einem so wichtigen Gegenstande „der geheiligten Gesetzgebung verkleinerlich sein und eine Unschlüssigkeit in der Wahl der Grundsätze verrathen“. Man habe sich auch durch die Erfahrung überzeugt, dass Verbotsgesetze in Bezug auf die eige-



nen Manufacturen nur von einer sehr matten und kraftlosen Wirkung sein können, wenn sie nicht ebenso, wie in England und Schweden, mit der unüberschreitlichen Pragmatik vergesellschaftet sind, dass man die verbotenen fremden Waaren nicht tragen dürfe und daher, dass dieselben überall ohne Rücksicht auf die Person in Beschlag genommen werden sollen. Was die Frage anbelangt, ob es nöthig und ob es auch räthlich sei, die ohnehin noch bestehenden allgemeinen Verbote gegen Preussen und Sachsen noch weiter auszudehnen und zu verschärfen, so müsse in Betracht gezogen werden, dass Preussen keine Manufacturartikel habe, mit welchen es einen vortheilhaften beträchtlichen Handel in die Erblände treiben könnte; seine Manufacturen, als: gemeine, feine und mittelfeine Leinwände, Rasche, Gold- und Silberborten, Tücher werden auch in den Erbstaaten in Ueberfluss und in guter Qualität und zu anständigem Preise verfertigt. Und selbst wenn an den äussersten diesseitigen Grenzen österreichische Unterthanen sich in preussische Kunsterzeugnisse kleiden, so sei dies kaum zu hindern. Die diesseitige Bilanz sei eher activ als passiv. Wohl werden in Preussen die ungarischen Weine mit hohen Zöllen belegt, aber sie werden dahin in grossen Mengen geschwärzt und liefern dafür ansehnliche Summen den Erbstaaten. Die in Preussen mit dem schärfsten Ausfuhrverbote belegte Wolle finde ungeachtet des Verbotes den Weg in das österreichische Schlesien und nach Böhmen. Unsere Manufacturisten, heisst es wörtlich, fahren gut dabei; Dank sei dafür der Unaufmerksamkeit oder Eigennützigkeit der preussischen Zöllner. Bei Sachsen walten andere Gesichtspunkte ob. Es besitze wirklich leinene, baumwollene und schafwollene Artikel, welche es in anständigen Qualitäten und zu wohlfeileren Preisen als in den Erblanden verfertigt. Wozu sollte aber die Verschärfung der Verbote dienen, da gerade jene Artikel, die der erbländischen Erzeugung den stärksten Abbruch thun können, ohnehin durch das Patent vom 14. October 1774 verboten seien? Wenn daher die Zollämter ihre Schuldigkeit thun, so sehe man die Nothwendigkeit einer Verschärfung der Verbote gegen Preussen und gegen Sachsen nicht ein. Dazu komme, dass die wichtigsten Erzeugungsartikel der böhmischen Erblände, welche nach Aussen einen bedeutenden Verschleiss besitzen, Leinwände und Glaswaaren seien. Von diesen gehen nun einige Mengen über Triest



nach Italien, die weit grösseren Mengen nehmen ihren seit Jahrhunderten angewohnten Zug durch die sächsischen und preussischen Lande über Hamburg nach Cadix und von hier in das mittägige Amerika. Wollte man auch der Handlung den Krieg ankünden und durch Feindseligkeiten zu neuer Erbitterung Anlass geben, wer könnte wohl Preussen und Sachsen hindern, den Transito der österreichischen Leinwände und Glaswaaren zu erschweren, vielleicht zu verbieten, dadurch einen Activhandel von mehr als einer jährlichen Million ins Stocken zu bringen?

Die Kaiserin schloss sich diesen Ausführungen an und schrieb ihr ‚Placet‘ auf den Vortrag.<sup>132</sup>

## XI.

Nur mit einem deutschen Staate, mit Baiern, gelang es, nach mehrjährigen Verhandlungen eine handelspolitische Vereinbarung abzuschliessen. In dem am 22. April 1745 zu Füssen abgeschlossenen Verträge mit Baiern war in dem 15. Artikel die Bestimmung aufgenommen, dass alle ‚der Zölle, der Grenzen und der Innschiffahrt halber und sonst entstandene Irrungen nach Massgabe der Verträge noch vor dem Schluss des Definitivvertrages, an welchen sogleich Hand zu legen sei, abgethan werden sollen‘. Diese Vereinbarung fand jedoch nicht statt. Die Zölle Baierns waren in erster Linie für Tirol und Vorarlberg von Wichtigkeit, und die Tiroler klagten in Wien über die Nichtbeachtung der zwischen Oesterreich und Baiern bestehenden Verträge: Bei der Schifffahrt auf dem Inn und der Donau werden hohe Abgaben erhoben, vom österreichischen Wein werden 3 Gulden per Eimer abgefordert, mehr als derselbe koste,<sup>133</sup> die Verführung des Salzes aus Hall nach Baiern werde erschwert.<sup>134</sup> Als die Verbindung Josefs mit der bairischen Prinzessin in Sicht stand, regte der Hofcommerciensrath an, die freundschaftlichen Gesinnungen Baierns zu benützen, um die Absendung eines Commissärs zu erlangen. Allerdings musste man sich darauf gefasst machen, Baiern Gegenbegünstigungen einzuräumen. Oesterreich legte auf die Ausfuhr von Wein ein besonderes Gewicht. Nun hatte man in München nicht blos das österreichische Erzeugniss, sondern auch die fränkischen Neckar- und Rheinweine mit einer hohen Abgabe



belegt, um ‚das weisse Bier, so in Baiern einen wichtigen Finanzsprossen ausmache, in besserem Werth und Vertrieb zu erhalten‘. Baiern sollte eine Ermässigung des 30procentigen Zolles auf Leinwand angeboten und auch der Satz auf Leder herabgesetzt werden.<sup>135</sup> Die am 3. März 1765 herabgelangte kaiserliche Entschliessung enthielt die Weisung, sich mit dem Banco ins Einvernehmen zu setzen, den am 4. September 1628 geschlossenen Vertrag zu prüfen und sich darüber klar zu werden, welche Tarife damals bestanden; der Consumo sei von dem Transit zu unterscheiden, bei dem letzteren werde leicht auszulangen sein, ‚in Betreff des Consumo aber würde wider die neu angeknüpft werdenden Freundschaftsbande gehandelt werden, wenn der diesseitige Vorthail auf den Schaden des kurbairischen Hofes gegründet werden wollte‘. Es würde genügen, wenn der Kurfürst bewogen werden könnte, auf einen jeden Eimer Wein und Neckarwein den Aufschlag um 1 Gulden zu erhöhen, wodurch Oesterreich begünstigt und Baiern nichts verlieren würde. Ueber die Leinwand sei die Landeshauptmannschaft in Oesterreich ob der Enns zu vernehmen und dahin zu streben, dass Baiern Gmundener Salz abnehme, die Preise auf Salz und Tabak erhöhe.<sup>136</sup>

Die Absendung eines Beamten nach München wurde beschlossen. Der Gesandte Oesterreichs in München, Podstatzky, erklärte sich damit einverstanden, weil Baiern nur einen einzigen mit dem Mauth-, Commerciens- und Finanzwesen vertrauten Mann besitze, den es nicht entbehren könne.<sup>137</sup> Um die erforderlichen Weisungen ausarbeiten zu können, wurde von Tirol eine Denkschrift verlangt, welche Beschwerden man daselbst habe; es vergingen jedoch zwei Jahre, und noch war dieselbe nicht eingelaufen. Baiern belegte mittlerweile die Ausfuhr von Getreide nach Tirol mit einem höheren Zolle, worüber sich Graf Enzenberg bei der österreichischen Gesandtschaft in München beklagte. Die bairische Regierung entschuldigte ihre Massnahmen durch die Getreidetheuerung, welche den eigenen Unterthanen empfindlich falle, und wies darauf hin, dass in Böhmen die Getreideausfuhr gänzlich verboten worden sei, trotzdem habe Se. Durchlaucht eine Gegensperre nicht angeordnet. Da mittlerweile in Böhmen das Ausfuhrverbot aufgehoben worden war, glaubte man weitere Vorstellungen nicht machen zu sollen, indem man hoffte, dass Baiern eine Herabsetzung des Zolles vornehmen werde.<sup>138</sup>



Denn die Beseitigung der Erschwernisse des tirolisch-bairischen Verkehrs konnte man in Wien, auf den Füssner Tractat gestützt, fordern. Hinsichtlich der anderen Länder bestand keine Abmachung zwischen den beiden Staaten, und man musste sich auf Gegenforderungen von bairischer Seite gefasst machen. Der neue bairische Tarif belegte die Durchfuhr auf der Donau und dem Inn mit hohen Zöllen; von Donauwörth bis Passau musste vom Centner ein Gulden entrichtet werden. Die zu Lande durchgeführten Waaren wurden zur Hebung des Strassengewerbes begünstigt. Von österreichischer Seite hatte man sich wohl beim Reichshofrathe mit dem Hinweise auf die Reichsgesetze beschwert, wonach ohne Zustimmung des Kaisers höhere Zölle auf schiffbaren Flüssen von keinem Reichsstande eingeführt werden dürfen; aber der Reichshofrath hielt es für bedenklich, einen Schritt zu thun. In dem bairischen Zolltarife waren grobe Tücher, wovon die Elle weniger als 2 Gulden kostete, mit 15—20 Procent belegt, wodurch mährische und böhmische Tücher hart getroffen wurden. Der Commercienrath rieth, anstatt sich in eine Verhandlung einzulassen, die heimische Erzeugung durch Herabminderung der Zölle zu ermöglichen, um den Wettbewerb in Baiern aushalten zu können. Baiern bezog nämlich für seine Tucherzeugung die Wolle aus Ungarn, und der Centner war bei der Ausfuhr aus Ungarn, bei der Durchfuhr in Oesterreich, endlich bei der Einfuhr in Baiern mit Zöllen belegt, die im Gesamtbetrage 2 Gulden 33 Kreuzer per Centner ausmachten, während die Tuchmacher in Mähren an der ungarischen Grenze 36 Kreuzer, für den Transit in Oesterreich 3 Kreuzer und endlich als erbländischen Consumzoll 36 Kreuzer, zusammen 1 Gulden 15 Kreuzer zu zahlen hatten; in Böhmen kam noch der mährische Transitzoll hinzu. Der ungarische Ausfuhrzoll sollte daher herabgemindert werden. Die Kaiserin zog diese Modalität einem Vertrage vor, da es „ausgiebiger und verlässlicher sei, auf den Abzug der erbländischen Fabrikate zur Aufhelfung des Nahrungsstandes sorgsamst zu sehen“.

Baiern sprach den Wunsch nach einem Abkommen aus. In einem Gespräche mit Podstatzky brachte der Kurfürst die Angelegenheit zur Sprache und wünschte vorzüglich das Tiroler Salz „an sich zu lösen“, wodurch die Kaiserin einen sicheren und vielleicht grösseren Absatz als bisher erhalten würde, Baiern aber



den Vortheil erhielte, dass der Tiroler Salzverschleiss dem bairischen nicht im Wege stünde.<sup>139</sup> Durch Verordnung vom 8. September 1768 verfügte die bairische Regierung einen Zuschlag von 2 $\frac{1}{2}$  Gulden auf Wein und Branntwein, eine gegen Oesterreich gerichtete Massregel. Der Tiroler Consess rieth jedoch, sich in einen förmlichen Vertrag nicht einzulassen, wenn ja, dahin zu streben, dass die Weinausfuhr erleichtert würde. Mittlerweile hatte in Wien die Ansicht sich durchgerungen, dass es nicht räthlich sei, einen förmlichen Commercietractat abzuschliessen, da die eigene Convenienz und die freie Hand, sich hierüber nach Umständen benehmen zu können, weit vorzüglicher sei.<sup>140</sup>

Als der Kaiserin ‚Nachrichten, den Handel mit Bayern betreffend‘ vorlagen, erliess sie am 27. Juni 1770 ein Handschreiben an Rudolf Chotek mit der Weisung, ‚dass der Commerciensrath sich daran machen solle, den neuen bairischen Tarif mit dem alten zu vergleichen, um zu zeigen, um wie Vieles die Maut erhöht und welche Hauptstationen errichtet worden seien‘. Die Handelsbehörde brauchte einige Zeit, da über die bairische Mauth- und Acciseordnung vom Jahre 1765 nichts vorlag und sie erst Auskünfte von der Hofkammer erbitten musste.

Die Frage, ob Baiern eigenmächtig die Erhöhung der Zölle vornehmen könne, wurde dem Reichstage zur Entscheidung überwiesen.<sup>141</sup> Durch Beschluss desselben wurde dem Kurhause das Recht, die Zölle ohne Consens des höchsten Reichsoberhauptes zu erhöhen, abgesprochen. Von Seiten des Reichshofrathes wurde an den Kaiser ein Gutachten unter dem 20. März 1771 erstattet und ein Mandatum caesareum cassatorium und inhibitorium gegen Baiern erlassen.<sup>142</sup> In Folge dessen beabsichtigte man, die Wirkungen abzuwarten, ehe man sich in fernere Verhandlung mit Baiern einliess. Baiern entschloss sich, das kurfürstliche Collegium und das Reichsoberhaupt um eine neue Mauthconcession anzusuchen, und man hielt die Gelegenheit nunmehr auch für günstig, für die erbländischen Producte alle möglichen Vortheile für den Handel in das römische Reich zu erhalten, und glaubte bei den Verhandlungen von folgenden Grundsätzen, welche Freiherr von Borié, der damalige österreichische Directorialgesandte bei der Reichsversammlung zu Regensburg, in seinen Berichten an die



Staatskanzlei vom 9. Januar 1771 und 17. April 1772 formulirt hatte, auszugehen, einmal darauf zu bestehen, dass die bairischen Mauthtarife vom Jahre 1608 der Cynosur des bairischen Transitohandels zu Grunde gelegt werden, und darauf gesehen würde, dass auch bei einer neuen Mauthconcession der Transitarif nicht erhöht und mindestens, wenn dies geschehen sollte, die Freilassung von dem höheren Betrage für die österreichischen Waaren bedungen werde, wodurch natürlich die Erblande an und für sich einen beträchtlichen Vortheil erhalten würden; ferner die gänzliche Mauthfreiheit des Fürstengutes auszubedingen, worauf die Kurfürsten des Reiches ein Recht hatten. Diese kurfürstliche Präeminenz bestand auch darin, dass Korn, Wein oder andere Früchte, ferner Alles, was aus der Erde und den Bergwerken gegraben und gemacht werde, allerorten, wenn es ein Kurfürst als eigenes Gut ausser Land führen liess, zollfrei blieb, eine Bestimmung, welche von allen Kaisern seit Karl V. in den Wahlcapitulationen bestätigt worden war. Für die Durchfuhr der Waaren österreichischer Unterthanen durch bairisches Gebiet sollte dahin gewirkt werden, dass nur der Transitozoll vom Jahre 1608 zu entrichten käme oder, wenn etwa ein neuer Zollsatz eingeführt würde, nur die Hälfte desselben zu bezahlen sei. Schwierig war nur die Bestimmung, wer denn ein kaiserlicher Unterthan sei. Für die Angehörigen der deutschen und italienischen Erbstaaten war dies zweifellos, jedoch für die ungarischen Lande, welche mit dem römischen Reiche in keiner Verbindung standen, konnte dieser Anspruch nicht erhoben werden. Man beabsichtigte auch aus diesem Grunde keine derartige Forderung zu erheben, da die ungarischen Insassen darunter nicht leiden, indem die Ausfuhr ihrer Producte durch die deutsch-erbländischen Abnehmer bewerkstelligt werden könnte. Freiherr von Borié machte auch darauf aufmerksam, dass die alten kaiserlichen Mauthconcessionen nur für die herzoglichen und kurbairischen Lande verliehen worden seien; nun besitze aber Baiern auch die Oberpfalz und die Grafschaft Leuchtenberg. Wenn auch diese Gebiete einbezogen werden sollten und die reichsoberherrliche Bewilligung für den ganzen Länderumfang Baierns erfolgen sollte, so müsste die Fürsorge getroffen werden, dass die österreichischen Unterthanen in der Oberpfalz und in der Grafschaft Leuchtenberg ebenfalls nur die einfache Transito-



gebühr zu entrichten haben. Specielle Forderungen sollten an Baiern bei der Ausfuhr von Wein gestellt werden, und zwar für österreichische, tirolische, ungarische und italienische Weine, welch letztere über Triest kamen und nebst Branntwein und Rosoglio aus den Erblanden häufig nach und durch Baiern geführt wurden. Mauth- und andere Aufschläge zusammengekommen wurden in Baiern von dem Eimer 5 fl. 42 kr. abgefordert und zum Theil auch von den blos transitirenden Weinen verlangt, was den Verkehr um so mehr belästigte, als junge Weine im Durchschnitt einen Werth von 5—8 Gulden hatten, die davon entrichteten Gebühren aber zum Theil den Ankaufspreis überstiegen. Bei den Verhandlungen sollte gestrebt werden, dass von Wein keine höhere Gebühr, als in dem Tarife vom Jahre 1608 festgesetzt war, abgenommen werde, wodurch der sogenannte Grenzaufschlag für den transitirenden erbländischen Wein in der Höhe von 42½ kr. und für Branntwein mit 1 fl. 25 kr. hinwegfiel. Die österreichischen Weine hatten früher in dem bairischen Transitotarif ein besonderes Präcipuum, nämlich dass auf je 24 Eimer drei derselben als Füllwein auf Grundlage der kurfürstlichen Erklärungen vom 26. Februar 1698 und 8. December 1708 zugelassen wurden. Durch das Weinaufschlagmandat vom 24. Mai 1769 wurde diese Begünstigung aufgehoben, und es erschien nothwendig, dieses Präcipuum wieder aufleben zu lassen. Was die Consumogebühr anbelangt, schien es nicht wohl möglich, Baiern daran zu hindern, eine Erhöhung unter dem Titel der Contribution zu erheben. Im Jahre 1667 hatte Kurbaiern mit den tirolischen Abgeordneten sich dahin verglichen, dass die tirolischen Weine, wenn sie im Lande Baiern verbleiben, von dem im Jahre 1634 festgesetzten Aufschlag befreit bleiben sollen und blos die Aufschläge der Jahre 1612 und 1620 entrichtet werden sollten. Auf diesen Vergleich hatte das kurfürstlich bairische Weinaufschlagmandat vom Jahre 1769 keine Rücksicht genommen, für die Tiroler Weine sollte daher eine gewisse Begünstigung mit Rücksicht auf die früheren Verträge eingeräumt werden. Der grösste Verkehr der österreichischen Weine wurde durch Vermischung mit dem ungarischen getrieben, und es erschien nothwendig, auch solche Vorsichten zu treffen, damit der Verschleiss der österreichischen Weine desto ergiebiger und sicherer nach Aussen befördert werde. Die Ausfuhr der ungarischen



Weine zu Wasser von der ungarischen Grenze bis Wien war verboten, und man musste deshalb die ungarischen Weine von Hainburg bis Wien zu Lande führen, wobei sie jedoch mit folgenden Abgaben beschwert wurden: Zu Hainburg per Eimer mit 3 kr., bei Petronel 2 kr., bei Schwechat 6 kr., die kalte Mauth ebendasselbst 6 kr., die Hauptmauth zu Wien  $1\frac{1}{2}$  kr., die kalte Mauth 1 kr., bei der Ausfuhr zu Wasser  $1\frac{1}{2}$  kr. und als kalte Mauth 1 kr., zusammen daher 22 kr. per Eimer, abgesehen von den vielen Mauthen, denen die ungarischen Weine bei den verschiedenen Landschaften und Privatmauthstationen bei ihrer Weiterführung zu Wasser bis Engelhardszell an die österreichische Grenze unterlagen. Wegen dieser beträchtlichen Abgaben konnten auch ungarische Weine nur in geringen Mengen durch Oesterreich geführt werden. Diese Abgaben wurden mit Rücksicht auf die niederösterreichischen Stände bisher aufrecht erhalten, welche immer die nach der Ansicht der Wiener Behörden unbegründete Besorgniss hegten, dass durch die Erleichterung der Durchfuhr ungarischer Weine der Verschleiss ihres eigenen Erzeugnisses gedrückt werden dürfte; allein es wurde darauf hingewiesen, dass österreichische Weine in steigender Menge nach Ungarn geführt wurden, dass ferner in Baiern der österreichische Wein nur durch Vermischung mit dem ungarischen einen Absatz finde, und man schlug daher vor, dass jenen Unterthanen, welche 2 Eimer österreichischen Weins zu Wasser ausführen, auch 1 Eimer ungarischen Weins auf gleiche Weise von Ungarn aus auszuführen gestattet sein solle. Auch beabsichtigte man ein Weinlager zu Regensburg zu errichten, um Baiern mit den erforderlichen Gattungen von Weinen versehen zu können, gleichzeitig aber auch für österreichische Fabrikate, und zwar für böhmische und mährische Tücher, dann für Lederwerk eine Niederlage zu errichten.<sup>143</sup>

Anfangs Januar 1772 sprach der bairische Resident Mengwein im Namen des Kurfürsten den Wunsch aus, in eine Verhandlung einzugehen, und zeigte sich erbötig, die Beschwerden abzuthun, wenn nur dadurch der ‚wirkliche Spruch‘ bei dem Reichshofrathe zurückgehalten würde. In Wien war man bereit, auf diesen Antrag einzugehen.<sup>144</sup> Auch Oesterreich hatte Grund, die Begleichung der Differenzen zu wünschen, da eine Verbesserung der Donauzölle und der Schifffahrt gekreuzt wer-



den konnte.<sup>145</sup> Umfassende Studien wurden begonnen. Der Beginn der Verhandlungen verzögerte sich jedoch,<sup>146</sup> und erst als Anfangs März 1773 Kurbaiern die Genehmigung der neuen bairischen Zoll- und Mauthordnung vom Kaiser erbat, beauftragte Josef durch Handschreiben vom 10. März 1773 den Grafen Kolowrat, damaligen Präsidenten der Hofkammer, den Reichsvizekanzler einzuvernehmen, um sodann mit der bairischen Gesandtschaft die etwaige gründliche Ausgleichung dieses Gegenstandes fortsetzen zu können. Erst Ende August war man mit den Vorarbeiten fertig. Die Verhandlungen zogen sich aber in die Länge, und erst im Sommer 1775 konnten die Ergebnisse der Kaiserin vorgelegt werden. Auf das ihr vorgelegte Protokoll vom 7. Juni, welches über die Verhandlungen mit dem bairischen Gesandten am Wiener Hofe geführt wurde und am 4. Juli 1775 wieder herablangte, schrieb Maria Theresia eigenhändig: ‚Nachdem es auch Kaunitz gesehen, nichts zu erinnern weiss, placet.‘ Mit dem von der Staatskanzlei ausgearbeiteten Promemoria erklärte sich die Hofkammer im März 1776 einverstanden; im folgenden Jahre wurde endlich der Vertrag abgeschlossen, dessen Erneuerung nach dem bairischen Erbfolgekriege seit 1779 wiederholt ohne Erfolg angestrebt wurde.<sup>147</sup>

In der 1777 zwischen Oesterreich und Baiern abgeschlossenen Vereinbarung willigte der Kurfürst von Baiern, Maximilian Josef, ein, dass die Zollabnahme in seinen Landen nach dem äusserlichen Werthe des harten Thalers à 2 fl. 24 kr. zu geschehen habe, obgleich derselbe nach dem die Ausmünzung der Kölner feinen Mark Silber à 20 fl. bestimmenden Conventionsfusse nur 2 fl. gelte. In dem künftigen Transitotarife sollen nur folgende Waaren belegt werden: die Eisenstreck- und Hammerwaaren, Geschmeide und Stahlwaaren, Gläser und Glaswaaren, Getreide aller Gattungen, Vitriol und Kupferwasser, Brennholz (hartes und weiches Holz), hartes Binderholz, weiches Fassholz, das geschnittene Reif- und Küfenholz, harte und weiche Dachschindeln. Oesterreich erklärte, dass es sich wegen der ganz verschiedenen Beschaffenheit seiner und der kurbairischen Zollgerechtsame auf ein Reciprocum nicht einlassen könne, doch bleibe dem kurbairischen Hofe immerhin unbenommen, beim künftigen tirolischen Transitotarife seine besonderen Wünsche zu äussern. Die gesammten aus den k. k.



Erbländen ausgeführten Waaren, worunter auch die aus den ungarischen, böhmischen, galizischen, niederländischen und Erbstaaten verstanden werden, sollen von der doppelten Mauthabgabe in der Oberpfalz und in der Landgrafschaft Leuchtenberg befreit sein, wenn dieselben in ihrem Zuge auch die bairischen Lande betreten und der Zoll in Baiern eingehoben wird. Der Kurfürst verpflichtete sich, den Inhabern der Privatzölle in Baiern und der oberen Pfalz nicht zu gestatten, dass die hergebrachten Befugnisse missbraucht und die Handeltreibenden mit unrechtmässigen Exactionen beschwert würden. Der Transitotarif solle in den gesammten bairischen Landen nur einmal abgenommen werden. Wenn die k. k. Unterthanen mit ihren Gütern in Transito Baiern nicht allein, sondern zugleich die oberpfälzischen und leuchtenbergischen Lande betreten, so sollen dieselben von einer besonderen oberpfälzischen und leuchtenbergischen Zollabgabe befreit sein. Die k. k. Unterthanen seien sowohl im Consumo und Essito, als auch in der Accise durch alle bairischen Lande als gens amicissima zu behandeln, daher die Unterthanen der böhmischen, österreichischen, niederländischen und italienischen Erblände, sowie die aus ihnen in die bairischen oder aus letzteren in die ersteren geführten Producte und Waaren anderen Reichs- oder sonst am meisten begünstigten Ständen und Unterthanen in allen Gebühren gleichzuhalten, wogegen auch von Seite Oesterreichs eine gleiche Behandlung der bairischen Unterthanen in den Erbländen zugesichert wurden, jedoch mit der Ausnahme, dass unter den Meistbegünstigten jene Nationen, Territorien oder auch einzelne Stände nicht gezählt, noch verstanden werden, mit welchen von der einen oder anderen Seite der Handlung oder des Incolats wegen besondere Tractate bestehen. Die Einfuhr der in dem Königreiche Böhmen und den dieser Krone incorporirten Landen fabricirten geringhaltigen und gemeinen Tücher soll in die bairischen Lande gestattet und keine höhere Consumoaccise als 12 kr. vom Pfund entrichtet werden, unter welcher Gebühr der Consumozoll schon inbegriffen sei; diese Tücher sollen jedoch mit den gewöhnlichen Fabrikmeisterschafts-Beschauzeichen versehen und mit einer authentischen Essitoexpedition von einem k. k. Zollamte, welche bei der bairischen Eintrittsstation niederzulegen, begleitet, bei Ansage fremder für böhmische Tücher aber der



Confiscation unterworfen sein. Im Fall, dass in den k. k. Erblanden der Essitozoll von der erbländischen Wolle über die darauf dermalen bestehende Gebühr von 3 fl. 12 kr. für den Centner erhöht werden würde, solle Baiern die Consumoaccise ebenfalls, jedoch nur in der Proportion eines Kreuzers vom Pfund Tuch für jeden Gulden, der den dermaligen Essitozoll der Wolle übersteigt, höher stellen können; nicht nur die österreichischen, sondern auch die ungarischen und überhaupt alle erbländischen Weine sollen ohne Unterschied den Reichsweinen in allen Zöllen und Gebühren gleichgehalten und nie prägravirt werden. Von Oesterreich wurde zugesichert, der von Sr. kurfürstlichen Durchlaucht bei der römisch-kaiserlichen Majestät angesuchten Zollduplirung und deren Perpetuirung beizustimmen, auch dem Gesuche einer besonderen Zollbefugniss für die Oberpfalz und die Landgrafschaft Leuchtenberg nicht nur nicht entgegen sein, sondern allen thunlichen Vorschub geben zu wollen, jedoch dass die Zollsätze in den Tarifen für die Oberpfalz und die Landgrafschaft Leuchtenberg nach Mass der in dem kurbairischen Haupttarife herabgesetzten Artikel überhaupt zu beschränken wären. Oesterreich werde der von Kurbaiern nachgesuchten Duplirung der Chausséegelder, dann der sogenannten Wagen- und Deichselrechte nichts entgegensetzen. Das kurfürstliche Gut und ein jährliches Quantum von 42.000 Fässern Salz soll gegen anzusuchende Pässe durch die diesseitigen vorderösterreichischen Erblände auf allen mit österreichischen Zollämtern besetzten Strassen, mithin auch über Altdorf, Gäbratzhofen, Muthmannshofen und Dornweil zollfrei transitiren unter folgenden Bedingungen: dass das dermalige Mass und Gewicht der Fässer nicht überschritten, dass dasjenige Salzquantum, welches über jede der vorerwähnten Strassen zu transitiren hat, jederzeit vorläufig angezeigt und in dem Passe ausgedrückt, und dass den baierischen Salztrafikan-ten und Führern die heimliche Ablegung oder Ankaufung des Salzes in dem k. k. Gebiete scharf verboten und zu deren Bestrafung im Uebertretungsfalle kurbairischerseits hilfreiche Hand geleistet werde.

---



## ANMERKUNGEN.

---

1. Der achte Artikel des Berliner Vertrages lautet:

Pour mieux consolider l'amitié entre les deux hautes parties contractantes on nommera incessamment des commissaires de part et d'autre; pour regler le commerce entre les Etats et Sujets reciproques n. B. les choses restant sur le pied où elles étaient avant la présente guerre, jusqu'à ce qu'on soit convenu autrement, et les anciens accords au sujet du commerce, et tout ce qui y a du rapport seront religieusement observés et exécutés de part et d'autre.

Es fragt sich nun, was unter ‚anciens accords‘ zu verstehen sei, die in den Breslauer Präliminarien nicht erwähnt werden. Bekanntlich bedeutet ‚accord‘ Uebereinkunft, Vertrag, daher kann die Stelle nicht anders übersetzt werden als: die alten Verträge werden pünktlich gehalten werden. In einigen preussischen Schriftstücken werden, anciens accords ‚als alte Verfassungen ausgelegt, welche blos auf die zwei abgetrennten Provinzen Schlesien und Glatz Bezug haben, indem diese mit den übrigen k. k. Staaten, von welchen sie nunmehr getrennt sind, ein ansehnliches Commerz unterhalten haben‘. In den während der Verhandlung geführten Schriftstücken wird sich auf abgeschlossene Verträge nicht berufen. Nur Chotek macht einmal die Bemerkung, dass der Handel Schlesiens nicht das alleinige Object der Unterhandlungen sei, sondern aller Länder des Königs, besonders der am Oderstrome gelegenen (Fechner, Die handelspolitischen Beziehungen Preussens zu Oesterreich, Berlin 1886, S. 131). In der That sind zwischen Oesterreich und Preussen zweimal Verträge geschlossen worden, und die in dem Berliner Frieden erwähnten ‚anciens accords‘ können sich nur auf dieselben beziehen. Schmoller in seinen Studien über die wirthschaftliche Politik Friedrichs des Grossen (Jahrbuch für Gesetzgebung u. s. w. 1884, 2. Heft, S. 378) erwähnt nur den am 15. Juli 1728 ratificirten Vertrag, dieser wurde jedoch am 1. Juni 1737 in Wien auf weitere zehn Jahre verlängert; von preussischer Seite unterzeichnete denselben Christian von Brand. Eine Abschrift dieser Verträge befindet sich im Hofkammerarchiv Böhmen Fasc. 57. Meine Bemühungen aus den Seckendorf'schen Schriften Näheres zu erfahren, waren



aus dem Grunde erfolglos, weil ein grosser Theil derselben in dem Wiener Staatsarchiv nicht vorhanden ist.

Podewils übersendete dem Grafen Harrach ein auf den schlesischen Handel bezügliches Memoire mit einem Schreiben ddo. 21. Jänner 1746, dessen zwei letzten Absätze lauten:

Mais Elle [S. M. Prussienne] m'a ordonné, de recommander un article plus important à Votre Excellence, qui est celui, qui regarde le commerce entre les etats de part et d'autre, et le prompt redressement des inconvenients, qui s'y sont glissés au grand prejudice des etats reciproques.

J'ai donc l'honneur, d'envoyer le memoire ci joint là dessus à Votre Excellence, et cette affaire etant proprement de Son departement, Elle ne sauroit tomber entre de meilleures mains, à ce que le Roi Se flatte, Sa Majesté m'ayant ordonné, d'assurer Votre Excellence de toute Son estime, et je La supplie, de croire, qu'on ne sauroit rien ajouter aux sentimens de la considerations la plus distinguée etc.

#### Pro Memoria.

Einem Hochpreyßl: Kayßerl: auch Königl: Ungarisch und Boheimischen Ministerio wird vermuthlich ohnentfallen seyn, was maßen Königl: Preußischer Seits bereits anno 1743 bey demselben über die im Königreiche Böhmen und der Marggraffschafft Mähren veranlaßete Erhöhung der Imposten auff die aus Schlesien dahin und vice versa aus den Oesterreichischen Erb-Landen nach Schlesien gehende Wahren und Manufacturen verschiedentlich Beschwerde geführt und dahin angetragen worden, daß denenselben abhelfliche Maße gegeben, und das commercium zwischen Beyderseitigen Landen nach Vorschrift des 8<sup>ten</sup> Articuls des zu Berlin den 28<sup>ten</sup> July 1742 geschloßenen definitiv Tractats, auf eben denselben Fuß, wie es vor dem Kriege gestanden wiederum gesetzet und hinführo gelaßen werden möchte.

Es ist solches auch von des damahligen Königl: Böhmischen Ober Hoff-Cantzler, H: Graffen von Kinsky Excell: versprochen. Die hiernächst eingefallenen Irrungen aber haben vermuthlich verursacht, daß die verlangte Remedur nicht allein nicht erfolget, sondern auch dortigen Orts dem reciproquen Commercio noch grössere Lasten auferleget, und unter andern eine jede Elle Schlesische nach denen Österreichischen Landen transportirten Tücher mit 16 ggl. und jedes Anthal nach Schlesien gehender, und durch das Osterreichische Antheil dieses Hertzogthums passirender Weine mit einem Neuen Aufschlag von 16 gl. beschweret worden.

Gleichwie nun in dem jüngsthin zu Dresden glücklich geschloßenen Definitiv-Friedens-Tractat, der ehemahlige Berlinische Definitiv-Friedens-



Schluß vom 28<sup>ten</sup> July 1742 nicht allein zum Fundament gesetzt und in allen seinen puncten und Clausuln bekräftiget ist, sondern auch in specie dasjenige, was in dem letzteren wegen des Commercij disponiret gewesen, durch den 6<sup>ten</sup> Articul des ersteren dahin extendiret worden, daß beyde Höchste contrahirende Theile sich gegen einander verbinden, Ihrer respective Landen und Unterthanen reciproques commercium so viel als möglich zu favorisiren, und nicht zuzugeben, daß selbigem einiger Zwang oder chicanen zugemuthet werden, sondern solches vielmehr zum Besten ihrer Landen und Unterthanen zu enconrangiren und getreulich zu befördern, so lebet man Königl: Preuß<sup>r</sup> Seits der wohlgegründeten Hoffnung, daß Hochged<sup>s</sup> Ministerium nunmehr Keinen ferneren Anstand nehmen werde, dem ehemaligen, und in der Klaren Disposition der Friedens-Tractaten gegründeten Versprechen, wegen gänzlicher Abstellung der seit anno 1740 in denen dortigen Zöllen, zum praejuditz des Schlesischen Commercij, eingeführten Verirrungen seine vollkommene Erfüllung zu geben, nicht weniger pro futuro die gemeßene und deutliche Verfügung zu thun, daß hinführo in Ansehung des Commercii und der Zölle die anno 1739. emanirte Schlesische Zoll-Ordnung zur unveränderlichen Richtschnur gesetzt, und in allen Stücken auff das genaueste beobachtet, auch sonst von denen Wahren, welche in Schlesien fallen oder fabriciret und in die Oesterreichischen Lande verführet werden, Kein Consumo-Impost anders, als an denen Orten, allwo Sie würcklich consumiret werden, auch kein Höherer Satz als womit man dortiges Orts seine eigene im Lande zu consumirende Naturalia und artefacta zu belegen pfleget, abgefordert werden mögen.

Man versichert sich auch Königl: Preuß<sup>r</sup> Seits sothaner Wilfährigkeit umb so zuversichtlicher, als solches das dortige selbst eigene Interesse zu erfordern scheint, anerwogen bey der Situation beyderseitiger Länder und Ihres Commercii, da Mähren und Ober-Schlesien wie auch verschiedene Kreyße des Königreichs Böhmen Ihre producta fast nirgend anders, als in Niederschlesien mit Vortheil debitiren können, und weit mehrere Naturalia und Wahren in die Schlesischen Lande ablieffern, als Sie aus denenselben ziehen, alle Beschwerden, so man dergleichen Commercio aufleget, nothwendig denen Oesterreichische Unterthanen zur Last fallen, und Sie außer Stande setzen müssen, Ihre producta, wovon sich endlich Schlesien im Falle der Noth zimlich passiren kann, weder in so großer quantität, wie bishero, noch so vortheilhaftig an Mann zu bringen.

Die Antwort Harrach's, Dresden, 22. Januar 1746, enthält unter Anderem Folgendes: Quant au memoire sur le commerce, que Votre Ex-



cellence a bien voulu me communiquer, j'aurai l'honneur de lui dire, qu'au fond les Douanes ne sont point de mon ressort; mais, comme mon Emploi me donne bouche à parler sur tout ce qui concerne le bien du Royaume de Bohême, elle peut compter, que je me ferai une loi de concourir à tout ce qui pourra contribuer à la félicité des Sujets respectifs par une certaine aisance dans le Commerce, qui cependant selon mes principes doit être reciproque, dont je ne trouve aucuns vestiges dans ce memoire, ce qui pourtant m'alarme d'autant moins, que ce que je crois avoir l'honneur de connoître de la façon de penser de S. M. le Roi de Prusse, me persuade, qu'Elle ne balancera pas un instant de convenir, que cette reciprocité s'entend d'elle même. Je n'en dirai pas davantage aujourd'hui à Votre Excellence parce que c'est une matiere trop ample pour l'épuiser dans une lettre; il faut commencer par convenir de certains principes, et prendre pour unique point de vuë le bonheur des Sujets respectifs, ce qui exige plus d'une conversation, auxquelles je me pretterai avec plaisir avec celui, dont S. M. le Roi voudra bien charger en son tems de cette negociation, qui ayant bien daigné approuver le peu de remarques, que j'avois pris la liberté de faire sur nôtre Traité, ne me refusera certainement pas la même justice, lorsque je me trouverai à portée d'en faire au sujet du Commerce; les lumieres et l'équité de Votre Excellence me sont de surs garans de son concours, de même que de la justice, qu'elle voudra bien me rendre sur les sentimens pleins de la consideration etc.

Aus dem Original-Schreiben Podewils' an Harrach, ddo. Berlin, 27. Januar 1746: P. S. Pour ce qui regarde l'article du commerce, dont Votre Excellence me Fait l'honneur de me parler dans Sa lettre de 22<sup>o</sup> de ce mois, le Roi m'a ordonner de Lui repondre, que la reciprocité étoit juste et que Sa Majesté n'en avoit point fait mention dans le memoire, que j'ay envoyé par Ses ordres à Votre Excellence, puisque cela va de foi même.

Le Roi ne demande autre chose, si non, qu'en conformité de l'article VIII. du traité definitif de paix de l'année 1742, qui fait la base du traité de Dresde, les anciens accords et principes, qui ont toujours fait la loix du commerce de la Silesie et des états de la maison d'Autriche subsistent et demeurent dans leur entier, et comme nous attendons bientôt ici Son Excellence M<sup>r</sup> le Comte de Münchow, Ministre d'Etat du Roi et Chef President de Silesie, il sera à portée, pour pouvoir donner des lumieres ultérieures là dessus, dont Je ne manquerai pas en son tems, de faire part à Votre Excellence. J'ai l'honneur d'être ut in litteris.

Aus einem Schreiben Harrach's an Podewils ddo. Dresden 29. Januar 1746: Il en sera de même concernant ce que la Paix de Breslau,



que je n'ai pas à la main, peut porter au sujet du Commerce, l'intention de S. M. l'Imperatrice étant des plus pures à remplir les engagements de la Façon du monde la plus religieuse et entièrement conforme à la façon de penser de S. M. le Roi de Prusse. . . .

Vgl. die sonderbaren Bemerkungen Fechner's über diesen Schriftwechsel S. 32 f.

2. Ueber die Aeusserungen Kinsky's Fechner a. a. O. S. 35.

3. In der österreichischen Note vom 28. November 1749 (bei Koser, preussische Staatsschriften II, 124) heisst es: „Und so viel zwar den Punkt des Commercii anbelangt, ist sich in einem allschon im Jahre 1747 dem an Ihrem Hoflager befindlichen königl. preussischen Bevollmächtigten Herrn Ministro zugestellten und seithero einer späteren Schrift vom 15. November neuerdinger beigelegten Promemoria zu genauester Beobachtung dessen, was der achte Artikel des Berliner und der sechste des Dresdner Tractats vermögen, sobald das vollkommene Reciprocum königl. preussischer Seits eingeführet und die deme widerstrebenden Neuerungen abgestellt sein werden, auf das bündigste erboten worden“. Dass die österreichischen Beschwerden nicht unbegründet waren, geht aus dem von Fechner mitgetheilten Gutachten der Breslauer Kammer hervor (S. 49), die auch Abschaffung mehrerer angefochtener Accisesätze vorschlug, wie Herr Fechner meint, „allzu nachgiebig“. Treffend werden die Schwierigkeiten, welche durch die von Preussen eingeführte Accise hervorgerufen wurden, von Cauer „Zur Geschichte der Breslauer Messe“ in den gesammelten Schriften, „Zur Geschichte und Charakteristik Friedrich des Grossen“, Breslau 1883, S. 288 beurtheilt; vgl. auch die Bemerkung von Sala von Grossa S. 287.

4. Vortrag über das preussische Promemoria vom 9. December 1749 in puncto der Commercialgravaminum. In ähnlicher Weise wie in den „Anmerkungen über das preussische Promemoria vom 18. April“ (oben) wurde auch in dem Vortrage vom 9. December 1749 auf die 1743 erlassene Verordnung hingewiesen und bemerkt: Wenn man diese Verordnung nicht erlassen und dadurch zu erkennen gegeben hätte, dass unter dem Berliner Tractat, besonders soweit es das Commerciale betrifft, auch andere Erbländer verstanden werden, so hätte man diesen Vertrag vielleicht dahin auslegen können, dass derselbe lediglich von beiden Schlesien zu verstehen sei und daher auf andere Länder sich nicht ausdehnen lasse, allein durch obige Verordnung, welche die Preussen ganz gewiss in ihre Hände bekommen haben werden, habe man schon eingestanden, dass der Tractat auch auf die übrigen Erbländer sich erstrecke, und schwerlich werde man mit der von der Prager Zolladministration gemachten Deu-



tung sich losmachen können. Ausserdem dürften auch aus dem Jahre 1743 ganz generale Verordnungen vorhanden sein. Es sei zwar nicht zu leugnen, dass Preussisch-Schlesien *alterum tantum* gegen Oesterreich gewinnen werde, weil immer noch einmal so viele Waaren aus Preussisch-Schlesien nach Oesterreich als umgekehrt verführt werden. Nachdem man aber demjenigen, was man schon einmal erkannt habe, nicht widersprechen könne, so werde es allezeit schwer sein, jetzt mit einer andern Deutung des Friedens aufzutreten, sondern man werde schon in den sauren Apfel beissen müssen, dahingegen aber könne man diesfalls als *conditio sine qua non* setzen, dass auch preussischerseits alle diesseitigen Beschwerden behoben werden. Bezüglich der fremden aus Schlesien in die übrigen Erbländer eingeführten Waaren habe man früher eine mässige Gebühr genommen, weil die Waaren in Schlesien bereits die Consumgebühr entrichtet hätten und es daher wider alle Commercialgrundsätze gewesen wäre, von einer Waare in eines Herrn Landen zweimal den Consumzoll zu fordern. Da aber nunmehr das königl. preussische Aerar von fremden Waaren die Consumomauth in Schlesien einzieht, so würde dem österreichischen Staatsschatze eine Einnahme genommen, wenn man in den Erblanden die Consumogebühr abzunehmen nicht berechtigt sein sollte. Da nun nach Inhalt des Friedensschlusses Alles in *Status quo* bleiben soll, so scheine, dass man darauf beharren könne, dass das diesseitige Aerar auch bei seiner diesfälligen Possession geschützt, und weil es seine Gerechtsame nicht mehr in Preussisch-Schlesien ausüben könne, ihm ein solches in den übrigen Erblanden freigelassen werden müsse. Allein die Majorität bei dem Commerz-Directorio habe gefunden, dass, wie man sich in einem Punkte nach dem Buchstaben des Tractates halte, man auch dem preussischen Wunsche deshalb nicht entgegen sein könne, weil vor dem Kriege von derlei Waaren, wenn sie in Schlesien die Consumomauth schon entrichtet, in den übrigen Erblanden nur die halbe Consumogebühr genommen worden, wobei es denn auch, um den *Status quo* nicht zu alteriren, bleiben müsse. Hieraus folge, dass Preussen, wenn die Angelegenheit nach den in dem Friedenstractate gegründeten Principien gefasst werde, weit mehr als Oesterreich gewinne, und daher entstehe die Frage, wie die Angelegenheit anzugreifen, damit preussischerseits nicht ein allzu grosser Vortheil erlangt werde. Von Seiten des Commerz-Directoriums sei man des Dafürhaltens, dass das preussische Promemoria nicht unbeantwortet gelassen und am Ende die Antwort concludirt werden könnte, dass, nachdem preussischerseits der *Status quo* zuerst alterirt wurde, nunmehr nichts übrig bleibe, als über die in dem Friedenstractat selbst vorbehaltene gemeinschaftliche Convention zu deliberiren, um dadurch den allseitigen



Gravaminibus abzuhelpfen, wozu man sich diesseits bereit finden lasse. Hiedurch erreiche man die Gelegenheit, die Sache nach der Convenienz und Billigkeit, ohne Jemanden in einen allzu grossen Vortheil kommen zu lassen, auseinander zusetzen, oder aber bei nicht erfolgreichem Abkommen sodann dasjenige vorzunehmen, was die Anständigkeit und das Beste dieser Länder erheischt.

Fechner bespricht S. 16 ff. einige von Oesterreich seit 1741 vorgenommene Zollerhöhungen, namentlich in Bezug auf den Verkehr mit Schlesien. Diese Angaben stützen sich zumeist auf Mittheilungen einzelner Kaufleute, die nicht immer zuverlässig genug sind, um die gegen Oesterreich erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Manche Erlässe gingen auch nicht von der Behörde in Wien aus, sondern von den Zolladministrationen einzelner Länder, und gelangten erst zur Kenntniss in Wien, wenn preussischerseits Beschwerde erhoben wurde. So viel lässt sich jedoch behaupten, dass man sich in Wien beeilte, begründeten Vorstellungen Preussens zu entsprechen und die erforderlichen Weisungen zu erlassen. Am 3. September 1742 wurde ein Rescript nach Mähren erlassen, worin die Anfrage beantwortet wird, wie sich die Administration bezüglich der aus Breslau nach Mähren eingeführten Waaren zu verhalten habe, dass ‚zumalen sowohl quoad politicum als oeconomicum ein und anderes annoch zu deliberiren kommet, sie Administration bis auf Weiteres einlangende Verordnung indessen mit denen dahin aus Breslau ankommende Waaren wie bis anhero geschehen in Abnehmung der Zollgebühr zu verfahren und deshalb das weitere, wohin es nöthig, zu verfügen haben wird‘. Als die gesammten Tuchmacher der Grafschaft Glatz sich an den König mit einer Vorstellung wendeten, dass die Tücher und wollenen Zeuge, welche bisher nach Böhmen, Oesterreich und Mähren debitirt und versendet worden, nicht mehr dahin verhandelt werden können, weil jede Elle mit 8 kr. Zoll und 1 fl. Aufschlag belegt sei, die Einwohner daher ruinirt werden; sie bitten daher Remonstration zu thun, damit alle aus der Grafschaft Glatz ausgeführten Glatzer, Habelschwerter, Neuroder, Reinerzer und Wünschelburger Tuche und andere wollene Waaren mit einem moderirten Consumozoll belegt werden, eine Vorstellung, welche am 21. Februar 1743 an die preussische Regierung übersendet und in Wien mitgetheilt worden war, erhielt der preussische Vertreter in Wien den Auftrag, seriöse Vorstellungen zu machen. Nachdem Dohna in einem Promemoria vom 16. Februar diesem Auftrage nachgekommen war, wurde an die Zolladministrationen von Böhmen, Mähren und Schlesien am 12. April 1743 die Weisung erlassen, ‚dass jene in Preussisch-Schlesien wie auch in der Grafschaft Glatz fabricirten Tücher mittelst diesfalls gepflogener Einver-



ständniss in der Verzollung, wenn solche in das Königreich Böhmen oder nach Mähren oder Oberschlesien verführt und daselbst consumirt werden, wie vorhin gehalten, mithin in keiner Wege mit einiger Steigerung in Zoll und Aufschlag belegt, sondern als inländisch angesehen werden sollen; die Administrationen haben dies selbst *ad notam pro norma et observantia* zu nehmen, sowie auch das Weitere an die subordinirten Stellen zu verfügen'. Am 23. Mai 1742 wurde an das Mauthamt in Linz die Verordnung erlassen, für aus Schlesien und auch aus andern Orten eingeführtes Juchtenleder 6 fl. 40 kr. abzufordern. Am 15. Mai 1744 erhielt die böhmische Zolladministration die Weisung, zur Facilitirung des polnischen Handels gleichwie früher von Breslau dermal von Troppau einzuführende Juchten vom Centner 2 fl., von jenem aber, so von andern Orten in die kaiserlichen Erblände eingeführt werde, über die gewöhnliche Gebühr noch 8 fl. abzunehmen'. Bereits am 25. August 1744 wurde nach Böhmen und Schlesien und Mähren, nach Linz, sowie an die Hauptmauth zu Wien geschrieben, es sei, aus sonders unterwaltenden Umständen *resolviret* worden, die sowohl aus Schlesien als aus anderen Orten eingeführten Juchten nach der vorhinigen Gebühr vom Centner 6 fl. 40 kr. bis auf weitere Verordnung abzunehmen'. Am 29. Juli 1746 wurde die böhmische Administration angewiesen, dass es wegen Verzollung der aus Schlesien und Glatz eingeführten Tücher dermalen noch bei der anno 1743 diesfalls erlassenen Verordnung sein Verbleiben habe. Diese Weisung wurde bereits am 27. Januar mündlich ertheilt und über Ansuchen der böhmischen Zolladministration sodann schriftlich gegeben.

Am 2. December 1746 erging an die böhmische Zolladministration ein Erlass, 'es sei zu wissen nöthig, ob dermal die preussisch-schlesischen Waaren als in- oder ausländisch in dasigen Zollstationen verzollt, ob von den aus Preussisch-Schlesien eingeführten Waaren die Aufschläge und Zulagen abgenommen, zuvörderst aber was dermalen gegen vorhin von den glatzischen Tüchern für Zollgebühr abgerichtet wird'. Hierüber wurde ein Bericht gefordert. Auch nach Schlesien und Mähren erging an demselben Tage eine ähnliche Anfrage, nach Mähren noch mit dem Zusatze, 'wie es derzeit mit Abnahme des Zolles für schlesische Leinwand gehalten werde und ob in *re et modo* von der vorigen Observanz abgewichen werde'. Am 19. Januar 1747 wurde die mährische Administration nochmals angewiesen, Bericht zu erstatten. Dieselbe kam nunmehr durch ihren Brunn, 8. Februar 1747 datirten Bericht, unterzeichnet Neffzer, der Aufforderung nach. In demselben heisst es nun, die aus Preussisch-Schlesien nach Mähren gebrachten ausländischen Waaren, wenn diese den Consumozoll bereits bezahlt haben, als auch die schlesischen Fabrikate und Producte



werden in Folge des Deputationsrescriptes vom 3. September 1742 als erbländisch immer gabelirt. ,Die patentmässigen neuen Aufschläge von den ausländischen in Schlesien nicht fabricirten und nach Mähren gebrachten Waaren werden, wenn auch davon der ausländische Consum in Preussisch-Schlesien bezahlt worden sei, ex eo noch wie vorhin eingebracht, weil dieser Aufschlag in Schlesien nicht statuirt sei, mithin weder ehender noch dermal alldaselbst eingebracht wird, womit es sich ergebe, dass von schlesisch-preussischen Fabrikanten weder ein Aufschlag noch der ausländische, sondern, wie gesagt, der inländische Zoll bisher eingebracht worden, wiewohl man dieses Land dermalen wie ein fremdes anzusehen gehabt hätte; belangend den Aufschlag auf Fische, Zucker, Wachs, Oel, der in Schlesien ebenfalls eingeführt war, wurde in Mähren, wenn derselbe in Schlesien bereits bezahlt worden war und Attestate vorgelegt wurden, früher nicht mehr gefordert, dermal aber in Verfolg des Rescriptes vom 31. December 1743 ungeachtet der Attestate verlangt und verrechnet; man verhehle nicht, dass die Parteien, welche den Aufschlag von diesen vier Artikeln in Mähren entrichten und die Bezahlung mit den Bolleten erweisen, solchen von den preussisch-schlesischen Aemtern wieder zurück-erhalten. Was die Glatzer Tücher, sowie die schlesischen anbelangt, so entrichten dieselben das erbländische Vectigal, und zwar 30 kr. von den fein zugerichteten, von den gemein zugerichteten 10 kr., von den un-zugerichteten 6 kr. vom Stück, und man habe von der ehehinnigen erbländischen Verzollung im Verfolge des Rescriptes vom 12. April 1743 nicht abgehen können. Auch schlesische Leinwand werde nicht anders als vorhin mit dem erbländischen Zolle belegt, nur dass man nach Vorschrift des Vectigals von dem Werth eines Guldens nicht wie seit 1732 bis 1743 per abusum 2, sondern dermalen 3 kr. einbringe'. In Folge dessen ging an die mährische Administration am 4. März 1747 die Weisung: die 1742 erlassene Weisung bezüglich der Verzollung der preussischen nach Mähren gebrachten Waaren sei von der Administration in praejudicium aerarii sehr übel interpretirt und vier Jahre lang continuirt worden. Von nun an sei, wie in Böhmen und Oesterreich, von den aus Preussisch-Schlesien nach Mähren geführten ausländischen Waaren, wenn dieselben auch in Breslau den Consum entrichtet haben, nicht die erbländische, sondern die ausländische Zollgebühr abzunehmen. Am 4. März 1747 wurde an die böhmische Zolladministration die Frage gerichtet, ob von den aus Preussisch-Schlesien eingeführten ausländischen und daselbst verzollten Waaren, die nachgehends nach Böhmen verführt werden, die inländische oder ausländische Zollgebühr abgenommen werde. Am 8. Mai 1747 wurde an die schlesische Administration ein Rescript



erlassen, falls auch in Preussisch-Schlesien der Aufschlag bereits bezahlt sei, denselben dennoch von den zur Consumption eingeführten Waaren indistinctim abzufordern, übrigens sich in keine Correspondenz mit der preussischen Domänenkammer einzulassen. Am 26. November 1748 findet sich die Weisung, Preussisch-Schlesien sei in Telonia mit dem böhmischen Antheile Schlesiens als ein Land zu consideriren, was auch, wie aus einer Weisung an die schlesische Gefällsdirection vom 9. März 1753 hervorgeht, ‚bisher‘, d. h. bis zum Erlass der ‚vernewerten Zollordnung‘ befolgt wurde. Am 26. November 1748 erfloss das Rescript nach Schlesien, ‚zumalen ein und anderer Theil Schlesiens in der Verzollung für ein Land angesehen wird‘, so wäre die Anfrage des Administrators unnütz wegen des nach Mähren passirten Hornviehs zuvörderst da in der Bollete expresse beigerücket ‚satzmäßig bezahlt zu haben‘, daher das abgenommene Deposit sogleich zu restituiren und künftig mit derlei Vorstellungen zurückzubleiben, ausser es wäre ein mehreres Fundament obhanden. Am 4. März 1749 Rescript an die Administration in Schlesien: falls der Troppauer Jude Josef Lazarus nicht erweisen könne, dass er die aus Breslau eingeführten 360 Wiener Ellen goldener Borten erkaufte und davon die Ausfuhrverzollung entweder in Breslau oder in einer andern schlesischen Zollstation abgeführt, so habe es bei der Contreband allerdings sein Bewenden. Am 5. December 1749 erging nach Schlesien die Weisung, dass ‚occasione der durch das emanirte Polizeipatent inhibirten Einfuhr der fremden Waaren (es ist damit das September-Patent gemeint) die aus dem jenseitigen Schlesien auf die Jahrmärkte oder in andere Wege herüberkommende verbotene Effecten jure reciproci, da in verschiedenen Fällen von Zeit des hergestellten Friedens von Seiten Preussens innovationes gescheheten, zum Consum nicht zu admittiren, die aus dem jenseitigen Schlesien nach Ungarn, Siebenbürgen oder in auswärtige Länder transitirende Waaren aber mit behöriger Praecautio passiren zu lassen‘. (Das betreffende Actenstück fehlt, die Angabe dem Index entnommen.) Am 11. December 1749 eine Anfrage nach Mähren, ob und was für eine Abänderung bezüglich der schlesischen Leinwände und Schleier seit Abtretung Schlesiens und auf wessen Veranlassung eine derartige Verfügung geschehen. Auch aus dem Jahre 1751 liegen einige Verfügungen vor, wonach die preussisch-schlesischen Waaren als ‚erbländisch‘ zu behandeln, beim Transito durch das österreichische Schlesien, wenn der Zoll im ‚jenseitigen‘ Gebiete entrichtet worden sei, nichts zu entrichten komme. Erst seit Erlass des neuen Tarifs trat eine Aenderung ein. Von Schlesien wurde in Folge der verneuten Zollordnung die Anfrage gestellt, wie sich bei Verzollung der preussisch-



schlesischen Waaren zu verhalten sei; durch Zollresolution vom 26. November 1748 sei vorgeschrieben worden, dass Preussisch-Schlesien in *Telonio* mit dem böhmischen Antheil als ein Land considerirt werden solle, seither sei dies so gehalten worden, es frage sich also, wie der königl. preussische Theil künftighin zu achten sei? Die Weisung vom 9. März 1753 ging dahin: gleichwie sich von selbst ergebe, dass das jüngere Gesetz das ältere aufhebe, sei sich nun an das neupublicirte Zollmandat zu halten, die Anordnung vom April 1748 sei aufzuheben, mithin Preussisch-Schlesien für ausländisch anzusehen. Die Anfrage der schlesischen Gefällsdirection, wie sich zu verhalten, wenn aus Preussisch-Schlesien rohe Garne auf die oberschlesischen Bleichen hereingeführt und zugerichtet hinausgeführt werden, wurde gleichfalls am 9. März 1753 dahin beantwortet, es sei kein Anstand und entspreche auch dem eigentlichen Verstande des Paragraphen 32, dass auch aus Preussisch-Schlesien die Rohgarne, welche nach Oberschlesien auf die Bleiche kommen und zur Zurichtung wieder hinausgeführt werden, vorgeschriebenermassen frei zu passiren und frei zu repassiren in der Hoffnung seien, dass man Gleiches preussischerseits eingestehen und beobachten werde.

Waaren, die ihren Zug durch Böhmen nehmen, wurden mit  $\frac{1}{2}\%$  in dem Zolltarif bemessen, später hatte man aber beschlossen, bloss  $\frac{1}{4}\%$  zu nehmen, weil dieser Strassenzug für Böhmen ‚angelegen und vortheilhaft‘ sei. Man hatte hiebei Waaren, die aus den sächsischen und preussischen Landen durch Böhmen und weiter durch Oesterreich ob der Enns, Kärnten, sowie durch Tirol oder Salzburg und Bayern ihren Zug nach Italien nehmen, vornehmlich im Auge. Am 6. April 1753 erfolgte an die Bancogefällamts-Administration die Weisung, dass wenn Handelsgüter aus Sachsen und Preussen durch Böhmen über Lindau und Nürnberg ins römische Reich ihren Weg nehmen, bloss  $\frac{1}{4}\%$  zu entrichten sei, am 12. Mai 1753, dass die Transitogebühr von allen sowohl aus- als erbländischen Handlungsgütern ohne Unterschied auf  $\frac{1}{4}\%$  zu reduciren sei, jedoch Waaren, die durch Böhmen, Mähren und Schlesien nach Ungarn gehen und mit  $3\%$  belegt sind, darunter nicht verstanden werden sollen; jene, die nach Triest und Fiume versendet werden, haben ausser dem Transitozoll zu Graz und Laibach nichts zu bezahlen. Am 15. October 1753 erging nach Schlesien der Auftrag, von allen Gütern, die nicht nach Triest und Fiume oder Ungarn durchgeführt werden, bloss  $\frac{1}{4}\%$  zu erheben. Eine Beschwerde einiger sächsischer und Breslauer Kaufleute lag vor, dass von den durch Böhmen transitirenden ausländischen Leinwänden und Seidenwaaren der Transitozoll theils ungleich, theils zu hoch sei; wenn nicht eine Remedur eintrete und der Zoll, nicht in eine Gleichheit und sicheren



Unterschied der Waaren eingerichtet werde, sie von den böhmischen Strassen abweichen und andere Wege einzuschlagen bemüssigt sein werden. Der alte böhmische Transitotarif hatte nämlich keinen Unterschied bei Leinwand gemacht und die Transitgebühr mit 15 kr. angesetzt; der neue bestimmte 11 kr.,  $49\frac{1}{4}$  kr. und 1 fl.  $5\frac{1}{2}$  kr. je nach der Feinheit der Waare; bei Seide forderte der alte Tarif bloß 45 kr. und 1 fl., der neue 2 fl. 11 kr. und 6 fl.  $32\frac{3}{4}$  kr. vom Centner (Vortrag 29. September 1753). In Folge einer am 10. October 1753 erlassenen Weisung sollten bei Leinwand 11,  $24\frac{1}{2}$  und  $32\frac{3}{4}$  kr., bei Seide roh und unverarbeitet 1 fl.  $5\frac{1}{2}$  kr., bei Seidenwaaren 1 fl. 38 kr. erhoben werden.

Seite 241 berichtet Fechner, dass Oesterreich den Transitozoll in Graz und Laibach erhöhte in der offenkundigen Absicht, den schlesischen Handel mit Italien zu schädigen. Feine ausländische Leinwand musste in Graz und Laibach nach dem Transitotarif vom 9. November 1731 5 fl. 2 kr., ordinäre 2 fl. 32 kr. entrichten. Eine Verordnung war in der That am 16. October 1754 erlassen worden, aber nicht auf schlesische Waaren beschränkt, sondern für die aus Preussen, Sachsen und andern fremden Ländern nach Triest geführten Leinwände, aber bereits am 12. November 1754 wurde dieselbe abgeändert mit der Bemerkung, dass zu befürchten sei, die fremden Waaren werden in Folge der Zollerhöhung andere Wege einschlagen. Die Transitomauth wurde daher auf 51 kr. in Laibach und Graz per Centner normirt und der Unterschied zwischen feiner und ordinärer Leinwand aufgehoben.

5. Fechner, a. a. O., S. 97, der diese Erklärung als zweideutig bezeichnet.

6. Vergleiche meine Abhandlung: Die österreichische Zollpolitik unter Maria Theresia in den Mittheilungen des österreichischen Instituts XV, S. 237 f.

7. Der Erlass einer Zollordnung für Mähren wurde auch durch Hinweis auf das preussische Promemoria vom December 1749 gerechtfertigt, indem sich darin der Passus befand, „dass man preussischer Seite niemahlen ein gravamen daraus machen würde, wenn Oesterreich von den preussischen Unterthanen dasjenige an Accise entrichten lasse, was man (in dem anno 1747 angeführten Falle) von den hiesigen (d. h. österreichischen) in dem gegenseitigen Antheil fordere“.

8. An die Staatskanzlei, 24. November 1750.

9. Podewils und Finkenstein an Puebla, 23. October 1750.

10. Puebla, 22. December 1750; Koch von demselben Tage. Mr. de Koch et moi — schreibt Puebla — nous avons été fort surpris d'apprendre par le Comte de Podevils, qu'on s'attendait icy, qu'il auroit ordre de ter-



miner en même tems l'affaire de Commerce entre les deux Etats qui devroient aller de pair avec la liquidation des dettes de la Silesie. Koch bemerkte: seine Reise sei also unnütz.

**11.** Nachdem der König ,durch die bisherigen bei Berichtigung der aus den Friedensschlüssen herfließenden und noch nicht erfüllten Stipulationen verspürte Verzögerungen ermüdet und daher ein für allemal fest entschlossen sind, deren Beschleunigung mit Ernst, und zwar dergestalt zu pressiren, dass die rückständige Punkta des Schulden- und Commercienswesens zugleich vor die Hand genommen und in beiden Stücken zu einer Zeit und mit gleichen Schritten progrediret werden möge'. In diesem Sinne habe sich der König durch den preussischen Gesandten in Wien sowie dem Grafen Puebla gegenüber, damals österreichischen Vertreter in Berlin, ausgesprochen. ,Beide Engagements involviren gleiche Obligationen, andern Theils bei dem Commercialpunkt ganz keine weitläufige Discussiones erfordert werden, sondern es blos und allein darauf ankomme, dass beide hohe Theile sich eines gewissen termini vereinigen, von welchem an alle während der Kriege und nach dem Frieden wegen der Imposten Mauthen und anderen zu dem Commerz-Wesen gehörigen Verfassungen hinc inde eingeführte Neuerungen, insofern selbige dem gegenseitigen Commercio beschwerlich und dessen freien Lauf hinderlich befunden werden möchten, cessiren und dem Status commercii zwischen beiderseitigen Landen wiederumb auf den Fuß, wie selbiger 1739 gestanden, solange gesetzet werden sollte, und das sothanes Einverständniß durch eine reciproke auszustellende Declaration begründet und festgestellt werde, bis man mit einander über einen neuen Commerz-Tractat nach dem Inhalte des achten Artikels des definitiven Tractats vom 28. Juli 1742 sich verglichen haben würde.' Unterzeichnet ist das Schriftstück von Podewils, Münchow, Finkenstein.

**12.** Die preussische Note vom 6. Januar 1750 bei Koser, Preussische Staatsschriften II 130. Da Preussen in seiner Note vom 6. Januar 1750 gesagt hatte, ,dass diese Materien' — nämlich die Regelung der Handelsfrage sowie die reciproque Aufhebung des Abschlusses — nirgends füglicher als in Wien tractirt werden können, so wird der daselbst befindliche königliche Minister Herr Graf von Podewils mit dem Fordermosten mit so ausführlichen Instructionen versehen werden, dass man sich von denen deshalb anzulegenden Handlungen einen baldigen ge-  
deihlichen Ausschlag zuversichtlich zu versprechen hat'. Als die Garantie für Schlesien nach Wunsch des Königs geordnet war und das Wiener Cabinet hievon in Berlin Anzeige machte, wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass Friedrich in Folge seiner früher wiederholt ge-



gebenen Erklärung betreffend die Regelung der schlesischen Schulden sich bereit zeigen werde, die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. In den Depeschen Puebla's wurde dieser Punkt oft berührt. Maria Theresia erklärte sich bereit, einen anderen Commissär nach Breslau zu schicken, da Friedrich die Abberufung Seyffert's forderte. (Seyffert Stil, heisst es in einer Depesche Puebla's sei *'trop rude et prenait tout sur le haut ton'*). Friedrich beauftragte seine Minister das Wiener Schriftstück entgegenkommend zu beantworten: er bitte, da Münchow nach Berlin komme, möge es der Kaiserin belieben, Jemanden, der unpartheiisch und nicht prävenirt sei, zu autorisiren, auf dass man mit demselben allda *amiablement* über gewisse *principia regulativa* dieserhalb *conveniren* möge. Politische Correspondenz VIII, 117, 22. October 1756. In der Note vom 23. October 1750 wurde dem Wiener Hofe anheimgestellt, Mitte December einen Abgesandten nach Berlin zu schicken, um über die Grundsätze betreffend die Schuldfrage zu verhandeln. Die Verquickung mit den Handelsangelegenheiten riethen die Minister nach erfolgter Sendung Koch's an. Politische Correspondenz VIII, 217.

**13.** An den von Koch, von Bartenstein abgefasst, 3. Januar 1751. Ueber den Inhalt wurde am 31. December bei Ulfeld berathen, in Beisein von Colloredo, Khevenhüller, K. Chotek, Prandau und Kannegiesser.

**14.** In der Note vom 3. Januar 1751 fand sich unter Anderem folgende Stelle: Bevor man über sämtliche Commerzialangelegenheiten sich schliesslich verglichen haben wird, kann diesfalls kein Theil die Hände mehr oder weniger als der andere gebunden haben. Die preussische Antwort vom 13. Januar 1751 zollte den richtigen Grundsätzen des österreichischen Schriftstückes Anerkennung, fügte jedoch hinzu, dass aus denselben ganz differente fremde und sich selbst und dem Friedenstractate widersprechende Folgen gezogen worden seien. „Zwar erbielte man sich die Ausgleichung des Status commercialis zwischen beiderseitigen Staaten sogleich vor die Hand nehmen zu lassen und selbige möglichst zu befördern, die Wiederherstellung aber des vor dem Krieg in Observanz gewesenen Status, ohnerachtet selbige der neu intendirten Ausgleichung nach dem berlinischen Friedensschlusse nothwendig vortreten muss, auch ohne Verletzung der letzteren nicht verweigert werden kann, so wenig an sich kommen lassen will, dass man sich vielmehr desfalls insolange, bis man sich über das Commerzwesen schliesslich verglichen haben wird, ungebundene Hände bedinget, und ob man wohl die Ausgleichung des Commerzienpunkts auf eine ungewisse Zeit verweist, nichts desto weniger die schleunige Berichtigung des schlesischen Schuldenwesens auf das eifrigste pressirt“. Die Wiener Rückantwort vom 26. Januar fragte nun spitz, „ob denn die



Anerkenntnuß des einen contrahirenden Theiles die Hände mehr oder weniger als der andere gebunden zu haben, soviel als ungebundene Hände haben zu wollen und für eine Weigerung dessen, was im Friedensvertrage ausbedungen für eine sich selbst sowohl als dem Friedensvertrag widersprechende Folge ausgedeutet werden könne‘.

**15.** Welchen Ursachen es zuzuschreiben, ‚daß man anjetzo mit mehrerer Süßigkeit rede, als das französische Schriftstück enthalte, welches der König dem Grafen Puebla gegeben, wissen sie nicht; sie muthmaßten, der König möge selbst begriffen haben, dass sich gekrönte Häupter auf dem Fuße nicht betragen und schriftlich vernehmen lassen, als die letzte französische Declaration gefaßt war, oder dass ihm secundo einer von seinen Ministers dieses möge vorgestellt haben, oder dass drittens der bewußte Ammon, so nach Paris geschicket worden und zweifelsohne des Königs Aufsatz in Händen gehabt, zurückgeschrieben habe, wie solcher der Anzüglichkeiten halber den Beifall nicht gefunden habe, oder endlich die Absendung bezüglich des Schulden- und Commerzwesens sei nur Vorwand und der Sendbote soll bezüglich des Wahlwerkes, des nordischen Krieges- und Friedensaspecten und der kurpfälzischen Forderungen verhandeln‘. Puebla und Koch, 16. Februar 1751.

**16.** Unter den Verboten sind jene in den Patenten vom 31. Januar 1743 und vom 12. September 1749 gemeint, welche zunächst zur Steuerung des Luxus erlassen wurden und im Wesentlichen nur eine Erneuerung bereits unter Karl VI. erlassener Normen sind (abgedruckt Cod. Austr. V, 96 und 446). Auch in den Sechzigerjahren liess man sich bei Erlass vieler Verbote von diesem Gesichtspunkte leiten. Ein Handschreiben vom Jahre 1762 der Kaiserin verfügt eingehende Berathungen über die Einengung des Luxus. Vergl. Zeitschrift für Social- und Wirthschaftsgeschichte, Heft II, S. 341.

**17.** Am Schlusse heisst es: ‚Wie man sich aber specific in ein so andern zu verhalten habe, wäre ein Leichtes in einen Aufsatz zu bringen und vor Augen zu legen, soferne in andern Ländern wenigstens nur aus denen Zoll-Registern richtig gezogene Tabellen von einigen Jahren obhanden wären, zumalen aber ein solches mehr pro futuro zu wünschen als pro praeterito hergestellet ist, so wird man sich schon mit deme helfen müssen, was überhaupts eine gute Erfahrungheit und Erkenntnuß dessen, worinnen das importanter negotium zwischen beiden Staaten beruhet, an Hand lassen kann‘. Das Schriftstück führt den Titel: ‚Antrag, wie man in commercialibus mit dem vom König aus Preußen anhero schickenden Herrn von Dewitz fürzugehen gedenket.‘ Beiliegend ein ‚Entwurf, was in den nachstehenden Ländern an k. k. Transitozoll



von ausländischen Feilschaften bishero abgenommen worden'. Das schlesische Patent vom 1. Juli 1739 bestimmte den Durchfuhrzoll je nach der Waare mit 1,  $1\frac{1}{4}$ ,  $1\frac{1}{2}$  und  $1\frac{3}{4}\%$ . In Böhmen wurden auf Grundlage des Patenten vom 17. September 1737 dieselben Zölle gefordert; in Mähren hatten laut Patent vom 17. August 1731 jene ausländischen Güter, welche nicht nach Ungarn gingen, 1 und  $1\frac{2}{3}\%$  zu entrichten; die nach Ungarn geführten Waaren, welche man nach Oesterreich und besonders nach Wien ziehen wollte, hatten 3, 5, 10, 20 und  $30\%$ , 'daher den Consumozoll nach der Unterscheidung der Waare pro transito zu bezahlen', wegen der üblichen Bestellung und sonst laxen Hantirung aber, zumal die Transitogüter ohnehin niemals und nur zufälliger Weise visitirt werden dürften, wurde in der Wirklichkeit anfänglich nicht über 1 und später nicht über  $3\%$  entrichtet'. In Oesterreich betrug der Transito nach dem Patent vom 10. December 1725  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{3}{4}$  und  $1\%$  von jenen Waaren, die nicht nach Ungarn gingen; von den nach Ungarn transitirenden Gegenständen aber wurde der Consumo inclusive der Aufschläge, mithin 5, 10, 15, 20, 30 und auch mehr  $\%$  abgefordert, damit die ungarischen Kaufleute genöthigt werden sollten, sich hauptsächlich an die Wiener, Kremser und Linzer Märkte zu binden. In Steiermark, Kärnten und Krain wurde der Transito verschieden bemessen. In Ungarn wurden  $5\%$ , in Siebenbürgen ebenso viel, in dem Temesvarer Banat dagegen, sowie auch in Slavonien  $1\%$  bezahlt. In Croatien bestanden ähnliche Verhältnisse wie in Steiermark, Kärnten und Krain.

Durch das 'Avertissement' vom 11. Juni 1749 war zwar principiell der Grundsatz ausgesprochen worden, dass bloss  $\frac{1}{2}\%$  als Transitozoll künftig zu erheben sei, bei der späteren Ausarbeitung der Tarife jedoch wurde eine Anzahl von Waaren mit 1 und mit  $2\%$  bemessen, im Ver gleiche aber mit den früheren Sätzen war eine Ermässigung eingetreten. Ein Verzeichniss dieser Waaren liegt der Ausarbeitung bei, ferner eine Consignation derjenigen Waaren und Feilschaften, welche die Erbländer nothwendig haben, daher, 'insoweit dieselben aus den Staaten des Königs von Preussen zu beziehen seien, ohne einen allzu harten Essitozoll aus dem preussischen Gebiete hereinpässirt werden sollten'. Es sind benannt: Alaun, Biberhaare, Curcume (eine gelbe Waare in Wurzeln sowie auch gestossen), Fische, Schmalz oder Thran, Gallus de Soria, Gummi arabicum, leinenes Garn, Haare, Häute, Holz und zwar Brasilholz, blau und roth, Holz aus Fernambuco, Krapp, Lackmus, Röthe und zwar Sommer- und Herbströthe, feine Wolle und ordinäre Schafwolle, endlich Zwirn. — Ferner ist ein Aufsatz beigeschlossen, 'was nach dem Mittel eines Dividendens vor Landesproducte artis vel naturae aus dem



Markgrafthum Mähren und andern k. k. Erbländern an Preussisch-Schlesien und die Grafschaft Glatz jährlich aus- und dagegen von daher in die k. k. Erbländer wieder eingeführt worden sei'. Hieraus geht hervor, dass Preussen nach Mähren um beiläufig 330.474 fl. mehr einfuhrte, als aus Mähren ausgeführt wurde. Die Gesamteinfuhr wird auf 596.147 bewerthet, die Ausfuhr aus Mähren nach Schlesien auf 265.673. Endlich sind Anmerkungen beigeschlossen, 'über die aus Preussisch-Schlesien, nach dem Mittel gerechnet, jährlich nach Mähren und nach anderen k. k. Ländern pro Consumo ein- und dagegen wieder dahin ausgeführte Landesproducte'. Aus Preussisch-Schlesien wurden hienach nach Mähren und anderen Erbländern bloß pro Consumo eingeführt, ohne dass eine gleiche Waare dagegen dahin ausgeführt wurde: Alaun, Blei in Platten und Schrotten, Kron- und Halbrasch, Mesulan, Barchent, Sommer- und Herbstrothe, auch halbwollene und halbleinene Zeuge. Hievon sei nur die einzige Röthe zu den Landesfabriken unentbehrlich nöthig, bis solche nach und nach in den anderen Erbländern 'erzügelt' werden dürfte; hiezu sei in Ungarn und auch zu Teltsch in Mähren eine Probe gemacht, alles Uebrige aber könne in den Erbländern durch Gewerbschaften und Bergwerke hergestellt werden, und besonders wäre auf Halb- und Kronrasch, wofür jährlich eine grosse Summe, nämlich 124.074 fl. allein ausser Land geht, zu reflectiren, dass, gleichwie zu Linz in Oesterreich und dann auch in Böhmen und Böhmischeschlesien einiges schon fabricirt werde, die Erzeugung auch in Mähren eingeführt werden sollte, ebenso auch Mesulan und alle übrigen halbwollenen und halbleinenen Zeuge, für welche die Summe von 22.566 fl. jährlich aus dem Lande gehe. Andere Natur- und Kunstproducte werden aus Preussisch-Schlesien sowohl in Mähren als auch durch Mähren in die Erbländer hereingeführt, von denselben dagegen auch wieder dahin in Handel und Wandel geführt: Eisen, Eisenwaaren, auch Stahl, Häute, Felle, Flachs, Spinnhaare, Leinwand, Strümpfe, Tücher und Wolle; am beträchtlichsten sei, dass Leinwände aus Preussisch-Schlesien im Werthe von jährlich 312.124 fl. nach Mähren und die übrigen Länder geführt werden, dagegen nur für 2010 fl. ausgeführt werden; ebenso verhalte es sich bei den Tüchern, wovon für 99.440 fl. eingeführt und dagegen bloß im Werthe von 1712 fl. nach Preussisch-Schlesien ausgeführt werden; bei der Wolle hingegen halte sich die Ein- und Ausfuhr die Wagschale und wäre nur hierbei zum Augenmerk zu nehmen, dass den mährischen und den andern erbländischen Tuchmachern die preussisch-schlesische Wolle wegen ihrer besonderen Feine, die sogar die böhmische übertreffen soll, fast unentbehrlich sei. Die aus Mähren und den andern Erbländern durch Mähren nach Preus-



sisch-Schlesien ausgeführten Producte, ohne dass dagegen von Preussisch-Schlesien gleiche Sortimente eingeführt werden, seien folgende: Anis, Badasche und andere Hausasche, Beuteltuch, allerhand Blech, Krämerei, Chocolate, Bettfedern, leinenes Garn, Geschmeide, Honig, Inselt, Knopfern, etwas Korn, Pfundleder und anderes Leder, deutsche Nüsse und anderes Obst, Papier, Quecksilber, Sensen, Strohmesser in grösserer Quantität, Senf, Salniter, Tabak, Victualien und Weine in grosser Quantität. Artikel, welche Preussen unentbehrlich haben müsse und in besonderer Quantität von den Erbländern nach Preussisch-Schlesien ausgeführt werden, seien: Sensen und Strohmesser, welche im jährlichen Betrage von 33.994 fl., ferner Weine, die jährlich im Werthe von 156.976 fl. blos nur aus und durch Mähren geführt werden. Die übrigen Species hingegen seien von keiner besonderen Wichtigkeit; Leinengarn, welches aus und durch Mähren nach Preussisch-Schlesien geführt wird, sei zwar von keiner Importanz und betrage das Capital jährlich kaum 12.000 fl., dagegen aber werde aus Böhmen und Böhmisch-Schlesien in sehr grossen Mengen, und zwar durch Preussisch-Schlesien nach Sachsen und Holland verführt, man vermöge jedoch den Werth nicht anzugeben, weil Böhmisch- und Preussisch-Schlesien bisher für Ein Land gehalten, daher bei den Zollämtern darüber nichts vorgemerkt worden sei. Die ausländischen Waaren und Feilschaften, welche durch die preussischen Staaten in die k. k. Erbländer gegangen, seien folgende: Farb- und Färbereiwaaren, welche aus Lüneburg, Hamburg und anderen Handelstädten sonst über Leipzig und andere Orte nach und durch Böhmen nach Mähren und weiter geführt werden, gemeiniglich auch durch das Preussische in die k. k. Erblande eingeführt, in Böhmisch-Schlesien komme aber Alles meistens über Breslau als verschiedene Wollenwaaren oder durch das Preussische, jedoch in geringer Menge; das Meiste und Importantere werde über Leipzig bezogen; alle Specerei- und Materialwaaren, die aus Venedig über Triest in die Erbländer eingeführt werden, kommen auch anderseits meistens über Breslau nach Oesterreich.

**18.** Protokoll 21. April 1751, Vorsitzender: Königsegg-Erps, Ullfeld, Colloredo, Bathyany, Haugwitz, R. Chotek, Bartenstein, Doblhoff, Kannegiesser, Gandl.

**19.** Fechner, a. a. O. S. 131.

**20.** Speciell angeführt wurden § 45 des schlesischen, § 40 des böhmischen und § 23 des mährischen Zollmandates.

Für die Beurtheilung der Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preussen ist es nothwendig ein richtiges Bild von dem Status quo zu gewinnen. Der im Jahre 1731 erlassene Zolllarif für Mähren enthielt



(Art. 4, 5 und 23) folgende Bestimmungen: Die schlesischen und glatzischen, sowie die böhmischen Natur- und Kunstproducte sollten, wenn sie durch Mähren nach Oesterreich — worunter das Land ob und unter der Enns verstanden werde — geführt wurden, keinen Transitozoll, sondern nur in Oesterreich den Consumzoll entrichten, im Falle durch Attestate nachgewiesen wurde, dass sie in den betreffenden Ländern erzeugt waren. Wurden sie aber durch Mähren nach Ungarn geführt, kam in Mähren ein Consumzoll zur Erhebung. Auch alle österreichischen nach Böhmen, Schlesien und Glatz gehenden ‚Landwaaren‘ waren in Mähren von dem Transitozolle befreit. ‚Um ein freieres commercium anzubahnen‘, sollten alle ausländischen und erbländischen Handelsleute, wenn sie ausländische Waaren aus einem fremden Lande in ein anderes, z. B. aus Italien in die nordischen Länder und umgekehrt oder aus diesen Provinzen in die Erbländer Böhmen, Oesterreich, Schlesien, Steiermark, Kärnten, Krain und Tirol und umgekehrt durch Mähren führen, keine Consumomauth, sondern bloß die Transitomauth zu entrichten haben; Waaren jedoch, die aus Triest, Fiume, Zengg, Buccari, Porto Ré durch die Erbländer in fremde Lande und umgekehrt geführt wurden, hatten die Transitogebühr zu zahlen. Die Zolltarife machten bei dem Consumzoll einen Unterschied zwischen inländischen und ausländischen Waaren. Da ein jedes Land ein selbstständiges Zollgebiet bildete, hatten die inländischen aus einem Erbländer in ein anderes gebrachten Waaren eine beträchtlich geringere Zollgebühr zu entrichten, z. B. ausländische Leinwand aller Art zahlte in Böhmen nach dem Tarif vom Jahre 1737 6 kr. vom Gulden, erbländische 1 kr. 3 Pf.; ausländische Scharlachtuche zahlten 30 kr. vom Guldenwerth, erbländische 7 kr. 3 Pf., Boy aus den Erblanden 75—80 Ellen lang 1 fl. 30 kr. vom Stück, aus dem Auslande 6 fl. In dem 40. Artikel des böhmischen im Jahre 1737 erlassenen Zolltarifs waren nun jene Länder, die als erbländisch anzusehen sind, und unter denselben auch Schlesien angeführt. Eine ähnliche Bestimmung enthielt auch der schlesische Zolltarif vom Jahre 1739 durch Anführung der Länder, die als Erbländer verstanden werden sollen. In Schlesien waren überdies bei der Einfuhr nicht bloß viele Waarengattungen aus Böhmen, Mähren und Glatz, wie z. B. böhmische, mährische und glatzische Tücher, rohe und weiss gebleichte böhmische, mährische und glatzische Garne und Leinwände, Schafwolle, Lammwolle, Flachs und Hanf vollkommen frei, sondern auch einige Erzeugnisse aus fremden Ländern hatten einen Consumozoll nicht zu entrichten, weil man dadurch den Breslauer Kaufleuten gewisse Begünstigungen gewähren wollte, so z. B. rohe nicht zugerichtete Tücher und einschürige Wolle aus Polen. Die moskowitischen, polnischen



und lithauischen Handelsleute hatten auch für die aus und durch Polen eingeführten Juchten, für Saffian, ausgearbeitete Felle, Dubliner und anderes Leder keinen Zoll zu entrichten. Ferner waren ebenfalls von jedem Zolle befreit aus Ungarn, Russland, Polen, Mähren, Glatz eingeführte rohe und unausgearbeitete Ochsen- und Kuhhäute, rohes Elennleder, rohe Kalb-, Schaf-, Lamm-, Cappen-, Bock- und Ziegenfelle, Wachs, Unschlitt, polnische, podolische und ungarische Ochsen, Kühe und Kälber, Schöpsen, Schafe, Lämmer, Böcke, Ziegen, Schweine, Getreide, Gegraupe, Gemüse, Hopfen, steirische Sensen, Strohmesser, Sicheln, durch Polen eingeführte Krebsaugen, Castoreum, Moschus und Rhabarber; die polnischen und russischen Waaren mussten jedoch in Schlesien baratirt werden und es durfte nur ein Drittel oder höchstens ein Viertel Geld hierfür ausgeführt werden. Die grossen Begünstigungen waren ausschliesslich mit Rücksicht auf den Handel Breslaus gewährt worden. Endlich ist noch hervorzuheben, dass Glatz im Jahre 1737 mit Böhmen zu einem Zollgebiete vereinigt worden war.

**21.** Protokoll 4. Mai 1751, Königsegg Vorsitzender; Ulfeld, Colloredo, Bathyany, R. Chotek. Eine französische Uebersetzung wurde angefertigt.

**22.** Aus dem Berichte Koch's vom 16. Januar 1751 hebe ich die wichtigeren Stellen aus:

Le Commerce n'est pas un objet, qui me touche de près: mais comme celui de Silesie est si melé avec les dettes Silesiennes, Votre Excellence ne trouvera pas mal, si je lui donne un avertissement, qui a du rapport au Commerce de Silesie. Naturellement en réglant le Commerce de Silesie avec les pays de S. M. I. sur l'état, qu'il étoit avant la guerre, on demandera de la Prusse, que toutes les marchandises, dont l'entrée a été libre devant la guerre, soient à l'avenir en droit d'entrer libre ne devant autre taxe à paier, que celle qu'elles on païé ci avant. Or cela a beaucoup d'apparences d'équité, et même il n'y aurait pas tant à redire, si de l'autre côté on ne voioit pas qu'ils avancent ici beaucoup avec des marchandises, des draps, étoffes de laine, gallons d'or et d'argent, et autres espèces dont l'entrée est deffendue chez nous, et comme la Prusse a la Silesie sous sa domination, et que le transport de Berlin jusques a Breslau et la Silesie coute peu de chose, ils nous feront passer leurs marchandises Prusses pour autant de Silesie, et gagneront par là l'entrée libre ou a moindre taxe de Douane; de plus ils deffendent ici journellement l'entrée de nos marchandises, surtout les verres de Bohême sont maltraités.

Comme dont il n'y a rien de plus juste quand on s'acommodera sur le Commerce de Silesie ad statum priorem, que de leurs demander des



expedients propres et practicables qui nous garantissent de l'entrée des marchandises Prusiennes sous le manteau de Silesiennes, je crois, qu'ils seront long tems a trouver un expedient, que nous trouverons suffisantes.

J'ai vu leurs magasins des Gollons d'or, et d'argents, de leurs draps, de leurs étoffes en laine, de mêmes de leurs étoffes en soie, en velours, et en étoffe d'or et d'argent.

La fabrique d'or réussit parfaitement bien, la couleur et le dessin est charmant, mais aussi cela est si fort, et pessant, que si même le prix n'est pas trop en le prenant par têt, la valeur de la marchandise hausse par la pessanteur.

Les draps, qui sont au dessous de 2 ecus l'aune d'ici, ne sont pas si bien appretés, que ceux de l'Aix de Chapelle, Vervier, et France, et ceux ci l'emportent encore en beaucoup dans les prix. Le bleu, et le rouge sont beaucoup avancés, mais d'une cherté extreme, ainsi, que je doute fort qu'ils en trouveront le débit en dehors.

En étoffe de laine on ne fait que du Callemank, du perpétuel, qui passe en qualité, mais à un prix fort élevé, Camelots, Barcans, et autres étoffes fines, et bonnes ne se fabriquent pas.

Nos étoffes de soie, soit en or, et argent soit en soie seule reussissent mieux à Vienne, qu'ici, et même a un prix plus raisonnable, sur tout ce qui est sans or et argent.

En velours ils avancent beaucoup disant, qu'ils ont 150 métiers qui travaillent, mais si la marchandise est si bonne, comme ils le debittent j'ai raison d'en douter.

Leurs bas de soie n'approchent pas les nôtres, et sont d'un prix plus haut.

On peut dire la même chose de pas de laine contre les pas de Bohême.

Leurs chapeaux sont une marchandise détestable et pour le moins pour un quart plus cher, que chez nous.

Tout ce, qui est teint en noir reussit mal.

Tout va par monopole, et pour cela mal.

Le Roi est fort genereux en batimens pour les fabriques, et les quartiers des fabricants, mais voilà tout.

Il n'y a pas au monde des gens plus avides d'un gain sordide et vilain, qu'à Berlin, si vous echangez un bon ducat, contre leur mauvaise monnoïe, ou un nouveau écu de 32 bons groschs, il faut paier un bon grosch par pièce.

Ce récit, que j'ai l'honneur de faire à Votre Excellence est tout raccourci, et par la il n'aura pas l'honneur de lui plaire, mais on est ici si misterieux qu'il y a grande peine de deterrer quelque chose.



Je me réserve à mon retour de m'expliquer à vive voix, sur un expedient, qui pourrait nous être fort utile à avoir une juste idée, du commerce Prussien et des changements, qu'on fait tous les jours en deffendant tantôt l'entrée d'une telle tantôt d'une autre marchandise. Je connois biens les difficultés, qu'il y a dans cet expédient, mais je ne suis pas encore bien fort à les surmonter.

Le Commerce d'Embden a fait naufrage, on n'en parle plus, et il faut rien espérer de mieux de la société de Stuard, le Roi est comme le singe, qui veut tirer les marrons du feu avec les pats du chat.

**23.** Fechner a. a. O. S. 137.

**24.** Ueberreicht wurde das Schriftstück am 8. Juni.

**25.** Puebla, 7. März 1751.

**26.** An Kaunitz, 14. August 1751.

**27.** König Friedrich an Podewils, 21. Januar 1751. Politische Correspondenz VIII, S. 229.

**28.** Der Vertreter Frankreichs am Wiener Hofe wurde auch von Dewitz umworben. Es sei, heisst es in einer an Kaunitz am 14. August 1751 gerichteten Depesche, Dewitz gelungen, durch Bezeugung eines grossen Verlangens etwas zu Stande zu bringen, den sonst wohl denkenden Hautefort von dem Gegentheil zu bereden. Hiezu sei der äusserliche Ehrlichkeitsanschein und theils Abbé Carpentier, dessen Vertrauen Dewitz zu gewinnen wusste, behülflich gewesen. Hautefort habe in wohlmeinender Absicht in Vorschlag gebracht, um den König von Preussen das Mass voll zu geben, anstatt sechs Monate ein ganzes Jahr zur Errichtung des Commerztractates zuzugestehen, mittlerweile den Status quo, wie er vor dem Hinscheiden Karls VI. war, herzustellen, nachher sollte aber, wenn man sich innerhalb dieser Frist nicht vergleichen könnte, jeder Theil freie Hände haben.

**29.** Diese Sitzung fand bei dem Obersthofmeister Feldmarschall Königsegg statt; gegenwärtig waren: Ulfeld, Colloredo, Khevenhüller Königsegg-Erps, Haugwitz, R. Chotek.

**30.** Ueber die mündlichen Auseinandersetzungen zwischen Chotek und Dewitz am 18. November 1751 Fechner S. 167. Mir liegt keine Aufzeichnung darüber vor. Eine Stelle in einem Schriftstücke lässt vermuthen, dass der preussische Commissär sich entgegenkommender zeigte, als aus seinem abgeschickten Berichte ersichtlich ist. „Man habe auf den Gedanken verfallen müssen, dass es dem preussischen Hofe kein wahrer Ernst sei, die Hände zur Regulirung eines zum Besten beiderseitiger Staaten abzielenden Commercii zu bieten, wenn nicht des Königs Commissär von Dewitz in der letzthin gehaltenen Zusammenkunft sich näher zu



erklären und mit Abstrahirung von dem Status quo, nur um die Communication der Generalmaßregeln das Ansuchen gestellt hätte.' Man übermittelte dieselben, erwarte von preussischer Seite gleiche Bereitwilligkeit und die Abgabe einer Erklärung, um sodann an die Ausarbeitung der Details zu gehen.

Die Geneigtheit zu einem Abkommen ist auch aus einem anderen Schriftstücke zu entnehmen. Die Durchfuhr von Kupfer wurde ohne Auftrag des Wiener Cabinets von dem Grafen Puebla erbeten, weil sich der Berliner Banquier Asten, der den Verschleiss übernommen hatte, an ihn wandte, zu erwirken, dass Kupfer bei der Durchfuhr nur so hoch verzollt werden soll wie 1740. Depesche Puebla's an Ulfeld, 26. October 1751. Als Preussen die Erlaubniss ertheilte, 7000 Centner durch Schlesien führen zu dürfen, wurde der Dank ausgesprochen, sowie die Bereitwilligkeit, im Essito und Transito den Status quo nicht nur herzustellen, sondern noch mehr zu erleichtern und bezüglich des Consumo vermöge des dem Dewitz übergebenen Promemoria auf reciprocirliches Einverständniss sich einzulassen. An die Staatskanzlei, 27. December 1751.

**31.** Da die Kaiserin, heisst es in dem Promemoria vom 24. November — dieses Datum hat die mir vorliegende Schrift — sich dahin ausgesprochen habe, dass in den mit Herrn Baron von Dewitz abzuhandelnden Commercialangelegenheiten mit Vermeidung weitläufigen Schriftwechsels zur Sache selbst geschritten werden solle, und anbefohlen habe, die Antwort auf die preussische Schrift so kurz als möglich zu fassen; man werde daher dasjenige, was darin dem hiesigen Hofe zur Last gelegt werde wolle, nur mit wenigen Worten berühren, mit der Versicherung jedoch, dasjenige, was man dermalen mit Stillschweigen übergehe, noch nachzutragen. Man wolle sich befleissen, in volle Klarheit zu setzen, worauf es denn eigentlich ankomme, hauptsächlich darum, um durch Abschneidung unnöthiger Dinge das aufrichtig gewünschte gänzliche Einverständniss der Billigkeit und den Tractaten gemäss nicht zu einseitigem sondern zu beiderseitigem Nutzen möglichst zu befördern. Vorzüglich komme es darauf an, wie bereits in den von Hofkammerrath von Koch in den zu Berlin überreichten Schriften zu erkennen gegeben sei, dass der den Handel betreffende ausbedungene Status quo, ausser wenn sich derenthalb ausdrücklich dazu verbunden werde, auf Polizeiverordnungen im eigenen Lande und Belegung der Einwohner sich nicht zu erstrecken habe. Was daher bezüglich der den inländischen Consumo betreffenden Abänderungen bisher gemeldet worden sei, sei nur dahin zu verstehen, dass, wenn auch das Gegentheil behauptet werden wolle, gleichwohl die Kaiserin an den im 8. Artikel des Berliner Tractates ausbedungenen Status quo nicht



mehr gebunden sein könnte, und zwar, weil man auf preussischer Seite zuerst davon abgegangen und auch in dem späteren Dresdner Frieden eine von dem früheren merklich unterschiedene Verordnung von den beiderseitigen contrahirenden Theilen beliebt worden sei. Nie habe man sich hier beifallen lassen, vorzugeben, dass, was im Dresdener Frieden sich insbesondere nicht wiederholt befindet, deshalb aufgehoben sei; man erkenne vielmehr dieses Satzes Umfang in vollem Mass an und wolle ebenso wenig widersprechen, dass je zuweilen das vorhin ausbedungene im nachfolgenden Tractat ausdrücklich null oder unbündig erklärt worden, aber ebenso wenig glaube man hieraus zu folgern oder mit Grund behaupten zu können, dass eine derartige Erklärung zur Entkräftung des früher Ausbedungenen auch in dem Falle unentbehrlich sei, wenn noch vor dem letzten Tractate davon schon abgekommen und dessen ungehindert nicht nur das früher Ausbedungene nicht wiederholet, sondern im Gegentheil eine davon ganz verschiedene Einverständniss gepflogen worden. Wäre in dem Dresdner Frieden der sechste Artikel nicht eingeflossen, so würde man vermöge der darin enthaltenen Generalclausel zu dem achten Artikel des Berliner Tractates unstreitig noch verbunden sein, allein nachdem in jenem eine ganz verschiedene Verfügung getroffen worden sei, welche durch die vorhergegangenen eben erwähnten Umstände veranlasst worden sei, so habe es damit nach jenen Regeln, welche bezüglich der Auslegung der Tractate das Natürliche und Völkerrecht vorschreiben, eine ganz andere Bewandtniss.

Dass man aber von dem Status quo preussischerseits zum ersten Male abgegangen, sei bezüglich des erhöhten Weinconsumtions-Accises das eigene Geständniss vorhanden. Man sei preussischerseits noch weiter gegangen und habe den Status quo in Sachen, die nicht den eigenen Unterthanen, sondern unmittelbar den fremden Kaufmann beschweren, vielfältig unterbrochen, wie z. B. diesseitige Kaufleute beim Besuche preussisch-schlesischer Jahrmärkte von einem Thaler der verkaufenden Waaren die Losungsaccise abzuführen, auch noch besondere Lizenzzetteln zu lösen angehalten werden, den böhmischen Glashändlern, denen nach dem 20. Artikel des Zollmandats sogar das Hausiren erlaubt war, aller Handel mit ihren Waaren in Schlesien bei Confiscationsstrafe verboten worden sei. Hieraus fliesse unwidersprechlich, dass, man möge den Status quo auslegen, wie man immer wolle, gleichwohl häufige Unterbrüche von preussischer Seite erfolgt seien, mithin, da derselbe für beide Theile gleichmässig verbindlich sei, da man aber preussischerseits sich demselben entzogen habe, in dem Dresdner Tractate aber kein Wort darüber enthalten sei, so könne auch die Kaiserin nicht daran gebunden sein. Dazu



komme, dass es naturgemäss nicht einmal für eine Abänderung des Status quo angesehen werden kann, wenn dasjenige, was ehedessen auf den ehemaligen Grenzen abgefordert worden sei, jetzt auf den nunmehrigen Grenzen abgefordert werde.

Die Accisen haben wie unter der nunmehrigen preussischen Botmässigkeit auch früher zum Regali contributionis gehört, worin sich die Hände zu binden die Contrahenten bei Schliessung des Berliner Tractates gewiss nicht gedacht haben, zumalen wider den Grundsatz der vollkommen recipirlichen Gleichheit die unbilligste und unerträglichste Ungleichheit erfolgen würde, wenn dem König von Preussen auf seinen Grenzen zukäme, der Kaiserin auf den ihrigen benommen wäre. Es sei unleugbar, dass nach dem klaren Wortlaute der beiden Tractate eine vollkommen recipirliche Gleichheit zwischen beiden Contrahenten zu Grunde gelegt worden sei; es sei ebenso unleugbar, dass der im Berliner Tractate erwähnte Status quo beide Theile auf ganz gleiche Weise, mithin keinen mehr oder weniger als den anderen zu binden hätte; es sei nicht minder unleugbar, dass der achte Artikel des Berliner und der sechste des Dresdner Friedens von den Ländern und Unterthanen beider Theile überhaupt, ohne einige davon auszunehmen, handle, es daher dem Verstande und dem Buchstaben beider Tractate ganz offenbar zuwiderlaufe, einerseits die Verbindlichkeit auf den königl. preussisch-schlesischen Antheil allein einzuschränken und andererseits dieselbe nicht bloß auf den österreichisch-schlesischen, sondern auch auf die übrigen Erblande erstrecken zu wollen, woraus dann von selbst fliesse, dass, wenn trotz der im achten Artikel des Berliner Tractates enthaltenen Generalregel der Status quo bloß von Preussisch-Schlesien zu verstehen sein sollte, nothwendiger Weise auch eine Einschränkung bloß auf den österreichischen Antheil erfolgen müsste, womit man diesorts gar wohl zufrieden sein würde. So wie es dem König von Preussen gewiss seltsam vorkommen würde, wenn ihm die Freiheit benommen werden wollte, die eigenen Unterthanen, ohne sogar einen fremden Kaufmann vor den Anderen zu begünstigen, mit einer grösseren Consumgebühr zu beladen, Polizeiordnungen ergehen zu lassen und sonstige Verfügungen bezüglich der Aufnahme des Handels zu erlassen, ebenso wenig könne die eigene unumschränkte, der Souveränität anklebende Gewalt der Kaiserin in ihren Erblanden in Zweifel gezogen werden. Es solle nicht in Abrede gestellt werden, dass zwischen benachbarten Staaten auch über die Consumgebühr ein Vergleich geschlossen werden könne. Aber unter den Status quo kann die Consumgebühr begriffen werden: selbst für den Fall als man dazu verbunden wäre, was man jedoch nicht sei, so könne sich der Status quo nur auf die anderen



Gattungen von Mauthabnahmen beziehen, nicht aber auf jene, die man von den eigenen Unterthanen fordere, ohne einen Unterschied zwischen den fremden Verkäufern zu machen. Demnach haben beide Contrahenten diesfalls vollkommen freie Hand und sind nicht einmal verbunden, eine gänzliche Gleichheit zwischen den fremden Waaren und den fremden Verkäufern zu beobachten, wie man denn auch weder in Frankreich, noch in Spanien, noch in England, noch anderswo sich beugehen lasse, auf Grund der geschlossenen Commerztractate, im Falle es nicht ausdrücklich ausbedungen worden, der Befugniss sich zu begeben, von dem unterthänigen Consumenten nach Belieben, mehrmalen wie bekannt nach Unterschied der Verschleissorte verschiedene Abgaben abzufordern, oder nicht berechtigt zu sein, anderen Fremden gleiche oder noch grössere Begünstigungen angedeihen zu lassen, sobald nur von jenem, was die Tractaten verordnen, den Mitcontrahenten nichts entzogen werde.

Nun sei schon mehrmals erinnert worden, dass seit dem Berliner Tractate die übrige Mauthabgabe in den diesseitigen Erblanden nicht nur nicht erhöht, sondern vermindert worden sei, und die preussischen Unterthanen würden nicht wohl fahren, wenn von ihnen bezüglich der Mauthen die alten und von anderen die neuen Gebühren abgefordert würden, woraus denn sonnenklar erhelle, dass nicht wohl ein Schatten einer begründeten Beschwerde vorhanden sein könne, vielmehr das eifrige Verlangen, das beste nachbarliche Vernehmen, insoweit es nur immer ohne Verletzung der Billigkeit sein könne, zu befestigen, ganz überzeugend dadurch dargethan werde, dass man sogar auch des Consumo halber sich mit einander einzuverstehen bereit sei, sobald als nur nach Mass der diesseitigen Willfähigkeit in gleichem Grade auch auf der andern Seite Willfähigkeit bezeuget werden wolle. Man theile demnach die Generalmassregeln mit, erwarte Gegenerklärung, um sodann an die Ausarbeitung der Details zu gehen.

Den wichtigen Passus, der seit dem Abschluss der beiden Tractate namhaft veränderten und noch überdies ungleich ausgeprägten Münzen kann man nicht mit Stillschweigen übergehen.

Die preussischen Münzen seien nicht so geschaffen, dass man ihren Gehalt mit dem diesseitigen verwechseln könne, vielmehr Ursache zu haben glaube, wie auf die Beibehaltung der eigenen, so als auch auf die Hintanhaltung der gesamten fremden geringhaltigen Münzen nach dem Beispiele anderer Mächte ein besonderes Augenmerk zu haben. In Beherzigung jedoch des überhand genommenen Münzunwesens, zu dessen Abstellung die Kaiserin das Ihrige mit beizutragen gewillt sei, wäre sie, um ja Alles aus dem Wege zu räumen, was einem gemeinnützlichen



nachbarlichen Handel und einem besten Vernehmen nur immer hinderlich sein könne, erbietig, sich mit der preussischen einzuvernehmen. Solange aber die grosse Ungleichheit zwischen den ausgemünzten Geldsorten nicht abgestellt werde, sei eine gedeihliche Wirkung nicht anzuhoffen.

**32.** Aus der Darstellung Fechner's S. 172 sind die mündlichen Auslassungen von Dewitz nicht zu entnehmen; vom auswärtigen Departement wurde er ziemlich scharf beschieden, dass er über die Consumimposten solch unrichtige Ideen habe.

Das von Dewitz übergebene Schriftstück wurde am 7. Januar 1752 von Rudolf Chotek an die Staatskanzlei mit folgender Note gesendet: „Aus dem nebenschlüssigen von dem k. preussischen Commissär Herrn v. Dewitz jüngst eingereichten Promemoria dto. 31. December 1751 ist beliebig zu ersehen, was maßen man sich königl. preußischer Seites schriftlich zwar auf die nämliche Art, wie vorhin geschehen mit Beharrung auf dem, aus dem Berliner Friedensschluß erzwingen wollenden Status quo erkläre; wie zumahlen aber gedachter Herr v. Dewitz sich mündlich ganz anders und zwar also geäußert, als ob das eigentliche Absehen des gedachten k. preußischen Hofs mit dem diesseitigen so, wie solches in der letzt von hier aus übergebenen Schrift mit Anerbietung zu einem nach denen diesfalls eröffneten Maßregeln zu errichten kommenden neuen Commercientractat zu erkennen gegeben worden, gänzlich übereinstimme: so stellet man Einer löbl. k. k. geh. Hof- und Staatskanzlei zu erwägen anheim, wie diese sich selbst widersprechende Schrift und mündliche Erklärungen anzusehen, und ob nicht eine Zusammentretung umb die weithere Überlegung zu nehmen, was hierauf zu antworten oder zu veranlassen sein dürfte, zu bestimmen beliebig sein möge.“

Am 8. Januar erfolgte die Antwort: man habe auf eine Conferentialzusammentretung antragen wollen, aber da man zu besorgen Ursache habe, dass von der preussischen Schrift sogleich in Frankreich Missbrauch getrieben werde und es nothwendig sei, heute an Kaunitz Befehle abzusenden, so habe man für denselben ein Rescript entworfen, theile dasselbe dem Commerzdirectorium mit, um etwaige Bemerkungen zu machen. Die Zuschrift an Kaunitz vom 8. Januar 1752 lautet: Dewitz habe vor wenigen Tagen die abschriftlich anschlüssige Antwort übergeben, mittlerweile aber auf eine deren Inhalt widersprechende Art hinzugesetzt, dass man zu Berlin die hiesigen Principia billig finde und damit verstanden wäre. Untereinstens habe er auch auf die Mittheilung des diesseitigen Tarifs stark gedrungen und die mündliche Versicherung ertheilt, dass, wenn ihm mit der einen Hand das hiesige würde zugestellt werden, er



mit der andern das preussische mittheilen werde, diese Versicherung aber schriftlich abzugeben verweigert.

**33.** In der Antwort des österreichischen Cabinets wird die Rechtfertigung versucht, dass man sich darauf beschränkt habe, blos Generalmassregeln vorzulegen. ‚Der Sachen Natur würde nicht gestatten, anderst in der Handlung fürzugehen. Gleichwie vergebens ohne gelegten Grund ein Gebäude aufgeführt werde, also könne auch nicht wohl eine Handlung zum gedeihlichen Schluß kommen, bevor man nicht über denen Regeln einig sei, die zu deren Grund dienen sollen.‘ Die Kaiserin habe sich in dem übergebenen Schriftstücke ohne Rückhalt ausgesprochen; es sei jetzt an dem Könige, zu erkennen zu geben, ob man ganz oder zum Theil und inwieweit damit verstanden sei oder nicht. Sei man erst in den Grundsätzen einig, ergeben sich die Anwendungen von selbst und der ‚Überrest‘ könne nicht sonderlich viel Zeit noch Mühe erheischen. ‚Wohingegen außer deme bei jeder in ein Tarif einzufließen habender rubrique ein besonderer Anstand und Schwierigkeit abgethan und die Handlung ungemein erschwert und verlängert, wo nicht gar verewigt werden muß. Demzufolge der Kaiserin Königin Majestät von des Königs Majestät Freundschaft und hoher Gemütsbilligkeit sich billig versprechen und dieselbe ganz angelegentlich ersuchet haben wollen, daß Sie sich über den Inhalt der hiesigen Schrift und deren Beilage zu erklären belieben möchten. Wornach sodann Zug für Zug beiderseitige Tarifprojecte gegen einander ausgewechselt und jedem Punkt, wo ein Unterschied obwaltet, die im voraus verglichene Principia unschwer applicirt werden können. So einmahl, umb aus der Sache zu kommen der kürzeste Weg und zugleich eine überzeugende Probe ist, wie sehr sich der Kaiserin Königin Majestät des Werks Endschaft angelegen sein lassen.‘ Am Schlusse wurde auf das Schuldenwesen und einer ‚gemeinsamen Vernehmung der Münzen halber‘ Erwähnung gemacht; bezüglich der letzteren Angelegenheit wird die Bemerkung gemacht, dass dadurch ‚das nachbarliche Vernehmen und gute Einverständniss‘ erleichtert werde; es wird daher, was zur Abstellung des Münzunwesens im Reiche von der Kaiserin in Vorschlag gebracht würde, dem Herrn von Dewitz mitgetheilt und er um Unterstützung bei seinem Hof ersucht. — Ueber dieses Schriftstück geht Fechner mit wenigen Worten hinweg. Es war augenscheinlich, sagt Fechner S. 175, ‚daß der Wiener Hof immer neue Schwierigkeiten erfand‘! Und über die Anregung in Münzsachen ein Uebereinkommen zu treffen, sagt Herr Fechner S. 179: ‚Der Schein war hierin für Maria Theresia, aber in Wahrheit war die Einschiebung der Münzsache ihrerseits nur Chicane, da ihr an einem directen Handelsverkehr mit Preussen nur wenig lag‘!



Die Münzfrage war ebenfalls zuerst von Preussen angeregt worden (Vergl. oben S. 420.)

**34.** An die Staatskanzlei, 13. April 1752. Die angetragenen Grundsätze seien von dem diesseitigen Systemate allzu weit entfernt, die Staatskanzlei werde bei Ponderirung finden, dass den Propositionen von dieser Eigenschaft Platz zu geben, dem diesseitigen Interesse gar nicht convenire.

**35.** „Ein Gegenproject einzureichen, wurde merkwürdiger Weise Dewitz weder schriftlich noch mündlich aufgefordert,“ schreibt Fechner S. 185, obgleich ausdrücklich eine Zusammentretung erbeten wird, um zum Schlusse zu kommen. Die Punkte zu einem Commercientractat mit Preussen (dem Schriftstücke 16. Mai 1751 beiliegend) lauten:

I. Verbinden sich beede hohe Paciscenten zu mehrerer Bestätigung der zwischen ihnen glücklich obwaltenden nachbarlichen Freundschaft und zufolge der zwischen beeden in annis 1742 und 1745 errichteten Tractaten, das commercium zwischen beederseits Staaten nach Möglichkeit zu befördern; und gleichwie

II. Wann anderst der Polizey halber kein Generalverbot auf ein oder andere Waaren respectu aller auswärtiger frembder Länder ohne Ausnahme entweder bereits eingeführet worden, oder künftighin eingeführet werden möchte, die k. k. Majestät alle Producta naturae vel artis deren königl. preußischen Landen in ihre Erbländer gegen dem convenirenden Consumo- und Transitozoll ungehindert ein- und durchführen lassen wollen; also werden Sr. königl. Majestät in Preußen auch das nämliche mit denen Productis et Artefactis aus denen k. k. Erblanden, so in dero Länder ein- und durchgeführt werden, beobachten.

III. Versprechen Ihre k. k. Majestät, dass die aus den preußischen Landen kommende und durch die k. k. Staaten in ein anderes frembdes Gebiet gehende Feilschaften an Transitogebühr nicht mehr als  $\frac{1}{2}$  pro Cento in einem jeden passirenden deutschen Erblande bezahlen, hiernächst derley transitirende Güter außer einem offenbar unterwaltenden Betrug nicht beschauet, und, wann es auch allenfalls zu einer Beschauung kommete, sothane Waaren und Feilschaften nur allein zufolge ihrer Eigenschaft dem Gewicht, Maß, Zahl oder Stücken nach wie solche al in grosso in Handel und Wandel gehen und gepackt zu werden pflegen, eingesehen, nicht aber zum Schaden deren Waaren und des Handelsmannes eröffnet und weiter durchsuchet werden sollen, so auch mit denen k. k. Feilschaften in denen preußischen Landen auf gleiche Art gehalten werden wird.

Eine andere Bewandnuß hat es aber

IV. mit denen Waaren und Sachen, so nicht alle k. k. und resp. preußische königl. Länder, sondern nur ein oder anderes Land transi-



tiren und pro Consumo in diesem oder jenem Erbland verbleiben, worüber man es beederseits entweder bey der jetzigen Transitozollabnahme bewenden zu lassen oder nach Zeitbefund solche abzuändern die freye Hand behaltet, und gleichwie

V. in Essito ebenfalls jeder Theil sich vorbehaltet, die aus seinem Land ausgehende Producta artis vel naturae nach eigener Convenience zu erleichtern oder zu beschweren, jedoch daß diese Beschwerung allezeit geringer als bishero gewesen ausfalle. Also bleibet auch

VI. jedem Theil frey, die pro Consumo einführende Sachen in seinem Land nach eigenem Ermessen zu belegen; jedoch machen sich Ihro k. k. Majestät anheischig, die in denen königl. preußischen Staaten erzeugten und in denen k. k. Erblanden consumirt werdenden Producta et Artefacta um ein Sechstel geringer als die in der communicirt werden den Consumotarif auf die ausländischen Feilschaften ausgemessene Zollgebühr ist, belegen zu lassen.

Wogegen Sr. königl. preußische Majestät das Nämliche in Ansehung deren k. k. erbländischen Productorum et Artefactorum in ihren Landen observiren, mithin diese ebenfalls um das Sechstel leidentlicher als die königl. preußische ausländische communicirende Consumozolltarif die Gebühr aussetzet, halten zu lassen, sich verbinden. Ueber welche Zollgebühr

VII. weder von demjenigen, so dergleichen Consumo-Feilschaften einführet, noch von einem Fieranten, welcher die Jahrmärkte besucht, nichts anderes von denen allda verkaufenden Sachen, es möge unter dem Namen einer Losung, Accise, Zettelgelds oder einem andern Vorwand geschehen (das einzige denen Marktörtern gebührende und von Alters her eingeführte Standgeld ausgenommen) ein- so anderseits abgefordert werden solle. Und womit

VIII. dieses mutuelle commercium desto besser befördert werde, so wollen sich Ihre königl. preußische Majestät gefallen lassen, eine scharfe und ausbündige Ordre auszustellen, auf daß ein dergleichen Fierant auf keinerley Weise, und zwar im Falle er sich auch selbst zu Kriegsdiensten anbietern wollte, angenommen und angeworben werden könne, welches Ihro k. k. Majestät vicissim auf das genaueste in Dero Landen beobachten zu lassen sich hiemit anheischig machen. Was hingegen

IX. die großen Märkte und Messen belanget, da wollen Ihre k. k. Majestät auf solchen den frembden Kaufleuten in deme eine besondere Facilität angedeihen lassen, daß selbe von denenjenigen allda verschleißenden Feilschaften, welche nicht pro Consumo in Dero Erblanden verbleiben, sondern weiters in ein frembdes Gebiet verführet werden, anstatt



die bisher zu bezahlen gewöhnlich gewesten Losung nach der tarifmäßigen Consumogebühr ein weit geringeres, und zwar nicht mehr als 1<sup>0</sup>/<sub>0</sub> entrichten solle, welches Se. königl. preußische Majestät vice versa in ihren Landen zu beobachten sich obligiren. Und zumalen ferners

X. zum Besten deren beyden Staaten gereicht, daß die noch unvollkommene Artefacta, welche einer weiteren Zurichtung bedürftig sind, ohne Beschweruß an dasjenige Ort gelangen mögen, so zur Appretirung bequem und sonst fürträglich ist, so seynd Ihre k. k. Majestät allerdings geneigt, dergleichen noch nicht appretirte Manufacta ohne mindeste Zollabnahme, jedoch mit dieser Praecautio in Dero Erblanden pass- und repassiren zu lassen, dass diese mit solchen Orts- oder Meisterzeichen versehen und angegeben werden, welche in der Färberei oder sonstigen Appretirung nicht ausgehen, mithin sothane Manufacta allemal kennbar seyen, ohne welchen der Unterschleif nicht vermieden und daher solche Güter nicht wohl anderst als für zollbar geachtet werden könnten; so Ihro königl. preußische Majestät ebenfalls in Dero Landen beobachten lassen werden. Uebrigens wird

XI. das Fürstengut beederseits in der Durchfuhr dero Staaten, nach denen Reichsconstitutionen in alle Weg zoll- und mauthfrey gelassen werden. Was endlichen

XII. das Münzwesen betrifft, davon kann und soll als in einer besonderen Materie die Einverständniß gepflogen und zur beederseitigen Höchsten Zufriedenheit das Eigentliche ausgemacht werden.

In der am 16. Mai datirten Antwort wird gesagt: ‚Unmöglich kann was von beederseitigen Staaten und Landen untereinsten und in ganz gleichem Maße sothane Tractaten vermögen, einerseits auf das königl. Preussisch-Schlesien eingeschränkt und anderseits auf die gesammten k. k. Erbkönigreiche und Länder erstreckt werden wollen;‘ ebensowenig kann den im Berliner Tractate ausbedungenen Status quo eine unterschiedene Wirkung in Ansehung des einen und des andern paciscirenden Theils zugeschrieben werden. Weder der Berliner noch der Dresdner Tractat thun von einem Unterschied zwischen Schlesien und Glatz einige Erwähnung. Und gleichwie Sr. Majestät der König von Preussen glauben verbunden zu sein als Landesherr für die Wohlfahrt Ihrer Unterthanen zu sorgen, also glauben ingleichen auch der Kaiserin Königin Majestät, sich dieser Obliegenheit ebensowenig zu entschütten, noch mithin eingestehen zu können, dass der ausbedungene Status quo sich zum Theil auf das Consumo, zum Theil aber nicht erstrecke, als wovon in keinem Friedensschluss die mindeste Spur zu finden sei. Vielmehr fliesse aus der Erkenntniss, dass der Status quo nicht indistinctim dem Consumo sich



appliciren lasse, für beide Theile die nämliche offenbare Befugniß diesfalls freie und ungebundene Hände insolange zu behalten, bis man nicht über einen Commercientractat übereingekommen sein werde. Die Präliminarrestrictionen in dem Promemoria vom 17. März seien weder in den Worten des Tractates, noch in deren Verstand gegründet.

Allein sich hiebei aufzuhalten, sei um so mehr ein Ueberfluß, als königl. preußischerseits so vergnüglich als kräftig bezeuget werde, einen nach deutlicher Anleitung der Tractaten, beiderseitige Anständigkeit zum Grund habenden Commercientractat fördersam schliessen zu wollen, wozu die Kaiserin gleichfalls ganz willig und bereit sei und ohne einen einseitigen Vortheil sich ausdingen zu wollen, den eigenen Nutzen, so ihren Unterthanen eingestanden werden dürfte, in vollem Maße gegen die preußischen Unterthanen erwidrigen will.

**36.** Die Antwort von Dewitz ist vom 11. Juli 1752 datirt. In dem Promemoria wurde gesagt, es sei dem Könige wohl bekannt, „dass in den Friedensverträgen der Handlung zwischen beiderseitigen Landen generaliter gedacht worden sei“, es daher wünschenswerth wäre, wenn ein Commercientractat für sämtliche Länder zu Stande gebracht werden könnte, „allein die Festsetzung gewisser generaler auf alle königl. Länder zu applicirender Sätze mit dem Verlust vieler Zeit gar grossen Schwierigkeiten unterworfen und von so weitläufigem Umfang sei, dass darüber die ganze Unterhandlung wider die Vorschrift der Friedenstractaten und daraus entstehenden Verlangen eine baldige Endschaft der Sache zu sehen und zur ungezweifelten Beschwerlichkeit und Nachtheil beiderseitiger Unterthanen sich ins Weithe ziehen oder wohl gar fruchtlos ablaufen dürfte“. Da nun aber Schlesien diejenige Provinz sei, welche die Friedensschlüsse veranlasst und bei dem gegenseitigen Handel am meisten betheiligt sei, es auch nicht die wahre Absicht der Friedenstractate gewesen sein könne, die preussisch-schlesischen Unterthanen durch Regulirung des Handels in eine schlimmere Lage zu bringen, während die Verträge im Gegentheil eine Begünstigung vorschreiben, so müsse jeder Unparteiische zugeben, dass der König die grösste Befugniss habe, bei den dermaligen Commerzverhandlungen vornehmlich und vorzüglich auf dasjenige zu dringen, was „den Statum des schlesischen Commerzes in Sicherheit und in eine billige Balance zu setzen“ unumgänglich nöthig sei.

**37.** Weisung an Münchow und Dewitz, Neisse 14. September 1752, Politische Correspondenz IX, 212. Dewitz war jedoch erst am 18. November in der Lage, das Wiener Cabinet hievon zu verständigen, da er die auf die einzelnen Punkte des Vertrages bezüglichen Instructionen von



Münchow spät erhielt. Vergl. Friedrich an Münchow, 19. October 1752, Politische Correspondenz IX, S. 246.

**38.** Herr Fechner fasst sein Urtheil über die September-Anträge dahin zusammen: ,Verdächtig war das Weglassen der Clausel gegen den mährischen Transitozoll, anmasslich das Verlangen, dass das Moderamen auf die Accise und allerhand Mauthen ausgedehnt werden solle, geringfügig das Zugeständniss, dass die Grafschaft Glatz als schlesisch betrachtet werde; eine neue verfängliche Forderung war die der Mittheilung der Tarife (S. 194). Was den mährischen Transitzoll anbelangt, ist der Grund der Weglassung in dem österreichischen Schriftstücke angegeben. Die Einbeziehung der Accise hatte Dewitz selbst bereits in dem Schriftstücke vom 1. Mai 1751 der ihm ertheilten Instruction gemäss vorgeschlagen und in den letzten Anträgen ausdrücklich gefordert. Die Instruction wies Dewitz an (Fechner S. 125): in den Provinzen, die zur Connexion des schlesischen Handels gehörten, solle gegenseitig nicht mehr an Accise, Consumimpost und Aufschlag genommen werden als von den eigenen Unterthanen; Oppermann forderte, wie Fechner S. 188 erzählt, Erwähnung der Accise und Dewitz kam dieser Weisung in seinen Anmerkungen vom 11. Juli 1752 nach.

**39.** Die kaiserliche Genehmigung, heisst es in dem Vortrage vom 14. Januar, möge um so unbedenklicher erfolgen, als dem ungeachtet der Commercientractat mit Preussen per modum exceptionis a regula immer zu Stande gebracht werden kann. Protokoll vom 10. Januar 1753. Gegenwärtig: Ulfeld, Colloredo, Khevenhüller-Metsch, Haugwitz, Rudolf und Johann Chotek, Prandau, Buol, Bartenstein, Koch, Kannegiesser, Neffzer, Mohr. Das Protokoll wurde der Kaiserin am 14. Januar 1753 überreicht.

Die Darstellung fusst auf folgenden Schriftstücken: Promemoria von Dewitz, 11. Juli 1752 und Anmerkungen und Abänderungen bei dem Wiener'schen Entwurf zum Commercientractate; Gegenerinnerungen über die königl. preussischen Anmerkungen und Abänderungen 2. September 1752 (Fechner S. 193 hat 17. September); Promemoria und königl. preussische nähere Anmerkungen und finale Erklärungen u. s. w. vom 18. November 1752, endlich die österreichischen Schriftstücke vom 27. December 1752 und 8. Januar 1753.

Als Grund, weshalb auf den Antrag Preussens, für jene Waaren, die aus einem Antheile Schlesiens in den anderen gehen, blos  $\frac{1}{3}\%$  festzusetzen sei, nicht eingegangen werden könne, wurde angegeben, dass sonst eine ,unanständige Ungleichheit eintreten und auch Unterschleife platzgreifen würden, da jeder seine Waare, wenn sie auch weiter gehen



sollte, nur für des anderen Antheil Schlesiens ansagen würde', gewiss keine ganz unbegründete Bemerkung. Die Ausnahme von Wein wird mit dem Hinweise begründet, 'dass die Abgabe eine von alten Zeiten und lang vor dem Berliner Tractat zum Contributionale gewidmete Erträgnuß auf dem alten Fuss bleiben müsse'. Die Begründung der Anträge Oesterreichs bei dem Ausfuhrzolle bei Fechner S. 205. Zum sechsten Artikel, den Consumzoll betreffend, bemerkt die österreichische Denkschrift, man habe sich von preussischer Seite unterm 11. Juli selbst erklärt, dass jedem Theile frei sein solle, die pro consumo einführenden Waaren nach eigenem Belieben zu belegen, jedoch um das commercium zwischen den beiderseitigen Staaten zu befördern, den aus des einen oder andern Landen kommenden Waaren ein gewisses Moderamen angedeihen zu lassen. Nunmehr aber werden verschiedene Distinctiones und Subdistinctiones gemacht und dabei besonders angetragen, dass die aus Preussisch-Schlesien und der Grafschaft Glatz kommenden aus Flachs, Wolle und Baumwolle fabricirten Waaren nicht höher als in Statu quo belegt werden sollen; woraus und aus den übrigen Zusätzen ganz klar zu entnehmen ist, dass man königl. preussischerseits nichts mehr intendire, als sich allen Vorthail, Oesterreich allen Nachtheil zuzuziehen, bei welchen Umständen dann dieser Artikel keineswegs ausgenommen werden kann, sondern nothwendig auf der letzten diesseitigen Proposition zu beharren sein wird. Herr Fechner meint nun S. 205: Hiermit war offen eingestanden, dass der Wiener Hof den schlesischen Handel und Export nach Oesterreich in den wichtigsten Artikeln zu Grunde zu richten beabsichtigte!

Dass auf die Aufrechterhaltung des Verkehrs mit Preussisch-Schlesien damals Werth gelegt wurde, geht aus einer vom 4. December 1752 an die Repräsentationskammer in Böhmen erlassenen Weisung hervor: 'Die Appretur sei zu Perfection und auf die Höhe zu bringen, wie in Sachsen und Schlesien, maßen auch derowegen diese Lande dahin trachten, die Garne unverarbeiteter und die Leinwanden ungebleichter aus Böhmeib hinauszuziehen. Indessen aber, und da der Debit als die Seele aller Fabricatorum das Hauptwerk ausmachet, . . . die Garne und die Leinwanden finden in sächsische und schlesische Lande Abzug, welche sie alsdann weiteres mit großem Profit verhandeln, allein weilen ganz richtig ist, daß unserem Land Böhmeib weit besser zu statten käme, wenn der Verschleiß auf eine andere Seite als in besagte benachbarte Länder gewendet werden könnte, zumahlen diese sich verschiedene Mittel gebrauchen, um die Waaren in geringen Preysen an sich zu bringen, und auch meistens mit schlechtem Geld die Ablösung thuen, folglich der Verkäufer intuitu seines



Products und Arbeit zu kurz kommet und gleichsam aus Noth diesen Ausweg ergreifen muß, weilen er keinen nützlicheren vor seiner weiß; so ist freylich von großer Erheblichkeit die Mittel und Weege ausfindig zu machen, um den Debit auf eine andere, mehrers profitable Seiten zu lenken . . . gleichwie aber dieses ein sach von vielen Vorbereitungen ist, und nicht so geschwind incaminiret werden kann, also werdet ihr zwar diesen Zweck vor Augen behalten und darauf arbeiten, gleichwie auch unser commercium-Directorium vorzüglich vor diese Unterstützung fürsorgen wirdt: Ihr sollet aber zugleich die Betrachtung dahin wenden, damit, insolang nicht solch abzihlender anderweitiger Verschleiß zu werk kommet, das Garn- und Leinwandnegotium von seinem dermahligen Gang um so minder verrücket werde, als doch auf diesem Weeg nach Auszug der Loscanischen Relation und Beweis derer Zollextracten nur in bemeldeten zweyen Creysen vor die ausgehende Garne und Leinwanden mehr den eine Million Thaler des Jahrs in das Landt kommet, folglich behutsamst vorzubeugen ist, damit nicht hieran vor der Zeit ein Abbruch folglich dem Land ein großer Schaden zugezogen werde.'

Ueber die Langsamkeit des Wiener Commerzdirectoriums hat Fechner nur Worte des Tadels. So macht er über die verzögerte Beantwortung des preussischen Schriftstückes vom 18. November 1752 die Bemerkung: Das Wiener Commerzdirectorium hatte etwas Wichtigeres zu thun, als Preussen zu antworten, es arbeitete mit allen Kräften an Herstellung des neuen Tarifs u. s. w. Nun war der Tarif bereits fertig, was Fechner allerdings nicht wissen konnte, aber das preussische Promemoria wurde am 8. Januar 1753 beantwortet, demnach 51 Tage nach Uebergabe der Schrift von Dewitz, während dieser seine Bemerkungen auf das Wiener Promemoria vom 2. September am 18. November nach 76 Tagen übermittelt, daher längere Zeit nöthig hatte. Ich erwähne diese Lappalie nur, um die Methode des Herrn Fechner zu beleuchten.

40. Dem Urtheile Fechners über Dewitz vermag ich nicht beizustimmen; ich pflichte dem Zeugnisse Klinggräffen's bei, dass er seine Sache gründlich verstanden und sehr geschickt behandelt hat. Fechner meint, dies wäre allerdings hauptsächlich dahin zu verstehen, dass er dem Wiener Hofe einen hohen Grad von Willfährigkeit bewiesen habe, um mit seinem Auftrage zu Ende zu kommen (S. 203). Von Willfährigkeit dürfte schwerlich eine Spur gefunden werden können. Dewitz hielt sich an die ihm ertheilten Aufträge, und wenn er ein Ergebniss der Verhandlungen ersehnte und erstrebte, so kann ihn deshalb kein Tadel treffen, denn er erfüllte nur seine Pflicht, wenn er seine an Ort und Stelle gemachten Erfahrungen zu verwerthen suchte. Preussen konnte nach der



in Berlin herrschenden Ansicht auf dem strengen Buchstaben des Berliner Vertrages fussend, die Herstellung des Status quo verlangen und eine jede weitere Verhandlung ablehnen. Nachdem Preussen darauf eingegangen war, zum Abschluss eines Handelstractates die Hand zu bieten, blieb nichts übrig, als sich gegenseitig Concessionen zu machen. Wie die Dinge lagen, war schwerlich ein anderer Ausweg, als eine neue Vereinbarung, ausser man hätte die Angelegenheit für wichtig genug gehalten, um mit dem Schwerte Oesterreich zur Annahme der preussischen Anträge zwingen zu wollen.

Dewitz war am 26. April in Wien angelangt. Die Audienz bei dem Kaiser Franz I., schreibt Fechner, war vielversprechend, für den Unkundigen, der nicht wusste, wie wenig der Gemahl Maria Theresias zu sagen hatte, ein landläufiges Urtheil, welches den Thatsachen nicht entspricht. Gerade in handelspolitischen Fragen hat Franz in entscheidender Weise oft mitgewirkt und bei den Conferenzen den Vorsitz geführt; um die Ordnung des Staatshaushaltes hat er sich unbestreitbare Verdienste erworben und die in der Regelung der schlesischen Schuldfrage erstatteten Vorträge wurden von ihm erledigt. Auch auf die grossen politischen Fragen hat Franz weit grösseren Einfluss genommen, als gemeiniglich behauptet wird. Die Frage des Kaisers, ob der König zu altern beginne, scheint Herr Fechner sonderbar zu finden (S. 130), sie erklärt sich durch die Meldungen aus Berlin, dass die Kriege nicht spurlos an dem Könige vorübergegangen seien.

Dewitz wird getadelt (S. 131), dass er die Bemerkung zu machen unterliess, dass eine jede Regierung den Transitohandel auch ohne Handelsvertrag fördere. In einem Fürst'schen Schriftstücke findet sich eine ähnliche Bemerkung, aber im vorigen Jahrhundert wurde von vielen Regierungen die Durchfuhr fremder Waaren vielfach erschwert, schon durch die Bestimmungen, dass die Fuhrleute von den längeren Commercialstrassen nicht abweichen durften, um dadurch bei dem Strassen-gewerbe grössere Einnahmen den eigenen Unterthanen zuzuwenden, ein Gesichtspunkt, der auch nicht selten bei Anlegung der Strassen ausschlaggebend war. Auch verdient die Thatsache hervorgehoben zu werden, dass Oesterreich mit der Erleichterung der Durchfuhr im 18. und 19. Jahrhundert durch Herabminderung der Zölle anderen deutschen Staaten voraneilte.

Hier mögen auch die Mittheilungen Puebla's über Dewitz Platz finden, die wahrscheinlich Arneth's Urtheil über den Mann bestimmt haben mögen (IV, 311), wobei er allerdings übersehen hat, dass man in Wien im Laufe der Verhandlungen über den preussischen Unterhändler eine günstige Meinung gewann.



Dem Grafen Ulfeld schrieb Puebla am 6. März 1751: „Je fais un bon augure de cet envoy. Mr. de Dewitz gendre de Mr. le Ministre de Cabinet comte de Podewils et président de la Justice à Stettin ayant la renommée generale d'un homme d'une droiture reconnue, et qui éloigné de tout ce qui sent le chicane et les dilations contribuera, à ce qui je me flatte, tout ce qui depend de lui pour avancer les negociations, dont il va être chargé dans peu. Am 7. März berichtete Puebla der Kaiserin: „Il est certain, que cette nomination devrait faire esperer une bonne issue des negociations, dont il va être chargé, eu egard que, comme cet homme n'a jamais été employé hors des affaires de Justice, qui sont proprement sa sphère, personne n'a rien à luy reprocher jusqu'ici ayant toujours fait connaître beaucoup de droiture et de zele pour la Justice. Cependant tout le monde est etonné de ce choix, lequel n'a été probablement fait que dans la persuasion, que tout ce, qui appartient au vieux Comte Podewils étoit agréable à la Cours de V. M. Imp. et que son gendre le seroit autant que le neveu se flatte de l'avoir été, ceux qui s'étonnent tant de ce choix, disent que Dewitz n'avoit aucune idée des affaires qui vont luy être commises: je m'en persuade très volontiers moi même, et je crois que ces commissions dont on ne demande sûrement pas de voir le fin, ne servirent que de prétexte et à luy faciliter les moyens si possible étoit, de penetrer les mesures que V. M. pourra prendre dans le Suite dans l'élection d'un Roy des Romains et dans les affaires du Nord, en même tems qu'on tachera de faire rejaillir tout le tort la Cour de V. M. Imp. au dehors, en cas qu'on ne trouvât pas moyens de l'applanir les difficultés qui subsistent au sujet des dettes et du Commerce. Dieses Urtheil über die geringen Kenntnisse des Sendboten war nicht aus der Luft gegriffen und Münchow schrieb an den König, Breslau 2. März 1751, dass der Commissär Dewitz keine Idee vom schlesischen commercium habe (Fechner, S. 124).

Hier möge eine Stelle aus den Depeschen Puebla's über den König Platz finden. Am 30. März 1751 schreibt dieser: Il est pourtant vray selon l'aveu de tous ceux, qui viennent de Potsdam et qui entourent le Roy, que ce Prince naturellement enclin à l'hypochondrie avance journellement, commence à abhorrer les conversations pour se donner à la lecture, aux speculations, et à des profondes reveries, et qu'il devient de jour à l'autre plus inquiet, mēcontent, caché et soupconneux.

S. 139 bemerkt Fechner, Dewitz hatte Grund über das Verhalten des Wiener Hofes zu erstaunen: „Sein Verkehr zu Pressburg wurde recht schwierig.“ Nun erzählt Fechner S. 138, dass der preussische Unterhändler auf die ungarischen Abgeordneten Einfluss zu



nehmen suche, um dieselben für seine Sache günstig zu stimmen. Mir ist zwar keine Verordnung bekannt, wodurch der Verkehr von Dewitz erschwert werden wollte, aber man wird sich doch nicht wundern dürfen, wenn dies der Fall war, wenn die Bestrebungen von Dewitz zur Kenntniss des Wiener Cabinets gelangten. Ueber Dewitz findet sich in den österreichischen Schriftstücken nur die Bemerkung, dass er über Ungarn Erkundigungen einziehe. Meine Abhandlung in den Mittheilungen XV, S. 319.

Eine Zeit waren die Wiener Kreise über Dewitz ungehalten. Mr. Dewitz, heisst es in einem Schriftstücke, *„s'étant égaré à vouloir nous debaucher des officiers et ayant apporté à cet effet des lettres de Rebendisch d'une style plus élevé que les militaires n'ont coutume écrire, et lesquelles il a secondé lui-même en personne avec les persuasions“*.

41. Dass die Vorschläge Oesterreichs hinsichtlich des Transits und der Ausfuhr für die preussischen Länder von Nutzen seien, bemerkt auch Münchow (Fechner, S. 210).

42. Unerwiesen ist die Behauptung, dass der Wiener Hof im eigenen Lande Abneigung und Missstimmung gegen den Handelsverkehr mit Schlesien zu verbreiten, sowie Misstrauen gegen die redlichen Absichten des Königs zu erwecken suchte, indem der Wiener Hof eine unrichtige und oberflächliche Handelsbilanz veröffentlichte (Fechner, S. 160). In Wien hatte man keine bessere, und man war von der Richtigkeit derselben überzeugt, denn die Angaben sind dieselben, welche in dem zum heimischen Gebrauch verfassten Schriftstücke sich befinden. Noch Jahrzehnte später besass man keine zuverlässigere Uebersicht über die Einfuhr und Ausfuhr, und es mag wohl einem Tadel unterliegen, dass man, auf ungenügendem Material fussend, eine Handelspolitik aufbaute, welche zur Unterbindung des bisherigen Verkehrs mit dem Nachbarlande führte, aber die Wiener Staatsmänner zu beschuldigen, dass sie wissentlich Fälschungen vornahmen, um die Kaufleute und Fabrikanten zu gewinnen, ist durch nichts gerechtfertigt. Auch mag es wohl gestattet sein, gelinden Zweifel zu hegen, ob die preussisch-schlesischen Angaben unbedingt zuverlässig genannt werden können.

43. Die Verständigung an Podewils und Finkenstein die Sendung Fürst's betreffend, erfolgte 26. Januar 1753, Politische Correspondenz IX, 322.

44. Ein non ens und beneficium absque effectu, heisst es in dem Schriftstücke.

45. Von denen Beweggründen, heisst es in dem Schriftstücke, *„anderweite Anmerkungen und schließliche Erklärungen“*, warum diese



exceptiones a regula gefordert und darauf bestanden werden müsse, ist mehrmalen angeführt, dass man nicht dadurch zu lucriren, sondern nur einige Moderation bei den grossen und überwiegenden aus den so häufig nach Schlesien kommenden österreichischen Productis als Wein, Garn, Leinwand, ausgearbeitetes Leder, Kupfer, Sensen und Strohmesser, Eisen- und Holzwaaren, Pottasche, Weinstein, Specerey und andere Materialwaaren entstehende Balancen dadurch zu erlangen suche, wesshalb man auch bei diesem Articul von der darin angetragenen Massgebung ohne offenbaren Nachtheil nicht abgehen kann, auch von der gegenseitigen Gemütsbilligkeit sich verspricht, dass sie solches endlich vor billig erkennen und die Conservation ihres eigenen Vorthells darunter in Betracht ziehen werden‘.

In der Zwischenzeit von der Uebergabe des ersten vom 14. März datirten preussischen Schriftstückes bis zur Beantwortung desselben fand ein Schriftwechsel statt, der jedoch auf die eigentliche Verhandlung keinen Einfluss hatte und nur aus dem Grunde eine Erwähnung verdient, weil sich Fürst später darauf berief, dass er bereits in seiner Schrift vom 14. März 1753 gegen den neuen Tarif protestirt habe. Von einem Proteste findet sich darin keine Spur. Fürst sprach im Namen des Königs den Dank für die Communication des neuen Zollltarifs aus, ‚als auch für die gegebene Hoffnung, dass man annoch geneigt sei, zur Begünstigung des Handels und Wandels von diesem Tarif abzugehen und für die preussischen Unterthanen eine andere Ausmessung zu machen‘.

Einige Tage später, am 24. März, überreichte Fürst, ehe er noch eine Antwort erhalten hatte, abermals ein Promemoria. Kaufleute Preussisch-Schlesiens und der Grafschaft Glatz seien durch ‚unterschiedene‘ sowohl auf dem letzten Markte in Brünn, als sonst von hier erhaltene Nachrichten in Besorgniss gesetzt worden, dass der neue Tarif nicht allein in Böhmen, Mähren und Schlesien, sondern auch in Oesterreich vom 1. April zur Execution gebracht und die ‚Abgaben darnach auch intuitu des Commercii mit Preußisch-Schlesien und der Grafschaft entrichtet werden sollen‘. (Ober- und Niederösterreich hatten einen besonderen Tarif vom Jahre 1725.) Dies würde offenbar gegen die Natur und Eigenschaft der wegen Begleichung des reciproken Commercii obwaltenden Negociation sprechen, wornach bis zur wirklichen Schliessung eines Commerztractates nothwendig Alles in unveränderlichem Stande verbleiben müsse; er, Fürst, sei versichert, ‚dass diese Besorgniss der preussisch-schlesischen und glatzischen Kaufleute unfehlbar aus keinem anderen Grunde als der vielleicht deshalb den k. k. Mauthofficianten annoch ermangelnden hinlänglichen Instruction herrühre‘. Da aber der 1. April



vor der Thür stehe, trage er darauf an, dass ohne Zeitverlust an die sämmtlichen k. k. Mauthofficianten die nöthigen Ordres ergehen, bezüglich Preussisch-Schlesiens und der Grafschaft Glatz nach dem vorigen Fuss unverändert zu verfahren. Hierauf antwortete nicht gerade geschickt Chotek bereits am 30. März, die Kaiserin könne nicht glauben, dass das Promemoria auf Befehl des Königs erlassen worden sei; ,sowohl weilen alles, was seit mehreren Jahren in denen Commercialangelegenheiten hin und wieder vorgekommen, nunmehr, da die Handlung auf den Schluss stehet, zum Theil gegen die anderseitige selbsteigene Eingeständnuß, neuerdinger in Anstand gezogen worden', als auch in den von Fürst vor einigen Tagen übergebenen Schriften gegen die Tarife kein Widerspruch erhoben wurde, während doch das Promemoria vom 14. März eine Rückantwort auf die hiesige Erklärung sei, womit auch der besagte Tarif vor dessen Publicirung aus keiner andern Ursache als ,zur überzeugenden Darthung des Uebermaßes diesseitiger Aufmerksamkeit, auch besten Trauens und Glaubens mitgetheilt worden sei'.

Fürst überreichte am 16. März 1753 sein Promemoria vom 14. und forderte, dass Chotek oder Jemand aus seinem Departement mit ihm in Conferenz trete; Chotek ist bereit, Kannegiesser oder Neffzer mit ihm conferiren zu lassen, wie Fechner S. 213 selbst erzählt und hinzufügt, dass Fürst in eine Meinungsdivergenz mit Münchow gerieth. Die Bereitwilligkeit Chotek's beweist, dass er eine Vereinbarung anstrebte. Aus der, wie bereits bemerkt, nicht gerade geschickten Antwort vom 30. März auf das von Fürst am 24. März übergebene Promemoria folgert Fechner, dass, wenn der Wiener Hof vorher die Verbindlichkeit des Status quo abgeleugnet habe, aber die zu dem Versuche einer Tractatschliessung zugestanden hatte, leugnete er jetzt auch diese Verbindlichkeit ab und verletzte gröblich den Status quo, ohne dass nur ernstlich der Versuch einer Verständigung von ihm gemacht worden wäre!

Fürst erwiderte auf die österreichische Note vom 30. März am 8. Mai 1753, dass schwerlich ein Exempel gefunden werden könne, dass während einer Negociation über einen zu errichtenden Commercietractat zumal nach vorhergegangenen Friedensschlüssen, wonach bis zur Errichtung eines Tractates Alles im vorigen Stande bleiben solle, einseitig von einer Macht ein neuer Tarif ,introduciret und auch in Ansehung der gegenseitigen Unterthanen wirklich zur Execution gestellet worden sei'. Es müsse demnach jedermann um so fremder und unfreundlicher vorkommen, wenn demungeachtet die Kaiserin gut finden möge, während der eben zum glücklichen Ende sich anlassenden Negociation einen neuen so hohen Tarif einzuführen. Durch die in dem neuen Tarif enthaltenen unerträg-



lichen Abgaben werde fast völlig aller Verkehr zwischen den beiderseitigen Staaten aufgehoben werden müssen. Die Antwort der österreichischen Regierung sei ,nicht hinlänglich, dieses außerordentliche Verfahren auch nur im geringsten zu justificiren'. Die expressen Worte der bereits in dem Promemoria vom 14. März übergebenen Anmerkungen zeigen, dass von preussischer Seite ,gegen alle thätliche exactiones, nach denen in dem communicirten Tarif zum Nachtheil der Handlung sowohl dero gesammten Länder, als insbesondere der schlesischen Provinz wider die Verbindlichkeit aus denen solennen Friedensschlüssen einführen wollende Consumosätzen auf das Feierlichste protestiret worden, und dass daher der Einwand unbegründet sei, als wäre gegen den communicirten Tarif in der damaligen diesseitigen Rückantwort nichts eingewendet worden'. Von preussischer Seite sei die Freiheit zu einer dergleichen ,die Ruinirung des Commercii involvirenden Neuerung' nirgends zugestanden worden, und obgleich man bezüglich der Regelung der Consumosätze principiell eingewilligt habe, dass jedem Theile die vollständige Freiheit bleibe, dieselbe nach eigenem Belieben zu reguliren, so sei dies nicht anders als expresse unter den Bedingungen geschehen, nach welchen dabei das commercium zu favorisiren sei. Die Begünstigung hinsichtlich der Durchfuhr und Ausfuhr sei nicht hinlänglich, den aus den hohen Consumosätzen entstehenden Nachtheil zu compensiren. Uebrigens finde sich in dem ,während der Negociation zur Execution gestellten Tarif dieser Favor darin nicht, und am wenigsten können die darin enthaltenen hohen Transitosätze bei den nach Ungarn gehenden Waaren den Namen eines Favoris verdienen'. Wenn also auch die Versicherung gegeben werde, dass der publicirte Tarif auf die österreichischen Lande sich nicht erstrecke, so sei der bereits daraus erwachsene Schade für den preussischen Handel mit Böhmen, Mähren und Böhmischeschlesien so gross, dass der König solches nicht mit gleichgiltigen Augen ansehen könne. Die in dem Tarif enthaltenen Sätze zeigen bei dem ersten Anblick genugsam die Unmöglichkeit, dass die königl. preussischen Commercianten künftig weiter selbst diejenigen Waaren in die hiesigen Lande bringen können, welche den hiesigen Unterthanen doch höchst unentbehrlich seien. In allen preussischen Schriftstücken sei vielfältig überzeugend dargethan worden, dass Alles auf dem Fusse bleiben solle, wie es vor dem Kriege gewesen, bis man darüber anders conveniret, selbst nach dem Dresdener Frieden seien die Friedensschlüsse von Seite der Kaiserin in ähnlicher Weise interpretirt worden, und das dem preussischen Minister im Februar 1747 eingehändigte Promemoria kann den besten Beweis geben, wie sehr man damals von den nachher angenommenen Interpretationen entfernt ge-



wesen. Der König habe seine Willfährigkeit, baldigst zu einem Commerciens-tractat zu gelangen, genugsam bezeugt, die Schuld des aus diesen Friedens-tractaten bis zum Abschlusse desselben feststehenden Provisoriums könne ihm nicht beigemessen werden. Am Schlusse fordert Fürst, dass die ,unerträgliche und nichts weniger als die volle Cessation des gesammten Commercii nach sich ziehende Neuerung ohne Anstand abgestellt und bis die gegenwärtige Negociation durch einen Tractat zu Ende gebracht sein werde, es wenigstens bei denen bisher gewöhnlichen Impositurungen der aus den preussischen Landen kommenden Waaren belassen und baldmöglichst die nöthigen Weisungen an die sämmtlichen Zollämter dieserhalb erlassen werden‘.

Am Tage nach Ueberreichung des Promemorias vom 8. Mai erhielt Fürst die Antworten auf seine Schriftstücke vom 14. März.

Fechner bemerkt, dass von Seite des Wiener Hofes auf das Promemoria vom 8. Mai eine formelle Antwort nicht erfolgt sei (S. 272 und 280, wo die Nichtertheilung einer Antwort ,der Lässigkeit des Wiener Ministers‘ zugeschrieben wird), allein Chotek hat ein Billet an Fürst geschrieben, welches mir leider nicht zu Gesicht gekommen ist. Sollte Fürst hievon keine Meldung gemacht haben? Ich entnehme die Thatsache aus einer Zuschrift an die Staatskanzlei vom 18. Mai 1753, worin auch über die an Fürst ertheilte Antwort auf die von demselben übergebenen Schriftstücke vom 14. März Meldung gemacht wird. Man hoffe, heisst es darin, ,den Berliner Hof vollkommen zufrieden zu stellen und anderentheils die ganze unparteiische Welt von diesseits hegender aufrichtiger Gesinnung, die Sache zum gedeihlichen Ende zu bringen, überzeugen zu können‘; ehe dieses Promemoria Fürst zugestellt worden sei, habe dieser am 8. Mai in einem Schriftstücke wiederholt gefordert, den neuen Tarif ohne Anstand abzustellen und es bis zu beendigter Negotiation wenigstens bei den bisherigen Abgaben zu belassen. Was hierauf von mir indessen in einem Billet geantwortet worden, zeigt die weitere Anlage; und am Schlusse: ,wie ihme (dem Fürst nämlich) vermittelt eben dieser Anlage die vorhin angeführte diesseitige Antwort vom 28. April sammt der Final-Gegenklärung behändigt und darin die Hand so viel als immer thunlich zur Schliessung der Negotiation geboten worden, so glaubt man schon Alles gethan zu haben, was nur immer der Berliner Hof von dem hiesigen verlangen kann, und man wäre daher des ohnmaßgeblichen Dafürhaltens, dass zur Vermeidung ohnnöthiger Schriftwechselung vorbesagtes Promemoria vom 8. Mai dieses unbeantwortet gelassen und nach der von mir in dem oben beigelegten Billet gethanen Aeüßerung die letztere preussische Erklärung erwartet und sofort zum Schlusse des Hauptwerkes ge-



schritten werden könnte'. Sollte aber die Hof- und Staatskanzlei eine weitere Berathschlagung für nöthig erachten, so werde man sich dazu allemal bereit finden lassen. Eine Antwort der Hof- und Staatskanzlei liegt nicht bei.

46. In der Declaration vom 28. April, sagt Fechner (S. 272), 'warf sich der Wiener Hof in die Brust und stellte sich verletzt'. Ich setze die Stelle hieher: Man habe gehofft, die Commerzconvention ehebaldigst zum beiderseitigen Vergnügen abgeschlossen zu sehen, nach dem Inhalt der preussischen Schriftstücke vom 14. März müsse 'die Beisorge des Gegentheiles entstehen'. Die von Oesterreich bekundete Willfährigkeit werde nicht anerkannt und das letzte Promemoria dahin ausgelegt, als ob man den königl. preussischen Unterthanen 'die tractatmässigen Nutzbarkeiten zu entziehen, das mutuum commercium nicht nur nicht zu begünstigen, sondern zu bedrücken, ja es unmöglich und daraus ein non ens zu machen, allen Vorthail sich zuzueignen und die Last auf die andere Seite zu schieben, ferners nicht allzufreundliche Anerbieten geltend zu machen und mit einem Wort gegen die Grundsätze einer natürlichen Billigkeit, Gefälligkeit und nachbarlicher Freundschaft zu handeln sich bestrebe'. In den seit 1749 gewechselten Schriften sei das Gegentheil dargethan worden. Es würde im Mindesten dabei sich aufzuhalten ganz und gar nicht nöthig sein, wenn nicht das aufrichtigste Verlangen, die allerbeste nachbarliche Freundschaft mit des Königs von Preussen Majestät auf das Kräftigste zu befestigen und für beständig zu versichern, den hiesigen Hof bewegte, nicht den allergeringsten Schatten eines dergleichen Verdachtes auf sich ersitzen zu lassen. 'Aus dieser alleinigen wohlmeinenden Absicht beschiehet es also, dass man neuerdings sich bemüssigt findet, tiefer in die Materie einzugehen, nachdem sie vorher schon so abzukürzen sich beflissen worden, dass nach denen andererseits vormals selbst eingestandenen Grundsätzen sehr wenigen Punkte annoch zu verabreden und festzusetzen übrig verblieben waren. Worüber man zu beederseitigem Nutzen in Kurzem würde haben enig werden können, woferne nicht die schon eingestandenen Sätze neuerlich in Anstand gezogen oder doch so ausgedeutet werden wollen, dass ihnen in der That alle Kraft und Wirkung benommen würde. Man ist der gänzlichen Zuversicht, dass, wenn Ihro Majestät der König von Preußen der Sachen dermaligen Stand, so wie er an sich beschaffen ist, ohne Vorurtheil und Nebenabsicht vorgelegt und nach dero eigener hohen Beurtheilung eingesehen werden sollte, Se. Majestät den hiebei unterloffenen Irrthum und Missverstand sogleich entdecken würden.'

Damit aber Alles desto geschwinder zum Schluss gebracht werde, heisst es schliesslich, mögen ohne weiteren Schriftwechsel dem Commerz-



directorium die preussischen Tarife mitgetheilt werden, um sodann über Alles, was ein gemeinnützlichcs mutuum commercium befördern kann, sich zu vergleichen. Die Kaiserin Königin fügt die aufrichtigste Versicherung bei, dass sie, allein um Verhütung des aus der Ungleichheit entspringenden namhaften Schadens besorgt, königl. preussischerseits in allem Uebrigen Leichtigkeit und Willfährigkeit im Uebermass vorfinden werde. Zur Erreichung eines so heilsamen Endzweckes sei nur noch nöthig, dass der Beschwerden wegen der grossen Ungleichheit in der Münze, welche den gemeinschaftlichen Handel und Wandel zu sehr hindern, mithin unter die im sechsten Artikel des Dresdener Friedens erwähnte Entraves mitzurechnen ist, abgeholfen werde.

Es ist unrichtig, die Forderung Oesterreichs, auch eine Vereinbarung über das Münzwesen zu treffen, als Chicane zu bezeichnen und darin Feindseligkeiten gegen Preussen zu erblicken, ebenso auch in der zwischen Oesterreich und Bayern abgeschlossenen Münzconvention. Ein nur oberflächliches Studium der bei Becher abgedruckten Münzpatente zeigt, dass die theresianische Regierung nichts Anderes im Auge hatte, als die bereits unter Karl VI. erlassenen Verfügungen, welche während des Krieges nicht befolgt worden waren, in Kraft treten zu lassen, und der im Mai 1753 gegen die preussischen Münzen erlassene Courstarif ist nur eine consequente Fortsetzung des bereits 1746 begonnenen Werkes. Am 26. Mai 1746 wurde nämlich eine Verordnung erlassen, worin gesagt war, dass durch die Kriegsunruhen die 1735 und 1736 publicirten Patente übertreten worden seien. Fürst gab, wie Fechner S. 276 berichtet, dem Wiener Hofe bezüglich seiner Auffassung über das Münzwesen nicht ganz Unrecht. Man klage, schrieb er, besonders über die Ungleichheit der Münzung. Von ihm rührt der Vorschlag her, über die Münze eine besondere Convention vorzubehalten. Es ist auch nicht richtig, dass der von Fürst vorgeschlagene Ausweg in der Folge nicht zum Ziele führte, ‚weil der Wiener Hof klüglich den gleichzeitigen Abschluss einer Münzconvention zur Bedingung machte‘. Man wäre, wie aus den Wiener Schriftstücken hervorgeht, bereit gewesen, einer derartigen Modalität die Hände zu bieten.

47. Fechner meint, dass die Herabsetzung des Weintransitzolles kein Opfer war, S. 273. In dem österreichischen Schriftstücke finden sich die Angaben über den Ausfall. Die Einnahmen flossen dem schlesischen Cameralfonde zu in Folge der Recessverhandlungen. Dass lediglich finanzielle Rücksichten obwalteten, geht daraus hervor, dass noch am 20. Februar 1779 an das schlesische Amt die Weisung erging, ‚dass die auf die Teschner Messe geführten Weine, wenn sie von da ad extra



ausgeführt werden, von der Transitoimpost per 45 kr. vom Eimer nicht freigelassen werden können‘.

Dass Berechnungen angestellt wurden, geht aus folgenden Angaben hervor :

Extract, was der in den Antheil Schlesien eingeführte Transito- und Consumowein, dann anderer Getränkeimpost vom 1. November 1748 bis Ende October 1753 ertragen habe:

|              | Transito | Consumo-<br>impost | Contreband<br>und<br>Strafe | Summe  |
|--------------|----------|--------------------|-----------------------------|--------|
| 1749         | 14.248   | 9.800              | 142                         | 24.190 |
| 1750         | 19.025   | 10.752             | 4                           |        |
| 1751         | 16.952   | 11.503             | 17                          | 28.472 |
| 1752         | 16.432   | 12.058             | 343                         | 28.833 |
| 1753         | 18.024   | 14.942             | 30                          | 32.996 |
| Durchschnitt | 16.936   | 11.811             | 107                         | 28.854 |

48. Ohnvorgreifliche Reflexiones, 28. April 1753, am 9. Mai an Fürst übergeben.

49. Fechner a. a. O. S. 275 ff.

50. Kaunitz war während seiner Anwesenheit in Paris von Zeit zu Zeit über die Verhandlung mit Preussen unterrichtet worden, vornehmlich zu dem Zwecke, um die Haltung Oesterreichs dem französischen Ministerium gegenüber zu rechtfertigen, da bekanntlich König Friedrich seinen Vertreter in Paris mit Instructionen über den Stand der schwebenden Verhandlungen versah. Vollständige Klarheit besass Kaunitz über die Einzelheiten nicht. Einige Wochen nach Uebernahme der Geschäfte übermittelte Kaunitz dem Commerzdirectorium am 31. Juli 1753 einen Bericht des Secretärs Weingarten aus Berlin vom 10. Juni 1753. ,On m'assure, heisst es daselbst, ,que le Directoire general des finances travaille à un nouveau tarif qui surchargera extremement l'entrée des differents Marchandises, qui viennent des Etats hereditaires de la maison d'Autriche afin d'introduire une reciprocité parfaite selon le langage que l'on tient ici, au sujet du tarif, que S. M. l'Imp. Reine a fait publier au mois d'avril dont on est très mècontent ici.' Bereits am 26. April 1753 hatte Puebla berichtet: ,Le nouveau tarif parait fort intriguer cette Cour, et on dit, que les autres voisins ne l'étoient pas moins et ne tarderaient



pas de faire faire des remonstrations.' Die an die Staatskanzlei gerichtete Note des Commerzdirectoriums vom 10. September 1753 knüpft an das von Fürst überreichte Schriftstück an, worüber Berathungen gepflogen worden seien; man habe gefunden, dass preussischerseits von den eigenen früheren Eingeständnissen wieder abgegangen, der alte Satz des Status quo in den Consumozöllen als eine Friedensverbindlichkeit vornehmlich in Bezug auf die in Preussisch-Schlesien und Glatz erzeugten wollenen und leinenen Waaren behauptet werde, ferner auch nicht das in aller Billigkeit gegründete Reciprocum durchgehends eingestanden werden wolle; man habe daher die Antwort hierüber solchergestalten zu fassen getrachtet, um zum Nachtheil der hiesigen Lande nicht mehr, als bereits geschehen, zu bewilligen, gleichwohl aber auch dem König von Preussen nicht alle Hoffnung zu einer weiteren Negociation und Einverständniss zu benehmen. Von Seiten des Commerzdirectoriums sei man der unvorgreiflichen Meinung, dem dem preussischen Promemoria zu Grunde gelegten Satze, als wäre in den Friedenstractaten gegründet, die schlesischen und glatzischen Waaren in die diesseitigen Lande nicht schlechter als vorhin anzusehen, absolut zu widersprechen. Hievon sei in den Tractaten keine Spur vorhanden.

Nach Anführung des Artikels des Berliner Tractates heisst es sodann: Weil aber bald nach Schluss des Friedens von königl. preussischer Seite eine Aenderung nach der anderen vorgenommen und nach Willkür gehandelt worden sei, diesem Exempel auch sodann diesorts nachgefolget worden, mithin die Sache zur Zeit des Dresdener Friedens nicht mehr in dem Stand war, wo sie hätte sein sollen, so sei in diesem Frieden eine ganz andere, von dem Berliner Vertrage abgehende Fassung beliebt worden.

Was also dem Dresdener Friedensschlusse gemäss sei und sich durchaus behaupten lasse, bestehe darin, dass beide hohe Theile sich anheischig gemacht haben, einen Commerztractat zu schliessen und darin den Handel und Wandel zu favorisiren. Diesorts glaube man dieser Verbindlichkeit in vollem Masse genug zu thun, wenn die Transitogebühren bestimmt, die Exitoabgaben um ein Merkliches gemindert und bezüglich des Consumo den in den preussischen Staaten erzeugten Waaren ein Moderamen von  $\frac{1}{4}$  und den fremden durch die preussischen Lande gehenden Waaren von  $\frac{1}{6}$  eingeräumt werde. Dadurch werde den preussischen Unterthanen ein hinlänglicher Vortheil eingeräumt, und es könne zum Abbruch der diesseitigen Gefälle und Landesproducte um so weniger mehr verlangt werden, als man hierorts sich mit den nämlichen Vortheilen bezüglich der Ein-, Aus- und Durchfuhr in die preussischen Staaten gar gerne begnügt



und wohl nicht anders als ein besonderer Favor angesehen werden könne, wenn man  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{1}{6}$  in der Consumverzollung nachsieht. Niemals aber werde dem hiesigen Hofe mit Grund zugemuthet werden können, gewisse aus Schlesien und Glatz kommende Waaren zum Nachtheil der erbländischen Fabriken auf dem nämlichen Fuss und unter der nämlichen Verzollung zu lassen, worunter dieselben in vorigen Zeiten, als dieselben noch zur diesseitigen Herrschaft gehörten, gestanden seien. Am allerwenigsten aber könne preussischerseits behauptet werden, dass man in dem neuen Tractat diesseits sich bezüglich aller k. k. Erblände, welche mit dem ehemaligen schlesischen in commercieller Verbindung gestanden, verbindlich gemacht habe, bezüglich der preussischen Lande aber darunter nur Glatz und Schlesien verstanden werden sollten. Diese Zumuthung wäre den klaren Worten der Friedensschlüsse (*états et sujets réciproques et sujets respectifs*) schnurstracks zuwider und könne dadurch nicht unterstützt werden, „dass in dem schlesischen Zollmandat vom Jahre 1739 und 1740 unter die mit den übrigen k. k. Provinzen eine Connexion habende Staaten nur Schlesien und Glatz genannt wurden“.

Damals und in dem besagten Tarif war die Intention nicht mit einer benachbarten Puissance einen Commerztractat zu schliessen, sondern nur zu erklären, welche k. k. Erblände mit einander in Verknüpfung gestanden und welche daher leidentlicher als die übrigen Erblände und fremden Staaten gehalten werden sollen. Da nun dermalen besagte Länder unter einen fremden Herrscher gefallen, so folge von selbst, dass sie nicht mehr als erbländisch anzusehen, mithin man auch nicht verbunden sei, ihnen auch weiter jene Erleichterungen, welche sie damals gehabt, zu Statten kommen zu lassen, sondern dass jenes, worüber man sich in einem neuen Commerztractat vereinigt, wie auf die gesammten mit einander in commercieller Verbindung stehenden k. k. Staaten, also auch auf alle königl. preussischen Provinzen zu verstehen sei. Diesorts werde man es daran nicht allein nicht erwinden lassen, sondern man versichere auch, dass in den königl. böhmischen Erblanden über die in dem communicirten Tarif enthaltenen Sätze keine anderen Aufschläge oder Imposten eingeführt sind, und wenn ja aus Missverständniss der Beamten etwas Mehreres abgefordert werden sollte, wie von den Mahlsteinen geklagt werde, so sei man erbietig, solches gleich abzustellen. Es justificirt sich aber wegen dieser Mahlsteine die zur Verantwortung gezogene böhmische Zolladministration, dass von solchen nicht mehr, als was in dem neuen Zolltarif ausgeworfen sei, als Zollabgabe abgeheischt werde. Es liege daher diesfalls klar zu Tage, dass diese Zumuthung auf eine ungleiche Information gegründet sei.



Man habe sich übrigens nirgends anheischig gemacht, die alten Tarife der k. k. Erblände für beständig beizubehalten, mithin könne auch wider die neu eingeführten mit Grund keine Beschwerde geführt noch weniger verlangt werden, dieselben wieder zu suspendiren. Diesorts erfülle man die tractatmässigen Verbindlichkeiten in vollem Masse, wenn man dem königl. preussischen Hof für seine Lande und Unterthanen so namhafte Vortheile antrage, als worüber man sich in der Finalerklärung weiters äussert. Sollte man sich königl. preussischerseits damit nicht zufrieden stellen wollen, so würde man diesseits die gedrohten Gegenmassnahmen gewärtigen und sich damit begnügen, sich bei der ganzen unparteiischen Welt rechtfertigen zu können, den tractatmässigen Verbindlichkeiten Genüge geleistet zu haben. Man erwarte die Ansicht der Hof- und Staatskanzlei oder ob noch conferentialiter zu deliberiren gefällig sei.

Was die in der Note an die Staatskanzlei erwähnten Mühlsteine betrifft, war der Thatbestand folgender: Fürst bemerkte in seinem Promemoria vom 28. Juli 1753, dass eine Ordre vom 15. Mai 1753 aus Prag an die böhmischen Zollämter ergangen sei, von Mühlsteinen aus der Grafschaft Glatz einen Aufschlag von 7 fl. 30 kr. zu nehmen. Chotek, erzählt Fechner (S. 278 Note), stellte dies in Abrede und versprach, wenn es doch bewiesen werden könnte — und dies geschah, denn die Verordnung war von der Prager Zollbehörde am 15. Mai erlassen worden — sofortigen Erfolg der gezahlten Beträge. Die eingeschaltete Bemerkung des Herrn Fechner, dass der Nachweis erbracht worden sei, ist irrig. Am 27. März 1753 war an die böhmische Zolladministration eine Weisung ergangen, worin unter Anderem verfügt wurde, dass von ausländischen Mühlsteinen grösserer Sorten 1 fl. 12 kr., von kleineren 36 kr. per Stück einzuheben sei. Auf eine Anfrage Chotek's stellte die Prager Behörde in Abrede (9. August 1753), dass sie eigenmächtig eine Verordnung erlassen habe.

**51.** Der Schluss des Schriftstückes, der bei Fechner S. 283 f. auch nicht mit einem Worte gestreift wird, mag hier Platz finden; Kaunitz versichert: ‚dass kein Schatten des mindesten Verdachtes übrig bleibe‘, als wollte man Handel und Wandel der preussischen Unterthanen unterdrücken. ‚Man sei diesorts eine dergleichen Absicht zu führen umsomehr entfernt, als man im vollen Mass erkenne, dass ohne reciproker Anständigkeit kein commercium bestehen könne, mithin für die eigenen Länder und Unterthanen erspriesslich und erwünschlich sei, mit des Königs von Preussen Majestät je ehender je besser unter billigen Bedingungen derothalben übereinzukommen. In verschiedenen Stücken haben des einen Theiles Länder deren Länder des andern Theiles vonnöthen, ihr gemeinsames Inter-



esse erheische also die mutuelle Handlung vielmehr zu erleichtern als zu erschweren. Diesorts werde auf nichts bestanden, was man nicht in vollem Mass zu erwidrigen urbietig sei. Um aber desto geschwinder, deutlicher und verlässlicher so offenbar billige Massregeln zur allseits fruchtbaren Wirkung zu bringen, beschiehet nochmalen um die Mittheilung deren anderseitigen Mauthverfügungen das freundschaftsvolle, bestgemeinte Ansuchen, denn wird sich nur einmal beederseits aufrichtig hierüber eröffnet, wie man diesorts dazu ganz willig und bereit je und allezeit gewesen und noch ist, so kommt es sodann auf die Gegeneinanderhaltung beeder Massregeln, d. i. darauf an, dass beederseitige Producta naturae und Manufacta durchgangen und bei jeder Rubriken erwogen werde, was Billig- und auch Anständigkeit erheischet, so ein- als anderseits ohne Beschwerde des eigenen Unterthanen einzugestehen'. Werde das Werk so angegriffen, so sei aller Anschein vorhanden, es in Bälde zu beiderseitigem Nutz und Vergnügen zu endigen, doch kann schliesslich hiebei nicht unerinnert gelassen werden, dass ,ohne unter einstens der Münze halber übereinzukommen und absonderlich ohne anderseits selbe auf einen solchen Fuss zu setzen, dass man von eines jeden Stück innerlichen Werth gesichert sei, der Handel zwischen beiderseitigen Landen unmöglich bestehen könne, woferne gleich alle übrigen Bedingnisse vollständig berichtet würden; denn wie könne z. B. ein hiesiger Unterthan sein Garn oder seine sonstige Feilschaft einem preussischen verkaufen, wenn er nicht wisse, was das Geld, welches er dafür empfängt, dem innerlichen Werthe nach betrage. Insolange dieser Stein des Anstosses nicht behoben sei, bleibe zuwider des sechsten Artikels des Dresdener Friedens eine der beträchtlichsten Entraven, die nach der offenbaren Natur der Sache den Lauf des gemeinsamen Handels hemme'. Es wird die Bereitwilligkeit ausgesprochen, in ähnlicher Weise, wie es mit Kurbayern geschehen, ein Uebereinkommen zu treffen, und am Schlusse hinzugefügt, ,wobei dann abermalen nichts Vorzügliches, sondern einzig und allein eine vollständig recipirliche Gleichheit, und zwar, so viel man diesorts begreift, zum eigenen Behufe des anderseitigen Commercii an des Königs von Preussen Majestät gesonnen, folglich in allen Stücken, was billig und denen Tractaten gemäss ist, gänzlichen erschöpft werde'.

**52.** In den beigegebenen Anmerkungen, sagt Fechner, war zuerst der Vorbehalt des Status quo mit einer gewissen vornehmen Grazie weggeräumt, indem erklärt wurde, man sehe es für unnöthig an, sich über den Verstand der Tractate (nämlich ob es nach dem ,truckenen Buchstaben' oder nach den notorischen Intentionen gehen sollte) aufzuhalten (S. 273). Die Stelle lautet: ,Wird für unnöthig angesehen, sich über den Verstand



beeder Tractaten in Ansehung des Status quo, und von welcher Seiten derselbe am ersten unterbrochen worden, weiter aufzuhalten, nachdem eines wie das andere in denen diesseitigen Schriften seither anno 1751 überzeugend ausgeführt worden, und nachdeme nunmehr königl. preussischerseits die Erklärung erfolgt, dass davon praescindiret und der erste Articul bei dem von hieraus gemachten Entwurf gelassen werden soll'. Fürst hatte nämlich in seiner Schrift vom 14. März der von Oesterreich vorgeschlagenen Fassung des ersten Artikels zugestimmt und gegen Weglassung eines von Preussen vorgeschlagenen und bisher festgehaltenen Satzes keine Einwendung erhoben.

**53.** Bei Fechner S. 285 ist der Schluss des Schriftstückes nicht wiedergegeben; es heisst nämlich in dem mir vorliegenden Concepte nach den Worten, dass man sich die Communication jenseitiger Tarifa ausbittet, falls hiernach beiderseitige Unterthanen Handel und Wandel zu Nutzen beiderseitiger Staaten noch weiters favorisirt und reciproquement eingeführt werden kann, man sich dem nicht zu entschlagen gedenket; sondern mehr und mehr das nachbarliche gute Vernehmen zu befestigen allerdings wünschet. Ad 7., 8., 9., 10., 11. und 12. ist man mit der letzten Erklärung nunmehr verstanden und bleibt nichts mehr übrig, als dass man, wenn die vorhin diesseitige Aeusserung ad 3., 5. und 6. — (Artikel, welche die Einfuhr-, Ausfuhr- und Consumabgaben betreffen) — über welche man dermahen nicht hinausgehen kann, beangenehmet werden wollten, man den Tractat zu beederseits Nutzen und Vorthail wirklich zu Stande bringen möge'.

**54.** Fechner a. a. O., S. 287 f.

**55.** Gegenbemerkungen über von k. k. Seiten den 10. September datirte und unter dem 23. October eingereichte Anmerkungen in der Commercial-Negociation, unterzeichnet 27. November 1753.

**56.** In Wien verzögerte man die Beschlussfassung über eine wichtige Frage, die Zollerleichterung der aus den Niederlanden eingeführten Waaren bis zur Entscheidung der Verhandlungen mit Preussen und Sachsen, ebenfalls ein Beleg, dass man den Abschluss eines Vertrages mit dem Nachbarstaate erstrebte. Die Kaiserin hatte dem Grafen R. Chotek zwei Vorträge des niederländischen Rathes vom 20. October und 11. December 1753 über die Mauthfrage übermittelt. In einem Vortrage Chotek's heisst es nun: Quoiqu'on ait d'abord et souvent depuis ce tems là deliberé sur la matière elle est restée jusqu'icy sans mouvement ulterieur tant à cause de la multitude de celles que sont survenues, que parce qu'on n'a pas osé la porter à la decision de V. M. avant que de voir plus clair dans les negociations touchant le Commerce avec les Cours de



Prusse et de Saxe et plus avancé l'ouvrage des tarifs pour la Hongrie et l'Autriche.

57. Fechner a. a. O., S. 295.

58. Polit. Corresp. X., 230, für das folgende Fechner a. a. O.

59. Note vom 4. Mai 1754; die Arbeit Neffzer's vom 23. Mai 1754.

60. An das Directorium 29. Mai 1754.

61. Commissionsprotokoll vom 17. Juni 1754 in preussischen Zollerhöhungssachen. Anwesend: Graf R. Chotek, Freiherr von Netolicky, Freiherr von Blümegen, Graf Larisch, Doblhoff, Kannegiesser, Koller, Neffzer. Richtig sei es, heisst es am Schlusse, dass durch einen wohl eingerichteten Handel das Geld im Lande erhalten, ja noch mehr aus der Fremde hereingezogen würde; richtig sei es auch, dass Gewerbe, Handel und Wandel und die dabei aufwachende Gewinnstbegierde ein Land mehr bevölkern, daher das Geld besser circuliren und die landesfürstlichen Einkünfte durch so mannigfaltige Zuflüsse ergiebiger machen, ja dem Souverän dazu noch den Vortheil verschaffen, dass er im Falle der Noth bare Capitalien im Lande selbst, ausser Landes aber einen weit grösseren Credit finde. Es lasse sich auch nicht widersprechen, dass alle diese Vortheile sich nicht gleich in den ersten Jahren äussern, ja wohl gar Anfangs mit nicht geringer Beschwerlichkeit verbunden seien, welche zu übersteigen eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsklugheit sei, worüber bei künftiger Zusammentretung Berathschlagung gepflogen und der Kaiserin unter göttlichem Beistand ein Mittelweg vorgeschlagen werden soll.

62. Fechner S. 349 gibt den 31. Mai als Datum des Promemorias an, das mir vorliegende Original ist vom 3. Juni unterzeichnet. Ueber die Vorgänge in Preussen handelt ausführlich Fechner, S. 332 f.

63. Die neue Formulirung lautet wie folgt: „Da zum Vortheil der Handlung und selbst der k. k. Staaten in Breslau von sehr vielen Waaren, so zur Handlung und Verkauf von Ein- und Ausländern eingeführt werden, eine sehr geringe Accise und Einfuhrzoll festgesetzt ist, so findet das Moderamen bei der breslauischen Handlungsaccise und Zoll nicht in denen Fällen, wo solcher Impost weniger als der völlige Consumtionszoll oder Accise beträgt, sondern nur alsdann statt, wenn der Einfuhrzoll oder Accise zur Handlung ebenso hoch ist als der völlige Consumtionsimpost. Dafern auch von denen zu Breslau bei der Einfuhr nur zur Handlung veracciseten und verzollten Waaren nachhero etwas aus Breslau nach anderen inländischen Orten versandt oder verführet wird und bekannt oder in continenti erweislich ist, dass es Producta k. k. Staaten, oder solche ausländische Feilschaften sind, die aus gedachten Staaten der Stadt Breslau zugeführt werden, soll dem Versender oder Käufer das con-



ventionsmässige Moderamen nicht blos von dem Nachtrag oder Nachschuss, sondern von dem Nachschuss und Handlungsimpost zusammen an dem zu zahlenden Quanto des Nachschusses zu Gute gerechnet und solchem nach die Waare angesehen werden, als wenn sie in loco ad quem unmittelbar aus einem zur Convention gehörigen k. k. Erblande einkomme'.

,Gleichergestalt findet in den k. k. Ländern das Moderamen nicht statt bei demjenigen Einfuhrzoll, welchen nach Vorschrift des neuen böhmischen, mährischen und böhmisch-schlesischen Zolltarifs die Niederläger von dem ausländischen Debit nur mit 1 Procent zu erlegen haben, solange nämlich diese Zollabgabe der Niederläger in dem bemerkten Falle nicht etwa künftig erhöht und ebenso hoch gesetzt werde, als der volle Consumtionszoll beträgt.

,Wenn aber diese Niederläger von Producten Preussisch-Schlesiens oder der Grafschaft Glatz oder von denen ihnen aus diesen letzteren Provinzen zugeführten fremden Waaren per Consumo derer k. k. Erblande etwas, es sei viel oder wenig, absetzen, wird von dem in solchem Falle zu erlegenden Consumozoll das conventionsmässige Moderamen abgezogen.

,Auch findet auf beiden Seiten das Moderamen nicht statt, wenn die Consumtionsimposten bei einer Waare, sie sei ausländisch oder inländisch, einerlei ist; wie dann auch wenn nach Abzug des Moderaminis der Satz bei der fremden Waare niedriger als der für dergleichen inländische Waaren festgestellte Satz ausfiele, der völlige inländische Satz zu bezahlen ist.

,Nicht weniger bleiben vom Moderamini exempt und müssen den völligen Consumosatz bei Accise und Zoll zahlen alle Tokayer, oberungarischen, niederungarischen, österreichischen, böhmischen, mährischen, Tiroler und Friauler Weine, so nach Preußisch-Schlesien und Glatz gebracht werden.

,Nächst dem versprechen Ihre k. k. Majestät insbesondere, dass alle in königl. Preussisch-Schlesien und der Grafschaft Glatz fabricirten Tücher, Boy, Flanelle, ganz wollene Kronrasch, halbwollene Rasche und Mousseline, wollene Strümpfe, Hüte und Leinwand von allerlei Art in denen ehemaligen zur Connexion des schlesischen Commercii gehörigen k. k. Erblanden, Böhmisch-Schlesien mit darunter begriffen, wie selbige im schlesischen Zollmandat de anno 1739 § 45 benannt, noch ferner mit keinen anderen Consumtionsimposten, sie haben Namen, wie sie wollen, als solche, welche in anno 1740 darauf gelegen, impostirt werden sollen.

,Wohingegen Se. königl. Majestät von Preussen allen diesen Waaren aus gedachten k. k. Ländern eben dieses Beneficium in Schlesien und Glatz verspricht.



,Was die übrigen Feilschaften und Waaren betrifft, so nicht eigene Fabricata sind, sondern als fremde durch den Handel einander von beiderseitigen respective Unterthanen zum Consumo zugeführt werden, können diese gleichfalls, wenn sie nicht unter die Classe der ganz verbotenen zu rechnen, nach eigener Convenienz impostirt werden, jedoch sollen dieselben pro moderamine  $\frac{1}{6}$  gegen andere dergleichen Waaren, so immediate aus fremden Landen kommen, zu geniessen haben, welches jedoch in denen Fällen nicht statthat, wo gleichfalls wegen derer reciproken eigenen natura et arte productorum das Moderamen excludiret worden.

,In Ansehung des auf den Viehmärkten in beiderseitigen Landen verkauften fremden oder inländischen Viehs, so einem oder dem anderen Lande zugetrieben wurde, ist besonders verabredet worden, dass von solchen  $\frac{1}{4}$  weniger an Consumtionsimposten, es mögen dieselben Namen haben, wie sie wollen, als von demjenigen Vieh, welches immediate aus anderen fremden Ländern kommt, gezahlet werden sollen.

,Damit übrigens in Ansehung der nach diesem Commercianttractate in verschiedenen Cassibus beneficirten naturae aut arte productorum keine Unrichtigkeit vorgehen möge, werden beide paciscirende Theile die Verfügung machen, dass die Certificate von gewissen dazu vereideten Magistratspersonen oder Officianten an den Orten der Versendung unterschrieben und mit dem ihnen anvertrauten Stempel oder Siegel versehen werden.'

**64.** Protokoll der Zusammentretung des k. k. Repräsentationspräsidenten aus Böhmen, Mähren und Schlesien: Freiherr von Netolicka, Freiherr von Blümegen und Graf von Larisch, 18. Juni 1754.

**65.** Um den preussischen Hof zu überzeugen, heisst es in einem Protokolle, wie bereit die Kaiserin sei, die nachbarliche Freundschaft allen anderen Absichten ,vordringen zu lassen', anderseits aber auch durch ein ,indoleantes Stillschweigen' denselben nicht auf die Gedanken verfallen zu lassen, als ob Oesterreich bei der Sache mehr als er selbst beunruhigt zu sein Ursache hätte, solle in anständigen Ausdrücken zu erkennen gegeben werden, dass das Promemoria vom 18. November 1752 bisher nicht beantwortet worden sei, weil man der Zuversicht lebte, dass die reciproke Mittheilung der beiderseitigen Tarife ,einen näheren Weg' zur Vollendung der Commercialverhandlung eröffnen dürfte. Die vor Kurzem von Preussen übermittelten Tarife habe man mit dem Vorsatze in Ueberlegung gezogen, sich in Allem willfährig finden zu lassen, was nur mit der Natur eines gegenseitigen Handels, mit der Billigkeit und den feierlichen Tractaten vereinbarlich sei, als fast zu gleicher Zeit die unvermuthete Nachricht eingelaufen sei, dass die erbländischen Güter wie Wein und andere



Waaren mit einem ausserordentlich hohen Zolle belegt werden seien; zu einer Zeit, wo so viel Neigung zur Fortsetzung der Vertragsverhandlung gezeigt worden sei, habe sich Preussen in der That weiter denn jemals davon entfernt. Es falle der Kaiserin schwer, zu ersinnen, was den König von Preussen zu einem so harten Vorgang bewogen haben möge, da ein jeder, der die österreichischen Tarife einsehe und dieselben mit den früheren vergleiche, endlich den wahren Werth der Waare mit dem der Verzollung zu Grunde gelegten Werthe vergleiche, nothwendig überzeugt sein müsse, dass der Vorgang Preussens mit jenem Oesterreichs nicht verglichen werden könne. Oesterreich sei nur ‚auf den natürlichen Vorzug der inländischen Producte‘ bedacht, habe daher nicht auf preussische Waaren, sondern auf alle auswärtigen eine Erhöhung des Zolles vorgenommen, Preussen aber bloß die österreichischen Erzeugnisse belastet. Es würde der Kaiserin ein Leichtes sein, der unparteiischen Welt vor Augen zu legen, wie genau ihre Gesinnungen nach den Regeln der nachbarlichen Freundschaft abgemessen seien. Ueberhaupt glaube Ihre Majestät, dass ein Souverän die Wohlfahrt seiner Unterthanen mit der Zufriedenheit und Eintracht benachbarter Mächte möglichst verknüpfen müsse, und bloß aus diesem Grunde hätte sie in Hoffnung eines demnächst zu Stande kommenden beiderseits ‚annehmlichen‘ Commerztractates zugegeben, dass die preussisch-schlesischen Waaren in den österreichischen Ländern wie die inländischen behandelt werden. Die Kaiserin hoffe auch von der Freundschaft des Königs zuverlässig durch baldige Zustandebingung des Handelsvertrages und unverzügliche Aufhebung des erhöhten Zolles der unangenehmen Nothwendigkeit enthoben zu sein, die preussischen Waaren als ausländische nach dem böhmischen Tarife zu behandeln. *Protocollum Commissionis 19. Junii continuatae*, unterzeichnet Haugwitz. Die kaiserl. Entschliessung lautet: denen Präsidenten es noch eher zu communiciren.

Dem Protokolle vom 19. Juni sind noch zwei Schriftstücke beigegeben, beide von den Repräsentationspräsidenten Böhmens, Mährens und Schlesiens unterzeichnet und vertragsfreundlich gesinnt. In dem einen Schriftstücke ‚Unvorgreifliche Meinung über die in den preussischen Tariffwesen vorgetragene passus‘ wird zunächst hervorgehoben, dass mit Rücksicht auf Mähren nicht unangezeigt gelassen werden dürfe, dass nach dem alten Tarife (1737), worauf preussischerseits sich bezogen werde, bei der Durchfuhr in Mähren von allen aus Schlesien transitirenden Waaren 5 Procent bezahlt werden mussten; würde daher der Durchfuhrzoll in derselben Höhe wieder platzgreifen, so würde Mähren den Transit ganz verlieren, da ohnehin nur wenige Waaren nach Ungarn durch dieses



Land geführt werden und die Strasse über Preussisch-Schlesien und Polen über Jablunka eingeschlagen werden dürfte. Man möge es daher bezüglich der Aus- und Durchfuhr bei den gemachten Vorschlägen belassen, die, wie hervorgehoben wird, von Kannegiesser herrührten. Die preussischen Anträge über den Consumozoll werden für entsprechender befunden als bisher; es handle sich nur um ‚einige specificirte Capiwaaren‘, wie Tücher, Boy, Flanell, ganz- und halbwollene Rasche, Mesulan, wollene Strümpfe, Hüte und Seidenwaaren; wenn es blos hierauf ankomme und vermuthet werden könne, dass Preussen nicht unbedingt auf dem Zollmandat vom Jahre 1740 beharren und sich vielleicht mit 20, 15 oder doch wenigstens 10 Procent einverstanden erklären dürfte, dagegen aber erbländischen Erzeugnissen als: Garn, Leinwand, Getreide, Kupfer, frischen und gedörrten Früchten, Wildpret, gearbeiteten Häuten, Glaswaaren und irdenen Geschirren gleiche Vortheile einräumen werde, so würden die Erbländer keinen Nachtheil erleiden. Die Forderung Preussens, die fremden, nicht preussischen Erzeugnisse mit einem Sechstel zu erleichtern, sei nicht zu beanstanden, wenn dieses Sechstel nur den ausländischen Kaufleuten, die ihre Waaren unter ihrem Namen in die Erbländer einführen, zugestanden werden soll.

In der zweiten Schrift ‚Note zu dem Commissionsprotokolle‘ wird darauf aufmerksam gemacht, dass es sich nicht allein um die Erleichterung der Einfuhr schlesischer Wolle gegen Bewilligung der Ausfuhr von Flachs handle, da die Erbländer auch Flachs und Garn und die anderen im Protokolle namhaft gemachten Producte aus Schlesien benöthigen, diese daher namhaft zu machen seien. Die Aeusserungen der Präsidenten, welche sie ‚wegen der Besorgnuß des mit Preußisch-Schlesien verfallenen mögenden Commercii‘ gemacht haben, ‚und dass diesem einige Aushilfsmittel entgegenzusetzen wären‘, seien nicht so gemeint, ‚dass man diesen Verlust zu ersetzen etwas ausfindig zu machen sich getrauen wollte oder könnte‘, man habe nur zu erkennen geben wollen, dass, ‚wenn wider alles Verhoffen es dahin kommen sollte, das schlesische commercium mit den böhmischen Erblanden gänzlich unterbrechen zu müssen‘, man unumgänglich auf Mittel und Wege Bedacht nehmen müsse, den an den preussisch-schlesischen Grenzen liegenden, mit Gewerbsleuten und Spinners, welche lediglich von dem täglichen Verdienst ihre Subsistenz haben, angefüllten Gegenden mit ungemeinen Aushilfen an die Hand zu gehen, um ihrem gänzlichen Untergang und etwaigen häufigen Auswanderungen ‚genügend zuvorkommen zu können‘.

Würden den preussischen Feilschaften, wie gefordert wird, Erleichterungen nach dem Zollmandat vom Jahre 1739 zugestanden, so würden



die böhmischen Erblände viel härter als die preussischen Erzeugnisse getroffen, wenn der neue böhmische Tarif bei denselben in Anwendung käme: die unvorgreifliche Meinung gehe also dahin, diesem Begehren, welches allen politischen und commerciellen Grundsätzen zuwiderlaufe, nicht zu willfahren, sondern, „ohne die vorsehende Commercialtractate“ abzubrechen, die Zollgebühren von den preussisch-schlesischen Waaren auf 15 oder 10 Procent soweit möglich hinaufzutreiben, den erbländischen Erzeugnissen aber nach der Hand einen Nachlass von  $\frac{1}{4}$  oder  $\frac{1}{3}$  zu gewähren. In den preussischen Landen dürfen aber die Zölle ebenfalls nicht höher festgestellt werden, das „Reciprocum“ müsse auf das Genaueste beobachtet und dadurch das mutuelle commercium auf festen Fuss gesetzt werden. Es sei Hoffnung vorhanden, dass, sowie durch die Herabsetzung der preussischen Tarife dem mutuellen Handel zwischen den kaiserlichen und preussischen Landen zulänglich „prospicirt“ sein werde, durch den inländischen Erzeugnissen zu gewährenden Nachlass den inländischen Landesmanufacturen am besten aufgeholfen, das mutuelle commercium zwischen den Erblanden, welches bisher gänzlich verschränkt gewesen, befördert und dadurch inländischen Grosshändlern ermöglicht werde, den Verdienst an sich zu ziehen, welchen sie bisher den preussisch-schlesischen Negotianten bei der Einfuhr wollener Zeuge und Leinwände nach Oesterreich und Ungarn haben überlassen müssen.

Von Neffzer liegt ein vom 24. Juni datirtes Specialgutachten über die Fürst'schen Anträge vom 3. Juni vor. Seine Ansicht lautete: der Forderung Preussens stattzugeben und den Ausfuhrzoll für Flachs, rohe und gebleichte Leinengarne, Leinwand, ungarisches rohes Kupfer, steiermärkischen Stahl, Schwarzblech, Sensen und Strohmesser und andere Eisenwaaren mit  $\frac{1}{4}$  Procent festzusetzen; nicht einzugehen sei auf den Antrag, diesen Satz für Pottasche, Salpeter und Brennholz zu vereinbaren; an das von Oesterreich gemachte Zugeständniss sollte die Bedingung geknüpft werden, dass von Preussen auf einige Waaren, die aus Schlesien und Glatz nach Oesterreich gebracht werden, als: Röthe, Waid und andere Farbzeuge, einschürige und zweischürige feine Wolle, Leinsamen, Flachs, rohe und gebleichte Garne, Leinwand und Zwirn ebenfalls kein höherer Ausfuhrzoll festgesetzt werde; gleichzeitig sei an dem in dem österreichischen Schriftstücke vom 16. September 1753 festgestellten Principe festzuhalten, dass beide Mächte freie Hand haben sollen, die Ausfuhrzölle nach Belieben zu normiren, ohne jedoch 10 Procent nach Massgabe des Tarifs vom Jahre 1740 zu überschreiten, auch allenfalls die Ausfuhr einer Waare in alle fremden Länder verbieten zu dürfen. Bei dem Consumozoll befürwortete Neffzer die Geneigtheit zur Herabsetzung



der Zollsätze für alle Waaren auf 30 Procent mit Inbegriff der Accise auszusprechen, für die in dem neuen Tarife ein höherer Zollsatz bemessen worden sei, wobei zu berücksichtigen sei, dass die Schätzung des Waarenwerthes, der bei Ausmittlung der Zollsätze zu Grunde liege, um  $\frac{1}{5}$ ,  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{1}{3}$  geringer als der Marktpreis angenommen worden sei; preussisch-schlesische Waaren sollen einen Nachlass von  $\frac{1}{4}$ , fremde Feilschaften  $\frac{1}{6}$  weniger zu entrichten haben, wenn Reciprocität von Preussen für österreichische Erzeugnisse zugestanden werde, für alle wollenen, baumwollenen und leinenen Erzeugnisse, für Wein, Messing und Kupfer, für Baum- und Erdfrüchte, für Glas- und irdene Waaren, Eisenwaaren, Geschirre, Spitzen, endlich für jene Gegenstände, welche Handwerker und Gewerbetreibende überhaupt, als: Schneider, Schuster, Seifensieder, Seiler u. dgl. benöthigen; sollte aber eine Waare in die Erblände einzuführen verboten oder nur gegen Pässe gestattet werden, so sollte dasselbe auch bei preussischen Waaren Anwendung finden, wenn sich das Verbot auf die Einfuhr auf alle Länder erstrecke. Für den Glashandel sollten in Breslau und anderen Orten ähnliche Zugeständnisse gewährt werden, wie Preussen für sich in Anspruch nehme. Seine Meinung sei immer gewesen, und zwar in Uebereinstimmung mit den Waarenniederlegern, dass, wenn bei der unmittelbaren Einfuhr aus fremden Ländern nach Ungarn nicht ein achtprocentiger höherer Zollsatz normirt werde als bei der Einfuhr aus den deutschen Erblanden, die erbländischen Kaufleute gegen die fremden nicht aufkommen könnten. Zum Beispiel, wenn der fremde Halbrasch, welcher in Wien gekauft und mit 15 Procent verzollt werde, gegen den aus Breslau kommenden nicht um 8 Procent weniger bezahle, wonach dieser also mit 23 Procent belegt werden müsste, könnte der Wiener Negociant all in grosso nicht bestehen. Wenn demnach die unmittelbar aus fremden Landen nach Ungarn gehenden Waaren um ein Viertel limitirt werden, so müssen auch die fremden Feilschaften, welche auf den deutschen Handlungsplätzen erkaufte werden, um das Viertel moderirt werden, ohne welche keine Proportion hergestellt und auch der Zweck, das Negotium aus Ungarn in die deutschen Erblände zu ziehen, nicht erreicht werden könnte.

Aus einem mit diesem Gutachten an Chotek übersendeten Schreiben Neffzer's vom 21. Juni geht hervor, dass man eine Herabsetzung der Zollsätze für leinene und wollene Waaren in Erwägung zog, wogegen Neffzer sich aussprach.

**66.** Fechner S. 351 gibt als Datum 23. Juni 1754, vielleicht den Tag der Uebergabe.

Das Promemoria vom 20. Juni lautet wörtlich wie folgt: Man hat diesorts das anderseitige Promemoria vom 27. November v. J. aus der



alleinigen Ursach nicht beantwortet, weilen man in Erwartung der zu communiciren versprochenen Tariffa gestanden und werkthätig darzuthun vermeinet hatte, dass der hiesige Hof an dem unnützen Schriftwechsel nicht nur kein Gefallen trage, sondern im Gegentheile aufrichtigst, ja sehnlich wünsche, unter leidlichen Bedingnissen mit des Königs von Preussen Majestät in denen Commercial-Anliegenheiten wie in allen übrigen übereinkommen zu können. Der Kaiserin Königin Majestät haben also ihres Orts um so weniger hieran erwinden lassen wollen, als sie vollkommen überzeugt seynd, dass von baldiger Zustandebringung eines beederseits die reciproke vollständige gleiche Anständigkeit zum Grund habenden Commerciën-Tractats denen königl. preussischen Unterthanen nicht minderer Nutzen als denen ihrigen, ja Alles wohl erwogen, denen ersteren ein noch weit grösserer zugehe. Wohingegen sie allerdings erkennen, dass dessen Verzögerung beyden Theilen schade. So sich dahin nicht zu erstrecken hat, um sich allein mit dem ungemein grössern Theil des Schadens zu beladen, als welcher Antrag sich unmöglich mit dem 8. Articul des Berliner und 6. des Dresdner Friedensschlusses vereinbaren lasse.

Solchem nach haben Allerhöchst dieselbe alle Zuversicht, dass endlich einmal mit Beiseitesetzung aller widrigen Vorurtheilen ihre reinstbeste Absicht erkannt werden würde, sich allein mit denen beschäftigt, die Commerciën-Convention ehemöglichst zu Stande zu bringen.

Allein es hat sich ganz unvermuthet geäussert, dass sowohl derer Weinen, als anderer Rubriken halber andererseits derlei Verfügungen erfolgt seynd, welche obige Hoffnung gänzlichen verschwinden machen müssen, wann andererseits zu deren Vollziehung ganz oder zum Theil geschritten wird.

Nun wäre zwar nichts leichter gewesen, wie annoch ganz leicht ist, dasjenige zu bewerkstelligen, was oben gemeldet worden: nämlich die Folgen dessen zu merklich grösseren Schaden deren anderseitigen als diesseitigen Unterthanen ausschlagend zu machen. Man wäre hiezu nm so mehr befugt, als eine Vergleichung zwischen dem in denen böheimischen Ländern eingeführten neuen Tariff und denen anderseitigen Verfügungen zu machen ist. Jenes Tariff ist vorläufig mitgetheilet, und als in mehreren Monaten darauf keine Antwort erfolget, verkündet, anderseits aber, ohne einige Auskunft noch Erläuterung abzuwarten, ungeachtet diesseitiger Erklärung, Alles so abzuändern, wie man übereinkommen würde, seynd vorbemeldte Verfügungen ganz urplötzlich noch wehrender gütigen Handlung verordnet worden.

Diesorts hat man sich je und allezeit zu einem Moderamine oder Nachlass anerbotten, andererseits ist hievon weder in den erlassenen Ver-



ordnungen einige Spuhr zu finden, noch hier die mindeste Anzeige beschehen.

Diesorts hat man, um ja nicht gegen die Verfügungen des 6. Articuls des Dresdner Friedens im mindesten anzustossen, die anderseitige Producta und Manufacta denen übrigen auswärtigen Feilschaften gleich gehalten und anbey sich anerbothen, mittelst einer zu treffen kommenden Convention einen billigen Nachlass deren Imposten einzugestehen, wohingegen allein die diesseitige Producta zum Theil auf das Zehnfache so hoch, als andere ausländische Waaren belegt werden wollen. Häufiger anderer Betreibungen zu geschweigen.

Klage darüber zu führen, hat man von wegen der besorgenden Unnutzbarkeit nicht für rathsam gefunden, mithin war man alleine auf Mittel und Wege bedacht, gegen den diesseitigen Erbländen zugefügt werden wollenden Schaden sich zu verwahren.

Mittlerweile hat man des Herrn von Fürst Promemoria und Anmerkungen vom 3. Juni erhalten, deren Inhalt auf das Neue die Hoffnung erwecket, dass man sich auf eine der beyderseitigen Anständigkeit zu Grunde habende Art dürfte vergleichen können. Man ist hierzu je und allezeit geneigt und urbiethig es werkthätig darzuthun.

Wohingegen in dem Fall, da die bereits ergangene königl. preussische Verfügungen ganz oder zum Theil ins Werk gesetzt werden, der Kaiserin Königin Majestät nicht nur nach denen eigenen Massregeln in denen übrigen Erbländen, wie in denen böheimischen ungesäumt vorzugehen, sondern auch, wie höchst ungern sie gleich daran kommen, dem anderseitigen Vorgang vollkommen nachzufolgen sich nicht würde entschütten können.

Sie hoffen aber noch immer das Widerspiel und werden zu solchem Ende die specielle Beantwortung dessen, was Herr von Fürst unlängst übergeben hat, demselben ungesäumt zukommen lassen, in der gänzlichen Zuversicht, dass nach sothaner Antwort-Erhaltung des so gemeinnützlichen Werks vollständige erwünschliche Berichtigung über drey Monaten nicht anstehen werde.

**67.** Fechner meint: Dies war offenbar geplant, und die preussischen Retorsionen gaben dem Wiener Hofe den erwünschten Vorwand, den fortgesetzten Vertragsbruch zu rechtfertigen.

**68.** Diese Behauptung ist irrig, vergleiche oben Note 45.

**69.** Conferenzprotokoll vom 31. Juli 1754. Gegenwärtig: Ulfeld, Colloredo, Batthiany, Kaunitz, Rudolf und Johann Chotek, Bartenstein, Neffzer und Binder. Die Repräsentationen wurden am 12. August von der erfolgten kais. Genehmigung verständigt.



Ich-hebe aus dem Protokoll die wichtigsten Punkte hervor. Man habe sich, heisst es daselbst, dem Verlangen Preussens bei dem Essito- und Transitozoll fast ganz fügen können, obschon in Ansehung des böhmisch-schlesischen Wein-Transitoimposts über 16.000 fl. den Ständen und in Ungarn wegen des bis auf  $\frac{1}{2}$  Procent herabzusetzenden Dreissigsts auf die ausgeführten Weine etliche 30.000 fl. dem Dreissigstgefälle jährlich entgehen. Bei Errichtung eines Commerztractates könne ein Verlust nicht vermieden werden. Bei dem Consumo lasse sich nicht mehr thun, als die alten Aufschläge auf Leinen und wollene Waaren bis auf 30<sup>0</sup>/<sub>0</sub> aufzuheben und ein Drittel nachzulassen, ‚damit die eigenen Manufacturen mit der darauf bestehenden Nahrung und Geldverkehrung erhalten werden und das Contributionale nicht ins Stocken gerathe‘. Der König von Preussen würde trotz der gemachten Zugeständnisse Anstand nehmen, ‚sich zum Ziele zu legen‘, weil das ihm höchst nützliche Leinwand- und Garnnegotium durch die angeordneten Massnahmen nach Hamburg und Italien, um sich derzeit keinen Schaden zuzufügen, vielmehr befördert als unterbrochen werde, die erbländischen Weine durch andere, als z. B. die französischen ersetzt werden können, die Wollmanufacte in die österreichischen Länder, dann nach Ungarn, Siebenbürgen und in dem Temesvarer Banat abgesetzt werden können, da dieselben als erbländischen Zoll nur  $1\frac{1}{3}$  oder 2 Procent in den österreichischen Ländern, die böhmischen Fabrikate aber 5 Procent zu entrichten haben. Um die Erbländer einerseits vor Schaden zu bewahren, andererseits die Welt zu überzeugen, dass die Kaiserin die Friedensschlüsse auf das Genaueste zu erfüllen bereit sei, zumal noch immerfort aus den österreichisch-ungarischen Ländern eine grosse Summe Geldes nach Schlesien gehe — welche unter Carl VI. mit 2 Millionen veranschlagt worden sei, die mehr nach Schlesien gehen, als daraus kommen — haben die Conferenzminister aus Mangel genugsamer Kenntniss aller obwaltenden Umstände, inwieweit mehr oder weniger von einer Waare aus- oder eingehe, sich lediglich auf den Vortrag des Commerzdirectoriums verlassen, nachdem dasselbe zu grösserer Vorsicht die Meinung der Repräsentationen vernommen; die entworfene Antwort möge an Preussen erlassen, gleichzeitig aber mit der Veröffentlichung der Tarife vorgegangen werden, ‚wodurch dem König von Preussen die Augen eröffnet werden möchten, dass demselben allerdings fürträglich seye, sich zu deme zu bequemen, zu was man sich leztlich anerbietet‘. Damit Sachsen, dessen commercium den Erbländern sehr fürträglich sei, sehe, was für Nutzen aus den Zugeständnissen an Preussen zu schöpfen sei, die man demselben in gleicher Weise, in Bezug auf den Grosshandel in noch höherem Masse einräumen wolle,



möge dem sächsischen Cabinet hievon die Eröffnung gemacht und die beiderseitige Gesinnung befestigt werden. Die kaiserliche Resolution: „Placet“.

Auf die Anträge des Commerzdirectoriums scheint ein Bericht aus Prag vom 14. Juli 1754 nicht ohne Einfluss gewesen zu sein, worin die Besorgniss der Prager Handelschaft dargelegt wurde, da der Handel mit Schlesien gänzlich unterbrochen werden müsste. Die Einfuhr schlesischer Waaren sei gering, der Verschleiss österreichischer Erzeugnisse nach Schlesien um so grösser, nicht so sehr in Prag als im Gebirge, aber die böhmische Hauptstadt habe durch den Wechselverkehr Nutzen. Man habe wohl die Prager Kaufleute aufmerksam gemacht, dass es vielleicht zur Unterbrechung des Handels mit Schlesien kommen könnte, sollten sie nach Triest und Sachsen Geschäfte zu machen suchten. Diese hätten jedoch bemerkt, dass die Levantiner Waaren von den Türken billiger, nämlich mit 5 Procent verzollt würden, derselbe Zoll sei daher auch den christlichen Kaufleuten zu gewähren.

**70.** Cod. Austriacus V, 894, eine Verordnung, die sich auf Ober-, Nieder- und Innerösterreich erstreckte. Fechner's Behauptung S. 362, als sei der Aufschlag auf „schlesische Waaren“ verfügt worden, ist unrichtig.

**71.** Fechner a. a. O., S. 357 und 361.

**72.** Gedanken über die königl. preussische Finalerklärung.

**73.** Chotek hatte sich während seines Aufenthaltes in Böhmen auf dem Gute des Grafen Colloredo zu Opotschno im Herbste 1754 aufgehalten und mit den Handelsverhältnissen der Umgebung beschäftigt, zumeist aber die Zollämter einer Revision unterzogen und hiebei gefunden, dass die Vorschriften der Zollmandate nicht eingehalten und bei dem Garnhandel die Bestimmungen des Patenten nicht beobachtet werden. Aufseher und Stempler seien sehr nachlässig, schrieb er in einem Vortrage, die Stempelung der Leinwand werde gar nicht oder leichtsinnig vorgenommen. Hatzfeld und Loscany wurden in Folge dessen am 28. September 1754 angewiesen, sich in die Gebirgsgegenden zur Abstellung der Missbräuche und zur Behebung der Gebrechen zu begeben. Am 4. October 1754 erging eine Weisung an die Behörden, den Commissären Hatzfeld und Loscany alle Auskünfte zu ertheilen; nach ihrer Rückkehr wurde auf Grund des von ihnen erstatteten Berichtes eine neue Stempelinstruction am 4. Juni 1755 erlassen.

**74.** Anmerkungen über jene Anstände, in welchen sich das Königreich Böhmen befinden würde, wenn königl. preussischerseits der anjetzige Tarif beibehalten oder aber durch Steigerung desselben die volle



Sperrung der Handlung zwischen diesem Königreich und den preussischen Staaten folgen würde.

**75.** Aus einer Zuschrift Blümegen's, Brünn, 2. November 1754. Aus Schlesien langte der geforderte Bericht erst ein, nachdem man bereits über die einzunehmende Haltung Beschluss gefasst hatte. Er trägt das Datum: Troppau, 3. December 1754. Die ‚Gemüthsmeinung‘ des Grafen von Larisch ging dahin, ‚dass die gänzliche Vereinbarung in diesem Geschäft nicht allzu entfernt sei, und er wünsche zum Besten des diesseitigen Antheils Schlesiens, damit die noch obwaltenden Anstände behoben und die den hierländigen Contribuenten zeither gänzlich versperrte Nahrungs- und Commercialquelle wieder eröffnet, mithin die jenseitige (d. h. preussische) Bedrückung je eher je besser entledigt werden möge. Wenn aber wider Vermuthen der besonders von diesem Antheil des Herzogthums Schlesien anseufzende Commercientractat als die einzige Rettung seines unvermeidlichen Verfalls nicht zu Stande kommen und der gegenseitige Handel zwischen den Staaten gänzlich unterbrochen bleiben sollte, so finde er seines geringen Einsehens nach keinen andern Vorschlag, als die schlesischen Natur- und Kunstproducte gegen bare Bezahlung den Contribuenten abzulösen, um sie dadurch im Stande zu erhalten, künftighin, wie bisher, mit dem Contributionali richtig einzuhalten und ihre eigene Nahrung zu erwerben.‘

**76.** Vortrag, 25. November 1754, unterzeichnet Rudolf Chotek.

**77.** Instruction, worauf schon dermalen, wann der Commercientractat mit dem König von Preussen nicht zu Stande gebracht werden sollte, fürgedacht werden solle, an die böhmische, mährische und schlesische Repräsentation, von dem Grafen Rudolf Chotek der Kaiserin am 2. December 1754 vorgelegt.

**78.** Vortrag, 20. März 1755. Die Reiseberichte über Italien und Ungarn sind im ‚Archive für österreichische Geschichte‘ (Band 59 und 69, S. 31) veröffentlicht. Die Reise nach Italien dauerte vom 19. Juni bis zum 29. September 1754. Dem Abdrucke liegt leider nicht das im Hofkammerarchiv befindliche Original zu Grunde, sondern ein daraus gefertigter Auszug. Im Original, welches ich schon zur Zeit der Publication des Auszuges kannte, finden sich einige Notizen, welche der amtliche Bearbeiter bei Seite liegen liess; die Namen der Kaufleute sind nicht durchwegs richtig angegeben. Den erstatteten Bericht über Italien legte Chotek der Kaiserin mit einem Vortrage vom 31. März 1755 vor. Die Reise habe, heisst es daselbst, die völlige Absicht erreicht, da mehr Information und Notizen eingezogen worden seien, als man nach Massgabe der Zeit und der Umstände hätte anhoffen können. Es zeige sich hiebei der von vielen Leuten anfänglich



verachtete, nunmehr aber klar am Tage liegende Nutzen des in Mähren errichteten Manufacturamtes und der Lehnbank, so dass auch in anderen Erblanden eine derartige Institution und Operation zu wünschen wäre. Gleichwie aber sehr selten ein Werk vollkommen sei, so beobachte man auch bei dieser Reisebeschreibung einen Mangel darin, dass der Verfasser weder gedacht noch angezeigt, woher man in quali, quanto und pretio die theils bestellten, theils da und dort anzubringen vermeinten Fabricate hernehmen und damit die auswärtigen Negocianten befriedigen wolle; es scheine, dass er entweder den Kräften des Markgrafthums Mähren zu viel zugetraut oder die Früchte seiner Bemühung keinem anderen Lande geniessen lassen wolle, bis Mähren nicht selbst, so doch niemahlen erwartet, noch fürträglich sein könnte, damit aufkommen würde. Da nun Böhmen an den Leinengarnen einen Ueberfluss habe, auch für den Fall, wenn die Verkehrung mit Preussisch-Schlesien aufhöre, einer Vorsicht und Hilfe bedürfe, so sei vor Allem erforderlich, dass die allegirten Muster erwogen, was deren Böheimourniren kann, überlegt und alsdann ausgemacht werde, ob und inwieweit diese Reise und die errichtete Lehnbank dem gemeinen Negocianten fürträglich sein könne.

Graf Podstatzki und Inspector Procop seien wegen ihres angewandten Fleisses zu beloben und ihnen das Allerhöchste Wohlgefallen zu erkennen zu geben, der böhmischen Repräsentation die Reisebeschreibung in extenso einzuschicken und darüber durch den Consess ihre gutächtlichen Gedanken zu vernehmen. Nach dem eingelangten Berichte des böhmischen Consesses soll aber eine Zusammentretung zwischen Mitgliedern des Consesses, des mährischen Manufacturamtes oder der Lehnbank in Brünn oder nach Thunlichkeit der Umstände in Wien stattfinden, um Massregeln zur Emporbringung des gemeinschaftlichen und gegenseitigen Commercii festzusetzen; zur Einziehung noch mehrerer Notizen auf den Plätzen Leipzig und Hamburg, sodann nach Hungarn eine anderweitige Commercialreise dermalen auf Kosten der Lehnbank unternehmen zu lassen, dazu den Grafen von Podstatzki und den Inspector Procop wegen ihrer besonderen Geschicklichkeit, oder im Falle jener nicht abkommen könnte, letzteren allein zu ernennen und mit einer hinreichenden Instruction zu versehen, was sie sowohl in Ansehung der ausser Lands zu vertreibenden inländischen Producte als jener Waaren, so von den gedachten Handelsplätzen grösstentheils nach Hungarn gehen, ihrer Qualität und Appretur halber zu beobachten hätten, endlich die mährische Repräsentation und durch sie das Manufacturamt und Lehnbank anzuweisen, auf die Emporbringung der dasigen Fabriken und Manufacturen allen Ernstes bedacht zu seyn.



Hier mag auch eine Stelle aus dem Vortrag vom 9. Februar 1755 Platz finden. „Der Bericht der mährischen Repräsentation, welcher am 2. December 1754 für den Fall abgefordert wurde, wenn der mit Preussen fürwährende Commercientractat nicht zu Stande gelangen und der diesfällige Handel und Wandel gänzlich verschränkt werden mögte, sei sehr unvollkommen und seicht, wenn der Consensus oder die Repräsentation auf die italienische Reisebeschreibung des Grafen Podstatzky und Manufacturinspectors Procop hin eingegangen wäre, würde sie die Mittel und Wege ersehen, wohin die bisher nach Preussisch-Schlesien abgesetzten Garne und die leinenen und wollenen Manufacte abzusetzen seien.“ Graf Podstatzky wurde zum Präses des mährischen Consensus, Wimmersperg, Kernhofer und Procop zu Assessoren ernannt. Podstatzky, Kernhofer und Procop wurden nach Wien berufen, um mit ihnen eine neue Reise zu berathen, und zwar nach Leipzig und Hamburg in ähnlicher Weise wie nach Italien vorzunehmen, „auf dass man so genau als verlässlich ein System fassen möge, in was quali und quanto, auch was für einen Format und Appretur die erbländisch-leinenen und wollenen Fabricata erzeugt werden sollen, folglich theils in die ungarischen und eigenen teutschen Erbländer, theils in die italienischen Staaten, wohin das Considerabelste zu thun ist, vernegotiiert, mithin der Endzweck erreicht werden könne, dass auch in pessimo casu, wenn der Handel und Wandel mit Preußisch-Schlesien gänzlich abgebrochen werden sollte, der Contribuent nicht nur allein seine Nahrung wie bisher finden, sondern seine producta artis zu erweitern in Stand gesetzt werde“. Die eigenhändige Marginalbemerkung der Kaiserin lautet: „Placet, potstatski kan aber nicht in diser sach gebraucht werden, weillen er hier wird angestellt“.

Nach Böhmen wurde die italienische Reiserelation am 27. März gesendet; die Zuschrift abgedruckt „Archiv für österr. Geschichte“; am 3. April berichtete der böhmische Consess, er habe den italienischen Reisebericht verschiedenen böhmischen Negocianten und Handlungsgrossirern mitgetheilt, aber er wisse nicht, ob ausser dem verstorbenen Wagner von Trautenau noch andere Negocianten obigen Wegweisungen folgen, es sei dies jedoch nicht glaublich, indem die Kaufleute nicht sonderlich bemüht seyen, in entfernte fremde Lande sich auszubreiten, am wenigsten aber für den Handel mit Wälschland, sei es aus Unerfahrenheit in der Correspondenz oder wegen der dabei obwaltenden vielen Cautelen.

Das Original über die Reise nach dem Norden Deutschlands befindet sich im Hofkammerarchiv. Die Reisenden gingen nach Pommern, besuchten Rostock, Wismar, Lübeck, Hamburg, Altona, Lüneburg, Braunschweig, Leipzig, Weissenfels, Zeitz, Gera, Mittweida, Waldheim, Bautzen,



Zittau, Görlitz, Meissen, Dresden, Freiberg, Oderau, Frankenberg, Chemnitz, Marienburg, Komotau, Oberleutmannsdorf, Brück, Kladrub, Heralitz, Neuschloss. Die bemerkenswertheren Angaben beabsichtige ich an einem anderen Orte mitzutheilen.

**79.** Das Schriftstück hat in dorso die Aufschrift: „Mein Votum de 23. Decembr. 1754.“

**80.** Was den Punkt der Münze anbelangt, heisst es am Schlusse, der mit dem täglichen Commercio des angrenzenden Landes eine unzertrennliche Verknüpfung hat, so sei in dem Aufsatz die Vorsorge getroffen worden, die Sache derart zu fassen, dass weder derselbe zum grossen Nachtheil der an der Grenze wohnenden Unterthanen und Contribuenten zurückbleiben, noch daher ein Verzug alsdann zugehen möge, wenn man königl. preussischerseits aufrichtig, wie vorgegeben wird, gemeint seyn wolle, auch diesen wichtigen Punkt der Billigkeit nach abzuthun, woran doch gar sehr zu zweifeln sei.

**81.** Gegenerklärung über die letztere königl. preussische Erklärung vom 22. October 1754. Der Entwurf des Promemorias ist vom 31. Dec. 1754, am Rande die Bemerkung: „Ist am 26. Januar expedirt worden.“ Von dem Promemoria gibt Fechner einen ausführlichen Auszug, der jedoch in einigen Punkten nicht richtig ist, sowie auch die daran geknüpften Bemerkungen nicht stichhältig sind. Oesterreich behauptete, dass der preussische Weinzoll dreimal so hoch sei als der österreichische Tuchzoll. Fechner sagt nun, dies sei „unwahr“, ein starker Ausdruck. Die österreichischen Berechnungen mögen unrichtig genannt werden, aber auch in den für den heimischen Gebrauch verfertigten Schriften finden sich dieselben Angaben. Es wird auf den Tuchaufschlag von 1 fl. per Elle, der 1728 verfügt worden war, hingewiesen und sodann gesagt: „Wie ganz natürlich haben damals die in Preussisch-Schlesien und der Grafschaft Glatz erzeugte Feilschaften, umb willen sie erbländisch und die Verfügung zu ihrem eygenen Behuf mit ergangen war, besagten Aufschlag nicht zu bezahlen gehabt. Wie aber von der Zeit an, als sie erbländisch zu sein aufgehört, jetztgedachte Befreiung auf selbe sich forthin nicht erstrecken lasse, redet der Sachen Natur von selbst, und ist zum öffteren ganz überzeugend dargethan worden, und wird auch unten noch weiters dargethan werden.“ Man habe, heisst es weiter, den böhmischen, mährischen und schlesischen Tarif „mit dem Anerbieten mitgetheilt, dass man einer weiteren Begünstigung in dem Zoll, da man ansonsten enig werden könnte, den k. preussischen Unterthanen einzugestehen, nicht entgegen sein werde“. S. 377 bemerkt Fechner: es war verschwiegen, dass der Aufschlag von 1 fl. eben gegen Schlesien nicht gegolten habe; wie aus



der oben angeführten Stelle ersichtlich — die durchschossenen Worte fehlen bei Fechner — wurde diese Thatsache ausdrücklich hervorgehoben. Es wurde dem König von Preussen ‚vorgeworfen‘, sagt Fechner, dass er die Aeusserung über die Zeitdauer der Convention verschoben habe: die Stelle lautet: ‚Des Königs von Preussen Majestät habe für gut befunden, ihre Aeusserung zu verschieben, u. s. w.‘ Ob dies wie ein Vorwurf klingt? Die ganze Deduction wird als sophistisch bezeichnet (S. 377). Sophistische Deductionen finden sich auch in preussischen Arbeiten, so in dem oben angeführten Schriftstück von Podewils, sowie in den Fürst'schen Arbeiten. S. 375 macht Fechner in der Note die Bemerkung, dass es wenig aufrichtig war, wenn in den Anmerkungen hingewiesen wurde, dass Oesterreich die Hände nicht frei habe, da die Linzer Fabrik für Nieder-, Ober- und Innerösterreich ein Privileg auf 50 Jahre besitze, da man gerade damals damit umging, durch die Wiener Bank die Linzer Fabrik, deren Privilegium Chotek im Wege stand, anzukaufen. Da auch Fürst in einem späteren Schriftstücke diesen Punkt erörtert, so sei erwähnt, dass die Angabe unrichtig ist, dass das Privilegium der Fabrik Chotek im Wege stand. Das Privilegium wurde später nochmals erneuert. Auch ist die Angabe, dass der Betrieb nach dem siebenjährigen Kriege eingestellt wurde, unrichtig. Die Fabrik bestand bis in das zweite Jahrzehnt unseres Jahrhunderts.

**82.** Politische Correspondenz XII, S. 47, 54, 95. Vgl. auch das Schreiben des Königs an Massow vom 2. März 1755, S. 75. Die bei Fechner 385 erwähnte Mittheilung von Fürst in seinem Schreiben vom 15. März 1755, man fange an einzusehen, dass es bei dem hohen Tarif nicht bleiben könne, bezieht sich wahrscheinlich auf die beabsichtigte Modification des ungarischen Tarifes, was keine Illusion war, da vom 1. April 1755 eine Aenderung eintrat. Vgl. meine Abhandlung in den ‚Mittheilungen für österreichische Geschichtsforschung‘, XV, S. 281 f.

**83.** An die geheime Hof- und Staatskanzlei, 12. August 1755.

**84.** Vgl. meinen Aufsatz: Die österreichische Politik in den Jahren 1755 und 1756. Sybel's ‚Historische Zeitschrift‘, Bd. XXVII, S. 318.

**85.** ‚Der Art. VIII des Berliner Friedens ward demnach hauptsächlich in Absicht auf das commercium zwischen den des Königs von Preußen Majestät überlassenen Antheil Schlesiens und der Grafschaft Glatz an einem und denen Kays. Königl. Erblanden am andern Theil abgefaßt.

‚Wegen dieser beyderseitigen Provintzien konte auch nur mit Grunde alter Verfaßungen anciens accords gedacht werden, welche im Commercio von beyden hohen Paciscenten religieusement beobachtet werden sollen, bis man eines andern überein gekommen seyn werde.



„Da also in gedachtem Articulo VIII ohngeachtet der in denen vorhergehenden Articulis dieses Friedens enthaltenen Überlaßung des Antheil Schlesiens und der Grafschaft Glatz an des Königs von Preußen Majestät sorgfältig festgesetzt ward, dass bis zu einer anderweitigen Convention im Commercio alles auf dem Fuß wie es vor dem Krieg gewesen, verbleiben und von beyden Theilen die alte Verfassungen heilig beobachtet werden sollen, so können darunter keine andere Verfaßungen verstanden werden, als worin eine jede deren beyderseitigen Provintzien vor dem Kriege gegen die andern, folglich auch des nunmehrige Königl. Preuß. Antheil Schlesien und Glatz gegen die übrige Kays. Königl. Erblande, und hinwiederum diese gegen jene im Commercio gestanden.

„Durch diese Verbindung haben die hohen Paciscenten sich allerdings nach der Natur aller dergleichen Verbindungen die Hände gebunden, in ihrem Lande etwas zu unternehmen, was gegen diese bisherige Verfaßungen im Commercio einer jeden Provintz gegen die andere streite.

„Alle andere Deütung widerspricht dem wahren Verstand der Worte, und der dabey gehabten Absicht beyder hohen Paciscenten. Ja die gegenseitige Erklärung hält einen offenbahren Widerspruch in sich. Ein jedes Land pflegt in Commercio und was dahin einschlägt, eine andere Verfaßung als das andere, wann auch beyde unter einerley Bothmäßigkeit stehen, zu haben.

„Vornehmlich sind die Königl. Preußischen Länder hierunter von einander gantz unterschieden.

„Solte nun, wie gegenseitig behauptet werden will, durch den gedachten Art: VIII. verabredet worden seyn, dass nach dem geschloßenen Frieden, des Königl. Preuß. Schlesien und Glatz diejenige Verfaßung im Commercio annehmen sollen, in welcher bis dahin die übrige Königl. Preuß. Staaten mit denen gegenseitigen gestanden, so wäre die Bestimmung sehr ungewiß gewesen, nach welcher der übrigen Königl. Preuß. Provinzien dieser wegen die Richtschnur genommen werden solle.

„Nach gegenseitiger Meinung soll das Königl. Preuß. Schlesien und Glatz, da sie Kays. Königl. Erblande zu seyn aufgehöret haben, durch diesen Articul alle bisherige Vorrechte in Ansehung des Commercii mit denen übrigen Kays. Königl. Erblanden verlohren, und kein ander Recht erhalten haben, als das sie nunmehr auf den Fuss der übrigen Königl. Preuß. Provintzien angesehen werden solten.

„Kan der Verlust so wichtiger Vorthteile wohl die Beybehaltung eines Status quo genannt, können wohl dergestalt die Worte des Friedens erkläret werden, *les choses restant sur le pied où elles etoient avant la presente guerre?* Stimmt wohl dieses mit der wahren Meinung zweyer



hoher Paciscenten überein, welche durch diese Verabredung wegen des Commercii ihre Freundschaft noch mehr befestigen wolten?

„Gewiss des Königs von Preußen Majestät können Sich nicht beygehen lassen, daß der Kayserin Königin Majestät eine sich selbst so starck widersprechende Ausdeutung der klaaren Friedens Tractaten als die gegenseitige Schrift behaupten will, nach Ihrer allzubilligen Gedenkungs Art billigen können.

„Am allerwenigsten aber hätte man vermuthen können, daß dasjenige, was bloß aus Gefälligkeit dem gegenseitigen Verlangen gemäß auf dem Fall eines zu Stande kommenden Tractats in denen dießeitigen Final Erklärungen vom 22<sup>ten</sup> Octobr pr: wegen Festsetzung einer besondern Aus- und Durchfuhr Gebühr, so wohl in denen bey den Schlesischen Antheilen als in Böhmen und der Grafschaft Glatz nachgegeben worden ist, zu einer dießeitigen Auslegung des bis zu einen Tractat zu beobachtenden Status quo gemachet werden sollte.

„Wann deshalb nur die bisher gewechselten Schriften angesehen werden, wird sich daraus hinlänglich zu Tage legen, dass man diesen Punct keineswegs aus einer Verbindlichkeit aus denen Friedens Schlüssen, sondern um das Uebermaaß dießeitiger Willfährigkeit zu zeigen, auf den Fall eines Tractats zugestanden habe und also daraus kein Grund zu Auslegung der Friedens Schlüsse genommen werden könne. . . .“

**86.** Die Handelspolitiker Oesterreichs empfanden die Bestimmung über den Zollsatz in den Verträgen mit der Pforte als eine lähmende Fessel, deren Beseitigung beabsichtigt wurde.

**87.** Anmerkungen über die k. k. Gegenerklärung in der Commercialangelegenheit, 31. December 1755.

**88.** Mit der Ausarbeitung der niederösterreichischen Zollordnung, die sich durch Uebersichtlichkeit und Einfachheit vor der für Böhmen, Mähren und Schlesien erlassenen auszeichnet, waren Doblhoff und Kannegiesser betraut. Die Gesichtspunkte, welche massgebend waren, sind in einem Vortrage vom 26. März 1755 dargelegt. Victualien und andere Waaren, die mit dem Commerz keine Verknüpfung haben, wurden bei den bisherigen Zollsätzen belassen. Rohproducte, die für die erbländischen Manufacturen nothwendig waren, wurden mit 1 Procent, Fabriksinstrumente und „Appretirungsnothdurfte“ mit 2 Procent, erbländische Fabrikate mit 2—3 Procent, ausländische Waaren, deren der gemeine Mann bedarf, wie Pfeffer, Ingwer, Zimmt bis 5 Procent, Droguerien und Galanteriewaaren, die zur Lust und Bequemlichkeit dienen, mit 11 Procent belegt, fremde Waaren, die den Heimischen schädlich, als Tücher, Leinwand, Barchent, wollene und glattseidene Zeuge, in zwei



Classen getheilt: wenn die erbländischen Fabriken den Bedarf der Menge und Qualität nach nicht befriedigen konnten, wurde die Waare mit 15 Procent, war dies der Fall, mit 20—30 Procent belegt; der Transito und Essito wurde auf  $\frac{1}{4}$  Procent festgesetzt. Die bereits verzollten, nach Ungarn geführten Waaren sollten nach englischem Vorbilde einen Rückzoll erhalten.

89. Vgl. Fechner, S. 408.

90. Am 1. Mai 1756, sagt Fechner, wurde der folgenschwere Tractat zwischen Frankreich und Oesterreich unterzeichnet, der der Situation von Europa eine gänzlich veränderte Gestalt gab. Gleich darauf erhöhte Maria Theresia die Zölle gegen Preussen. Zur Erhärtung dieser Darstellung beruft sich Fechner auf ein von Herzberg bei Ausbruch des Krieges verfasstes Promemoria (S. 413). Die Erhöhung der Zölle steht mit dem Versailler Vertrage in keiner Beziehung, sie war nur eine Folge der von Preussen ergriffenen Massnahmen, und die Verfügung erfolgte, ehe man von dem Abschlusse in Paris sichere Kunde besass. Die Angabe des Mauthamtsadministrators Le Comte, von dem Fechner berichtet, dass er eine Anfrage dahin beantwortet habe, die Verordnung sei durch Immediatordre vom 24. April verfügt worden, war richtig. Dass die Wiener Kaufleute sich an Diest wenden, ist nach Fechner allem Anscheine nach ein ‚Handstreich‘ Chotek’s, ‚um ihn zu täuschen und zu bedrängen‘. Diest spricht in einem Memorandum an das auswärtige Departement die Hoffnung aus, der Wiener Hof werde bis auf 15 Procent hinabgehen. Fechner bezeichnet dies als ‚naiv und gutmüthig‘.

91. Ich habe die politischen Verhältnisse jener Tage in meiner Schrift: ‚Aufzeichnungen des Grafen Wilhelm Bentink über Maria Theresia‘, Wien 1871, und in einem Aufsatze in der ‚Historischen Zeitschrift‘, Bd. XXVII, S. 282, ausführlich dargelegt. Ich halte an den Ergebnissen damaliger Forschungen heute noch in den wesentlichsten Punkten fest, namentlich daran, dass von einem Anschläge Oesterreichs und Russlands gegen Schweden nicht gesprochen werden kann. Wenn Danielson in seinem 1888 erschienenen Buche (S. 249 Note) die Bemerkung macht: dass ich ‚im Gegensatze zu der älteren Auffassung den Nachweis geführt habe, dass die österreichische Regierung in den Jahren 1749—1751 den Frieden auch in Nordeuropa erhalten wissen wollte‘, meine Darstellung indessen nur die halbe Wahrheit enthalte, ‚indem die Wiener Diplomatie zu jener Zeit ein Feuer zu löschen suchte, welches sie kurz vorher geschürt hatte‘, so hat er den Beweis für seine Ansicht nicht erbracht. Ich beabsichtige noch einmal diesen Punkt ausführlich zu behandeln. Fechner hält an der früheren Ansicht dogmatisch fest, ohne auch nur den geringsten Beleg für die Richtigkeit zu erbringen.



**92.** An die Staatskanzlei, 7. December 1750 und 23. Januar 1751. Am 25. Februar 1751 wurde die Repräsentation in Böhmen aufgefordert, nach Ueberlegung mit den Zolladministrationen gutächtlich einzuberichten, was nach dem Ansinnen Sachsens für ein Zollnachlass für die aus Sachsen und Polen und vice versa transitirenden Waaren und Vieh zugestehen und welche Bedingungen für die aus Böhmen in die sächsischen Länder ein- und durchgeführten erbländischen Erzeugnisse zu stellen wären.

**93.** An Sternberg, 10. April 1751.

**94.** Auf die freie Schifffahrt auf der Elbe, heisst es in einem an die Staatskanzlei am 25. Februar 1751 gerichteten Schriftstück, soll dermalen umsoweniger gedungen werden, als ohne Einverständniss mit dem preussischen Hofe wegen des preussischen, lauen- und lüneburgischen Gebietes und auch noch aus anderen Gründen Alles ohne Frucht und Nutzen wäre. Der Werth der aus Böhmen nach Sachsen geführten Waaren, zumeist Getreide, Holz und Kupfer, wird auf 1,082.513 fl. angegeben, das böhmische commercium übersteige das sächsische um 482.251 fl.

**95.** Kurze Anmerkungen über das sächsische Promemoria vom 25. Mai 1751. Sachsen berief sich auf den lausitzischen Traditionsrecess, worauf von österreichischer Seite erwidert wurde: die Lausitz werde allerdings als ein appertinens von Böhmen angesehen, dies könne sich aber umsoweniger auf die Mauthen und andere praestationes beziehen, da sonst die Böhmen auch keinen Zoll in der Lausitz bezahlen dürften; in Sachsen habe Messing zwölfmal mehr als früher zu zahlen, daher sei es falsch, wenn Sachsen behaupten wolle, dass seine Zollrollen eine Aenderung nicht erfahren haben; es werde auch mehr zweischürige Wolle aus Böhmen nach Sachsen gesendet als einschürige aus Sachsen nach Böhmen.

**96.** Sächsisches Promemoria, 16. August 1751.

**97.** Anmerkungen über das sächsische Promemoria vom 16. August 1751.

**98.** Anmerkungen über das sächsische Promemoria vom 22. November 1752.

**99.** Der Entwurf ist vom 8. Januar 1754, wie aus einem Promemoria vom selben Tage zu ersehen.

Ohnvorgreiflicher Entwurf zu einem Commercietractat mit Sachsen.

1. Die beiden Paciscenten verbinden sich zur Bestätigung der zwischen ihnen obwaltenden nachbarlichen Freundschaft, das commercium in guten Stand zu setzen. Zu diesem Behufe wollen



2. Die Kaiserin zur Einleitung des Handels und Wandels zwischen Sachsen und Polen den Weg über Gabel, Königgrätz und Landskron, dann von dort einen über Schildberg, Schönberg durch das Gebirge und den andern über Trübau und Olmütz in guten Stand setzen lassen.

3. Die Kaiserin verlange nicht, dass die Strasse für eine Zwangsstrasse nach Polen gehalten werde, sondern den Fuhrleuten frei bleiben solle, den Weg durch Niederschlesien oder durch Böhmen und Mähren nach Polen zu wählen. Ebenso erklären sich auch der König von Polen und Kurfürst von Sachsen, dass den Fuhrleuten, welche aus der Lausitz in das römische Reich fahren, unbenommen bleibe, entweder die Strassen durch Sachsen nach Hof oder durch Böhmen über Leitmeritz nach Eger zu nehmen.

4. Soll die Hauptstrasse aus Böhmen nach Leipzig über Kommotau und Reizenhain beibehalten werden, jedoch bleibe es den Vecturanten frei, sich dieser oder der Strasse über Brüx und Einsiedel zu bedienen.

5. Versprechen von Seiten der Kaiserin, in einem jeden, eine besondere Zollverfassung habenden deutschen Erblande zu Wasser und zu Land an Transitogebühr nicht mehr als  $\frac{1}{4}$  Procent zu fordern und dabei transitirende Güter ausser einem offenbar unterwaltenden Verdachte des Betruges nicht beschauet und wenn es auch allenfalls zu einer Beschauung kommen sollte, sothane Waaren und Feilschaften nur allein zufolge ihrer Eigenschaft dem Gewicht, Mass, Zahl und Stücken nach, wie solche al in grosso in Handel und Wandel gehen, eingesehen, nicht aber zum Schaden der Waaren und des Handelsmannes eröffnet und weiter durchsucht werden sollen. Auf gleiche Weise werde in Sachsen nur  $\frac{1}{4}$  Transitogebühr gefordert.

6. Nachdem der Essitozoll in dem böhmischen Tarif schon herabgesetzt worden sei, werde der König von Polen und Kurfürst von Sachsen den Ausfuhrzoll in seinen Landen auf gleiche Art einrichten. Es bleibe jedoch beiden Theilen frei, die Ausfuhrsätze nach ihrer Convenienz noch mehr herabzusetzen, keineswegs aber zu erhöhen.

7. Die Kaiserin mache sich anheischig, den Consumozoll für die in den kursächsischen Staaten erzeugten und nach Oesterreich verführten Producte um  $\frac{1}{4}$ , für die aus fremden Landen kommenden und durch sächsische Handelsleute eingeführten Waaren um  $\frac{1}{6}$  geringer als die in den neuen Tarifen enthaltenen Zollsätze zu belegen. Dasselbe werde königl. sächsischerseits beobachtet werden.

8. Von denjenigen, welche derlei Feilschaften einführen, noch auch von den Fieranten, welche die Märkte besuchen, werde irgend eine Ab-



gabe, Accise, Zettelgeld eingefordert werden, ausgenommen das den Marktorten gebührende und von altersher eingeführte Standgeld.

9. Es verstehe sich von selbst, dass alle Waaren in beiderseits Staaten eingeführt werden können, worauf der Polizei halber kein Generalverbot respectu aller auswärtigen Länder entweder bereits eingeführt ist oder noch eingeführt werden möchte.

10. Die Kaiserin wolle auf den grossen Märkten und Messen den fremden Kaufleuten eine besondere Facilität angedeihen lassen, dass dieselben von den Feilschaften, welche nicht zur Consumption in deren Erblanden verbleiben, sondern in ein fremdes Gebiet verführt werden, anstatt der tarifmässigen Consumgebühr nicht mehr als ein 1 Procent entrichten sollen, welche reciprok in den kursächsischen Landen ebenfalls observirt werden soll.

11. Die unvollkommenen Artefacta, welche einer weiteren Zurichtung bedürfen, mögen ohne Erschwerung in denjenigen Ort gelangen, der zur Appretirung bequem und fürträglich sei, ohne die geringste Zollabnahme, jedoch mit der Praecautio, dass diese Waaren mit Orts- und Meisterzeichen versehen und angegeben werden, welche in der Färberei und Appretur nicht ausgehen.

12. Das Fürstengut werde in den beiderseitigen Staaten frei gelassen.

13. Nachdem das Münzwesen dem Handel die grössten Hindernisse in den Weg legt, so ist die Kaiserin erbötig, mit dem Kurfürsten von Sachsen und König von Polen eine Separatconvention auf dem nämlichen Fuss wie mit dem Kurfürsten von Bayern abzuschliessen.

Ich füge hier an: Articulus separatus, wie selbiger in dem der königl. polnischen und kurfürstl. sächsischen Gesandtschaft zu Wien im Majo 1754 ausgehändigten Aufsätze enthalten.

Zu mehrerer Bestätigung des zwischen beyderseits Staaten dermahlen glücklich subsistirenden Handels und Wandels und der obwaltenden nachbarlichen Freundschaft ist man nicht entgegen, in nachfolgenden speciebus über das allschon eingestandene moderamen eine mehrere Erleichterung zu verschaffen, und zwar:

I<sup>mo</sup> in allerhand mit Gold oder Silber vermengten, auch einigen speciebus ganz seidener Waaren; II<sup>do</sup> in denen feinen oder sogenannten ganzen Camelotten nach Brüsseler Art; III<sup>ti</sup>o Dünntuch; IV<sup>to</sup> Mouselin; V<sup>to</sup> Kammertuch; VI<sup>to</sup> in denen feinen baumwollenen gestrickten und gewirkten Waaren, als Strümpfe, Hauben und Handschuhen; VII<sup>mo</sup> Zitz; VIII<sup>vo</sup> Battist; IX<sup>no</sup> Parchet, das Stück über 20 fl. im Werth; X<sup>mo</sup> Futterparchet; XI<sup>mo</sup> feine Tischzeuge, die Garnitur von 2 Tischtüchern



und 3 Dutzend Servietten à 80 fl. und darüber; XII<sup>m°</sup> Schleier, das Stück à 5 fl. und darüber; XIII<sup>i°</sup> feinen Zwirnen;

dahingegen bedinget man sich diesseits ebenfalls über das zum Entwurf zum Tractat angetragene mutuelle Moderamen eine mehrere Erleichterung aus I<sup>m°</sup> in Glaswaren; II<sup>d°</sup> in Schmolten; III<sup>tio</sup> in Kupfer; IV<sup>to</sup> in Zinn; V<sup>to</sup> bey der Ausfuhr der einschürigen sächsischen Wolle; VI<sup>to</sup> die Schifffahrt auf der Elbe auf eigenen Schiffen wenigstens bis Dresden und von dorten auf sächsischen Schiffen bis Magdeburg.

Die diesfällige Erleichterung müsste wie das angetragene Moderamen reciprocirlich sein und zu diesem End ist nöthig, dass gleichwie man diesseits die Tariffen nach und nach, wie sie zu Stande kommen, zu communiciren sich erbietet, königl. polnischer und kursächsischer Seits ebenfalls verlässige Tariffen, was sowohlen in der Mauth und Zoll, als an allerhand Accisen und Geleithe dermahlen zu entrichten ist, mitgetheilet werde, wonächst man über die mutuellen Vorthelle, welche ein Theil dem andern in vorbesagten Capi noch besondersangedeihen zu lassen gedenket, in einer Zusammentretung sich verstehen und darüber eine besondere Urkund errichten könnte, ohne dass nöthig wäre, selbe dem Commerztractat einzuverleiben.

Der Commerz-Tractat sowohl als dieses besondere Abkommen wären auf 10 Jahre zu restringiren.

Von sächsischer Seite wurde hierauf erwidert, dass unter den ‚angezogenen speciebus‘, denen von österreichischer Seite über das eingestandene Moderamen noch mehrere Erleichterung bei der Consumption zu verschaffen versprochen werde, die meisten keine kursächsischen, sondern ausländische Manufacturwaaren sind, mithin den sächsischen Fabriken diese Begünstigung nur etwa bei den feinen Artikeln, bei Camelotten, baumwollenen Waaren, Barchenten und Tischzeugen zu statten kommen könnte. Hiebei sei auch das Anerbieten selbst, auf wie viel Procent dann eigentlich die Consumoabgaben von allen diesen Artikeln heruntersetzt werden sollen, in Dunkelheit gelassen worden, dass darauf eine Gegenerklärung zu machen nicht möglich sei. Sächsischerseits müsste man fordern, dass die Consumsätze nicht über 6 Procent steigen dürfen. Die Forderungen Oesterreichs bezüglich der Elbeschifffahrt wurden als unthunlich bezeichnet. Man könne auch den Nutzen, sowie die Nothwendigkeit nicht einsehen, weshalb dieser Gegenstand in einen Separatartikel gebracht und nicht einen integrirenden Bestandtheil des Handelsvertrages bilden sollte, da die Abmachung nicht verborgen bleiben könnte, sondern mindestens den Zollofficianten, sowie den Kaufleuten zur Nachachtung bekannt gemacht werden müsste.



**100.** Conferenzprotokoll vom 14. März 1755 unter dem Vorsitze von Colloredo; gegenwärtig: Batthiany, Kaunitz, Haugwitz, Rudolf Chotek, Bartenstein, Doblhoff, Neffzer und Binder. Es werde sich sodann zeigen, heisst es in dem Protokoll, auf welche Art und Weise man das sächsische Promemoria beantworte und der Welt die Ueberzeugung vor Augen zu legen habe, dass Eure Majestät zu einem nachbarlich guten Betragen Alles und nichts Anderes ergreife, als was zur Rettung des Umsturzes der erbländischen Fabriken unumgänglich nöthig sei.

In ähnlicher Weise wie mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit Preussen wurde Graf Hatzfeld-Gleichen aufgefordert, ein Gutachten über die von sächsischer Seite gestellten Forderungen abzugeben. Am 24. März 1755 erstattete er dasselbe. Seinen Darlegungen zufolge konnte es für die erbländischen Landesfabriken nur höchst schädlich sein, wenn der Einfuhrzoll für sächsische baumwollene, leinene und Spitzenwaaren bis auf 6 Procent herabgesetzt würde. Die Forderung sei nicht berechtigt, da in Sachsen verschiedene ausländische Waaren an Accise  $8\frac{1}{3}$  Procent, die wollenen dagegen  $12\frac{1}{2}$  Procent, die österreichischen Weine von dem Eimer 1 Reichsthaler, die ungarischen, worunter besonders der Ofner, 2 Reichsthaler, daher die letzteren sogar 40 Procent zu entrichten haben. Ausserdem verdiene hervorgehoben zu werden, dass ein Scheffel Gerstenmalz, welches beiläufig drei Viertel des böhmischen Masses ausmacht, mit 7 Groschen Accise belastet sei.

Aus Böhmen haben besonderen Absatz nach Sachsen: Garn, Leinwand, Getreide, Vieh, Obst, Schmalte, Strumpfstrickwaaren, die sammt und sonders mit Ausnahme von Gerstenmalz mit einer leichten Accise belegt sind, daher für dieselben eine grosse Erleichterung nicht verlangt werden könne; Weine und Gerstenmalz hingegen dürften durch die grosse Accise im Verschleiss beeinträchtigt worden sein, und obgleich der böhmische Wein von der Güte nicht sei, dass man mit demselben einen beträchtlichen Handel einzuleiten sich Hoffnung machen könne, so würde dennoch die nahe Nachbarschaft nebst der Möglichkeit, denselben zu Wasser ohne grosse Unkosten nach Sachsen bringen zu können, dazu einigermassen die Hand bieten. Es wäre daher nützlich, wenn eine Verminderung der Accise auf Gerstenmalz und Wein bewirkt werden könnte. Die Waaren, welche Sachsen nach Böhmen führe, seien: einschürige Wolle, Gespinnste, Tücher, allerhand wollene Zeuge, baumwollene Gespinnste und Waaren, Leinwände verschiedener Gattung, Tischzeuge und Spitzen. Die Einfuhr der einschürigen Wolle, sowie der feinen wollenen und baumwollenen Gespinnste sei für Böhmen mehr nützlich als schädlich, es sollte daher keine Beschwerne für die Waareneinfuhr stattfinden und dieselbe gegen



eine geringe Mauthgebühr zugelassen werden. Tuch werde in Böhmen nicht nur zu eigener Nothdurft verfertigt, sondern man sei im Stande, auch andere Länder damit zu versorgen, die sächsischen Tücher, welche wegen der feineren sächsischen Wolle besser als die böhmischen sind, müssen daher mit einem solchen Zolle belegt werden, dass der böhmische Tuchmacher nicht allein neben dem sächsischen den Markt halten, sondern auch einen kleinen Vortheil vor demselben geniessen könnte. Es wäre daher zu wünschen, die Mauth auf 20 Procent festzusetzen oder doch wenigstens nicht unter 15 Procent herabzugehen, da sonst keine Hoffnung wäre, mit böhmischen Tüchern in Ungarn fortzukommen, ja man müsste befürchten, dass der eigene Landesconsum dadurch geschwächt werden könnte. Wollene Zeuge werden in Böhmen in ziemlicher Menge erzeugt, allein man komme bezüglich der Färbung und Zurichtung den Sachsen nicht gleich. Die sächsischen Waaren haben daher noch immer einen Vorzug vor den böhmischen, wenn die letzteren nicht zu einem wohlfeileren Preise abgegeben werden. Dies könne jedoch nicht geschehen, es sei denn, dass durch eine höhere Mauth die sächsischen Waaren etwas vertheuert würden. Es wäre daher nöthig, die Mauth auf sächsische wollene Zeuge zugleich wie bei Tuch wo nicht auf 20, doch wenigstens auf 15 Procent zu setzen. Sächsischerseits sollte man kein Bedenken tragen, diesen Mauthsatz anzunehmen in Erwägung, dass bei ihnen lediglich an Accise, vom Zoll und der Mauth abgesehen, von fremden wollenen Zeugen 3 Groschen von dem Thaler oder  $12\frac{1}{2}$  Procent abgenommen werden. Von leinenen Waaren werde an groben und mittulguten in Böhmen so viel verfertigt, dass die Sachsen beträchtliche Mengen abnehmen, wogegen die feine Waare, besonders feine gezogene Tischzeuge, wenn die Garnitur von 2 Tischtüchern und 3 Dutzend Servietten auch nur den Preis von 50 fl. erreiche, hiezulande wenig verfertigt werde. Es sei auch wegen der grossen Kosten keine grosse Hoffnung zur Errichtung einer feinen Tischzeugfabrik vorhanden, mithin könnte man in diesem Artikel etwas mehr nachgeben und den Mauthsatz auf 15 oder 10 Procent herabsetzen. Eine ähnliche Bewandniss habe es mit den Spitzen. Dieselben werden, die wenigen Gebirgsortschaften des Saazer Kreises ausgenommen, nicht in grosser Menge verfertigt, auch haben dieselben grösstentheils Absatz nach Sachsen, es könne daher die Einfuhr diesem Königreiche keinen grossen Schaden verursachen, daher die Herabsetzung der Mauth für dieselben nicht schädlich sein.

Hatzfeld befürwortete ebenfalls eine Vereinbarung über das Münzwesen, welches mit der böhmischen Handlung einen so genauen Zusammenhang habe, dass, falls der Zerrüttung nicht bald gesteuert werde, auch



der Handel ein gleiches Schicksal befahren habe, indem nicht allein der grosse Strich Landes von Friedland bis Eger in dem Vertrieb seiner Feilschaften merklich gehemmt werde, sondern auch das ganze ‚Wechselwesen‘ zwischen den Prager und sächsischen Städten gänzlich aufhören werde. Der Einwohner dieser an die sächsischen Lande angrenzenden Kreise sei gezwungen, entweder den Verlust des geringwerthigen Geldes, welches er empfangen, auf die Waaren zu schlagen oder solchen zu tragen; ersteres vertheuere die Waaren dergestalt, dass er solche nicht umsetzen könne, letzteres vermindere den Gewinn derart, dass er nicht einmal die Erzeugnisskosten erlange. Was Prag anbelangt, so habe der sächsische Kaufmann in Prag für die eingelösten Wiener und Prager Briefe vor der sächsischen Münzabänderung Kaisergeld empfangen, wodurch ihm der hohe Einkauf oberwählter Briefe wieder vergütet wurde, jetzt aber, da die Ausfuhr des Kaisergeldes wegen der geringeren sächsischen Münzen verboten sei und verboten bleiben müsse, könne der sächsische Kaufmann keine Wiener und Prager Briefe, keine Waaren annehmen, weil er dafür nichts empfangen, was ihm den grossen Einlösungswerth dieser Briefe ersetze. Er sei daher nothgedrungen, in seinen Wechselvorkehrungen sich an andere Handlungsplätze zu wenden. Es wäre daher zu wünschen, wenn Sachsen seine Münzen nach dem kaiserlichen Fusse zu schlagen sich entschliessen wollte. Wenn man aber berücksichtigt, dass das ganze sächsische Gebiet mit Staaten umzingelt sei, welche mit schlechten Münzen angefüllt seien, so falle von selbst in die Augen, dass der sächsische Hof sich nicht dazu entschliessen könne, wenn er nicht seine Unterthanen jenem Ungemach aussetzen wolle, womit der böhmische Grenzunterthan auf das Empfindlichste bedrückt werde. Es sei daher nicht zu hoffen, dass Kursachsen sich eher in einen Münzverein einlassen werde, bis nicht der grösste Theil der Reichsstände solchen annehmen werde. Bis aber dies erfolge, scheint das beste Mittel zu sein, den sächsischen grösseren Scheidemünzen den Lauf in Böhmen nach ihrem inneren Werthe zu gestatten, wenn nicht die ungleiche Stückelung die Annahme unmöglich macht. Um dem abzuhelpen, könnte der unmassgebliche Vorschlag gemacht werden, dass Kursachsen bis zum allgemeinen Münzverein seine Münzen nach dem Dresdener Fusse zwar schlagen möge, jedoch darin keine Abänderung vornehmen und die genaue Stückelung zu beobachten sich anheischig machen sollte.

Hier möge auch eine Zusammenstellung über den Verkehr mit Sachsen Platz finden.



*Hauptwaaren, die Sachsen aus Böhmen bezieht.*

Unentbehrliche:

Erbsen, Pottasche, ausgesiebte Asche, Auswurfasche, gesalzene Butter, Kupferdraht, Eisendraht, Stabeisen, Eisenstein, Federn, Garn, Leinwand, Gerste, Glaswaare, Tafelscheiben, Hafer, härene Siebboden, Häute, Holz allerlei Gattung, Hopfen, Hüte, Hasenbalg, Inslet, Fische, Korn, Lederwerk, Leinwand allerlei Sorten, Obst, Mühlsteine, Mehl, Papier, Sensen und Strohmesser, Strümpfe von Wolle; allerhand Victualien von Flügelwerk, Eiern, Wildpret und grünen Sachen, Vieh allerhand Sorten, Weizen, Wolle, Zinn.

Entbehrliche;

Bänder schlechte von leinene Garn, Beuteltücher, Schwarzblech, Bohnen, schlechte Boysorten, schlechter Concenter, Hafnergeschirr, Hirschbein, Schmolten, Pferde, grobe Spitzen, Stärke, böhmische Steine, Stroh, ordinäre Tücher, grober Zwirn.

Das Negotium kann gerechnet werden auf 2 Millionen und etwas weniger oder mehr.

*Hauptwaaren, die von Sachsen nach Böhmen kommen.*

Unentbehrliche:

Allerhand Bandeln, sowohl Floret- als leinene Bandeln in recht beträchtlicher Menge, Barchent, Battist, Blechwaare, Blei, Kronrasch, allerhand wollene Zeuge, Farben zur Malerei und zur Manufactur, Fischschmalz, Fischbein, Pelzwerk, Glätte für die Hafner, Grobgrün, Materialwaare, Leinsamen, seidene Waaren, Weberblätter, gefärbte Seide, Brasiltabak, Syrup, baumwollene feine Strümpfe, Wachs, Zucker Zwirn, einschürige Wolle.

Entbehrliche:

Blech, Bombasin, Calman, Camelot, Kammertuch, Cardis, ganzer Cotton, Cochenille, Seidenflor, Flanell, Flachs, Garne, Galanteriewaare, gefärbte Garne, Rosshaare, Hafnergeschirr, Farbholz, Honig, Messingwaare, verschiedene Leder, feine Leinwände, Zwilch, gestreifte Leinwände, Messerwaare, Pferde, Schmolken, feine Tücher, Wolle.

Dieses Negotium kann man wenigstens auf  $1\frac{1}{2}$  Millionen rechnen.

**101.** An die Staatskanzlei, 1. April 1755. Man sei eins geworden und mache sich gute Hoffnung von dieser Unterredung.

**102.** Aus einem Promemoria vom 15. August 1755, unterzeichnet Pezold.



**103.** Die Darlegung über die Consumogebühr in der Zuschrift an die Staatskanzlei vom 20. November 1755 lautet wörtlich:

Ad art. 7<sup>um</sup> wird verlangt, dass die excipirten Capi nicht höher als mit 10 Procent belegt, keine andere Nation mehr begünstigt, oder wenn es geschehen sollte, den Sachsen die nämliche Moderation gestattet — ja wenn den erbländischen Fabricaten in den Erblanden selbst von den darauf gelegten 5 Procent etwas nachgelassen würde, die 10 procen-tige vermindert — von den einander zugeführten fremden Waaren  $\frac{1}{6}$  nachgesehen und bei Einlösung der Waaren über des Kaufmanns Schätzung nicht 10, sondern 12 oder 15 per Cento hinausgegeben werden sollen; wogegen man per modum reciproci den erbländischen Waaren auf dem nämlichen Fuss die Moderation in Ansehung der erhöhten sächsischen Consumgebühr angedeihen zu lassen, keineswegs aber die alten Zollsätze wieder herzustellen anträgt.

Da man aber in Ansehung der Leinenwaare vielleicht schon mehr gethan, als man hätte thun sollen, indem man dieselbe in der Unterredung vom 1. April auf 15 Procent moderirt und darauf noch einen Rückzoll in den österreichischen Patenten bis auf 10 Procent eingeführt hat, dass also solche Waare, wenn sie nach Ungarn verführt wird, hier nicht mehr als 10 und in Ungarn 5, mithin in allem nur 15 Procent pro Con-sumo entrichtet; so kann umsoweniger eingerathen werden, diesfalls mehreres, als man wirklich gethan, nachzugeben, als man hiernächst den preussischen Staaten das nämliche Beneficium angedeihen zu lassen gezwungen sein würde.

Dahingegen scheint kein Bedenken zu sein, den Sachsen die Versicherung zu geben, dass man keiner anderen Nation mehreren Vorthail gestatten, und wenn es ja geschehe, die Sachsen des nämlichen Vorthails theilhaftig machen wolle.

Wenn aber begehrt wird, dass, falls den eigenen Unterthanen eine Moderation in den 5 Procenten gegönnt würde, den Sachsen die Zollgebühren ebenfalls proportionirt gemindert werden sollen, so kann darein umsoweniger gewilligt werden, als einestheils die Auswärtigen auf jene Vorthelle, welche den eigenen Fabricaten zustatten kommen, mit Grund sich niemals exemplificiren können, anderntheils auch sonst die erbländischen Manufacturen niemals zustande kommen würden.

Noch weniger aber kann man sich mit dem angetragenen Reciproco begnügen; denn wenn nach dem gegenseitigen Antrag die diesseitigen Waaren keine andere Moderation in Ansehung der erhöhten Zollgebühren in Sachsen, als welche man den sächsischen in hiesigen angedeihen lässt, geniessen sollten, so würden selbe deterioris conditio-



nis als alle Fremden sein, zumal die Zollerhöhung in Sachsen nur allein gegen die k. k. Erblände vorgenommen, gegen andere fremde Länder aber es bei der alten Verzollung gelassen worden, welche viel weniger beträgt, als wenn von der erhöhten Gebühr auch das Moderamen abgeschlagen werden sollte.

Diesorts hat man die Erhöhung ohne Unterschied gegen alle fremden Staaten vorgenommen und werden also die sächsischen Waaren durch das Moderamen in eine namhafte Advantage gesetzt; sächsischerseits hingegen sind nur die erbländischen Waaren erhöht worden, welche also, wenn ihnen auch das diesseitige Moderamen zustatten kommen sollte, allemal mehr als andere Fremde zahlen müssen, mithin dadurch keineswegs ein Reciprocum, wohl aber eine grössere Beschwerde eingeführt würde.

Dieser ganze Artikel zeigt deutlich, dass man mit Preussen communicato consilio vorgehe, weil die darin gemachten Propositionen mit den preussischen vollkommen übereinstimmen.

Man hat diesorts wohl nichts weniger verlangen können, als sächsischerseits die erhöhten Consumzölle wieder auf die alten Gebühren zu setzen, indem man dadurch mit anderen Fremden nur gleichgestellt zu werden begehrt, wo man doch den sächsischen Waaren durch das proponirte Moderamen einen namhaften Vortheil eingestanden.

Wenn also ein Reciprocum oder Parität eingeführt und beiderseitige Waaren in einen Vortheil gesetzt werden sollen, so müssten entweder die sächsischen Erhöhungen gegen alle Fremden statuirt und sodann die Erbländischen mit einem Moderamen begünstigt oder wenigstens die alten Zollsätze hergestellt werden, wiewohl durch dieses Letztere die Erbländischen gegen Fremde noch in keinen Vortheil kommen, welches doch jure reciproci sein sollte.

Und da durch den gegenwärtigen Tractat nur allein die eigenen Producte und Manufacte zu begünstigen der Antrag ist, so wird weder für rathsam noch für nöthig erachtet, das anfänglich proponirte  $\frac{1}{6}$  den fremden einander zugeführten Waaren angedeihen zu lassen; wie dann auch der bei der Einlösung der zu niedrig geschätzten Waaren diesseits angetragene Vortheil so gross ist, dass man darüber mit Grund nichts mehr verlangen kann.

Ad art. 9<sup>num</sup> Ist man wegen Vorbehalt eines Generalverbots in der Unterredung vom 1. April schon einverstanden gewesen und lässt sich davon umsoweniger abweichen, als sonst dem Landesfürsten in seinen inneren Polizeieinrichtungen die Hände gebunden würden, welches so wenig dem hiesigen Hof als Chur-Sachsen anständig sein kann.



104. Graf Sternberg an Kaunitz, 13. Februar 1756.

105. Vortrag Bartenstein's vom 14. Juni 1761. Die Allerhöchste Entschliessung auf den Vortrag vom 11. Juni 1761, unterzeichnet: Rudolf Graf Chotek und Johann Graf Chotek, lautet:

„Da die Grafschaft Glatz nunmehr unter Meiner Botmäßigkeit stehet und der König in Preußen selbst solche feindlich tractiret, dieses Land gleichwohl so gut als möglich zu benutzen gesucht werden muß, so erfordern die Umstände und desselben Aufrechterhaltung, daß wegen Ein-, Aus- und Durchfuhr ihrer fabricatorum et productorum eine Vorsehung, zu Verhütung aller besorglichen Unterschleifen aber zwischen denen allda vorrathigen und dermalen oder künftig erzeugenden Fabricatis notwendig ein Unterschied gemacht werde, und zumalen dieser nur den Handelsmann und nicht den Fabrikanten betrifft, so begnehmige die im Vortrag an Hand gegebene Vorsehungsmittel um so mehr, als ansonsten in Anbetracht, daß die glatzischen Producta artis et naturae für inländische zu achten sind, deren Unterschleifen und Uebervortheilungen kein Ende seyn würde. Zu solchem Ende nun und zu Vereitlung alles Vorwands ist auch die Einfuhr aller Fabricatorum aus Preußisch-Schlesien in das Glatzische platterdings zu verbiethen, wegen Einfuhr des crudi materialis gegen eine leidentliche Mauth hingegen dieses Land mit den Erblanden unter denen bey denen Accis- und Zollämtern vorzukehrenden Präcautionen gleich zu halten, dabey aber ware überflüssig, nach solchergestalt gemachten Fürkehrungen die Einbruchsörter besonders zu benennen.

„In Betreff des Essitozolles ist das Glatzische sehr gut mit den erbländischen gleich zu achten, jedoch auf dem verordnungsmäßig bestehenden Ausfuhrsverbot mehrerer Capi, als: Kohlen, Holz, Pferde, Pottasche u. m. dgl., fest zu bestehen. Maria Theresia.“

Am 13. Juli 1761 erging an den k. k. Commissär und Repräsentanten in der Grafschaft Glatz, Freiherrn von Astfeldt, über die Provisionaleinrichtung, betreffend die Verzollung der glatzischen Fabrikate, folgende Weisung: Alle in dem Verzeichniss enthaltenen Fabrikate aus Preussisch-Schlesien werden in die Grafschaft Glatz einzuführen verboten. Dieses Verbot erstrecke sich auch auf den Transito durch das Glatzische. Es ergehe daher der Befehl an ihn, die tüchtigsten aus den glatzischen Zoll- und Mauthbeamten an die Grenzstationen gegen Preussisch-Schlesien anzustellen, nöthigenfalls auch Militärassistentz beizuziehen, alle Einschwärzung bestmöglichst abzuhalten, gegen jeden Versuch einer Schwärzung mit ausserordentlicher Strenge vorzugehen und den Denuncianten anstatt des sonst üblichen Drittels die Hälfte von der einbrin-



genden Contrebande verabfolgen zu lassen, den in der Grafschaft Glatz erzeugten Waaren, ohne Unterschied ob dieselben wirklich inländisch oder erkennbar preussisch-schlesisch oder aus anderen Ländern dahin gebracht worden seien, den Eingang in die Erbstaaten zu bewilligen, dass die ersteren wie erbländische mit der gringeren Mauth belastet, die letzteren aber, welche bei der Inventur vorgefunden werden, mit 15 Procent belegt werden. Die eigenen glatzischen Producte artis et naturae bei der Verzollung in die Erblande sind als erbländisch anzusehen, nur müssen sie auf den bestimmten Commercialstrassen in die böhmischen Erblande eingeführt werden, jedoch werden die Glatzer Fabrikate nur in die Erblande eingelassen, entweder in die nachfolgenden Hauptstädte, als: Prag, Brünn, Troppau, Wien, Linz, Graz, Pressburg, in welchen Städten die Zollämter zu recognosciren haben, ob diese Fabrikate mit allen vorgeschriebenen Vorsehungsmitteln versehen sind. Was aber nicht in diese Orte verführt wird, ist bei den auf den Commercialstrassen zu bestimmenden Grenzämtern zu verzollen. In dem Glatzischen ist auch die Reciprocität zu beobachten.

**106.** Précis des conditions de la paix à retablir entre l'Impératrice Reine de Hongrie et de Bohême et le Roi de Prusse, bei Beaulieu-Marconnay ‚Der Hubertsburger Friede‘, S. 197, Punkt 8. In einem Memoire, betitelt: Réflexions en matière de Commerce pour la future négociation de paix, wird die Freiheit der Schifffahrt auf der Elbe und Oder als wünschenswerth bezeichnet, sodann aber hinzugefügt: ‚Au reste on sera sans doute sur ses gardes aux futures négociations de paix, de n'accorder rien trop légèrement en matière de Commerce, soit à la Saxe, soit à la Prusse. L'exemple du Breslau nous soit de leçon et le meilleur sera de renvoyer cet article à une négociation séparée‘.

**107.** Bericht Collenbach's, 1. Januar 1763.

**108.** Die von Herzberg am 5. Januar 1763 übergebene Reponse bei Beaulieu-Marconnay a. a. O., S. 206, Punkt 8 und 11.

**109.** Bericht Collenbach's, 8. Januar 1763.

**110.** Kaunitz an Collenbach am 12. Januar und 21. Januar 1763.

**111.** Abgedruckt bei Beaulieu S. 211. Vgl. auch S. 81.

**112.** Collenbach 31. Januar 1763.

**113.** Collenbach 2. Februar 1763.

**114.** ‚So vergeblich,‘ heisst es in der Depesche vom 2. Februar 1763, ‚ich mich damals bestrebt, den Unterschied zu demonstrieren, so zwischen einem von beiden contrahirenden Theilen jederzeit aufrichtig agnoscirten statum quo der katholischen Religion in Schlesien und zwischen den nur von preußischer Seite eigennützig interpretirten, von uns



aber jederzeit widersprochenen Statum quo des quaestionirten commercii handgreiflich obwaltet, und daß es die größte Unbilligkeit sei, das Richtige mit den Unrichtigen zu hintertreiben, so wenig habe ich heute mit allen meinen wiederholten Vorstellungen von dieser Unbilligkeit bey dem von Hertzberg ausgerichtet, sondern derselbe scheint vielmehr recht froh zu sein, diesen Kunstgriff unserer Standhaftigkeit wegen des Commerciensartikels entgegenzusetzen. Es dürfte auch derselbe oder vielmehr sein König schwerlich zum Nachgeben zu bringen seyn, wenn man schon bloß zur Beybehaltung des Dresdner Commerciensartikels ohne allen weitem Zusatz sich antragen und den Artikel von der Religion, wie in dem Dresdner Tractat geschehen, völlig hinweglassen wollte, maßen seiner heutigen Erzählung nach der verstorbene preußische Minister Podewils von seinem König vielen Verdruß auszustehen gehabt hätte, daß er den Dresdner Commercialartikel für einerlei mit jenem aus dem Breslauer und Berliner Tractat angegeben und dadurch verursacht hat, daß auf die Verbindung des Commercialstatus mit dem Religionsstatum nicht zurückgesehen und das letztere stillschweigend durch die Generalconfirmation der vorhinigen Tractaten agnoscirt worden.' Vgl. auch Beaulieu-Marconnay, Der Hubertsburger Friede, S. 156.

**115.** Kaunitz an Collenbach, 5. Februar 1763. 'Dieser neue Anstand macht dem Erfinder keine Ehre, und wäre königlicherseits weit anständiger gewesen, bei dem Begehren wegen der Commerciens zu beharren, als eine Ausflucht in bereits bewilligten Bedingnissen zu suchen.'

**116.** Vgl. Beaulieu-Marconnay a. a. O., S. 161. Hier möge auch eine Stelle aus einem Berichte Collenbach's, Dresden, 24. Februar 1763, einen Platz finden: 'Übrigens solle noch unterthänig nachtragen, daß der Herr v. Hertzberg mir aus guter Gesinnung einige mahl in Vertrauen zu verstehen gegeben habe, daß, wann jemahls eine Negociation zwischen Unserem Allerhöchsten und dem Königl. Preußischen Hof, es seye in Commerciens- oder anderen die Schleßischen Landen betreffenden Sachen, entamiret werden wolte, solches ohnmittelbar durch Unseren künftigen Ministre bey dem Berliner Hof eingeleitet und tractiret werden möchte, damit der in Schlesien dirigirende Ministre v. Schlaberndorff daraus gehalten werden könnte; als welcher nichts als Schwürigkeiten, Mißtrauen, und eigennützige Übervortheilungen seinem König beyzubringen trachtete, ohne daß es möglich seye, denen abgeneigten Insinuationen dieses durchgehends verhaßten Mannes allen Eindruck zu benehmen.'

**117.** Am 18. März 1763 wurde Friedenthal aufgefordert, über jene Verordnungen zu berichten, welche von Preußen hinsichtlich der vor Ausbruch des Krieges vorgenommenen beträchtlichen Zollerhöhungen ge-



troffen worden seien. Friedenthal erstattete am 29. März 1763 den Bericht, daß die preußischen Aemter die hohen Zoll- und Accisabgaben noch weiter erheben. Die Ausfuhrverbote auf Getreide und Victualien seien nicht aufgehoben worden. Auch lasse man Eisen nicht ins österreichische Schlesien passiren. Am 15. April überreichte Graf Hatzfeldt der Kaiserin den betreffenden Bericht des Bancogefällsadministrators von Friedenthal. Die kaiserliche Entschliessung lautet nun folgendermassen: ‚Bey diesem höchst wichtigen Gegenstande ist unumgänglich nöthig, daß reiflich in Erwägung gezogen werde, was hinwiederum nach der diesseitigen Convenienz zu verfügen seyn wolle? Dahero denn die Banco-Deputation mit der böhmisch-österreichischen Kanzley, denen Finanzstellen und dem Commerzienrathe diesfalls eine sorgfältige gemeinschaftliche Berathung zu pflegen hat, in welcher Zusammentretung auf eine jede Gattung deren Waaren und was derentwegen zu veranstalten seyn wird, das Augenmerk zu richten, gestalten bey einem Normativo, das nur über Pausch und Bogen auf Alles eine hohe Mauth leget, das Wohl des Staates, welches in dem Friedensschlusse bey diesem so wichtigen Punkte zum besonderen Gegenstand genommen worden, nicht befördert, sondern vielmehr Schaden leiden würde. Was übrigens das Eisen in specie anbelangt, habe unter einstens der Kammer das Nöthige mitgegeben.‘

Die ungarische Hofkanzlei hatte die Anzeige erstattet, dass verschiedene Kaufleute aus Preußisch-Schlesien bei den gegen Mähren und Schlesien aufgestellten ungarischen Dreissigst-Beamten sich angefragt hätten, welche Gebühr von den aus Preussisch-Schlesien nach Ungarn einzuführenden Waaren nach nunmehr erfolgtem Frieden zu entrichten wäre. Die ungarische Hofkammer erbat sich hierüber Verhaltungsbefehle, um die Beamten belehren zu können. In Folge dessen wurde eine Conferenz abgehalten, woran der Hofkammerpräsident Graf v. Herberstein, der ungarische Hofkanzler Graf Esterhazy, der ungarische Kanzler Fekete, sowie die Hofräthe Doblhoff, Kannegiesser, Nagy, Festetics und Niezky theilnahmen. Das Protokoll führte der Hofsecretär Neuhold. In dem Protokolle wird eine Uebersicht der bisher gegen Preussen erhobenen Zölle gegeben und speciell bemerkt, dass im Jahre 1755 alle Waaren aus den fremden Landen, die türkischen allein ausgenommen, mit einer 30-procentigen Consumogebühr belegt worden seien. Erst im Jahre 1756 habe man, nachdem Preussen die österreichischen Fabrikserzeugnisse mit einem übermässigen Zolle belegt habe, per retorsionem juris iniqui die aus Preussen kommenden wollenen, leinenen und baumwollenen Waaren mit 60 Procent belegt, auch die Ausfuhr von Holz, Kohlen und Pottasche in die preussischen Lande bei Strafe von 100 Ducaten verboten, im Jahre



1760 aber die Verfügung getroffen, dass alle diese Waaren nicht nur aus den preussischen, sondern auch aus den fremden Landen einzuführen verboten wäre. 1763 habe man Zwillich, Drillich und Schachwitz, sowie alle gemeinen Tischzeuge aus fremden Landen einzuführen verboten. Da nun die preussischen Waaren bisher mit einem höheren Zolle belegt waren als die anderen fremden und dadurch der Handel erschwert worden sei, nach hergestelltem Frieden aber kein Grund zur Beschwerde übrig gelassen werden solle, so glaube man als allgemeinen Grundsatz feststellen zu sollen, dass die preussischen Waaren ebenso wie alle fremden Waaren in Zukunft anzusehen sind und dasjenige, was bisher ex principio retorsionis verhängt worden sei, zu beheben wäre. Die erlassenen Verbote haben aufrecht zu bleiben, ebenso auch das Ausfuhrverbot von Kohlen, Holz und Pottasche, was man umsomehr beizubehalten berechtigt sei, als auch der König von Preussen aus gleichförmigen Grundsätzen die Ausfuhr des Eisens aus seinen Landen neuerlich verboten habe. Es sei daher zu hoffen, dass der König von Preussen ebenfalls die in odium des hierländigen Commercii verfügten Zollerhöhungen herabsetzen und sich gleichmässig billig befinden lassen werde.

Die Resolution der Kaiserin auf dieses Protokoll, welche am 23. Mai 1763 herablangte, lautet folgendermassen: „In dem gefaßten principio begnehmige das Einrathen der Stelle vollkommen, damit aber die Dreißigst-Beamte und die durch selbe sich anfragende Handelsleute klar und deutlich verbeschieden werden mögen, so sind die erstere durch die ungarische Hofkammer und respective durch das Thesauriat in Siebenbürgen anzuweisen, daß alles dasjenige, was bey Gelegenheit des letzten Kriegs gegen die preußische Unterthanen zur Beschwerung ihrer Handelsschaft ein und andern Orts etwa besonders verfügt worden sey, von nun an gänzlich aufgehoben und die preussischen Unterthanen und Handelsleute in der Mauthabnahme und so auch was das Ein- oder Ausfuhrverbot besonderer Gattungen Waaren belanget, mit denen übrigen fremden Unterthanen freundlicher Staaten in allem ganz gleich gehalten werden sollen. Wobey denen Dreißigst-Beamten bey ihren Pflichten und sonst zu erwarten habender schweren Bestrafung einzubinden ist, daß sie die ausgefertigte Vectigal-Patenten und nachgefolgte Verordnungen auf das genaueste beobachten und von keinem, wer der immer sey, weder mehr noch weniger als sothane Patenten und Verordnungen enthalten und vorschreiben, abfordern, noch abnehmen, beinebst auch alle heimliche Einschwärzung der verbotenen und andern Waaren nach aller Möglichkeit hintanhaltend sollen. Welche Verordnung dann auch ganz gleichlautend durch die Banco-deputation an die Zollbeamte in denen böheimischen Ländern zu erlassen ist.“



Die Verständigung an den Commerzienrath von Seiten der Hofkammer erfolgte am 14. Juni 1763.

**118.** Vortrag vom 29. October 1763. Anwesend: Chotek, Bartenstein, Wrbna, Kannegiesser, Cetto, Carqui und Gebler.

Die Resolution der Kaiserin lautete: ‚Ich begnehmige das Einrathen der Kanzley und des Commerzienrathes, daß von dem Antrag des Sobeck gar kein Gebrauch gemacht werden möge, auch allzu bedenklich wäre mit Preußen in eine Convention wegen des Commerzien- oder Münzwesens sich einzulassen; der Sobeck ist hiernach über die Unschicklichkeit dieser seiner Anträge ausdrücklich zu belehren‘.

Von der schlesischen Behörde wurden die vielen Klagen der Einwohner nach Wien übermittelt. Man fragte sich, wie Abhilfe geschaffen werden könne. Die Staatskanzlei hielt es nicht für räthlich, diesfalls den preussischen Hof anzugehen, und stellte es der Handelsbehörde anheim, etwaige Mittel zu ersinnen, um den Beschwerden abzuhelpen. Man wisse nichts Positives zu veranlassen, so lautet ein Beschluss vom 4. Mai 1764, werde sich aber bestens angelegen sein lassen, die Fabriken und Manufacturen in dem diesseitigen Antheile Schlesiens in Aufnahme zu bringen und den Vertrieb derselben, sowohl in den böhmisch-deutschen Erbländern als besonders in Polen und Ungarn zu befördern, wodurch dem Lande einiger Ersatz für den gesperrten Handel mit Preussen verschafft werden könne. Bericht aus Troppau, 29. Februar 1764. Protokollauszug vom 13. und 14. April der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei, ferner Protokoll des Commerzienrathes.

Die Ministerial-Bancodeputation theilte in einer Zuschrift vom 24. Februar 1764 Nachrichten über die in Preussisch-Schlesien ergriffenen Massnahmen in Zollsachen mit und fügte hinzu, dass es nicht räthlich scheine, das Reciprocum gegen Preussisch-Schlesien weiter zu treiben, als es die eigene Convenienz und die Commercialprincipien gestatten. Die Wollengarne seien mit keinem Ausfuhrverbote zu belegen, da die Wollspinnerei in Böhmen und Mähren besonders auf dem flachen Lande zu erweitern angetragen werde und kein Abgang an Garnen sich äussere, folglich ein Verbot kein Beförderungsmittel sein dürfte, zumalen da die Wollenzeugfabrication in Böhmen noch nicht hinreichend betrieben werde. Hinsichtlich des Flachses und der Webergarne habe es bei dem Verbote zu bleiben, da letztere in einigen Orten im Preise steigen. Was die Lothgarne anbelangt, so sei schon jüngst die Vorkehrung getroffen worden, dass die über 10 Loth im Stück haltenden rohen und gebleichten Garne nicht nur mit dem gewöhnlichen Essito, sondern auch mit dem Aufschlag von 15 kr. per Stück zu belegen seien. Ein reciprokes Ausfuhrverbot auf



Wolle wäre bedenklich, jenes auf Maulbeerbäume derzeit noch überflüssig. Bei dem Flachsausfuhrverbote solle es solange sein Bewenden haben, bis dieser Rohstoff in ergiebiger Weise gewonnen und der Preis im Inlande fallen werde, weil der geringe Preis bei einer Cultur, die vermehrt werden könne, dieselbe zurücksetze und sodann bei dem etwa erfolgenden Misswachs den gänzlichen Mangel nach sich ziehe. Auf dieses Protokoll vom 13. März 1764, welches am 26. März der Kaiserin übermittelt wurde, erfolgte die Entschliessung: ‚Ich begnehmige das Einrathen, dass es insolange bey den dermaligen Mauthsätzen gegen Preussisch-Schlesien zu belassen seye, als die Umstände nicht etwas Anderes erfordern werden, zumalen beyderseits die Regulirung des commercium und Mauthwesens sich die freye Hand vorbehalten worden; doch aber ist in Ueberlegung zu ziehen und mir nach Vernehmung der Behörde zu seiner Zeit anzuzeigen, ob der beiderseits subsistirende hohe Zoll auf das eintreibende Vieh diesen Ländern nützlich oder schädlich sey? und ob vielleicht bey Verminderung des Zolles nicht ein größeres Quantum Vieh hinaus als hereingetrieben würde, ohne an diesem Vieh einen Mangel zu leiden.‘

**119.** Graf Philipp Sinzendorff wurde als niederösterreichischer Regierungsrath verwendet, kam sodann als Intendenzrath nach Triest und fungirte daselbst auch als Präses des dortigen Mercantilgerichtes erster Instanz (März 1753). Auf grösseren Reisen erwarb er sich eine ausgebreitete Kenntniss der damaligen Handelsverhältnisse und wurde am 6. August 1757 Hofrath bei dem Commerzdirectorium. Nachdem Graf Wrbna, der seit 1756 Präses der Delegirten-Hofcommission zu Wien war, am 14. Januar 1761 dieser Stellung enthoben worden war, wurde Graf Philipp Sinzendorff zum Präses und ein Jahr darauf zum Präsidenten des neu geschaffenen Commerzconsesses in Niederösterreich ernannt (Vortrag, 7. November 1762). Später finden wir ihn als Hofrath bei der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei, welchen Posten er im Jahre 1767 aufgab.

Es ist gewiss ein löbliches Bestreben, jede, auch die unscheinbarste Notiz zu verwerthen, nur müsste eine sorgfältige kritische Prüfung stattfinden, ob die Personen, von denen die Angaben herrühren, auch in der That in der Lage waren, genauere Angaben über die an der Donau herrschenden Strömungen zu machen. Einige Beispiele mögen genügen. So heisst es bei Fechner a. a. O., S. 446: Der Wiener Hof gab sich den Anschein, als wollte er gelindere Saiten aufziehen; er hielt es in seinem Interesse, durch untergeordnete Organe und selbst durch Privatleute im Preussischen die Meinung zu verbreiten, als sei er einem Commerztractate geneigt. Und wer sind die Gewährsmänner? Ein Oberzolleinnehmer



Fuchs von Grünfeld zu Trautenau, Commerzienrath Genedl aus dem Glatzischen — ein Mann, der, nebenbei gesagt, in Wien auf seine Verdienste um Oesterreich hinwies, um für seine Waaren eine Zollerleichterung zu erlangen — ein Judenrichter Isaak Aaron zu Hotzenplotz u. dgl. m. Alle diese Berichte stammen insgesamt aus dem Sommer 1763. Fechner hat auf die ablehnende Haltung Oesterreichs in Hubertsburg hingewiesen, in den Vertrag eine Verpflichtung zum Abschlusse eines Handelsvertrages aufzunehmen, und im März 1764 wurde jenes Patent erlassen, welches die Verbote in ansehnlicher Weise mehrte. Welches Interesse sollte Oesterreich, wo seit 1762 eine Handelsbehörde, der Commerzienrath, errichtet worden war, dessen massgebende Personen verschiedene Prohibitionisten waren, gehabt haben, um eine scheinbare Annäherung an Preussen zu bekunden? Ebenso unrichtig sind die Conjecturen und Bemerkungen, welche an die Sinzendorff'schen Memoiren geknüpft werden (S. 453). Graf Philipp Sinzendorff hatte keinen Auftrag bei seiner Reise nach Berlin erhalten; die von ihm vertretene freiere handelspolitische Richtung hatte in Wien nur sehr wenige Anhänger. Sinzendorff mochte hoffen, dass es ihm gelingen würde, in Berlin für seine Ansichten Zustimmung zu finden und damit in Wien Eindruck zu machen, um eine Aenderung der Handelspolitik herbeizuführen. Er hat auch in der That später einige handelspolitische Denkschriften ausgearbeitet, gegen welche Graf Rudolf Chotek entschieden auftrat, dagegen aber die Aufrechterhaltung der Verbote energisch befürwortete, wofür er auch die volle Zustimmung des Kaisers erhielt.

Ueber die Zusammenkunft mit Herzberg entnehme ich den Berichten Riedt's folgende Angaben. Am 10. September 1763 schreibt Riedt: Vorgestern habe er mit Sinzendorff und Baron von Wallhorn bei Herzberg gespeist. Letzterer fragte, ob Sinzendorff wegen des zu berichtenden Commercialtractates hergekommen sei. Riedt erwiderte, Sinzendorff habe in den Erblanden die Commerzsachen zu besorgen, sei jedoch blos wegen seiner eigenen schlesischen Comthureigeschäfte hierher gekommen. Hierauf äusserte sich Herzberg gesprächsweise, es würde dem König angenehm sein, dieses Werk zu einer beiderseitig vergnüglichen Endschaft je eher je lieber gebracht zu sehen. Riedt erwiderte, die Kaiserin würde gerne dazu thunlichst beitragen, sobald man nur einmal in dieser Sache über die festgesetzten Generalprincipien einverstanden wäre. Hierauf bemerkte Herzberg, er werde in einigen Tagen die von dem König beliebten Generalgrundsätze, wornach der Handelsvertrag abgeschlossen werden könnte, mittheilen. Riedt studirte die Frage, indem er die ihm ertheilte Instruction aufmerksam durchlas und beabsichtigte,



den Grafen von Sinzendorff, der mehr Einsicht und eine gründlichere Kenntniss als er selbst besitze, zur Particularunterredung mit dem Minister Herzberg zu bewegen. Einige Tage später, am 17. September, meldete Riedt, es sei zu einer Particularunterredung nicht gekommen, Sinzendorff habe wegen des zu errichtenden Commerztractates in einem Aufsatze seine Privatgedanken über dieses Geschäft hinterlassen, welchen er, Riedt, dem Herzberg als eine Particulararbeit übergeben habe.

Nicht uninteressant ist eine Stelle in dem Berichte des Barons Nicolaus Wallhorn (Berlin, 16. April 1763), welcher den Grafen Sinzendorff nach Berlin begleitete. Die von dem König von Preussen durch diesen letzten Krieg veranlasste vielfältige Münzveränderung habe in Europa ein solches Aufsehen verursacht, dass es der Kaiserin vielleicht nicht unangenehm sein werde, wenn er seine Meinung über die entstandene Frage erkläre, ob dem König diese Münzveränderung als ein ausserordentliches Mittel, um den Krieg fortzusetzen, sowohl als dem Staate nützlicher gewesen sei, als die bei den übrigen Mächten von Europa ausgeführten Finanzoperationen. Der theoretische Satz sei richtig, dass eine jede Münzveränderung durch Hemmung des Handels allen Umlauf in einem Staate hemme. Da die Operation des Königs vielfachen Veränderungen ausgesetzt war, so habe nicht allein der Handel gegen Polen und Hamburg gelitten, sondern es sei auch Misstrauen erweckt worden. Der König und das Land seien durch die unersättlichen Juden betrogen worden, und ihnen einzig und allein mit dem Minister von Schlaberndorf sei die ganze Sache zu Nutzen geworden.

Fechner bemerkt S. 447, man habe dem Commercienrath Genedl beizubringen gewusst, dass, wenn man nur preussischerseits mit Vorschlägen herankomme, der Wiener Hof gern zu einem Vertrage die Hände bieten werde. In dem Hofkammerarchiv befindet sich ein Vortrag vom 12. Juli 1763 über Genedl.

Der Neuroder Handelsmann Leopold Genedl aus der Grafschaft Glatz reichte ein Gesuch ein, worin er seine Verdienste und die erlittenen Schäden erwähnt und endlich bittet, dass er die aus den Erblanden gemachten Bestellungen zu 500 Stück Tuch und 8400 Stück halbleinenen Zeuge gegen Entrichtung der erbländischen Mauth hierher bringen und weiter verführen könne.

Sobald die Grafschaft Glatz wieder in den jenseitigen Besitz gekommen, ist der Kaufmann Genedl nicht mehr als ein nützlicher Fabrikant, sondern als ein schädlicher Concurrent für die böhmischen und mährischen Manufacturen anzusehen und daher in *linea commerciali* höchst bedenklich, demselben eine Begünstigung zu ertheilen, welche ihn als einen frem-



den, ausser der Landesabgabe stehenden Unterthanen in Stand setzen würde, dem eigenen Contribuenten und Handelsmann die Nahrung zu entziehen. Die Kaiserin genehmigte das Einrathen, wonach der Suppl-  
cant abzuweisen ist.

**120.** Diese Ziffer hat Fechner; eine mir vorliegende Abschrift spricht blos von 10 Procent.

**121.** Vgl. Fechner S. 481 ff.

**122.** Hatzfeld an den Commerzienrath, 3. Juli 1764.

**123.** Die Verminderung des Weinexports durch die preussischen Massnahmen wurde tief empfunden. Es wäre allerdings wünschenswerth, heisst es in einem Schriftstücke des Commerzienrathes vom 8. Januar 1765, wenn man den erbländischen Handel über die Oder und Weichsel bis an die baltischen Gestade leiten würde, allein seit dem Verluste Schlesiens sei dazu alle Hoffnung geschwunden. Man habe die früher in via retorsionis erhöhte Mauth gegen Preussen aufgehoben und die Producte und Industrieerzeugnisse Preussens allen anderen fremden Waaren gleichgestellt. Jedoch in Preussen habe man die alten hohen Zölle beibehalten und einige noch erhöht. Was den ungarischen Wein anbelangt, so sei für Begünstigung desselben wenig Hoffnung vorhanden, da aus der Relation von Zinzendorf erhelle, dass von Stettin ein starker Holzhandel nach Bordeaux getrieben und dafür französischer Wein zurückgeführt, sodann mit ganz geringen Unkosten nach Schlesien verführt werde.

**124.** ,Was für ein Antrag an Meinen Minister am preußischen Hofe wegen Eröffnung des beiderseitigen Commercii vorläufig gestellt worden, erhellet aus dem Anschluss des Mehreren, den Ich ihme zu dem Ende andurch mittheilen wollen, auf daß er ohne die Sache in pleno vorzunehmen, solche lediglich mit einigen Räthen in Erwägung nehmen und Mir demnächst darüber die Wohlmeinung eröffne.

Maria Theresia.

Eigenhändig findet sich über den Worten ,einigen Räthen‘ hinzugefügt ,Vizekanzler und‘.

**125.** Die Resolution lautet: ,Ich nehme desselben wohl gegründete Anmerkungen zur Nachricht und wann in Sachen was weiter vorkommen sollte, so werde demselben davon die Eröffnung machen.

Joseph, Correg.

**126.** Bericht des Präses des Consesses in Böhmen, 24. März 1764. In dem Votum des Referenten heisst es, die Beschwerde der böhmischen Glashändler sei eigentlich gegen die Zwangsstrasse über Leipzig gerichtet. Dieselbe sei auch höchst beschwerlich, allein in die Frage, wie weit in Deutschland ein Staat gegen den andern Zwangsstrassen anweisen könne,



sei nicht hineinzugehen, massen diese in den diesseitigen Terretoriis, obwohl aus anderen Absichten ebenfalls statuirt werden. Es sei also der Weg der Negociation zu betreten oder Repressalien. Den ersten einzuschlagen scheine bedenklich, weil das zu einer Negociation in Commercialibus Anlass geben würde und von Seiten Sachsens so viele Gegenbeschwerden hervorgesucht werden dürften, welche die Beseitigung der gegenwärtigen entweder ohnehin vereiteln oder bei einigem Nachlass die gleiche Anforderung von Seiten Preussens zu erwarten wäre, was dem erbländischen Commercio aber weit nachtheiliger als diese Zwangsstrasse sein würde. Auch Repressalien zu nehmen werde nicht angerathen, sondern diese Beschwerden unberücksichtigt zu lassen, als zu Neuerungen Anlass zu geben. In der Sache wäre zu wünschen, dass die böhmischen Handelsleute dadurch angeeifert würden, ihren Weg über Triest zu machen. Diese Anschauung wurde an die böhmisch-österreichische Hofkanzlei am 21. und 23. April 1764 mitgetheilt. Durch die sächsischen Massnahmen wurde der Glashandel vertheuert, worüber die Glasfabrikanten Klage führten, die Strumpfwirker beklagten sich über den Mangel an einschnüriger Wolle, die nun aus Sachsen in geringerer Menge eingeführt werden könne. Protokoll der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei vom 30. Juni und 1. Juli 1669; ferner ein Schriftstück vom Februar 1772 über die Vorstellung der Strumpfwirkerzünfte in Aussig und Kraupen.

**127.** Bericht Knebel's vom 13. April 1772, Note von Kaunitz an den Commerzienrath vom 8. Mai 1772.

**128.** Protokoll des Commerzienrathes vom 18. Mai 1772.

**129.** Zuschrift des Commerzienrathes an die böhmisch-österreichische Hofkanzlei Mai 1772.

**130.** Protokoll der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei vom 29. und 30. Mai 1772.

**131.** Der Troppauer Handelsstand wandte sich mit dem Ansuchen nach Wien, in Berlin einige Schritte zu thun, um eine Milderung einer in Zollangelegenheiten erlassenen Verordnung eintreten zu lassen. Preussen hatte nämlich in Folge eines mit der Republik Polen geschlossenen Handelsvertrages verfügt, so lauteten die Vorstellungen der Troppauer, dass in den preussischen Landen auf allen Grenzen gegen Polen bei dem Aus- und Eintritt von gewissen Waaren 12—30 Procent abgefordert werden soll, damit aber diesem beschwerlichen Zolle nicht ausgewichen werde, werde von preussischer Seite den über Breslau nach Schlesien, Mähren, Böhmen, Oesterreich und Ungarn transitirenden Waaren die Strasse durch das Glatzische über Reichenstein angewiesen, die alte Route aber über Neisse, Preussisch-Neustadt und Maidlberg sei



gänzlich aufgehoben worden, was zum Abbruch der Teschner Messe geschehen sei. Der Handelsstand bat daher, sich in Berlin zu verwenden, dass es bei dem alten Zoll bleibe und die Einbruchstation über Maidlberg nach Troppau wieder zugelassen werde. Die Hofkanzlei legte in einem Vortrage dar, dass eine derartige Klage gegen das unfreundschaftliche Betragen unwirksam bleiben würde, sogar schädlich wäre, da etwaige Forderungen von preussischer Seite gestellt werden könnten. Präsident Harsch sollte dahin beschieden werden, dass der gemachte Vorschlag abgelehnt werde, da zu vermuthen stehe, dass Preussen die getroffene Einrichtung entweder bald wieder ändern werde, oder aber den Zug der Hamburger Waaren von Breslau sich würde abwenden sehen. Vortrag vom 1. Februar 1776, unterzeichnet Blümegen, Referent Eger; ein Privatschreiben an Harsch vom 17. Februar 1776.

Einige Wochen später lag eine Vorstellung galizischer und lodomischer Handelsleute vor, dass durch die preussischen hohen Transitozölle auf der Weichsel der Handel nach Danzig unmöglich gemacht würde. Die Staatskanzlei hatte in einem Vortrage an die Kaiserin vom 9. März bemerkt, dass, ihrer Meinung nach, die Bittsteller durch die galizische Hofkanzlei beschieden werden sollten, ihre Beschwerden selbst zu Berlin anzubringen, wo sie von Seiten des österreichischen Vertreters allen Beistand erhalten würden. Die böhmisch-österreichische Hofkanzlei hob in ihrem Vortrage vom 25. März hervor, dass sie diesem Antrage nichts entgegenzusetzen wisse, da es seine volle Richtigkeit habe, „ehe und bevor man sattsam zubereitet sei, mit dem König von Preußen nicht wohl vom Hofe aus ein vorsichtiger Schritt zu wagen wäre“; diese „Zubereitung“ umfasse folgende Gesichtspunkte: welche Forderungen bezüglich des galizischen Handels nach Danzig und sonst überhaupt an den König von Preussen gestellt werden sollten, ob eventuell ein Commercientractat anzutragen und ob derselbe bloß auf Galizien zu beschränken sei. Es wird nun darauf hingewiesen, dass man über das „wechselweise Mauthsystem“ mit dem preussischen Hofe in den Jahren 1751—1756 Verhandlungen gepflogen habe und es jederzeit für erwünscht erachtet worden, durch ein der erbländischen Industrie unschädliches Uebereinkommen den willkürlichen Bedrückungen auszuweichen, welche preussischerseits gegen die Erbländer ergriffen worden, ohne dass man gegen andere Nachbarn auf gleiche Art verfahren sei. Durch die Erhöhung des Zolles auf Wein sei der Absatz an deutsch-erbländischen und ungarischen Weinen von 200.000 Eimer auf 20.000 Eimer herabgesunken, der Transit von manchen Waaren, wie z. B. für Wachs sei auf 30 Procent gesetzt worden, und auf allen Seiten nähre sich die preussische und böh-



mische Nachbarschaft nur durch Schleichhandel, der den Interessen der beiden Höfe nachtheilig sei. Auch sonst habe der österreichische Verkehr gelitten. Wenn die Kaiserin die Reassumirung der Verhandlung vielleicht gegenwärtig wegen der neuen galizischen und lodomerischen Erbländer für anständig erkennen sollte, so würde man die Landesstellen in Böhmen, Mähren und Schlesien, die man auch früher zu Rathe gezogen habe befragen, die geschicktesten Handelsleute und Fabrikanten einvernehmen, ob und welchen Schaden die Erbländer durch die bisherigen Handelsbeziehungen zu Preussen empfunden, und sodann die erforderlichen Anträge erstatten. Vortrag vom 23. März 1776. Die kaiserliche, von Josef unterzeichnete Entschliessung lautete, „dass gegenwärtig mit der angetragenen Einholung der Auskünfte lediglich derzeit zurückzuhalten sei“.

Die Anfrage der Bancodeputation, ob die aus Preussisch-Schlesien nach Polen auf der Weichsel transitirenden Waaren zollfrei passirt werden sollen, beantwortete die Staatskanzlei in einer Zuschrift vom 27. Januar 1778, dass die Intention der contrahirenden Staaten dahin gegangen, die Schifffahrt auf den Flüssen, besonders jene auf der Weichsel gänzlich frei zu lassen, bezüglich der Transitogüter finde sich im fünften Artikel des *acte séparé* keine Restriction. Es sei zwar nicht bekannt, wie die galizischen Waaren bei den preussischen Zollämtern behandelt werden. So viel habe jedoch seine Richtigkeit, dass, obgleich der polnische Handel nichts weniger als preussischer Begünstigung sich zu erfreuen habe, der galizische gleichwohl noch weit mehr von dem König von Preussen bedrückt werden könne, da zwischen den beiden Staaten gar keine reciproke Verbindlichkeit bezüglich des Handels und Mauthwesens bestünde. Durch einen diesseitigen Vorgang den König von Preussen zu reizen scheine keineswegs rathlich und gehe die Wohlmeinung dahin, dass alle auf der Weichsel transitirenden Waaren ohne Ausnahme zollfrei zu passiren wären.

**132.** Vortrag vom 27. November 1778. An der Berathung nahmen theil: der oberste Kanzler Blümegen, die Barone Reischach, Lehrbach, Koch und Doblhoff-Dier, Pergenstein, Curti, Gold, Müller, Greiner und Eger als Referent. Am 12. December 1778 wurde nach Böhmen, Mähren und Schlesien die Weisung erlassen: „So lange preußischer Seits kein Anstand gemacht werde, die kaufmännischen Güter herein und hinüber zu lassen, und solange in Ansehung der hin- und herreisenden Partikularien keine Gefährdung zu verspüren, seien auch diesseits die Kaufmannsgüter zuzulassen, da Rücksichten auf die Erhaltung des Handels und Wandels obwalten; nur jene Artikel, die zum Unterhalte der Armee nothwendig seien, sollen nicht ausgeführt werden dürfen.“ In den nächsten Monaten



war der Verkehr mit den Nachbarstaaten Sachsen und Preussen unterbrochen. Während der Friedensunterhandlungen wendeten sich die kursächsischen ‚Marktfieranten‘ mit der Bitte nach Wien, ‚in Rücksicht auf die Hoffnung, dass der Friede hergestellt werden würde, den sächsischen Handelsleuten den Besuch der erbländischen Messen und Märkten wieder zu gestatten.‘ Da auch in Sachsen, heisst es in dem Vortrage Blümegen’s vom 10. April 1779, den erbländischen Kaufleuten der freie Zugang und Abgang gestattet sei, werde es der Kaiserin überlassen, ob das Verbot nicht bei den geänderten Umständen aufzuheben sei. Das eigenhändige Marginal der Kaiserin lautet: ‚sollen bis auff einen weitem Befehl von mir weeg gehalten werden, den schädlich, nicht nützlich finde‘.

Erst nach Herstellung des Friedens wurde sächsischen und preussischen Handelsleuten der Besuch der Hauptjahrmärkte wieder gestattet. Vortrag vom 10. Juni 1779, unterzeichnet Blümegen: Es verstehe sich durch den Friedensschluss von selbst, dass die sächsischen und preussischen Handelsleute auf die nämliche Art wie vor dem Kriege, auf die Hauptjahrmärkte kommen können. Man erbitte sich darüber die kaiserliche Genehmigung. Die kaiserliche Resolution lautet:

‚Ich begnehmige das Einrathen: doch sind bey dieser Gelegenheit sämtliche Landesbehörden zugleich anzuweisen, die genaue Aufsicht zu tragen, damit die gesetzmässigen Vorsehungen des Patents de ao. 1764, welches dergleichen fremden Kaufleuten bloß den Besuch der ausgezeichneten Hauptjahrmärkte in den Hauptstädten eingesteht, auf das pünktlichste beobachtet und die Uebertreter von den betreffenden Obrigkeiten mit den vorgeschriebenen Strafen unnachsichtlich belegt werden.‘

Am 3. Juli 1779 wurde ein Circular an sämtliche Landesstellen erlassen, dass den preussischen und kursächsischen Handelsleuten der Besuch der erbländischen Jahrmärkte wie vor dem letzten Kriege gestattet, der Handel auf dem früheren Fuss wieder hergestellt werden soll, auf das Patent vom Jahre 1764 sei jedoch feste Hand zu halten.

**133.** Hofkammer an den Hofcommerciénrath, 24. December 1763. Eigenhändiges Marginal der Kaiserin: ‚Ich mögte in einer Liste zusammen kurz gesetzter haben alle Gravamina, die wir gegen Bayern haben, vielleicht könnte man mit Erdl hier was ausrichten. Ich weis, daß Klagen sind wegen Kupfer-Transport, Salz gegen Tyrol und Oberösterreich, auch noch andere, wäre gut, wann er Hatzfeld auch dis communicirte, wann er einige hätte, selbe bis Sonntag mir zu übergeben.‘

**134.** Der zu Füssen 11. Mai 1617 geschlossene Vertrag enthielt hierüber eine Bestimmung, auch in dem Vertrage vom 4. September 1628 waren handelspolitische Abmachungen getroffen worden.



**135.** Vortrag vom 4. December 1764.

**136.** Eigenhändig von Maria Theresia hinzugefügt: ‚Mit Potzdatzgi hier zusam sich verstehen, wie und mit was er sofort auszulangen.‘

**137.** Hofkammerrath Baron v. Kempf wurde hiezu in Vorschlag gebracht. Auch sollte demselben vom Tirolischen Landesgubernium ein Mann, der mit den Verhältnissen vertraut sei, beigegeben werden. Die Kaiserin zweifelte, ob es möglich sein werde, nachdem Bayern kürzlich einen Tarif veröffentlicht hatte, eine Abänderung desselben zu erzielen. Sie forderte aber Prüfung desselben und Erstattung eines Gutachtens. Vortrag, 16. März 1765. Der Commerzienrath erklärte sich ausser Stande, ein Gutachten abzugeben; der neue Tarif war wohl im Besitze desselben, aber die alten bayrischen waren ‚allhier nirgends zu erfragen‘. Bei Abfassung der Instruction war der Commerzienrath in einer schwierigen Lage, da die geforderten Berichte aus Tirol keinen genauen Einblick gewährten und wie bemerkt wurde, ‚ganz seucht und unlauter waren‘. Vortrag, 23. April 1765.

**138.** Protokoll des Hofcommerciensrathes, 9. April 1766.

**139.** Bericht Podstatzky's, München, 3. Mai 1768.

**140.** Worte einer kaiserlichen Entschliessung auf den Vortrag der Hofkanzlei vom 11. März 1769.

**141.** Von Seite Bayerns war eine Schrift erschienen: ‚Rechtmässigkeit derjenigen churbairischen Landesverordnungen, welche von einigen Comitialgesandtschaften zu Regensburg angefochten werden wollen.‘ Dagegen wurde eine Schrift veröffentlicht: ‚Patriotische Bemerkungen zur Beleuchtung sowol der ächten Verhältnisse der churbairischen Mautgerechtsame als auch der den Reichstagsgesandten zustehenden Maut-, Zoll- und anderen Freiheiten. Leipzig und Frankfurt 1770.‘

**142.** Der Kurfürst wurde am 20. Mai 1771 aufgefordert, die Mauth- und Acciseordnung vom Jahre 1765, das Additionalmandat vom Jahre 1766, das oberpfälzische Mauth- und Accisemandat u. s. w. zu beseitigen und sich keine Belegung zollfreier Consumtibilien anzumassen.

**143.** Protocollum commissionis extraordinariae 10. December 1772 unter dem Vorsitze des Grafen Leopold v. Kolowrat; anwesend: Reischach, Vicepräsident des Hofcommerciensrathes, Borié, Gesandter in Regensburg, Binder von der Hof- und Staatskanzlei, endlich die Hofräthe v. Gigant, v. Degelmann, v. Raab; als Protokollführer fungirte der Hofsecretär Paradis.

Kaiserliches Handschreiben infolge des Protokolls vom 10. December 1772, herabgelangt 15. Januar 1773: ‚Bevor ich über das angebogene Protocollum eine endliche Schlußfassung ertheile, sind ohnumgänglich



annoch die folgenden Fragen einer standhaften Erörterung zu unterziehen.

,I<sup>mo</sup> wird die Kanzley erwägen, ob und inwieweit die Besorgnis begründet sei, daß, wenn man diesseits die angetragenen Begünstigungen mit Rücksicht auf Kurböhmen, ein Gleiches auch sonst von Kurbayern an dasselbe und allenfalls auch andere übrige Erblande reciproke anverlangt werden dürften, ob und wie man allenfalls diesem Ansinnen ausweichen oder vermöge der Gerechtsamen Meines Hauses solches standhaft abzulehnen vermögen ohne von der diesseitigen Forderung hiergegen abzugehen.

,II<sup>do</sup> Nach dem Ausschlag dieses Deliberati wird sodann mit dem Commerzienrath und den Finanzstellen weiters zu überlegen seyn, ob und inwieweit es allenfalls, wenn doch der Antrag nicht anderst als durch wechselweise Begünstigung durchzusetzen seyn sollte, dem Staat conveniren möge hiezu diesseits die Hände zu biethen, und ob sodann nicht vielmehr räthlicher seyn dürfte, von dem Ansinnen gänzlich abzustehen; ein und die andere Berathschlagung ist möglichst zu beschleunigen, damit Mir demnächst der gutächtliche Befund vorgelegt werden möge.

**144.** An Grafen Kolowrat, 27. Januar 1772. ,Der kurbayrische Hof hat die Erklärung anhier gelangen lassen, wienach er sehnlichst wünschete, in Ansehung der wegen seinen Zoll- und Mauthwesen dormalen in Bewegung stehenden Irrungen mit meinem Erzhause eine Behandlung anzugehen, durch welche die gegen seine Zölle gemacht werdende diesseitige Beschwerden in freundschaftlicher Art abgethan werden könnten.

,Da Ich nun allerdings geneigt bin, sothaner Mir angetragenen Behandlung die Hand zu biethen und damit diese schon lange Zeit fürdauern den Streitigkeiten zum Nachtheil Meiner Erbstaaten einsmalen zu berichtigen: so ist von Seiten des Banco und des Commerzienrathes gemeinschaftlich die nöthige Vorbereitung in Sachen unverweilt zu treffen, auch ein wol überdachter Plan auszuarbeiten und Mir vorzulegen, in was nämlich eigentlich die diesseitige Beschwerden gegen das kurbayrische Benehmen bestehen und sich gründen? Wie demselben abzuhelfen? und was überhaupt bey dieser Gelegenheit zum Nutzen des diesseitigen Mauth- und Handlungswesens von Kurbayern gefordert werden möge.

Maria Theresia.

**145.** Kaunitz an den Commerzienrath, 11. Februar 1772.

**146.** Es sei, schrieb Kaunitz an den Commerzienrath am 9. März 1772, die einstweilige Unterbrechung einer Negociation mit Bayern der Kaiserin angerathen worden, wegen verschiedener neu eingetretener Um-



stände. Die Kaiserin habe genehmigt, dem bayrischen Residenten Mengwein zu bedeuten, dass man dermalen noch in keine besondere Verhandlung eingehen könne.

**147.** Neumann, Recueil des Traités T. I, p. 211. Mir liegt eine österreichische Abschrift vor. Der Inhalt des Vertrages entspricht im Wesentlichen den von Oesterreich gestellten Forderungen, die am 29. December 1774 in einem gemeinschaftlichen Protokolle festgestellt und von Degelmann in einem Schriftstücke zusammengefasst wurden.











- Arneth, A. Ritter v.:** Graf Philipp Cobenzl und seine Memoiren. 8<sup>o</sup>. 1885. 1 fl. 40 kr. = 2 M. 80 Pf.
- Fournier, Aug.:** Handel und Verkehr in Ungarn und Polen um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichischen Commercialpolitik. 8<sup>o</sup>. 1887. 1 fl. 30 kr. = 2 M. 60 Pf.
- Eine amtliche Handlungsreise nach Italien im Jahre 1754. Ein neuer Beitrag zur Geschichte der österreichischen Commercialpolitik. 8<sup>o</sup>. 1888. 40 kr. = 80 Pf.
- Höfler, C. Ritter v.:** Donna Juana, Königin von Leon, Castilien und Granada, Erzherzogin von Oesterreich, Herzogin von Burgund, Stammutter der habsburgischen Könige von Spanien und der österreichischen Secundogenitur des Hauses Habsburg. 1479—1555. 8<sup>o</sup>. 1885. 3 fl. = 6 M.
- Huber, Alfons:** Die Gefangennehmung der Königinnen Elisabeth und Maria von Ungarn und die Kämpfe Königs Sigismund gegen die neapolitanische Partei und die übrigen Reichsfeinde in den Jahren 1386—1395. 8<sup>o</sup>. 1885. 30 kr. = 60 Pf.
- Die Kriege zwischen Ungarn und den Türken (1440—1443). Kritisch untersucht. 8<sup>o</sup>. 1886. 40 kr. = 80 Pf.
- Lampel, Dr. J.:** Die Landesgrenze von 1254 und das steirische Ennsthal. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Zwischenreiches. Mit 32 urkundlichen Beilagen. 8<sup>o</sup>. 1887. 1 fl. 20 kr. = 2 M. 40 Pf.
- Lewicki, A.:** Ein Blick in die Politik König Sigmunds gegen Polen in Bezug auf die Hussitenkriege (seit dem Käsmarker Frieden). 8<sup>o</sup>. 1886. 60 kr. = 1 M. 20 Pf.
- Pribram, A. Fr.:** Die Berichte des kaiserlichen Gesandten Franz von Lisola aus den Jahren 1655—1660. Mit einer Einleitung und Anmerkungen versehen. 8<sup>o</sup>. 1887. 4 fl. = 8 M.
- Schlitter, Hans:** Die Berichte des k. k. Commissärs Bartholomäus Freiherrn von Stürmer aus St. Helena zur Zeit der dortigen Internirung Napoleon Bonaparte's (1816—1818). 8<sup>o</sup>. 1886. 1 fl. 50 kr. = 3 M.
- Kaiser Franz I. und die Napoleoniden vom Sturze Napoleons bis zu dessen Tode. Aus Schriftstücken des k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchivs. 8<sup>o</sup>. 1888. 2 fl. = 4 M.
- Wertheimer, Ed.:** Erzherzog Carl und die zweite Coalition bis zum Frieden von Lunéville (1798—1801). Nach ungedruckten Quellen. 8<sup>o</sup>. 1886. 50 kr. = 1 M.
- Zur Geschichte Wiens im Jahre 1809. (Ein Beitrag zur Geschichte des Krieges von 1809.) Nach ungedruckten Quellen. 8<sup>o</sup>. 1889. 35 kr. = 70 Pf.

Zu den beigefügten Preisen durch **F. Tempsky**, Buchhandlung der kais. Akademie der Wissenschaften (Wien, I., Wollzeile 15), zu beziehen.



















Beer, Adolf,

Die handelspolitischen Beziehungen Österreichs zu den deutschen Staaten  
unter Maria Theresia

Wien 1893

Merc. 22 af

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11654191-0